

Endbericht

der „Programmbegleitung vor Ort“
des Modellgebiets Hamburg – Altona – Lurup
im Rahmen des Bund – Länder – Programms
„Soziale Stadt“

Hamburg im April 2002

Projektleitung:

Prof. Dr. Ingrid Breckner

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Dr. Heike Herrmann

Dipl. Soz. Toralf Gonzalez

In Kooperation mit

Prof. Dr. Dieter Läßle

Kontaktadresse:

Technische Universität Hamburg-Harburg

Arbeitsbereich 1-06

Stadt- und Regionalsoziologie

Woellmerstr.1

21071 Hamburg

Tel: 040 – 428 78 -32 10

Fax: 040 – 428 78 - 27 94

Auftraggeber:

Deutsches Institut für Urbanistik

- Difu -

Ernst-Reuter-Haus

Straße des 17. Juni 112

10623 Berlin

Die Programmbegleitung bedankt sich für die Unterstützung der an der Umsetzung des Programms zur Sozialen Stadtentwicklung in Hamburg beteiligten Akteure, insbesondere *beim Quartiersmanagement,*

STADTENTWICKLUNGS- UND STADTERNEUERUNGSGESELLSCHAFT HAMBURG MBH (STEG),
HERRN LUDGER SCHMITZ, FRAU ULRIKE LIEROW

bei der Beauftragten für Beschäftigung und Soziale Stadtteilentwicklung des Bezirksamtes,

FRAU JONNA SCHMOOK UND WEITEREN BEFASSTEN MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DES
BEZIRKSAMTES

sowie

BEI DEN MITARBEITER/INNEN DER STADTENTWICKLUNGSBEHÖRDE/BEHÖRDE FÜR BAU UND VERKEHR,

die, wenn auch manchmal in konflikthafter, so doch im Ergebnis außerordentlich produktiver Auseinandersetzung

sowie durch konkrete Vorarbeiten wesentlich zur Erstellung dieses Berichts beigetragen haben.

Titelblattgestaltung: Stefanie von Klonczynski

Bildquelle: Heike Herrmann

INHALTSVERZEICHNIS DES ENDBERICHTS

1	Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet	6
2	Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potentiale des Modellgebiets	10
2.0	Zur Lage in der Stadt	10
2.1	Historische Entwicklung	10
2.2	Das Modellgebiet bei Programmbeginn: Strukturen, Probleme und Ressourcen	12
2.2.1	Bevölkerungsstruktur und –entwicklung	12
2.2.2	Beschäftigungssituation	18
2.2.3	Gewerbe- und Branchenstruktur/Lokale Ökonomie	21
Exkurs I:	Ergebnisse der Betriebsbefragung	27
2.2.4	Welche Bezüge und Sichtweisen bestehen zwischen Quartier („Lebenswelt“) und Betrieb („System“)?	27
2.2.5	Gebietsstruktur/Flächennutzung/Umweltsituation	32
2.2.6	Wohnverhältnisse	38
2.2.7	Soziale und kulturelle Infrastruktur	40
2.2.8	Zusammenleben im Quartier	46
2.3	Entwicklungspotentiale im Modellgebiet	48
2.4	Fazit	51
3	Entwicklungsziele und integrierte Handlungskonzepte	53
3.1	Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl	53
3.2	Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet	53
3.3	Entwicklung und Fortschreibung des Integrierten Quartiersentwicklungskonzepts	54
3.4	Leitbilder, Ziele, Entwicklungskonzepte und -strategien	57
3.4.1	Zielfindung	57
3.4.2	Ziele und Umsetzungsstrategien	59
3.4.3	Übergreifende Entwicklungskonzepte und –strategien	69
3.5	Projekte und Maßnahmen	71
Exkurs II:	Vom Potential zum Projekt: Der Runde Tisch im Handlungsfeld „Schule – Ausbildung“	77
3.6	Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten	81
3.7	Fazit	82
4	Finanzierung und Mittelbündelung	84
4.1	Zum Aufbau der Förderung im Hamburger Stadtstaat	84
4.2	Charakterisierung der eingesetzten Programme	85
4.3	Finanzierung durch Private	87
4.4	Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet: Umsetzung, Probleme und Konflikte ..	88
5	Organisation und Management	89
5.1	Verwaltungsstrukturen	89
5.1.1	Der Bezirk	89
5.1.2	Die Ebene der Fachbehörden	91
5.2	Organisationsstrukturen im Quartier	91
5.3	Stadtteilmanagement und Projekte: Struktur, Organisation, Aufgaben	93
5.4	Einbindung der Politik	95
6	Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung/Stadtteilakteure	96
6.1	Aktivitäten der Quartiersbevölkerung	96
6.2	Partizipationsmöglichkeiten und Kommunikationsformen	98
Exkurs III :	AG Arbeit des Luruper Forums: Partizipation zwischen Selbsthilfe und Gremienarbeit	102
6.3	Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung und noch zu beteiligende Akteure	103

7	Öffentlichkeitsarbeit	105
7.1	Rezeption von Gebiet und integriertem Handlungskonzept in den Medien.....	105
7.2	Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit	107
7.3	Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit.....	108
8	Monitoring und Evaluation	109
9	Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Modellgebiet: Einschätzungen und Empfehlungen der Programmbegleitung vor Ort	111
9.1	Bündelung der Ressourcen	111
9.2	Management und Organisation.....	116
9.3	Aktivierung und Beteiligung	117
9.4	Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen	119
9.5	Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet	120
9.6	Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt – Bedeutung der Gesamtstadt für das Modellgebiet	121
10	Ein Wort zum Schluss	130
Anhang I:	Positiv-Negativ-Liste	131
Anhang II:	Handlungsfelder, Maßnahmen/Projekte, Finanzierung	137
Anhang III:	Stadtteilzeitung Lurup	158
Anhang IV:	Liste der Interviewpartner	170

Verzeichnis der Abbildungen:

Abbildung 1:	Das Modellgebiet im räumlichen Kontext.....	10
Abbildung 2:	Anteile der Migrantinnen und Migranten an der Wohnbevölkerung, im Vergleich zum Stadtteil Lurup, dem Bezirk und Hamburg	16
Abbildung 3:	Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an der Wohnbevölkerung.....	18
Abbildung 4:	Teilräume in Lurup (auf Grundlage der Statistischen Gebiete)	19
Abbildung 5 :	Betriebsbestand in und am Rande Lurups (ohne Handwerk).....	22
Abbildung 6:	Betriebsbestand in und am Rande Lurups (ohne Handwerk).....	22
Abbildung 7:	Beschäftigte in den Betriebsgrößenklassen in den Wohngebieten Lurups und im Norden Osdorfs.....	23
Abbildung 8:	Branchenstruktur im Programmgebiet, umliegenden Nahversorgungszentren und entlang der Luruper Hauptstraße.....	24
Abbildung 9:	Modellgebiet: Flüsseviertel	33
Abbildung 10:	Modellgebiet: Lüdersring/Lüttkamp.....	34
Abbildung 11:	Einladungsplakat der Schule Veermoor.....	79
Abbildung 12:	Organisationsstrukturen der Programmumsetzung in Hamburg-Altona-Lurup	90

Verzeichnis der Tabellen:

Tabelle 1:	Die Entwicklung Lurups bis zur Entstehung der Modellgebiete im Überblick.....	12
Tabelle 2:	Statistische Daten zum Stadtteil Lurup	13
Tabelle 3:	Altersgruppen der Wohnbevölkerung nach Geschlecht (absolut)	15
Tabelle 4:	Altersgruppen der Wohnbevölkerung im Vergleich zu Lurup und Hamburg (prozentual)	15
Tabelle 5:	Deutsche und nicht-deutsche Wohnbevölkerung nach Altersgruppen.....	16
Tabelle 6:	Prozentuale Anteile der deutschen und nicht-deutschen Wohnbevölkerung in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre	17
Tabelle 7:	Strukturdaten zur Beschäftigung im Untersuchungsgebiet Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (Dezember 1999).....	20
Tabelle 8:	Strukturdaten zur Beschäftigung im Untersuchungsgebiet Arbeitslose (Dezember 2000)	20
Tabelle 9:	Bestand an Handwerksbetrieben in Lurup.....	26
Tabelle 10:	Chronologie der Zielformulierung zur Quartiersentwicklung zur Jahreswende 2000	56
Tabelle 11:	Leitziele und Handlungsfelder.....	58
Tabelle 12:	Ausgaben der Baubehörde mit Bezug zur „Sozialen Stadtteilentwicklung“	85
Tabelle 13:	Öffentliche Ausgaben im Modellgebiet	86

Verzeichnis der Übersichten:

Übersicht 1:	Aufstellung von durchgeführten Aktivierungstechniken und Beteiligungsformen..	101
--------------	---	-----

Verzeichnis der Fotos:

Foto 1:	Schräg-Luftbild des Bereiches „Lüdersring/ Lüttkamp“, Teil des Modellgebiets....	11
Foto 2:	Bau einer Hütte am Spielplatz.	48
Foto 3:	Unser Job Club Mobil.....	73
Foto 4:	„Diese Rasenfläche muss sich erholen“.	97
Foto 5:	Beteiligung der Kinder an der Quartiersgestaltung.....	100

1 Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet

Im Sinne der Beauftragung besteht die Programmbegleitung vor Ort (kurz: PvO) aus den wesentlichen Aufgaben der

- Begleitung und Dokumentation sowie
- Aktivierung und Unterstützung.

Über einen Zeitraum von knapp zwei Jahren begleiteten wir Akteure vor Ort, sprachen mit den Zuständigen innerhalb der Verwaltungsorganisation und der Politik. Prozesse der Quartiersentwicklung sowie die Finanzierung, Organisation und Durchführung des Programms Sozialer Stadtentwicklung in Hamburg-Altona-Lurup waren zu erfassen und nach einem vorgegebenen und damit für alle Modellgebiete vergleichbaren Untersuchungsraaster kontinuierlich zu dokumentieren. Aus diesem Untersuchungsraaster ergab sich die für alle 16 Programmbegleitungen verbindliche Gliederung des vorliegenden Endberichts.

Der von der Stadt Hamburg und dem Quartiersmanagement (der Stadtentwicklungsgesellschaft) formulierte Wunsch, die in dem Themenfeld „Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“ enthaltenen Handlungsfelder besonders zu berücksichtigen, veranlasste uns, bereits im Angebot eine gesonderte Untersuchung zur Beschäftigungs- und Arbeitsangebotsstruktur in und um Lurup vorzuschlagen. Ein Ergebnis dieser Untersuchung war eine umfassendere Sondierung der Handlungsmöglichkeiten am Übergang „Schule - Ausbildung – Berufsleben“. Da der Ertrag dieser Arbeitsschwerpunkte der Programmbegleitung vor Ort einer besonderen Darstellung bedarf, haben wir uns dafür entschieden, diese Ergebnisse zunächst in Form von Exkursen aufzunehmen.

Eine von uns durchgeführte Befragung innerhalb der Hamburger Fachbehörden (s. Abb. 13) ermöglichte es uns zudem, unterschiedliche politisch-administrative Perspektiven auf die Soziale Stadtentwicklung in Hamburg und auf die Geschehnisse in Lurup bei unseren Überlegungen und Schlussfolgerungen zu berücksichtigen. Ergebnisse dieser Befragung fließen in die Kapitel zu den integrierten Handlungskonzepten (Kap. 3), zur Finanzierung und Mittelbündelung (Kap. 4), zu Organisation und Management (Kap. 5), vor allem jedoch auch in das abschließende Kapitel 9 (Einschätzungen und Empfehlungen der Programmbegleitung) ein. Insofern ergänzten wir die uns vorgegebene Gliederung.

Bei allen Arbeitsschritten sahen wir unsere Aufgabe sowohl in der Analyse der gegebenen Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Entwicklungen, als auch in der konzeptionellen und praxisorientierten Unterstützung der Quartiersentwicklung. Dabei bedarf insbesondere die konzeptionell-praktische Arbeit die Nähe zum Geschehen „vor Ort“: Schwerpunkte der Mitwirkung vor Ort ergaben sich im Zuge der Ideenentwicklung des Projekts „Frauenoase Lurup“ und der Entwicklung der Arbeitsgruppe „Arbeit und Beschäftigung“ des Luruper Forums sowie über die Organisation und Durchführung der Themenkonferenz „Arbeit und Beschäftigung in Lurup“. Durch dieses Vorgehen wurde zum einen sichergestellt, dass Zwischenergebnisse unserer Arbeit unmittelbar in die laufende Projektarbeit und die Arbeit des Quartiersmanagements einfließen konnten. Im Bericht wird dies nur indirekt deutlich, da Ergebnisse, wie etwa eine präzisere Formulierung einzelner Ziele der Quartiersentwicklung oder entsprechender Strategien der Zielverfolgung als gemeinsames Arbeitsergebnis verstanden werden.

Die aktive Beteiligung ermöglichte zudem einen Einblick in sich ergebende Konflikte, deren Entstehungszusammenhänge sich ansonsten nur unzureichend beurteilen ließen: Eine ertragreiche Programmbegleitung setzte das Verständnis der vorhandenen Handlungs- und Deutungsmuster und somit das Nachvollziehen der unterschiedlichen Perspektiven auf die Untersuchungs- und Gestaltungsgegenstände voraus.

So waren die erklärten Ziele der Programmbegleitung

sicher zu stellen, dass die Perspektiven sowie die Handlungsoptionen der *verschiedenen* Akteure (die Quartiersbevölkerung und ihre Vertreter/innen, Vertreter/innen aus Verwaltung und Politik, Quartiersmanagement, quartiersaktive Institutionen/Organisationen, lokale Ökonomie/Wirtschaft) zur Gestaltung der Wohn- und Lebensverhältnisse in den Gebieten in den sie jeweils betreffenden Zusammenhängen Geltung erlangen.

Die ersten Monate der Programmbegleitung vor Ort haben gezeigt, dass sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von Problemen, Zielen und möglichen Wegen bestehen. So warf die Erarbeitung des Quartiersentwicklungskonzepts Konflikte auf und führte damit gleichzeitig zu Kommunikationsprozessen, die die Quartiersentwicklung einen großen Schritt voran brachten. Die Artikulation und das Zusammenführen der verschiedenen Wahrnehmungen und Sichtweisen gegenüber der Programmbegleitung ermöglichte eine ergänzende Reflexion einzelner Schritte der Quartiersentwicklung sowie der Arbeit des Quartiersmanagements.

Es zeigte sich, dass manche Perspektiven auf dem Weg einer sozialen Stadtentwicklung in Lurup bisher fehlten (Perspektiven der Betriebe und Unternehmen des Luruper Umfelds, bestimmter Bevölkerungsgruppen wie der Spätaussiedler, aber auch vieler städtischer Institutionen/ Behörden), da bisher kein Anlass oder keine Möglichkeit zu ihrer Artikulation bestand oder genutzt werden konnte. Die Programmbegleitung bemühte sich entsprechend

- a) mit Hilfe zweier Befragungen – zum einen themenbezogen („Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“) und zum anderen akteursbezogen, innerhalb der Fachbehörden, und
- b) über von der Stadtentwicklungsbehörde (SteB) organisierte, von der Programmbegleitung mitgestaltete Veranstaltungen (in Bezug auf die Zielgruppe der Spätaussiedler)

gezielt weitere Akteure für die Quartiersentwicklung zu aktivieren.

Das Ziel, Konflikte und Handlungsblockaden offen zu legen und zu bearbeiten wurde über den gezielten Einsatz eigener Ressourcen (zur Reflexion der Handlungsoptionen anderer Akteure und zur Erarbeitung von Handlungsalternativen) und über Vermittlungsarbeit zur Entschärfung von Konflikten durch gegenseitiges „Verstehen“ und Nutzung vorhandener Potentiale umzusetzen versucht.

In Absprache mit dem Quartiersmanagement gelang es durch die intensive Begleitung des Projekts „Frauenoase Lurup“, Einblick in die Potentiale des Gebiets, auftretende Konflikte und Handlungsblockaden zu gewinnen. Die Begleitung und Reflexion der sozialen Prozesse legte strukturell bedingte Dilemmata auf dem Weg zur Sozialen Stadt offen (z.B. auftretende Konkurrenzsituationen zwischen Projekten und vorhandener sozialer Infrastruktur; Ressorttreue innerhalb der fördernden Verwaltungen). Das Quartiersmanagement unternimmt (etwa im Rahmen des zweiten, zur Jahreswende 2001/2002 erarbeiteten Quartiersentwicklungskonzepts) den Versuch, diesbezüglich direkt an die Vorarbeiten der Programmbegleitung anzuknüpfen, auch wenn dieses – aufgrund der anderen Position im Umsetzungsprozess – nur bedingt möglich sein wird.

Das Ziel der Selbstreflexion und Anregung von Lernprozessen bei den handelnden Akteuren orientierte sich an dem Zweck, an den Möglichkeiten und Gegebenheiten vor Ort anknüpfende, neue Handlungskorridore zu erschließen.

Die Notwendigkeit einer mehrfachen Rückkopplung (wiederholtes Abstimmen der erarbeiteten Vorschläge, um den Akteuren Zeit zur Reflexion zu geben) erwies sich als ein sehr langwieriges, jedoch lohnendes Vorgehen, das bisher in dieser Form von keinem Akteur innerhalb der Sozialen Stadtentwicklung übernommen werden konnte und vermutlich auch in näherer Zukunft nicht weitergeführt werden kann.

Die kritische Dokumentation und Reflexion der Projekte zur Quartiersentwicklung diente dem Ziel der Formulierung von Kriterien, anhand derer die kurz- und längerfristige Wirksamkeit der Projekte bewertet und ggf. unabdingbarer Nachsorgebedarf begründet und präzisiert werden kann. Dies galt insbesondere für das Handlungsfeld „Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“, für welches das Quartiersmanagement bereits zu Beginn der Programmbegleitung explizit Unterstützung erbeten hatte.

In diesem, wie in anderen Handlungsfeldern waren Aufgabenstellung und der Einsatz der Methoden der Programmbegleitung mit der Quartiersentwicklung abgestimmt. So konnte Doppelarbeit vermieden und damit ein effizienter Einsatz der Ressourcen des Programms „Soziale Stadt“ gewährleistet werden. Dasselbe galt für den direkt im Quartier tätigen Bezirk. Nach anfänglichen kleinen Verständigungsschwierigkeiten – die nicht zuletzt darin begründet lagen, dass die Rolle der Programmbegleitung „in der Praxis vor Ort“ zunächst erst zu definieren war – ergab sich eine äußerst produktive Zusammenarbeit. So konnten Teile der vorliegenden Dokumentation aus den Quartiersentwicklungskonzepten entnommen werden, konnte sich umgekehrt das Quartiersmanagement im zweiten Konzept auf den vorliegenden Zwischenbericht der Programmbegleitung stützen. Anderes konnte wiederum nur aufgrund der engen Zusammenarbeit mit der federführenden Fachbehörde (SteB), dem Arbeitsamt, der Handwerkskammer und Handelskammer dokumentiert werden.

Wesentliche Akteure der Quartiersentwicklung waren – neben den zahlreichen Bewohnern und anderen lokalen Akteuren:

- ▶ Das Quartiersmanagement, die Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsgesellschaft Hamburg mbH (kurz: Steg), in Person von Herrn Ludger Schmitz und Frau Ulrike Lierow sowie anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die – themenbezogen und auf Veranstaltungen – immer wieder unterstützend wirkten (s. Kap. 5.3);
- ▶ die Beauftragten für Beschäftigung und Soziale Stadtteilentwicklung des Bezirksamtes, Frau Jonna Schmook,
- ▶ Mitarbeiter/innen der federführenden Fachbehörde, der Stadtentwicklungsbehörde (STEB; zu Beginn des Jahres 2002 integriert in die „Behörde für Bau und Verkehr“)
- ▶ Mitarbeiter/innen der Fachbehörden,
 - BBS: Behörde für Bildung und Sport
 - BBV: Behörde für Bau und Verkehr
(hierin integriert Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung)
 - BSF: Behörde für Soziales und Familie
(hierin integriert Amt für Arbeit und Sozialordnung)
 - BUG: Behörde für Umwelt und Gesundheit
 - BWA: Behörde für Wirtschaft und Arbeit
(hierin integriert Teile der BAGS: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales)
- ▶ die Wohnungsgesellschaft SAGA, als Haupteigentümerin im Gebiet,
- ▶ die Kammern sowie
- ▶ die zuständigen Arbeitsämter.

Die im Folgenden beschriebene Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ muss im Kontext der langjährigen Tradition Hamburger Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik beurteilt werden: Die Luruper Arbeit knüpft an Erfahrungen aus anderen Hamburger Förderprogrammen (den Programmen der Sanierung, dem so genannten „Armutsbekämpfungsprogramm“, den Programmen zur Revitalisierung sowie den Programmen zur „Sozialen Stadtteilentwicklung“) an. Projekte der „Revitalisierung“ (im Flüsseviertel seit dem Jahr 1991, im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp seit dem Jahr 1993/94), Maßnahmen der baulichen Erneuerung und Wohnumfeldverbesserung sowie ein bereits im Jahr 1998 erstelltes „Maßnahmen- und Handlungskonzept“ für die beiden Teilgebiete des Modellgebiets nahmen schon früh Einfluss auf die Entwicklungen im Quartier.

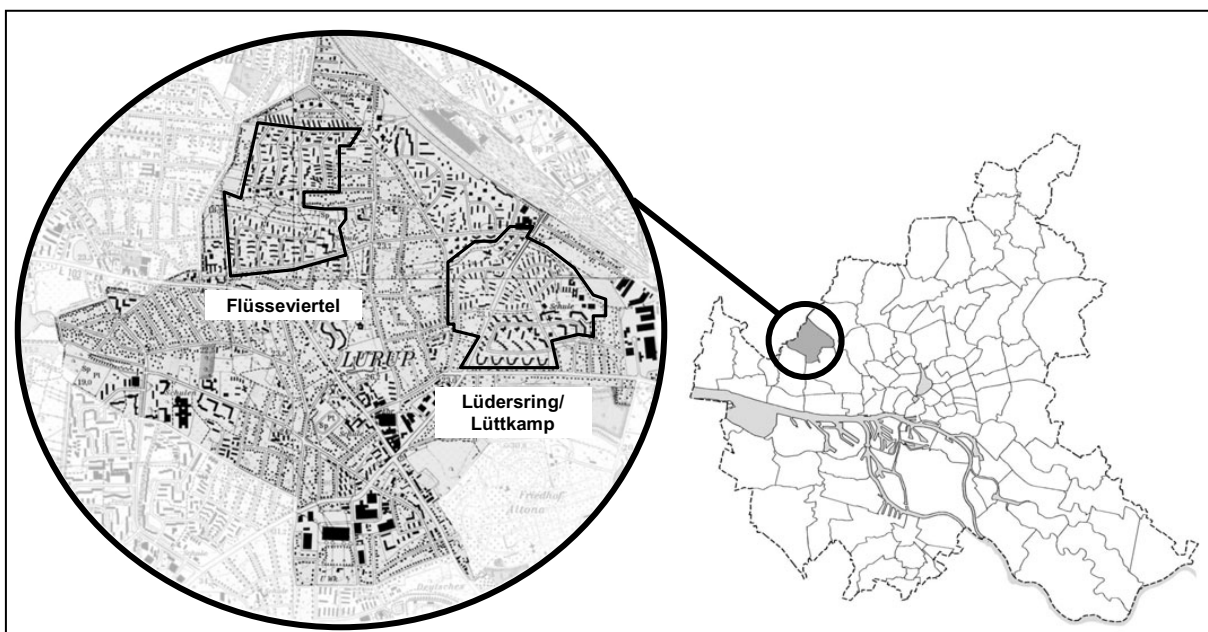
Die in der Bürgerschafts-Drucksache 16/1360 dargestellten Ziele der Sozialen Stadtteilentwicklung sowie das eingesetzte Instrumentarium (Entwicklungskonzepte, Quartiersmanagement und der so genannte Verfügungsfond) wurden auch in anderen Hamburger Gebieten erprobt und umgesetzt. In der Mitte des Jahres 2000 umfasst das Gesamtprogramm zur Sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg 23 Sanierungsgebiete und ein Gebiet mit Vorbereitenden Untersuchungen nach BauGB sowie 27 STEP-Gebiete und 3 Bereiche der Sozialen Erhaltungsverordnung. Vier dieser Gebiete werden im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, zwei davon („Lüdersring/Lüttkamp“ und „Flüsseviertel“) als Teilgebiete des Modellgebiets gefördert. Auch wenn ein Vergleich der Hamburger Quartiersentwicklungen an dieser Stelle nicht zur Diskussion steht, so sind die Entwicklungen außerhalb Lurups unter den beteiligten Hamburger Akteuren in Bezug auf die Beurteilung von „Erfolgen“ und „Misserfolgen“ in Lurup äußerst präsent.

2 Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potentiale des Modellgebiets

2.0 Zur Lage in der Stadt

Wo liegt „Lurup“? Im Nordwesten grenzt der Stadtteil an die schleswig-holsteinische Stadt Schenefeld und ist damit ein Teil der westlichen Hamburger Stadtgrenze. Weitere „Nachbarn“ sind Groß-Flottbek und Osdorf im Süden sowie Bahrenfeld und Eidelstedt im Osten. Die räumlich voneinander getrennten Luruper Gebiete „*Flüsseviertel*“ und „*Lüdersring/ Lüttkamp*“ (beide im Ortsteil 219 des Stadtteils „Lurup“ im Bezirk Hamburg-Altona) wurden im Jahr 1998 zu einem Fördergebiet des Hamburgischen Stadterneuerungsprogramms zusammengefasst und sind seit dem Jahr 1999 Modellgebiet im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“.

Abbildung 1: Das Modellgebiet im räumlichen Kontext



Quelle: Deutsche Grundkarte in eigener Bearbeitung

2.1 Historische Entwicklung

Lurup (der Name stammt vermutlich aus dem Niederdeutschen „Luur op“: „lauer auf“) ist eines der jüngsten holsteinischen Dörfer um Hamburg.

Bis zum ersten Weltkrieg bewahrte Lurup seinen dörflichen Charakter mit Reet gedeckten Bauernhäusern zwischen Mooren und Sumpfflächen, die von Entwässerungsgräben durchzogen waren. Im Krieg wurden viele der Schrebergärten zu Dauerwohnsitzen, da hier eine Selbstversorgung möglich war. 1931 fand die Gründungsveranstaltung der „Siedlungsgemeinschaft Elbkamp“ statt, aus heutiger Sicht *ein Beispiel für Selbsthilfe und Selbstorganisation*, das gerade in späteren wirtschaftlichen Krisenzeiten immer wieder Furore machte. Die Siedlergemeinschaft ging aus einer Initiative der „Arbeitsgemeinschaft von Erwerbslosen“ hervor, die in Eigenarbeit und ohne Maschinen in nur 10 Monaten 51 Doppelhäuser erstellte.

Genossenschaftliche Kleinsiedlungsgebiete, wie die Siedlung Elbkamp, brachten zusätzlich neue Bewohner in die Altonaer Vorstadt.

Gemeinsam mit der Stadt „Altona“ wurde Lurup durch das „Groß-Hamburg-Gesetz“ aus dem Jahr 1937 zu einem Stadtteil von Hamburg. In den 40er Jahren veränderten so genannte „Notwohnungen“ zudem das Erscheinungsbild des „Dorfes“: Auf den freien Flächen zwischen den Siedlungen, die ohnehin nur durch unbeleuchtete Trampelpfade verbunden waren, entstanden kleine Wohnungen mit in der Regel 2 Zimmern, Küche und einem Schlafraum. Auch der Bau dieser Wohnungen geschah teils in Eigenarbeit; andere dieser Häuser wurden von Gefangenen aus Konzentrationslagern errichtet. Später wurden alle Wohnungen zu festen Wohnsitzen umgebaut.

In der Nachkriegszeit, der Zeit der großen Wohnungsnot in und um Hamburg, entstanden weitere „Schwarzbaugelände“: ohne behördliche Genehmigung und völlig planlos wurde das „Dorf“ mehr und mehr zu einem zersiedelten Gebiet am Rande der Großstadt.

Die städtebauliche, mit einer planerischen Absicht verbundene Gestaltung Lurups setzte Mitte der 50er Jahre mit einem Baustufenplan ein. Er sah eine lockere, überwiegend 2-geschossige Wohnbebauung mit durchgehenden Grünzügen und eine Verbesserung der Erschließung durch Straßenausbau und Straßenbahnanbindung vor. In den Jahren 1954 bis 1958 entstand die Siedlung „Elbgaustraße“ einschließlich der Bebauung des „Lüttkamps“. In den 60er Jahren erfolgte eine Erweiterung unter anderem durch 10- bis 13-geschossige Wohnhäuser.

Foto 1: Schräg-Luftbild des Bereiches „Lüdersring/ Lüttkamp“, Teil des Modellgebiets



Quelle: Photograph Gunnar Johansson, Hanseatische Luftfoto GmbH; In: Hamburger Abendblatt (Hrsg.): Unter dem Himmel von Hamburg. Die Stadt aus der Luft, Hamburg 1979, S. 64. – eigene Bearbeitung.

Das „Flüsseviertel“ entstand in den 60er Jahren mit dem Bau von Sozialwohnungen in Fertigbauweise, die breiten Schichten der Bevölkerung ein Wohnen im Grünen ermöglichen sollten. Wie so häufig in Lurup, beschränkt sich das Grün auch hier nicht auf den Raum direkt am Haus: Mehrere Kleingartenkolonien werden von umliegenden Bewohnern bewirt-

schaftet. Der jüngste Teil des Modellgebiets am „Lüdersring“ datiert aus den 70er Jahren: Große Baukörper mit Wohnraum in 3 bis zu 13 Geschossen sind auch hier eine Antwort auf die damalige Wohnungsnot. Zwischen diesen Siedlungen befinden sich Einfamilienhäuser mit kleinen Gärten und einige verbliebene Bauernhäuser erinnern an die vorstädtische Geschichte dieses Lebensraums.

Tabelle 1: Die Entwicklung Lurups bis zur Entstehung der Modellgebiete im Überblick

Um 1750	Bildung als Gemeinde an der Landstrasse nach Schenefeld
Ab 1900	Luruper Bauern verpachten Land an Altonaer Bürger zur Einrichtung von Schrebergärten
1927	Eingemeindung nach Altona
1937	Gebietsreform (Groß-Hamburg-Gesetz) ca. 7.000 Einwohner werden zu Hamburgern
Ab 1943	Zuzugswelle durch ausgebombte, obdachlos gewordene Menschen aus Altona und Hamburg
Ab 1945	Zuzug vieler Flüchtlinge und Heimatvertriebener nach Lurup, Errichtung einfacher Behausungen, zum Teil Schwarzbaugelände
50er Jahre	Erstellung eines Baustufenplanes für den Bereich Lurup, der eine lockere überwiegend 2-geschossige Wohnbebauung mit weiten durchgehenden Grünzügen vorsah; verkehrsmäßige Erschließung durch Straßenausbau und Straßenbahnanbindung; Sanierungsmaßnahmen der SAGA; städtebauliche Strukturierung
1954 – 58	Realisierung der Siedlung „Elbgaustrasse“ in mehreren Bauabschnitten; Wohnhäuser in Reihenhaushausform, die so genannten Duplexhäuser werden gebaut; Entstehung der „Lüttkampsiedlung“
60er Jahre	Ausbau der Elbgaustrasse als Teilstück des Ring 3; Erweiterung der Siedlung Elbgaustrasse nach Norden und Süden mit zunehmender Verdichtung und Höherzonierung (bis zu 14 Geschossen) Errichtung des Stadtteilzentrums am Eckhoffplatz („Rathaus“, Bücherhalle, Bank, Gesundheitsamt, Marktplatz)
Ab 1960	Entwicklung des Bereichs zwischen den Straßen Fahrenort und Oderstrasse als „Flüsseviertel“; Siedlung mit in der Mitte liegender Kleingartenkolonie, dadurch Teilung in Flüsseviertel-Süd und Flüsseviertel-Nord; Sozialwohnungen in Leichtbauweise, teilweise als Schlichtwohnungen
70er Jahre	auf dem Gebiet der ehemaligen Kleingartenkolonie „Morgenröte“ wird mit dem Bau der Siedlung „Lüdersring“ begonnen: Großbaukörper mit 3 bis zu 13 Geschossen; Erweiterung der Siedlung nach Osten im Bereich Moorwisch; Bau der Elbgaupassagen (Ladenzentrum mit 40 Wohnungen und 50 Läden) und der Bezirksschwimmhalle

2.2 Das Modellgebiet bei Programmbeginn: Strukturen, Probleme und Ressourcen

2.2.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Der genaueren Beschreibung der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung der beiden Modellgebiete wird im Folgenden ein *Stadtteilprofil* von Lurup vorangestellt. Es gibt einen Überblick über die wesentlichen Strukturdaten.

Tabelle 2: Statistische Daten zum Stadtteil Lurup

EW = Einwohner/Innen ./ = keine neueren Daten vorhanden

	Lurup 1999	Lurup 2000	Altona 1999	Altona 2000	HH 1999	HH 2000
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt	31.986	32.089	237.984	240.102	1.696.065	1.704.929
Unter 18-Jährige	6.385	6.354	39.212	39.558	273.015	274.404
Anteil an der Bevölkerung	20,0%	19,8%	16,5%	16,5%	16,1%	16,1%
65-Jährige und Ältere	5.674	5.876	40.105	40.734	285.289	290.528
Anteil an der Bevölkerung	17,7%	18,3%	16,9%	17,0%	16,8%	17,0%
Deutsche	27.357	27.412	196.176	197.923	1.422.979	1.432.325
Ausländer/innen	4.629	4.677	41.808	42.179	273.086	272.604
Anteil an der Bevölkerung	14,5%	14,6%	17,6%	17,6%	16,1%	16,0%
Zuzüge	3.561	./	37.390	./	241.337	./
Fortzüge	3.467	./	36.263	./	234.164	./
Mobilität je 1000 EW	110	./	155	./	140	./
Haushalte (1997/ 1999)	14.980	15.043	129.604	126.223	930.816	910.304
Personen je Haushalt	2,1	2,1	1,9	1,9	1,8	1,9
Fläche in km²	6,4		78,3		755,2	
Wohngebiete in km²	3,7		26,0		166,9	
EW je km²	5.016	5.032	3.039	3.066	2.246	2.258
EW/km² der Wohngebiete	8.637	./	9.144	./	10.159	./
Sozialstruktur						
Sozialhilfeempfänger/innen	3.335	3.233	16.931	15.896	126.325	120.461
Anteil an der Bevölkerung	10,4%	10,1%	7,1%	6,6%	7,4%	7,1%
Arbeitslose (März 1999/ März 2001)	1.801	1.672	11.669	10.739	88.222	71.963
Anteil der 15- bis u. 65-Jähr.	8,5%	8,0%	7,1%	6,5%	7,5%	6,1%
Jüngere Arbeitslose	229	201	1.164	1.092	9.425	7.586
Anteil der 15- bis u. 25-Jähr.	6,6%	5,6%	4,9%	4,5%	5,5%	4,2%
Ältere Arbeitslose	341	235	2.259	1.696	18.248	13.837
Anteil der 55- bis u. 65-Jähr.	7,2%	5,4%	6,9%	5,3%	7,8%	6,1%
Einkünfte je Steuerpflichtigen in DM (1995)	56.777	./	75.345	./	65.579	./
Wohnen						
Wohngebäude	4.716	./	33.578	./	224.227	./
Wohnungen	14.286	./	116.583	./	852.919	./
Durchschnittliche Wohnungs- größe in m²	71,7	./	74,8	./	70,8	./
Wohnfläche je EW in m²	32,0	./	36,7	./	35,6	./
Sozialwohnungen	6.043	6.051	20.948	21.004	151.407	152.657
in % der Wohnungen insge- samt	42,3%	42,4%	18,0%	18,0%	17,8%	17,9%
Infrastruktur						
Handwerksbetriebe	128	133	1.271	1.249	9.703	9.635
Ladengeschäfte im Einzelhan- del (1993) pro 1.000 EW	2,63	./	4,86	./	5,67	./
Niedergelassene Ärzte pro 1.000 EW	0,69	./	2,42	./	2,04	./
Apotheken pro 1.000 EW	0,16	./	0,27	./	0,28	./

	Lurup 1999	Lurup 2000	Altona 1999	Altona 2000	HH 1999	HH 2000
Kindergärten						
Einrichtungen (1999/ 2001)	17	18	147	151	937	954
Plätze pro 1.000 EW	26,54	./.	26,10	./.	25,34	./.
Allgemein bildende Schulen						
Grundschulen	4	4	38	38	257	260
Weiterführende Schulen	5	5	35	35	230	220
Schüler/innen insgesamt	104,89		96,72		95,28	
Verkehr						
Private PKW (Januar 2000/ Januar 2001)	11.154	11.371	82.822	84.981	615.274	628.119
je 1000 EW	349	354	348	354	363	368
Straßenverkehrsunfälle	136	193	1.509	1.590	12.255	12.430
mit Personenschaden	104	152	1.161	1.264	9.566	9.684
mit schwerwiegendem Sachschaden	32	41	348	326	2.689	2.746
Kriminalität						
Straftaten insgesamt	2.780	2.754	30.971	31.664	281.214	284.272
je 1000 EW	87	86	130	132	166	167
Gewaltdelikte	85	99	935	1.066	9.254	9.816
je 1000 EW	3	3	4	4	5	6
Diebstahlsdelikte	1.577	1.567	19.671	18.336	142.339	145.363
je 1000 EW	49	49	83	76	84	85

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

EW = Einwohner/Innen

./. = keine neueren Daten vorhanden

Die Stadtteilstrukturdaten sind aussagekräftig in Bezug auf die groß- bzw. mittelmäßige Betrachtungsebene. Die Daten zur Kriminalität im Stadtteil sind hier der Vollständigkeit halber angegeben, aus mehreren Gründen unseres Erachtens jedoch wenig aussagekräftig: Zum einen sagen sie nichts über die von den Bewohnern oder anderen Akteuren im Gebiet empfundene Sicherheit bzw. Unsicherheit im Gebiet aus. Zum anderen sind Teile von Lurup von der Besonderheit geprägt, dass abweichendes und/oder kriminelles Verhalten überwiegend im nicht-öffentlichen Räumen stattfindet und so zu Teilelementen eines eigenständigen Milieus geworden sind (siehe Kapitel 1.2.7). Sie werden in der Statistik (in der nur die angezeigten „Fälle“ erfasst sind) nicht aufgeführt.

Wählt man eine kleinräumigere Betrachtungsebene, so ergibt sich bei der Auswertung der statistischen Daten die Schwierigkeit, dass der Zuschnitt der Modellgebiete nicht mit dem Zuschnitt der statistischen Gebiete identisch ist. Um die Zielgruppen Sozialer Stadtentwicklung dennoch näher zu charakterisieren, wurden durch das QM zusätzlich zu den vorhandenen Daten, eigene Berechnungen für das Jahr 2000 erstellt. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Größe der Altersgruppen in den Gebieten Flusseviertel und Lüdersring/Lüttkamp zum Zeitpunkt der Analyse der Ausgangslage, unterteilt nach Geschlecht.

Die Verteilung der Altersgruppen nach Geschlecht weist kaum Differenzen auf; lediglich bei den Senioren (ab 65 Jahre) überwiegen die Frauen deutlich.

Tabelle 3: Altersgruppen der Wohnbevölkerung nach Geschlecht (absolut)

		0-u.6	6-u.10	10-u.15	15-u.21	21-u.45	45-u.65	65 u. älter	Ges.
Flüsseviertel	männlich	198	140	168	185	814	579	346	2.430
	weiblich	181	120	163	200	938	575	542	2.719
	gesamt	379	260	331	385	1.752	1.154	888	5.149
Lüdersring / Lüttkamp	männlich	194	166	214	258	1.001	806	360	2.999
	weiblich	204	147	183	253	1.005	756	643	3.191
	gesamt	398	313	397	511	2.006	1.562	1.003	6.190

Quelle: Statistisches Landesamt / STEG Hamburg mbH 2000.

Betrachtet man die prozentualen Anteile der Altersgruppen an der jeweiligen Gebietsbevölkerung, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 4: Altersgruppen der Wohnbevölkerung im Vergleich zu Lurup und Hamburg (prozentual)

	0-u.6	6-u.10	10-u.15	15-u.21	21-u.45	45-u.65	65 u. älter
Flüsseviertel	7,4%	5,0%	6,4%	7,5%	34,0%	22,4%	17,2%
Lüdersring /Lüttkamp	6,4%	5,1%	6,4%	8,3%	32,4%	25,2%	16,2%
Lurup	5,9%	4,7%	5,8%	7,2%	32,0%	26,7%	17,7%
Hamburg	5,4%	3,6%	4,4%	5,6%	37,7%	26,4%	16,8%

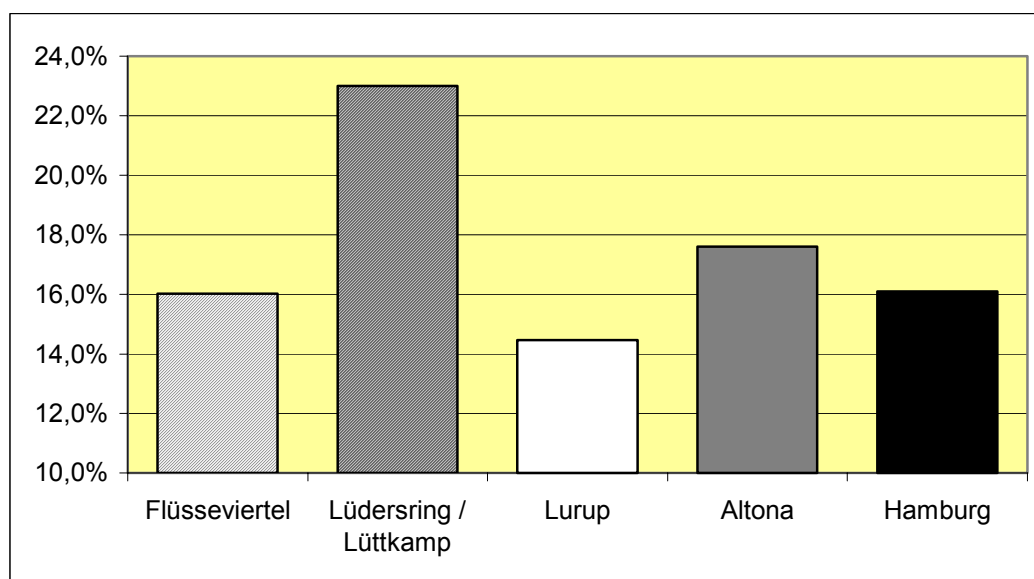
Quelle: Statistisches Landesamt / STEG Hamburg mbH 2000

Wie im Stadtteil Lurup insgesamt stellt die Altersgruppe der 21- bis unter 45-Jährigen den größten Bevölkerungsanteil in den Untersuchungsgebieten dar, gefolgt von der Gruppe der 45- bis unter 65-Jährigen.

In allen *Altersgruppen bis zu 21 Jahren* lagen die Anteile in den beiden Modellgebieten deutlich höher als im Stadtteil und in Hamburg insgesamt. Der Anteil der Kinder unter 6 Jahren war im Flüsseviertel um ca. 25% höher als in Lurup und sogar 37% höher als im Hamburger Durchschnitt. Im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp war der Anteil der 15- bis unter 21-Jährigen mit 8,3% fast 50 % höher als im Hamburger Durchschnitt!

Die Situation hinsichtlich des Anteils von *Bewohnerinnen und Bewohnern anderer Nationalität* an der Bevölkerung stellte sich wie folgt dar: Ihr Anteil im Flüsseviertel entsprach in etwa dem Hamburger Durchschnitt. Im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp lag ihr Anteil mit 23% dagegen deutlich höher.

Abbildung 2: Anteile der Migrantinnen und Migranten an der Wohnbevölkerung, im Vergleich zum Stadtteil Lurup, dem Bezirk und Hamburg



Quelle: Statistisches Landesamt / Sonderauswertung STEG Hamburg mbH 2000

Ein Vergleich der Altersverteilung der deutschen Bevölkerung mit derjenigen anderer Nationalitäten zeigte deutliche Unterschiede. Folgende Tabelle gibt die absoluten Zahlen für die Modellgebiete (wiederum für das Jahr 2000) wieder.

Tabelle 5: Deutsche und nicht-deutsche Wohnbevölkerung nach Altersgruppen

		0-u.6	6-u.10	10-u.15	15-u.21	21-u.45	45-u.65	65 und älter	ges.
Flösseviertel	deutsch in %	80,5%	81,5%	84,0%	80,3%	78,8%	85,5%	96,0%	84,0%
	andere in %	19,5%	18,5%	16,0%	19,7%	21,2%	14,5%	4,1%	16,0%
	gesamt	379	260	331	385	1.752	1154	888	5.149
Lüderring / Lüttkamp	deutsch in %	67,3%	72,5%	72,8%	69,3%	68,7%	83,6%	94,1%	77,0%
	andere in %	32,7%	27,5%	27,2%	30,7%	31,3%	16,5%	5,9%	23,0%
	gesamt	398	313	397	511	2.006	1.562	1.003	6.190

Quelle: Statistisches Landesamt / STEG Hamburg mbH 2000

Der prozentuale Vergleich der Altersgruppen der deutschen mit der nicht-deutschen Bevölkerung macht deutlich, dass die ausländischen Bewohnerinnen und -bewohner im Schnitt jünger waren. Insbesondere die Erwachsenen ab 45 Jahren und Senioren ab 65 Jahren waren bei der ausländischen Bevölkerung vergleichsweise unterrepräsentiert.

Unter den Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen ist der Anteil der Migranten deutlich höher als unter der erwachsenen Bevölkerung. Die insofern besondere Altersstruktur der Zielgruppe der MigrantInnen muss bei der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen Berücksichtigung finden.

Betrachtet man nun die beiden Modellgebiete getrennt und in Bezug auf Lurup, so zeigen sich deutliche Unterschiede:

Während sich das Flüsseviertel hinsichtlich des Migrantenanteils kaum von der Verteilung in Lurup insgesamt unterschied, lag dieser im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp deutlich über dem Durchschnitt des Stadtteils. In den Altersgruppen bis zu 45 Jahren betrugen die Anteile der Bevölkerung anderer Nationalitäten dort zwischen einem Viertel und einem Drittel.

Analysiert man die Gruppe der Jugendlichen und Jungerwachsenen (15 bis unter 25 Jahre) genauer, zeigte sich ein ähnliches Bild: Bei den Anteilen der Jugendlichen/Jungerwachsenen anderer Nationalitäten gab es zwischen den Modellgebieten deutliche Unterschiede (vgl. nachfolgende Tabelle).

Tabelle 6: Prozentuale Anteile der deutschen und nicht-deutschen Wohnbevölkerung in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre

	deutsch	andere Nationalitäten
Flüsseviertel	79,0%	21,0%
Lüdersring /Lüttkamp	67,4%	32,6%
Lurup	80,2%	19,8%
Hamburg	76,4%	23,6%

STEG Hamburg mbH 2000 /Quelle Statistisches Landesamt

Bei den Seniorinnen und Senioren zeigte sich im Vergleich, dass ihr Anteil im Flüsseviertel (17,2%) leicht über und im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp (16,2%) leicht unter dem Hamburger Durchschnitt (16,8%) lag. Im Stadtteil Lurup (17,7 %) war er dagegen höher, was auf eine deutlich höhere Anzahl älterer Menschen in den Einfamilienhausgebieten schließen ließ.

Die bereits im Zwischenbericht sehr differenziert dargestellten Unterschiede in den Anteilen der deutschen und nicht-deutschen Bevölkerung gaben Hinweise auf die Zielgruppen der Maßnahmen/Projekte der Sozialen Stadtentwicklung. Es sind gleichzeitig Hinweise auf Zielgruppen in unterschiedlichen „Räumen“ des Stadtteils, die bei der Entwicklung eines Quartiersentwicklungskonzepts, einschließlich einer Strategie der Quartiersentwicklung berücksichtigt werden mussten.

Es wurden entsprechend Maßnahmen explizit hier und im Flüsseviertel bzw. im Gebiet Lüdersring/ Lüttkamp entwickelt (vgl. Anhang II). Es gibt ein weiteres Charakteristikum der Sozio-Demographie, das in den Statistiken nicht auftaucht: Die Modellgebiete weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an *Spätaussiedlern* auf. Die Zuwanderer kommen vornehmlich aus südeuropäischen Ländern bzw. aus Kasachstan und Weißrussland.

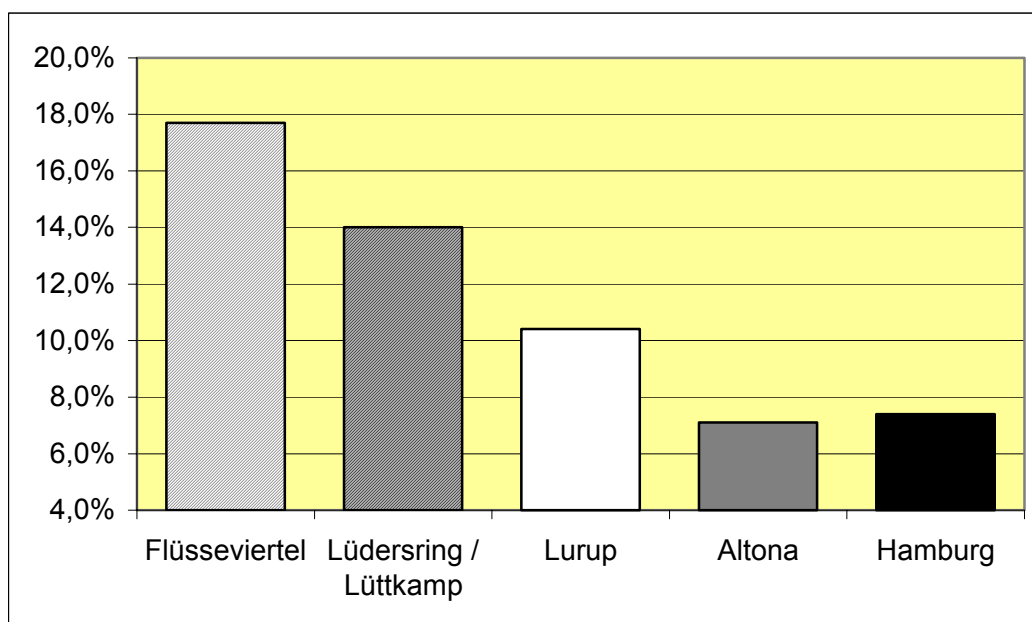
Von der „Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung“ zusammengestellte Zahlen zeigen, dass am Friedrich-Schöning-Weg in Lurup 143 Plätze zur Aufnahme von Aussiedlern zur Verfügung stehen. Der Stadtteil Lurup liegt damit insgesamt im „Mittelfeld“ der Plätze in Wohnunterkünften für Aussiedler. Spätaussiedler wohnen jedoch v.a. in den Siedlungen Lüdersring und Spreestraße/Ueckerstraße, so dass auch bezüglich dieser Bevölkerungsgruppe von einer Häufung von Integrationsproblemen in bestimmten Straßenzügen auszugehen ist (auch der Spätaussiedler und anderer Nationalitäten).

Eine differenzierte Analyse der Wohnstandorte der verschiedenen „Communities“ gibt es nicht. Überhaupt ist das Wissen über die räumliche Verteilung der Luruper Bevölkerung sehr gering. Grobe Rückschlüsse ließen sich lediglich über die vorhandene Infrastruktur, beispielsweise den russischen Supermarkt auf der Rückseite des EKZ Elbgau-Passagen, bzw. über den hohen Anteil jugendlicher Spätaussiedler im Jugendtreff Spreestraße und nicht

zuletzt über das durch das QM im Verlauf zahlreicher Gespräche gesammelte Wissen ziehen.

In Hinblick auf die Lebenssituation der in den Modellgebieten wohnenden Bevölkerung ist, neben den sozio-demographischen Daten, auch der Bezug von Sozialhilfe bestimmend.¹ Die durch das Quartiersmanagement errechneten Zahlen wiesen für das Gebiet *Lüdersring/Lüttkamp* einen Anteil von 14 % der Sozialhilfeempfänger/innen aus, wobei am *inneren Lüdersring* (vgl. Kapitel 1.1) von bis zu 30 % Sozialhilfeempfänger/innen ausgegangen wurde, da durch die vergangene Belegungspolitik auch innerhalb des Modellgebiets von einer Häufung auszugehen war. Das Gebiet *Flüsseviertel* liegt mit einem Anteil von 18 % an Sozialhilfeempfänger/innen ebenfalls deutlich über dem Altonaer (7,1 %) und Hamburger (7,4 %) Durchschnitt. Unter den Sozialhilfeempfänger/innen war die Zahl der alleinerziehenden Mütter mit 25 % sehr hoch.

Abbildung 3: Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an der Wohnbevölkerung



Quelle: Statistisches Landesamt / STEG Hamburg mbH 2000

Zielgruppenspezifische Maßnahmen der Quartiersentwicklung mussten sich entsprechend der ermittelten soziodemographischen Daten insbesondere auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, der Alleinerziehenden sowie der Aussiedler und Ausländer richten.

2.2.2 Beschäftigungssituation

Präzise Daten über die Beschäftigungssituation in den beiden Teilräumen des Modellgebiets sind nicht verfügbar. Die weitest gehende Annäherung stellen Daten auf der räumlichen Ebene der Statistischen Gebiete dar, die das Arbeitsamt Hamburg der Programmbegleitung zur Verfügung gestellt hat. Das Modellgebiet Flüsseviertel lässt sich ebenso wie der Lüdersring anhand der Statistischen Gebiete relativ exakt abgrenzen, während der Bereich Lüttkamp

¹ Unberücksichtigt bleiben hierbei Bewohner/innen, die Sozialhilfe beziehen könnten, dies aber nicht tun und solche, die ergänzende „Hilfen zum Lebensunterhalt“ beziehen, weil sie in den verfügbaren Statistiken nicht gesondert ausgewiesen sind.

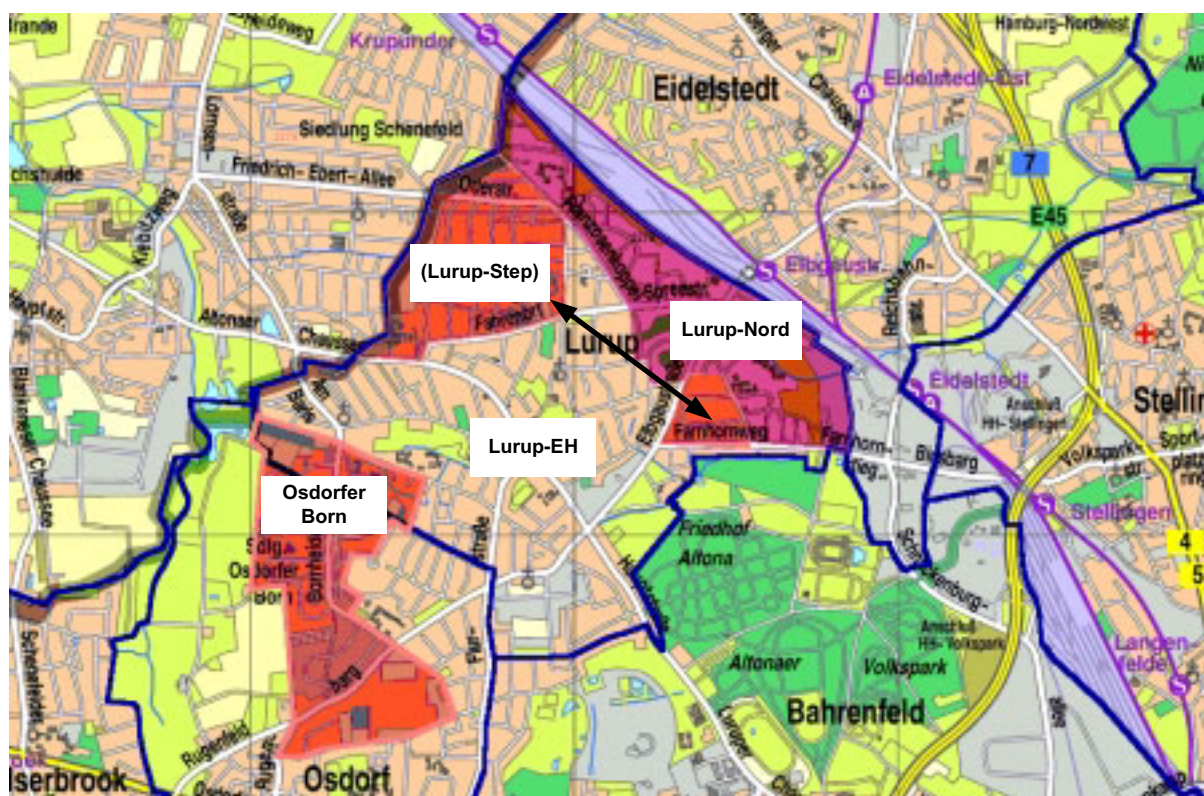
statistisch nicht erfassbar ist. Die 16 Statistischen Gebiete Lurups lassen sich folgenden Raumtypen zuordnen:

Der Norden Lurups wird durch mehrgeschossigen Sozialen Wohnungsbau geprägt. In der folgenden Karte wird dieser Bereich als „Lurup-Nord“ bezeichnet (ohne trennscharfe Abgrenzungen zu den Einfamilienhäusern). Die zu diesem Raumtyp gehörenden Teilräume des Modellgebiets sind in den Abbildungen separat als „Lurup-Step“ ausgewiesen (ohne den Teilraum Lüttkamp).

Der Bereich nördlich und südlich der Luruper Hauptstraße besteht überwiegend aus Einfamilienhäusern („Lurup-EH“).

An der Grenze zum Stadtteil Osdorf befindet sich der nördliche und ab Ende der 80er Jahre stark nachverdichtete Teil der Großsiedlung Osdorfer Born, die ebenfalls ein Projektgebiet der Sozialen Stadt ist.

Abbildung 4: Teilräume in Lurup (auf Grundlage der Statistischen Gebiete)



Quelle: TUHH – Programmbegleitung vor Ort, eigene Bearbeitung

Die folgende Tabelle gibt zunächst einen Überblick über die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den genannten Teilräumen sowie im Kernbereich des Bezirks Altona (Ottensen, Altona-Altstadt, Altona-Nord) und in Hamburg. Daten über die Berufe und das Qualifikationsniveau der Bewohner sind auf der Ebene der Statistischen Gebiete nicht verfügbar, einen wichtigen Anhaltspunkt bietet jedoch das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Danach sind etwa zwei Drittel der Beschäftigten im Fläseviertel und im Lüdersring Arbeiter, im gesamten nördlichen Teilraum sind es 60 %. Im Hamburger Durchschnitt liegt dieser Anteil nur noch bei 37 %, ebenso im Altonaer Kern. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten liegt in allen Luruper und Osdorfer Teilräumen leicht unterhalb des Hamburger Durchschnitts, während er im Altonaer Kern leicht überdurchschnittlich ist.

Die Daten zum Anteil der Migranten und der jüngeren Beschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten spiegeln in erster Linie die Struktur der Wohnbevölkerung wider. Dementsprechend liegt z.B. der Anteil der Migranten an den Beschäftigten im Modellgebiet Flusseviertel deutlich über dem Hamburger Durchschnitt und entspricht dem Anteil im Kernbereich Altonas.

Die verfügbaren Strukturdaten der Arbeitslosen bestätigen auf der kleinräumigen Ebene die allgemein bekannten Erkenntnisse über die Verlierer des wirtschaftlichen Strukturwandels: Fast drei Viertel der über 1.000 Arbeitslosen im nördlichen Lurup sind als Arbeiter registriert und jeder vierte Arbeitslose ist Migrant. Frauen sind scheinbar weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, allerdings sind diejenigen, die schon aus der Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe „gerutscht“ sind, ebenso wenig erfasst wie diejenigen, die sich aufgrund fehlender Anspruchsberechtigung nicht als arbeitslos registrieren lassen.

Tabelle 7: Strukturdaten zur Beschäftigung im Untersuchungsgebiet Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (Dezember 1999)²

	Insgesamt	Anteil			
		Frauen	Migranten	Arbeiter	< 25 Jahre
Lurup-Nord*	4.710	45%	16%	60%	14%
Lurup-Step	2.279	44%	18%	65%	15%
Lurup-EH	3.649	45%	7%	35%	10%
Osdorfer Born	3.504	44%	15%	61%	13%
Altona Kern**	26.748	48%	18%	38%	10%
Hamburg	561.562	47%	11%	37%	11%

Quelle: Arbeitsamt Hamburg, eigene Berechnungen

*inkl. Lurup-Step; **Ottensen, Altona-Nord, Altona-Altstadt

Tabelle 8: Strukturdaten zur Beschäftigung im Untersuchungsgebiet Arbeitslose (Dezember 2000)

	Insgesamt	Anteil					
		Frauen	Migranten	Arbeiter	< 25 Jahre	> 55 Jahre	Langzeit
Lurup-Nord*	1.041	37%	24%	71%		11%	34%
Lurup-Step	569	37%	28%	70%	12%	10%	34%
Lurup-EH	379	42%	13%	55%	10%	22%	35%
Osdorfer Born	763	37%	26%	75%	12%	16%	33%
Altona Kern**	5.015	39%	29%	60%	9%	14%	32%
Hamburg	70.155	40%	22%	57%	10%	20%	34%

Quelle: Arbeitsamt Hamburg, eigene Berechnungen

*inkl. Lurup-Step; **Ottensen, Altona-Nord, Altona-Altstadt

Auffällig ist weiterhin der im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt geringe Anteil älterer Arbeitsloser (55 Jahre und älter) in Lurup-Nord und der hohe Anteil dieser Gruppe in den Einfamilienhausgebieten, was sich wiederum durch die unterschiedliche demographische Struktur der Wohnbevölkerung erklären lässt. Trotz dieser Unterschiede liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen dennoch in allen Teilräumen etwa bei einem Drittel. Die Vermutung, dass Langzeitarbeitslosigkeit v.a. ein Problem der älteren Arbeitnehmer ist, bestätigt sich also nicht. Statt dessen scheint es ebenso einen überdurchschnittlichen Anteil an jüngeren Langzeitarbeitslosen in Lurup-Nord zu geben.

² Im Datenbestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg konnten etwa 4% der Adressen räumlich nicht zugeordnet werden. Die hier genannten Zahlen für die Teilräume sind daher etwas niedriger als die tatsächlichen (dies betrifft nicht die absoluten Zahlen der Arbeitslosen).

Anhand der verfügbaren Daten lassen sich keine kleinräumigen Arbeitslosenquoten bilden (verschiedene Zeitpunkte, fehlende Angaben über geringfügig Beschäftigte). Eine annäherungsweise Berechnung³ gibt Hinweise darauf, dass der Anteil der Arbeitslosen im Flusseviertel und im Lüdersring (ebenso wie im Osdorfer Born) höher ist als im Kernbereich Altonas und fast doppelt so hoch wie im Hamburger Durchschnitt. Dem gegenüber liegt der Anteil der Arbeitslosen in den Einfamilienhausgebieten unterhalb des Hamburger Durchschnitts, so dass innerhalb Lurups eine *kleinräumige Polarisierung* besteht. Bezogen auf die Teilgruppen der Arbeiter, Frauen und Migranten bestätigen sich die Aussagen zu den Strukturdaten der Arbeitslosen.

INSGESAMT ZEIGEN DIE DATEN DAS BEKANNTE GRUNDPROBLEM DER PROGRAMMGEBIETE DER SOZIALEN STADT: DIE IN DEN ZEITEN DER VOLLBESCHÄFTIGUNG GEBAUTEN STADTRANSIEDLUNGEN DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS LASSEN SICH ZWAR IMMER NOCH ALS ARBEITERWOHNQUARTIERE BEZEICHNEN, ABER DIE INTEGRATION DER ARBEITERSCHICHT IN DEN ARBEITSMARKT IST DURCH DEN ÖKONOMISCHEN STRUKTURWANDEL ÄUßERST BRÜCHIG GEWORDEN. BEI EINEM TEIL DER JÜNGEREN ARBEITNEHMER VERFESTIGT SICH DIE ARBEITSLOSIGKEIT UND FÜHRT ZU EINEM DAUERHAFTEN AUSSCHLUSS AUS DEM ERWERBSLEBEN.

2.2.3 Gewerbe- und Branchenstruktur/Lokale Ökonomie

Eine Charakterisierung der Wirtschaftsstruktur anhand „harter“, quantifizierender Daten gestaltet sich schwierig, da die Daten der Handwerks- und Handelskammer auf kleinräumiger Ebene sehr unterschiedliche Qualitäten besitzen und kaum vergleichbar sind. Die Beschreibung muss daher in unterschiedliche Betrachtungsebenen aufgeteilt werden.

Zu unterscheiden ist zunächst zwischen der Wirtschaftsstruktur in den Wohnquartieren und der in den Gewerbegebieten. Die von der Handelskammer Hamburg zur Verfügung gestellten folgenden Karten veranschaulichen die verschiedenen Bereiche. Die obere Karte zeigt den bei der Handelskammer verzeichneten Firmenbestand in den Wohngebieten Lurups sowie im nördlichen Osdorf; die beiden mittleren Karten zeigen die beiden Gewerbegebiete innerhalb Lurups, die untere Karte visualisiert einen Teilbereich des großen Gewerbe- und Industriegebiets am Schnittpunkt der Stadtteile Lurup, Eidelstedt, Stellingen und Bahrenfeld.

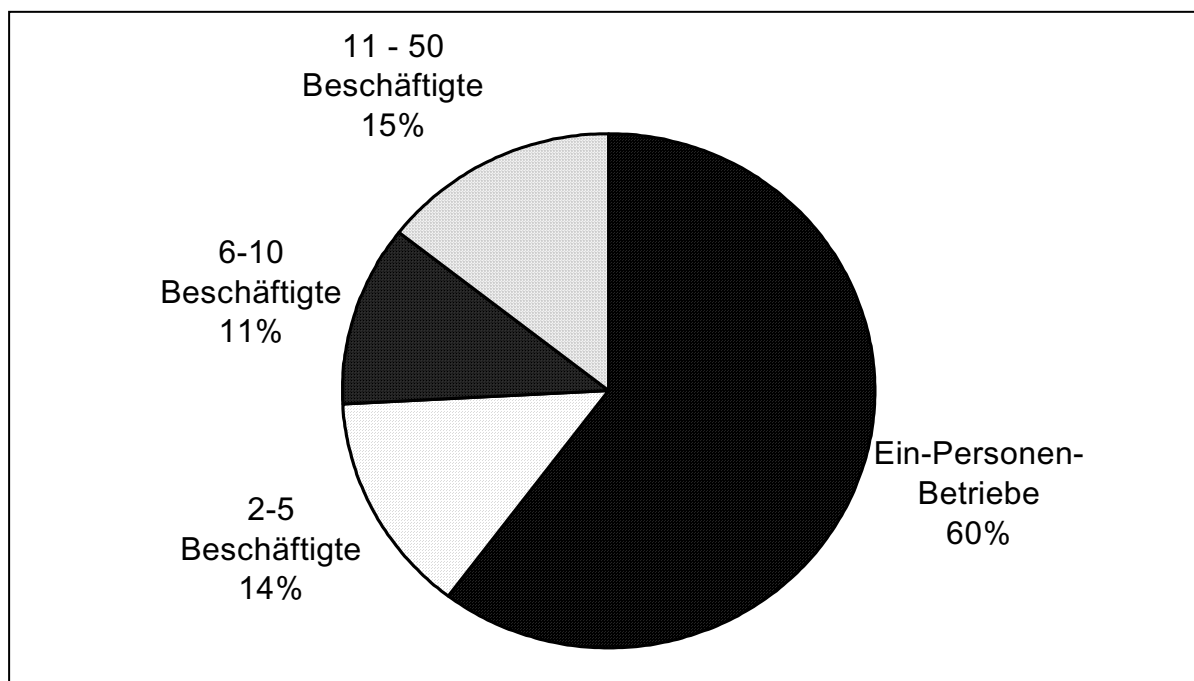
Gewerbestructur in den Wohngebieten

Der in der oberen Karte dargestellte Überblick über die im Datenbestand der Handelskammer verzeichneten Betriebe überrascht auf den ersten Blick durch die hohe Zahl und gleichmäßige Verteilung der 825 Firmen. Anzumerken ist hierbei, dass sich die Datenbestände der Handelskammer von der realen Betriebsstruktur deutlich unterscheiden (Briefkastenfirmen, Ausgründungen/Firmen-Verschachtelungen, Betrieb am Wohnort gemeldet etc.). Eine Überprüfung der Daten und exaktere Quantifizierung ist allerdings nicht möglich. Die Karte zeigt dennoch die tatsächliche Häufung von Einzelhandelsbetrieben (Schrägstrich als Symbol) am Nahversorgungszentrum Elbgaupassagen sowie eine Häufung verschiedener Wirtschaftszweige entlang der Luruper Hauptstraße.

³ Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtgruppe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen.

Laut dem Datenbestand der Handelskammer arbeiten in den 825 Firmen rd. 1.220 Beschäftigte, davon $\frac{3}{4}$ in Betrieben mit einem bis fünf Beschäftigten. Die extrem hohe Zahl von Ein-Personen-Betrieben ist durch den hohen Anteil an Kleingewerbetreibenden zu relativieren. Aufgrund dieser Unklarheiten wird auf eine differenzierte Auswertung der einzelnen Branchen verzichtet.

Abbildung 7: Beschäftigte in den Betriebsgrößenklassen in den Wohngebieten Lurups und im Norden Osdorfs



Quelle: Handelskammer Hamburg, eigene Berechnungen

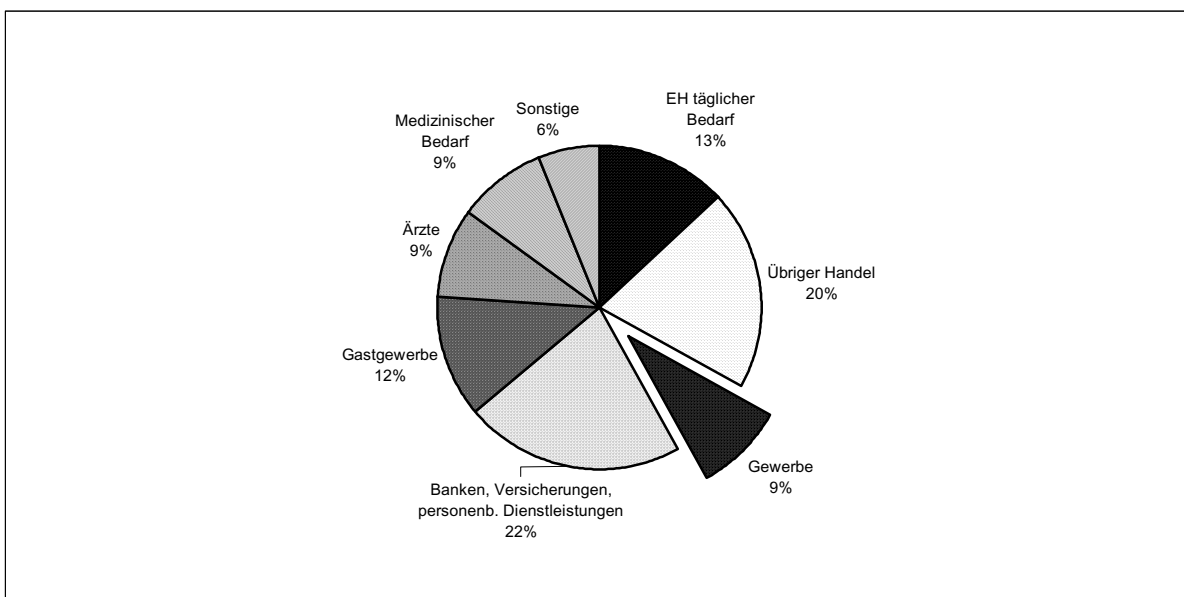
Im Rahmen der Erstellung des Quartiersentwicklungskonzepts hat die STEG durch Begehungen und Auswertung der Gelben Seiten eine eigene Bestandserhebung im Programmgebiet, in vier angrenzenden Nahversorgungszentren sowie entlang der Luruper Hauptstraße durchgeführt. Erfasst wurden rd. 260 Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Verbände (ohne Kindergärten, Schulen und Alteinrichtungen). Mehr als ein Drittel davon befinden sich in den Nahversorgungszentren. Die Unternehmen sind zu ca. 90 % dem Dienstleistungssektor zuzurechnen, nur knapp 10 % sind gewerbliche Betriebe (Handwerk, Verarbeitendes Gewerbe). Ein Drittel der Betriebe ist dem Handel zuzurechnen, je ein Fünftel sind Banken, Versicherungen und andere, fast ausschließlich personenbezogene Dienstleistungen sowie Ärzte, Apotheken und weitere Einrichtungen aus dem Bereich Gesundheit. Innerhalb dieser Zählung wurden zwar keine Betriebsgrößen erfasst; aufgrund der Handelskammerdaten ist aber anzunehmen, dass es sich fast ausschließlich um Klein- und Kleinstbetriebe handelt.

Ein detaillierter Blick auf die Nahversorgungszentren und den Einzelhandel zeigt, dass trotz der unterschiedlichen Größe und Angebotsstruktur der drei Ladenzeilen und der Einkaufspassage ein Niedergang des Einzelhandels zu konstatieren ist. Das Angebotsspektrum hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert, so dass insbesondere ältere Menschen sich kaum noch zu Fuß mit Artikeln des täglichen Bedarfs versorgen können; „Ramschläden“ und auch Läden von Migranten stoßen bei der alteingesessenen Kundschaft zum Teil auf Ablehnung. Die mancherorts den öffentlichen Raum vor den Zentren besetzen-

den Jugendlichen werden als vermeintliche Bedrohung wahrgenommen. Ein gemeinsames Handeln der Ladeninhaber und -pächter sowie der Grundeigentümer in Hinblick auf eine Verbesserung der Situation findet bisher nicht statt. Zu den Gründen für den hier sichtbar werdenden tendenziellen Verfall gehören neben lokalen Ursachen wie dem Kaufkraftverlust auch überlokale Entwicklungen: Die Konzentration im Einzelhandel oder auch die Veränderung im Einkaufsverhalten der jüngeren, ökonomisch besser gestellten und mobileren Bevölkerungsgruppen, die letztlich die Zentralität dieser Orte im Quartier deutlich relativieren.

Trotz der insgesamt unzureichenden Aussagefähigkeit der Daten, zeigt sich insgesamt, wie wenig Impulse aus dem Bestand der Stadtteil- und Quartiersbetriebe der Wohngebiete auf den lokalen Arbeitsmarkt ausgehen können: Die Zahl der im Gebiet wohnenden Arbeitslosen übersteigt das Beschäftigungsangebot der lokalen Unternehmen; das Angebot an Arbeitsplätzen in Dienstleistungsberufen entspricht in keiner Weise der vorhandenen Nachfrage nach gewerblichen Arbeitsplätzen; eine große Zahl von Betrieben besteht aus Kleinstbetrieben im Dienstleistungsbereich, die nicht auf betriebliches Wachstum ausgelegt sind und so auch keine weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können.

Abbildung 8: Branchenstruktur im Programmgebiet, umliegenden Nahversorgungszentren und entlang der Luruper Hauptstraße



Quelle: STEG Hamburg, eigene Berechnungen

WICHTIGER ALS DIE FRAGE MÖGLICHER BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE IST DER STELLENWERT DER BETRIEBE IN BEZUG AUF DIE LEBENS- UND VERSORGUNGSQUALITÄT DER WOHNGBIETE. IM RAHMEN DER ERSTELLUNG UND ÖFFENTLICHEN DISKUSSION DES QUARTIERSENTWICKLUNGSKONZEPTS WURDE INSBESONDERE DER NIEDERGANG DER LOKALEN NAHVERSORGUNGSZENTREN DISKUTIERT. ALLERDINGS IST BISHER VÖLLIG UNKLAR, OB UND WIE SICH DIESE ORTE REAKTIVIEREN LASSEN. TROTZ DER ERHEBLICHEN UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN EINZELNEN ZENTREN UND DAMIT EINHERGEHEND MIT DEM AUSMAß DES NIEDERGANGS IST OFFENSICHTLICH, DASS SICH HIER UNTERSCHIEDLICHE STRUKTURVERÄNDERUNGEN – IM EINZELHANDELSANGEBOT, IM EINKAUFVERHALTEN ETC. – ÜBERLAGERN, DIE AUCH DIE ZENTRALITÄT DIESER ORTE DEUTLICH RELATIVIEREN UND KEINE RÜCKKEHR ZUM FRÜHEREN STATUS QUO ERLAUBEN.

Die reinen Wohngebiete in Lurup bieten kaum Entwicklungspotentiale für den Ausbau der lokalen Ökonomie. Aus unterschiedlichen Gründen besteht kein kurzfristig verfügbares Flächenangebot; die letzten freien Flächen wurden im Rahmen der Verdichtung mit Wohnungen

bebaut; darunter auch Flächen, die sich für eine gewerbliche Entwicklung geeignet hätten (etwa entlang der Hauptstraße zwischen den beiden Projektgebieten). Die oft erhobene Forderung, durch planungsrechtliche Änderungen eine verstärkte kleinteilige Nutzungsmischung in den Wohngebieten anzustreben, erscheint wenig Erfolg versprechend. Es würden sich wenn überhaupt nur langfristig sichtbare Erfolge vorzeigen lassen; eine Öffnung der gewerblichen Beschränkungen eines reinen Wohngebietes (zum Beispiel flexibler Umgang mit Zweckentfremdungen) ist derzeit nicht durchsetzbar. Außerdem ist das Spektrum der Unternehmen, das an solchen Wohnstandorten geeignete Standortbedingungen vorfindet, ausgesprochen klein, da wichtige weiche Standortfaktoren fehlen und sich auch nicht durch Planungsrecht und eine andere Genehmigungspraxis produzieren lassen. Neuansiedlungen am Stadtrand stehen darüber hinaus in der Konkurrenz zum preiswerten und weniger durch Auflagen regulierten Bauland in den Gemeinden außerhalb der Hamburger Stadtgrenzen.

Gewerbestructur in den Gewerbegebieten

Wird der Fokus vom festgelegten Projektgebiet und seinem fußläufig erreichbaren Umfeld auf den Stadtteil Lurup und die angrenzenden Stadtteile Bahrenfeld, Stellingen und Eidelstedt erweitert, ergibt sich ein vollkommen anderes Bild der Betriebsstruktur, da in direkter Nachbarschaft Lurups zahlreiche und für den Hamburger Westen bedeutende Gewerbe- und Industriegebiete liegen, die ein entsprechend großes und breites Arbeitsplatzangebot beinhalten.

Wie anhand der vorangehenden Karten ersichtlich, befinden sich an der Luruper Hauptstraße/Elbgaustraße der Hauptsitz der Hermes Schleifmittel sowie zwei weitere kleinere Produzierende Betriebe. Die Firma Hermes, die für industrielle Abnehmer „Schleifmittel auf Unterlagen“ und mittlerweile auch Schleifkörper herstellt, beschäftigt in Lurup rd. 600 Personen.

Im Gewerbegebiet Grundkuhlenweg sitzen eine Reihe großflächiger Einzelhandelsbetriebe, mit einem Einzugsbereich, der z.T. weit über Lurup hinaus reicht. Der größte Einzelhandelsbetrieb beschäftigt rd. 280 Mitarbeiter, davon zwei Drittel in Teilzeit. Ein Großteil der Mitarbeiter wohnt in den umliegenden Stadtteilen. Im Industriegebiet im nördlichen Bereich der Schnackenburgallee verzeichnet die Handelskammer allein 280 Firmen (ohne den Bereich nördlich der Bahnlinie). Aufgrund der Briefkastenfirmen und verschachtelten Firmenausgründungen ist diese Zahl ebenfalls zu relativieren, insbesondere im zahlreich vertretenen Dienstleistungssektor. Der größte Betrieb ist die Firma Montblanc, die in Lurup rd. 700 Menschen beschäftigt (ca. 450 Personen in der Produktion, davon stellen ca. 300 Frauen in Handarbeit die aufwendigen Schreibgeräte her). Zu den Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten gehören weiterhin ein Bauunternehmen, vier Unternehmen aus dem Handel sowie drei Produzierende Betriebe und ein Unternehmen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung. Laut Handelskammer haben 30 weitere Betriebe 20 bis 100 Beschäftigte (siehe Abbildung 5 und Abbildung 6; Hammer-Symbol = Produzierendes Gewerbe).

Ein weiterer wichtiger Ort der Arbeit ist das zum Stadtteil Eidelstedt gehörende ICE-Wartungs- und Instandhaltungswerk, das sich an die S-Bahn-Station Elbgaustraße anschließt. Hier arbeiten rd. 670 Personen, dazu kommen über 200 Angestellte im Reinigungsbereich.

Tabelle 9: Bestand an Handwerksbetrieben in Lurup

Handwerksgruppe	1990		1995		2000	
	Voll-handwerk	hw-ähnl. Gewerbe	Voll-handwerk	hw-ähnl. Gewerbe	Voll-handwerk	hw-ähnl. Gewerbe
Bau- und Ausbaugewerbe	30	24	36	33	36	31
Elektro- und Metallgewerbe	61	3	58	4	57	7
Holzgewerbe	5	0	5	7	4	10
Bekleidungs-, Textil-, Ledergew.	10	9	10	11	7	12
Nahrungsmittelgewerbe	12	1	7	1	5	1
Gesundheit- Körperpflege, Reinigungsgewerbe	22	10	18	13	20	6
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	4	0	6	0	4	1
Gesamt	144	47	140	69	133	68

Quelle: Handwerkskammer Hamburg; Referat Volkswirtschaft

Die Daten der Handwerkskammer liegen nur auf Stadtteilebene vor, eine räumliche Differenzierung zwischen Gewerbe- und Wohngebieten ist somit nicht möglich. Wie die Tabelle zeigt, gehören etwa 70 % der 133 Luruper Handwerksbetriebe dem Bau- und Ausbau- sowie dem Elektro- und Metallgewerbe an; damit sind die beiden wichtigsten Handwerksgruppen in Lurup noch etwas dominanter als im Hamburger Durchschnitt vertreten. Im Vergleich mit den Stadtteilen des Kernbereichs von Altona fällt auf, dass im Zeitraum von 1980 bis 1990 in Lurup die Zahl der Handwerksbetriebe konstant geblieben ist, während der Strukturwandel in Altona-Altstadt und Ottensen zu einem Rückgang des Betriebstyps von 30 bzw. 20 % geführt hat. Profitiert von der Schließung und Verlagerung der Betriebe, die sich im Altonaer Kern auch nach 1990 fortsetzte, hat insbesondere der Stadtteil Bahrenfeld, der heute die meisten Handwerksbetriebe Altonas beheimatet.

Die Gespräche mit den großen Firmen aus den Gewerbegebieten haben das Ausmaß der Einbettung in z.T. weltweite Absatz- und Beschaffungsmärkte und den fast vollständigen Verlust lokaler Bindungen gezeigt bzw. bestätigt. Zwei Firmen, ein Hersteller von Schleifmitteln für die Industrie (600 Mitarbeiter in Lurup) und ein Hersteller von luxuriösen Schreibgeräten (700 Mitarbeiter in Lurup), lassen sich sogar als „global player“ bezeichnen. Die Entwicklungsstrategie ist v.a. durch eine starke Expansion in andere Produktparten und einen weltweiten Aufbau von Tochtergesellschaften und Vertragspartnern geprägt. Hamburg ist Stammsitz der Firmen, an denen bestimmte Funktionen zentral gesteuert (wie der weltweite Einkauf von Rohstoffen), während andere Tätigkeiten kostengünstig ausgelagert werden. Eine Folge davon ist, dass heute mehr als die Hälfte der Mitarbeiter im Ausland arbeiten. Dieser Wandel der Entwicklungsstrategie zeigt auch, wie sich Globalisierung und Europäisierung auf den lokalen Arbeitsmarkt auswirken: Der Hersteller der Schleifmittel war über Jahrzehnte der größte Betrieb und wichtigste Arbeitgeber in Lurup. Zu Hochzeiten in den 70er Jahren hatte er 1.500 Beschäftigte, von denen ein Großteil aus Lurup kam. Damals wurden, so ein Personalleiter, die Leute quasi von der Straße weg eingestellt. Unter den Lurupern galt das Unternehmen scherzhaft als größter Friseursalon Lurups, da viele ehemalige Friseusen in der „Hausfrauenschicht“ arbeiteten. Heute sind diese einfachen Arbeitsplätze weitgehend wegrationalisiert oder ausgelagert; die männlichen Maschinenbediener sind zwar in der Regel keine Facharbeiter, aber sie müssen zumindest über eine Berufsausbildung verfügen.

Die lokalen Bezüge der Handwerksbetriebe, die vor allem an den Ausfallstraßen und in den Gewerbegebieten ansässig sind, müssen ebenfalls stark relativiert werden. Die Handwerksbetriebe bewegen sich schon längst auf einem regionalen Markt, mit einem entsprechend harten Konkurrenzkampf um gewerbliche und private Kunden. Anders als in innerstädtischen Gebieten mit einem höheren Betriebsbesatz, entwickeln sich hier auch weniger kooperative Beziehungen untereinander, die die lokale Bindung erhöhen können. Jedenfalls ist es in Bezug auf das Handwerk wie auch bei vielen anderen Stadtteil- und Quartiersbetrieben sinnvoller, nicht pauschal von der Lokalen Ökonomie, sondern von einer lokal eingebetteten Ökonomie zu sprechen, die zwar noch lokale Bezüge besitzt – sei es im Bereich der privaten Kunden oder durch eine traditionelle Anbindung an den lokalen Arbeitsmarkt – aber ebenso von überregionalen Bezügen beeinflusst wird.

Wichtig im gewerblichen Umfeld Lurups ist weiterhin ein betriebliches Spektrum, das in der Regel überhaupt nicht mit Lokaler Ökonomie in Verbindung gebracht wird: der großflächige Einzelhandel, der Großhandel oder auch Speditionen. Diese Betriebe sind zwar – aufgrund ihres extensiven Flächenverbrauchs und der von ihnen ausgehenden Verkehrsbelastung – oft negativ besetzt, dennoch sind gerade hier die Bezüge zum lokalen Arbeitsmarkt bei den Arbeitern (Fahrer, Lagerarbeiter etc.) und einfachen Angestellten (Verkäufer) stark ausgeprägt. Auch scheint – aufgrund niedriger Löhne, oft unbequemen Arbeitszeiten und z.T. auch wegen des schlechten Rufs dieser Arbeitsplätze – die Fluktuation bedeutend höher als in Handwerks- und Industriebetrieben zu sein, so dass gerade hier ein Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Beschäftigte besteht. Im Falle des Einzelhandels handelt es sich auch um eines der wenigen Arbeitsfelder für Frauen. Der größte Einzelhandelsbetrieb, der in einem der Luruper Gewerbegebiete sitzt und dessen Einzugsbereich den Hamburger Westen und das westliche Umland abdeckt, beschäftigt insgesamt fast 300 Mitarbeiter, überwiegend Frauen in Teilzeit.

Exkurs I: Ergebnisse der Betriebsbefragung

Die TU Harburg hatte sich in Absprache mit dem Quartiersmanagement und der STEB dazu verpflichtet, schwerpunktmäßig das Thema Wirtschaft und Arbeit zu behandeln, wobei von Beginn an feststand, dass die Untersuchung nicht auf das Projektgebiet begrenzt werden konnte, sondern unterschiedliche Dimensionen der Einbettung des STEP-Gebietes in das räumliche Umfeld und gesamtstädtische Strukturen zu thematisiert sind. Zu diesem Zweck wurde zunächst eine qualitative Betriebsbefragung durchgeführt⁴. Zentrale Fragen der Befragung waren:

Welche ökonomischen Einbettungsformen bestehen (noch) in die Stadt?

Wie sehen die Verflechtungen zum lokalen Arbeitsmarkt aus?

Welche Bezüge und Sichtweisen bestehen zwischen Quartier („Lebenswelt“) und Betrieb („System“)?

Wie lassen sich mögliche Schnittmengen entwickeln (solange es keine unmittelbaren Gemeinsamkeiten gibt)?

Die von der TU durchgeführte Betriebsbefragung sollte Hinweise auf Verflechtungsbeziehungen zum lokalen Arbeitsmarkt und mögliche Handlungspotentiale geben. In den Interviews wurde nach gegenwärtigen Suchstrategien von Arbeitskräften im gewerblichen und

⁴ Liste der befragten Betriebe und Projekte siehe Anhang IV.

unteren Angestelltenbereich sowie nach dabei auftretenden Problemen gefragt. Aufgrund des derzeitigen Mangels an qualifizierten Facharbeitern in Hamburg und des leergefegten Arbeitsmarktes gibt es auf der lokalen Ebene kaum Anknüpfungspunkte für diesbezügliche Problemlösungen. Unabhängig davon zeigen sich steigende Qualifikationsanforderungen in der spezialisierten Betrieben oder auch steigende soziale Anforderungen in einfachen Handwerksbetrieben (normale Facharbeiter als Leiharbeiter, Angestellte brauchen Vorarbeiterqualitäten). Wie weitere von der TU Hamburg-Harburg durchgeführte Studien gezeigt haben, besitzen Handwerksbetriebe neben den fachlichen sehr ausgeprägte soziale Filter, d.h. die Bewerber müssen zu einem spezifischen beruflichen Milieu gehören, das sich durch gemeinsame Werthaltungen auszeichnet (vgl. Themenkonferenz 2001).⁵ Räumliche Nähe ist bei der Suche nach Facharbeitern generell kein entscheidendes Kriterium.

Das Teilsegment der „einfachen Arbeit“ ist aufgrund der niedrigeren Löhne und z.T. auch wegen der Arbeitszeiten (Teilzeit, Schichtsystem) traditionell stärker an dem lokalen Arbeitsangebot ausgerichtet. Im Vergleich zur Facharbeit besitzen diese Arbeitsplätze geringe fachliche und soziale Zugangsfilter; das Problem ist jedoch die sinkende Zahl dieser Arbeitsplätze.

Die Industrie bietet Zugangschancen in sehr stark automatisierte oder in immer noch von Handarbeit abhängigen Produktionsprozessen. Vom formellen Status aus gesehen handelt es sich um Anlern Tätigkeiten, allerdings mit Berufsausbildung: Sie gilt v.a. als Beleg für die Fähigkeit, sich in den betrieblichen Alltag und Arbeitsrhythmus einfügen zu können, darüber hinaus geht es um handwerkliche Grundfertigkeiten (z.B. im Falle ausgebildeter Friseurinnen, deren Fingerfertigkeit geschätzt wird).

Die Interviews zeigen aber auch, wie stark sich Unternehmenskulturen auf die Art und Weise auswirken, wie Arbeitskräfte gesucht und bewertet werden. Der global agierende, aber sich immer noch mit Lurup verbunden fühlende Schleifmittelhersteller schreibt die Stellen intern aus und besitzt im gewerblichen Bereich eine engere Verflechtung mit dem lokalen Arbeitsmarkt als mancher Handwerksbetrieb ($\frac{1}{3}$ der Arbeiter wohnen im direkten räumlichen Umfeld). Der Schreibgerätehersteller vermeidet dagegen engere Beziehungen zum Standort Lurup, weil letzterer nicht zu dem luxuriösen Image passt, obwohl sich in dem von Handarbeit geprägten Tätigkeitsbereich der weiblichen Beschäftigten eine engere Anbindung an den lokalen Arbeitsmarkt evtl. auch betriebswirtschaftlich rentieren würde, vor allem wegen der stark flexibilisierten Arbeitszeiten.

Die Schwierigkeiten, im unteren Qualifikationssegment geeignete Arbeitskräfte zu finden, treten in den befragten Betrieben aus dem Einzel- und Großhandel sowie im Reinigungs-gewerbe deutlich zu Tage, allerdings lassen sich diese Aussagen aufgrund der geringen Fallzahl nicht verallgemeinern. Der Tenor war: telefonische Anfragen gibt es genug, aber wenn die Leute zu schriftlichen Bewerbungen aufgefordert werden, reduziert sich die Zahl erheblich, weil wenige Bewerbungen den Anforderungen entsprechen (z.B. ohne Zeugnisse, Lebenslauf). Auffällig ist weiterhin, dass erhebliche Schwierigkeiten bestehen, motivierte deutsche Arbeiter (Lager, Fahrer) zu finden, also wenige, „die wollen“. Die absoluten Niedriglohnsegmente (Auffüllkräfte und Reinigung) sind dagegen ethnische Arbeitsmärkte mit hoher interner Nachfrage (EH: 100 Bewerbungen auf eine Stelle). Hierfür gibt es kaum deutsche Bewerber, auch nicht aus dem Umfeld, scheinbar aufgrund des geringen Abstandes zur Sozialhilfe. Dies wird auch durch die Aussagen des Arbeitsamtes Altona bestätigt: In den

⁵ Freie und Hansestadt Hamburg, Stadtentwicklungsbehörde (Hrsg.) (2000): Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkung wohnungsnaher Betriebe.

Dienstleistungssegmenten Küche und Reinigung liegt die Nachfrage über dem Angebot. Innerhalb der ethnischen Arbeitsmärkte besteht allerdings keine verallgemeinerbare enge räumliche Verzahnung von Arbeits- und Wohnort (z.B. so arbeiten in bei der Reinigung der Züge der Bundesbahn im Stellwerk viele Türken aus Wilhelmsburg).

Obwohl hier keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden können, lässt sich die begründete Vermutung aufstellen, dass es einen Bedarf für verbesserte und auch lokaler ausgerichtete Matching-Prozesse gibt. Ansatzpunkt könnten die Bedürfnisse der Betriebe sein, die sich z.B. einen Ansprechpartner im Sinne einer one-stop-agency wünschen. Der Vorteil für das Unternehmen wäre die Verkürzung des oft als mühsam und wenig erfolgreichen erlebten bisherigen Besetzungsverfahrens, weil eine externe Personalagentur, die die fachlichen und sozialen Filter des Betriebes kennt, geeignete Personen vermitteln könnte. Falls sich ein Verfahren etablieren und ein Vertrauensverhältnis herstellen ließe, könnten die Vermittlungstätigkeiten auch mit langfristig wirkenden Qualifizierungsmaßnahmen gekoppelt werden. Ebenso kann hier eine Schnittstelle zu anderen überlokal agierenden Einrichtungen und Trägern aus der Wirtschafts- und Ausbildungsförderung entstehen. Hierbei ist insbesondere die Bedeutung eines personenbezogenen Vertrauensverhältnisses hervorzuheben. Die Unternehmensvertreter haben in der Regel längst den Überblick über die Vielzahl von Förderprogrammen für unterschiedliche Zielgruppen verloren und sehen sich zugleich mit ständigen Anfragen unterschiedlichster Träger konfrontiert. Angesichts der vielschichtigen Förderkulissen und der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten sowie der z.T. fehlenden Kooperationsbereitschaft der Altonaer Beschäftigungsträger, wurde dieser an sich nahe liegende Wunsch nach mehr Transparenz und einem relevanten Ansprechpartner von der Programmbegleitung als ein kurzfristig unrealistisches Unterfangen beurteilt, das nicht weiter verfolgt wurde.

Ausbildung

Die explorative Befragung der Betriebe zum Themenbereich Ausbildung erwies sich sowohl in Bezug auf die realen Probleme, die die Betriebe von der Besetzung von Ausbildungsstellen bis zum erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung haben, als auch in Bezug auf die emotionale Reaktion und Betroffenheit der Betriebsvertreter als ertragreich. Unabhängig von diesen Ergebnissen hatte zeitgleich eine Luruper Schule eine Initiative zur Gründung eines Runden Tisches „Schule – Ausbildung“ ins Leben gerufen. Ausgangspunkt war die geringe Quote der Haupt- und Realschüler mit konkreten beruflichen Anschlussperspektiven nach der Schule. Die Initiatoren wollten über den Aufbau von Kontakten zu Betrieben aus dem Umfeld der Wohnquartiere den Zugang zu Praktika und Ausbildungsplätzen verbessern. Da die Programmbegleitung eine Unterstützung von Initiativen vor Ort anstrebte, wurden ihre Aktivitäten im weiteren Verlauf auf das Thema „Übergang Schule – Beruf“ zugespitzt. D.h. es wurden jetzt auch für Ausbildungsfragen zuständige Betriebsvertreter vertiefend zu diesem Thema befragt. Kernfragen waren:

Welche Chancen haben Hauptschüler, eine Lehrstelle zu bekommen?

Welche Chancen haben Schulabbrecher in Maßnahmen, die auch Betriebe als Lernort nutzen?

Welche Erfahrungen machen Betriebe? Wie sieht der Filterprozess konkret aus?

Ebenso wurde nach relevanten Modellprojekten im räumlichen Umfeld und auf gesamtstädtischer Ebene recherchiert und mit den verantwortlichen Personen in den jeweiligen Betrieben, Einrichtungen und Behörden Gespräche geführt. Diese Aktivitäten wurden für die Akti-

ven vor Ort fruchtbar gemacht, indem Kontakte zu Betrieben und anderen Projekten vermittelt und indem das zuständige Amt für Schule in diesen Aktivierungsprozess eingebunden wurde. Letztlich hatte dieser Forschungsschritt den Charakter einer beginnenden Aktionsforschung angenommen. Die Dynamik des Forschungsprozesses drängte Aspekte des Themenfeldes Wirtschaft und Arbeit in den Hintergrund, die ursprünglich im Mittelpunkt stehen sollten (Z. B. die Suche nach Möglichkeiten für niedrigschwellige Arbeitsangebote und konkreter Entwicklungsperspektiven für die lokale Ökonomie im Quartier). Angesichts der extrem schwierigen Rahmenbedingungen hätten sich innerhalb des begrenzten Zeitraumes von einem Jahr für diesen Baustein wenig konkrete Ergebnisse erzielen lassen, ebenso wären negative Effekte zu befürchten gewesen (z.B. wenn Betriebskontakte aufgebaut und wieder abgebrochen werden, ohne dass die anvisierten Ziele ansatzweise umgesetzt sind).

Die Interviews über die Zugangschancen von Hauptschülern in Ausbildungsberufe wurden ausschließlich mit Vertretern aus Industrie- und Handwerksbetrieben geführt, so dass sich die folgenden Angaben im Wesentlichen auf männliche Jugendliche beziehen.

Die Vertreter aus Industriebetrieben bestätigten zunächst, dass Betriebe mit einem Bedarf an sehr qualifizierten Facharbeitern einen formellen, d.h. notenbezogenen und räumlich breit gestreuten Such- und Auswahlprozess betreiben. Hauptschüler bewerben sich z.T. gar nicht mehr oder nur noch „durch Zufall“. Sie hätten auch keine Chance auf einen erfolgreichen Abschluss, insbesondere aufgrund des geforderten Leistungsniveaus an der Berufsschule⁶. Allerdings werden die Nachwuchsprobleme immer deutlicher, so dass auch vereinzelt wieder eine gewisse Öffnung gegenüber Hauptschülern festzustellen ist.

„Ich suche Hauptschüler mit technischem Verstand, d.h. guten Noten in Mathe und Physik, handwerklichen Erfahrungen und Spaß am Handwerk. Das ist aber die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Die Schüler machen in Bewerbungsgesprächen einen sehr schlechten Eindruck. Sie sind nicht vorbereitet, über das Berufsbild nicht informiert. Der schlechte familiäre background, d.h. die fehlende familiäre Unterstützung wird überdeutlich. Das Leistungsniveau ist insgesamt sehr schlecht.“

Die Vertreter der inhabergeführten Handwerksbetriebe sprechen sich nicht grundsätzlich gegen Hauptschüler aus.⁷ Nur auf Realschüler zu setzen, mache keinen Sinn, weil diese meistens nach der Ausbildung studieren wollen und den Kleinbetrieben als Facharbeiter verloren gehen (in Großbetriebe können sie viel eher nach dem Studium zurückkehren). Als zentraler Filter bei Hauptschülern fungiert die Mathe-Note. Begründet wird dies wie in der Industrie damit, dass der Unterschied zwischen Mathe an der Schule und in der Berufsschule enorm ist und sie die Ausbildung nicht schaffen; man tue ihnen daher auch keinen Gefallen.⁸

Die Prüfung der eingeladenen Bewerber hängt sehr stark vom individuellen Stil des Inhabers ab: Manche Jugendliche müssen ihre Eltern mitbringen. Es wird geprüft, ob sie „in Lohn und Brot stehen und einen ordentlichen Eindruck vermitteln“. Andere machen eine Betriebsführung mit anschließendem Test (Rechnen und Beschreibung des Betriebes).

⁶ In den bei der Handelskammer Hamburg erfassten gewerblichen Ausbildungsberufen hatten 1999 14,1% der Neuzugänge einen Hauptschulabschluss, 0,7% begannen ohne Hauptschulabschluss ihre Ausbildung (Handelskammer Hamburg 2000).

⁷ In den bei der Handelskammer Hamburg erfassten Lehrstellen hatten im Jahr 2000 48% der Neuzugänge einen Hauptschulabschluss, ohne Hauptschulabschluss begannen 6% die Lehre (Handelskammer Hamburg 2001).

⁸ Die Quote der Auflösung von Lehr- und Ausbildungsverträgen lag in Hamburg 1998 bei 24,2%. In klassischen Ausbildungsgängen von Hauptschülern reicht die Abbrecherquote bis über 60%. Laut Lehberger (2001) wird in Hamburg jeder zweite Ausbildungsvertrag, den Hauptschüler abschließen, wieder aufgelöst.

Allen Handwerksbetrieben ist aber gemeinsam, dass die Jugendlichen vorher oder nachher ein Betriebspraktikum machen müssen. Durch den hohen Stellenwert des Praktikums ist die Eintrittsschwelle für Hauptschüler noch vergleichsweise niedrig, sofern die Praktika durch entsprechende Vor- und Nachbereitung an den Schulen vermitteln, worauf es den Inhabern ankommt. Leider ist dies oft nicht der Fall, weil Praktika eher als Pflichtaufgabe interesselos „abgerissen“ werden. Wenn Jugendliche aber auf die Inhaber einen guten Eindruck machen, sind diese bereit, über viele Schwächen hinwegzusehen. Ältere Handwerker wirken z.T. aber auch etwas engstirnig: Sie ereifern sich über die Bewerbungen („Was lernen die überhaupt in der Schule?“), reagieren äußerst ablehnend und weigern sich, die eigenen Prüfkriterien zu modifizieren.

Was sind nun zentrale Schwierigkeiten im Verlauf der Ausbildung? In der Sprache der Handwerker und Ausbildungsleiter ist ein Hauptproblem die Unpünktlichkeit im Betrieb und die Fehlzeiten in der Berufsschule. Unpünktlichkeit scheint das Symbol für eine fehlende Wertschätzung der Arbeit und der Kollegen zu sein. Sie ist ebenfalls Ausdruck von Schwierigkeiten, sich in den „betrieblichen Ordnungsrahmen“ einzufügen, der durch ein sehr strenges Kostendenken geprägt ist. Zur Nichtakzeptanz des traditionellen gewerblichen Arbeitsethos, gehört die teilweise geringe Bereitschaft, Anordnungen unkommentiert auszuführen.

Wie schon im Einstellungsgespräch zeigt sich als weiteres, aber nicht verallgemeinerbares Kernproblem die fehlende Motivation, die letztlich neben den fehlenden Leistungen Hauptgrund für Lehrstellenabbrüche ist. Die Inhaber haben alle ihre Geschichten zu erzählen, und zwar mit einer aufgestauten Wut und Fassungslosigkeit. Wenn sich die schlechten Erfahrungen häufen (z.B. mehrere Lehrstellenabbrüche hintereinander) sinkt die Bereitschaft, überhaupt noch auszubilden.⁹

Bei der Suche nach den Gründen für die unbefriedigende Situation ist zunächst auffällig, dass Vertreter der Betriebe die anderen Sozialisationsinstanzen verantwortlich machen, während sie selbst sich keiner Fehler bewusst sind und angeblich alles unternehmen, um die Jugendlichen zu halten. Kritisiert wird:

Das Leistungsprinzip gilt an den Hauptschulen nicht mehr, im Betrieb zählt aber nur die Leistung (oder auch: „Was früher der Hauptschüler war ist heute der Realschüler, der Hauptschüler ist heute Sonderschüler);

fehlender Rückhalt der Eltern; fehlender Druck pünktlich zu kommen;

freizeitorientierte Lebensstile der Jugendlichen: Sie sind nicht ausbildungsreif und haben ihren Platz noch nicht gefunden („Es sind fast noch Kinder“).

Letztlich zeigt sich hier ein nicht neuer aber zugespitzter Widerspruch zwischen ökonomischer Verwertung und veränderter Sozialisation: Aufgrund der im Vergleich zu den Hochzeiten der Ausbildung in den 80er Jahren schwierigeren wirtschaftlichen Lage herrscht ein höheres Kostenbewusstsein in Bezug auf Ausbildung: Die Jugendlichen sollen möglichst schnell „funktionieren“; andererseits steigt der Betreuungsaufwand: Die Ausbildungsleiter müssen mehr kommunizieren und überzeugen; sie müssen das Lernen in der Berufsschule unterstützen (was früher auch passiert ist).

Aus der pädagogischen Perspektive, also von Vertretern aus Bildungsprojekten und von Lehrern werden vor allem folgende Argumente betont:

⁹ Bildeten 1984 noch über 40 % aller Hamburger Handwerksbetriebe aus, so waren es Ende der 90er Jahre nur noch knapp ein Viertel (Handwerkskammer Hamburg 2001).

Die Jugendlichen sind heute orientierungsloser; sie wissen nicht, was sie wollen und wie sie sich darum kümmern sollen;

Die Jugendlichen sind nicht dümmer als früher, haben aber mehr Probleme;

Es fehlt der Rückhalt durch die Eltern. Diese haben z.T. völlig unrealistische Vorstellungen über die Ausbildungschancen der Kinder; Migranten können ihre Kinder nicht konkret unterstützen und haben andere kulturelle Vorstellungen;

Das System Hauptschule kann der „Null-Bock-Haltung“ (die eher die schlauerer Schüler an den Tag legen) nicht wirkungsvoll begegnen, weil die Schule die Erfolgserlebnisse nicht vermitteln kann. Auch das ewige Zu-spät-kommen ist eine Form, sich Geltung zu verschaffen, es reproduziert sich in der „Käseglocke Schule“, weil sie nur Kontakt zu Gleichaltrigen haben.

Nicht zu übersehen ist auch der sinkende allgemeine Stellenwert der gewerblichen Ausbildung und Arbeit, insbesondere im Handwerk (z.T. auch von Dienstleistungen im Einzelhandel).

„Es ist aber nicht nur mit den Betrieben sehr mühsam, auch mit den Schülern. Unsere (Haupt-)Schüler wollen nicht ins Handwerk, sondern Pilot und Arzt werden. Ein Beispiel: Ein Schüler ist für eine KFZ-Mechaniker-Lehre geeignet, macht ein Praktikum und sagt mir nach ein paar Tagen: Das kann ich nicht machen, ich kriege meine Hände nicht mehr sauber.“

Neben den fallbezogenen Geschichten wird ein allgemeines Desinteresse von Jugendlichen an Veranstaltungen zur Information über gewerbliche Berufe (z.B. Straße des Handwerks auf dem Hamburger Rathausmarkt) und Betriebsführungen bemängelt.

Dieser hier angedeutete Problemkomplex ist nach Ansicht der Programmbegleitung nicht innerhalb der „Käseglocke“ Schule oder durch Reformen der Ausbildungsberufe (z.B. die Einführung von einfacheren Ausbildungsgängen) lösbar. Langfristig müsste das schulische Lernen so verändert werden, dass die Schüler aus der Isolation und Einseitigkeit des Systems Schule herausgelöst werden. Notwendig wären:

Arbeiten und Lernen in Ernstsituationen, Arbeitswelten erfahren;

andere Lernformen: praktisch, gegenständlich, gebrauchswertorientiert (über Produkte Selbstbestätigung und Wertschätzung erfahren) und

andere soziale Settings: Jugendliche sollten nicht nur unter sich sein, sondern auch andere Alltagswirklichkeiten, ihre Akteure, Werte und Handlungsrationalitäten kennen lernen.

Damit ist offensichtlich, dass sich hier ganz zentrale Anknüpfungspunkte an den Handlungsansatz der Sozialen Stadt ergeben. Gefragt sind in der Umsetzung Schulen, Betriebe, die Jugend- und Familienhilfe, das Arbeitsamt u.a. Institutionen. Gerade beim Übergang Schule - Beruf ist die Verzahnung der sektoralen Handlungsfelder unumgänglich.

2.2.4 Gebietsstruktur/Flächennutzung/Umweltsituation¹⁰

Zu Beginn der 60er Jahre lag der Schwerpunkt des Wohnungsbaus in Lurup zwischen den Straßen Fahrenort und Oderstraße. In den Jahren 1957-1967 entstand hier, in zwei Baupha-

¹⁰ Grundlage der Kapitel 2.2.4 bis 2.2.6 sind wesentlich das von PPL erstellte „Handlungs- und Maßnahmenkonzept Lurup“ sowie das vom Quartiersmanagement mit Unterstützung des Bezirks erarbeitete Quartiersentwicklungskonzept 2000. Mit Einverständnis des Quartiersmanagements wurden Textpassagen, etwa zur Beschreibung der sozialen Infrastruktur, übernommen.

sen, das durch seine Straßennamen charakterisierte *Flüsseviertel*. Die folgende Karte¹¹ gibt einen Überblick über die Geschossigkeit und die Nutzungsverteilung im Flüsseviertel.

Auffällig ist die Trennung selbst dieses einzelnen Gebiets durch einen Grüngürtel in wiederum zwei Teilbereiche: das *südliche* und *nördliche Flüsseviertel* sind nur durch Fußwege miteinander verbunden. An der Netzestraße entstand zudem ein kleines Zentrum (mehrere Läden, eine Gaststätte und eine Bücherei), das jedoch in den 70er Jahren wieder geschlossen wurde. Die größte städtebauliche Veränderung erfuhr das nördliche Flüsseviertel erst in den 90er Jahren: Im Rahmen einer Verdichtung wurden und werden durch Neubauten insgesamt 177 Wohnungen geschaffen. Auch wird der Versuch unternommen, das Zentrum an der Netzestraße wieder zu beleben, indem Gemeinbedarfseinrichtungen (Kinder- und Familienhilfzentrum, Mädchenladen) und ein Kiosk geschaffen wurden. Im südlichen Bereich der Netzestraße entstand eine neue Kindertagesstätte.

Abbildung 9: Modellgebiet: Flüsseviertel



Quelle: PPL Handlungs- und Maßnahmenkonzept Lurup, 1998

Teils zusammen mit dem Ausbau der Elbgaustraße als Verbindungsstraße, teils in nachfolgenden Schüben wurde in dem Zeitraum 1954 bis 1958 schließlich die „Siedlung Elbgaustraße“ gebaut und in den Folgejahren nach Norden und Süden erweitert. Die Bauabschnitte lassen verschiedene Planungsphilosophien erkennen, die wesentlich zur heterogenen Struktur dieses Modellgebiets beigetragen haben. Vorläufer der Siedlungen *Lüdersring/Lüttkamp* waren zum einen die „Siedlung Elbkamp“ (nördlich des Herbststiegs) und zum anderen die Kleingartenkolonie „Morgenröte“. Die folgende Karte gibt einen Überblick über die Geschossigkeit und die Nutzungsverteilung im Gebiet *Lüdersring/Lüttkamp*. Hier lassen sich die im Folgenden geschilderten Entwicklungsphasen dieses Teilgebiets nachvollziehen.

¹¹ Die in den letzten Jahren entstandenen Neubauten sind auf dieser Karte noch nicht eingezeichnet.

Im ersten Bauabschnitt baute die SAGA überwiegend zweigeschossige Wohnhäuser in Reihenhaushausform, die so genannten Duplexhäuser (zwei Kleinwohnungen liegen in einem Gebäude übereinander). Eine höhere Zonierung der Wohnhäuser auf 3 und 4 Geschosse erfolgte im Einmündungsbereich Lüttkamp/Elbgastrasse. Ende der 50er Jahre entstanden nördlich des Lüttkamp die Gebäude der Kirchengemeinde „Zu den 12 Aposteln“, die heute ein wichtiges Element der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur des Stadtteils darstellt. In den 60er Jahren wurde die Elbgastrasse schließlich bis zur Luruper Hauptstrasse verlängert und - als Teilstück des Ring 3 - zu einer überörtlichen Hauptverkehrsstraße mit stadtteilverbindernder Funktion ausgebaut. Durch den Ausbau der Straße und der damit einhergehenden, zunehmenden Verkehrsbelastung wurden die Siedlungsbereiche westlich und östlich der Straße getrennt und eine weitere gemeinsame Entwicklung verhindert. Entsprechend wurde die *Siedlung Elbgastrasse* in den folgenden Jahren nach Norden und Süden erweitert (jeweils mit zunehmender Gebäudehöhe zu den Hauptverkehrsstraßen; 6-geschossige Punkthäuser zwischen der Spreestraße und dem Grünzug sowie 9-geschossige Y-Häuser an der Elbgastrasse).

Abbildung 10: Modellgebiet: Lüdersring/Lüttkamp



Quelle: PPL Handlungs- und Maßnahmenkonzept Lurup, 1998

Auf der anderen Seite des Ring 3, auf dem Gelände der ehemaligen Kleingartenkolonie „Morgenröte“, wurde Ende der 60er Jahre mit dem Bau der *Großwohnsiedlung Lüdersring* begonnen. Nördlich eines Einfamilienhausgebiets entstanden hier zunächst 4-geschossige, hufeisenförmige Baukörper. Diese und weitere 3- und 4-geschossige Wohngebäude im westlichen und nördlichen Bereich bilden den *Äußeren Lüdersring*. Der *Innere Lüdersring* ist hingegen durch eine weitaus dichtere Bebauung gekennzeichnet, die Geschossigkeit der Baukörper reicht von 3 bis zu 13 Geschossen. An der nördlichen Einmündung des Lüdersring in die Langbargheide wurde eine kleine Ladenzeile errichtet. Gemeinsam mit dem östlich der

Langbargheide gelegenen Schulbereich (Schule Langbargheide) bildet er das Zentrum der Siedlung.

In den folgenden Jahren wurde der südöstliche Bereich des Gebiets zwischen Langbargheide und Fangdieckgraben in die Siedlungserweiterung einbezogen. Neben 2- bis 5-geschossigen Wohngebäuden am Moorwisch wurden hier als östlicher Abschluss der Siedlung weitere Schulbauten (Goethe-Gymnasium) errichtet. Im Bereich des Lüttkamp wurde die heutige Situation durch die Planungsvorhaben zur Verdichtung, den Umbau der Duplex- zu „echten“ Reihenhäusern und Modernisierungsvorhaben bestimmt.

Grün- und Freiflächen

Lurup ist als insgesamt „grüner Stadtteil“ in Teilbereichen mit einem hohen „Potential“ ausgestattet, das jedoch der (kostenintensiven) Pflege bedarf. Die über drei Veranstaltungen in den Gebieten erstellte „Positiv-Negativ-Liste“ verdeutlicht Potentiale und Probleme in diesem Bereich (siehe Anhang I).

Das *Flüsseviertel* ist eine Siedlung mit Gartenstadtcharakter, die durch eine öffentliche Parkanlage und Kleingartenanlagen in einen nördlichen und einen südlichen Bereich unterteilt ist. Innerhalb der beiden Siedlungsbereiche sind den Erdgeschosswohnungen in der Regel unterschiedlich große Mietergärten zugeordnet. Diese privaten Gärten stellen eine Qualität dar, die andere Wohnstandorte in diesem Umfang nicht bieten.

Die Zahl der Spielplätze im Flüsseviertel ist ausreichend. Bereits im Zuge der Projekte der so genannten Revitalisierung und später im Rahmen des Hamburger Programms Soziale Stadtteilentwicklung wurden im nördlichen Flüsseviertel (entlang des sog. Flüssewegs) mehrere Spielplätze unter intensiver Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern modernisiert, erweitert bzw. neu gebaut. Für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurden drei vorhandene Bolzplätze zu kleinen, multifunktional nutzbaren, Sportanlagen ausgebaut. Ob diese drei Plätze als ein adäquates Angebot für Jugendliche ausreichen, muss weiterhin beobachtet werden. Ein besonderes Potential bezüglich der Freiflächen stellt außerdem der Netzeplatz (U-förmige Bebauung an der Netzestraße) dar.

Dominantes Charakteristikum des Gebiets *Lüdersring/Lüttkamp* ist eine durch Gehölze stark gegliederte Freiraumstruktur. Das führt einerseits dazu, dass ein Sichtschutz zwischen den Gebäuden besteht und sich die Größe der Geschossbauten relativiert. Andererseits werden dadurch aber auch Sichtachsen versperrt, was die soziale Kontrolle einzelner Flächen erschwert. Es entstehen „Angsträume“, die zu bestimmten Tageszeiten (im Dunkeln) oder auch von bestimmten Bevölkerungsgruppen (z.B. Frauen) gemieden werden (siehe Anhang: „Positiv-Negativ-Liste“).

Die niedriggeschossigen Bereiche westlich und östlich der Elbgaustraße sind durch Mietergärten geprägt, die den Parterrewohnungen zugeordnet sind. Östlich der Elbgaustraße nehmen diese fast den gesamten Freiraum ein. In der *Lüttkampsiedlung* befinden sich dagegen auch noch viele, halböffentliche Freiflächen zwischen den Häuserzeilen. Eine Besonderheit stellt der ca. 3.000 qm große „Lüttkampanger“ dar, der durch seine städtebaulich markante, zentrale Lage als besonders hochwertiger Aufenthalts- und Kommunikationsort fungiert. Neben dem, am Rande der Freifläche gelegenen, Spielplatz wird der Anger derzeit im wesentlichen zum Fußball spielen genutzt. Die Bewohnerinnen und Bewohner lieben ihren (Dorf)Anger so wie er ist, eine Umgestaltung wird strikt abgelehnt. Geplante grüne Wegeverbindung durch die Lüttkampsiedlung führen bei den betroffenen Mieterinnen und Mietern zu der Befürchtung, dass die Idylle in ihren Mietergärten darunter leiden wird.

Im Bereich *Lüdersring* und Moorwisch überwiegen halböffentliche Abstandsflächen, deren Nutzbarkeit durch Pflanzungen und Verbotsschilder teilweise eingeschränkt ist. In der Siedlung *Lüdersring* sind den Erdgeschosswohnungen Terrassen bzw. kleine Mietergärten zugeordnet.

Im *inneren Lüdersring* wurde damit begonnen, zur Aufwertung des Wohnumfeldes Zugangswege und Eingangsbereiche der Geschossbauten neu zu gestalten.

Aufgrund der hohen Einwohnerdichte ist der relative Anteil der Spielflächen an der gesamten Freifläche größer als in anderen Siedlungsbereichen. Bei einigen Bewohnerinnen und Bewohnern entsteht dadurch der Eindruck, dass Kindern übermäßig viele Spiel- und Sportflächen zur Verfügung stehen. Das quantitativ nicht übermäßige, sondern ausreichende Angebot lässt *qualitativ* jedoch zu Wünschen übrig. Allerdings hat sich aufgrund der bisher durchgeführten Aufwertungsmaßnahmen (z.B. Spielplatz Ammernweg, Spielplatz Rispenweg, Neuanlage von Spielplätzen im äußeren *Lüdersring*) die Situation schon deutlich verbessert. Für Kleinkinder und deren Eltern hat überdies der betreute Spielplatz am *Lüdersring* (Kinderparadies e.V.) eine zentrale Bedeutung.

Insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene ist die Freiraumsituation am *Lüdersring* noch unbefriedigend. Es sind kaum adäquate Nutzungsmöglichkeiten bzw. -angebote vorhanden. Im Rahmen der Aktivitäten von „Spielraum Stadt“ wurden deshalb Chancen zur Verbesserung des Freiraumangebots für diese Zielgruppen untersucht und konzeptionelle Vorschläge erarbeitet. Diese Untersuchungen regten im Rahmen des Programms Soziale Stadtteilentwicklung die Entwicklung verschiedener Areale im Siedlungsbereich *Lüdersring* als Treffpunkte bzw. Spiel-/Sportflächen für Jugendliche und junge Erwachsene an. Folgende Projekte sind in Umsetzung, Vorbereitung, Planung, bzw. als Idee formuliert worden:

Neugestaltung/Erweiterung der Bolz- und Aufenthaltsfläche am westlichen *Lüdersring*,

Umgestaltung des Vorplatzes Jugendtreff Langbargheide,

Aufwertung der Bolz- und Aufenthaltsfläche auf dem Spielplatz Ammernweg,

Modernisierung der Bolz- und Aufenthaltsfläche Elbgaustraße/Laubsängerweg,

Neukonzeptionierung der Sportplatzanlage des Goethe-Gymnasiums sowie

Entwicklung eines „Jugendparks“ im Altonaer Volkspark, Bereich „Bornmoorwiese“.

Die Aufgabe, angesichts der wenigen, geeigneten Freiflächen mehr Bewegungsraum für junge Menschen zu schaffen und diese bei der Gestaltung „ihres“ Lebensumfeldes zu unterstützen, sollte nach dem Selbstverständnis des Quartiersmanagements bei der weiteren Verfolgung aller Ideen, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, immer im Vordergrund stehen.

In Bezug auf den Verkehr lässt sich feststellen, dass in den Gebieten in erster Linie Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Qualität und Vollständigkeit der Fuß- und Radwegeverbindungen sowie der Stellplatzsituation besteht. Darüber hinaus wird die Optimierung einiger bestehender Anbindungen an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angestrebt.

Fuß- und Radwegenetz

Die städtebauliche Struktur mit den grünen Wegeverbindungen stellt für den Fußgänger- und Fahrradverkehr eine Qualität dar, die es zu erhalten und auszubauen gilt. Da viele Versorgungseinrichtungen außerhalb der Gebiete liegen, sind gerade die nicht motorisierten Bewohnerinnen und Bewohner auf ein funktionales Wegenetz angewiesen, das die verschiede-

nen Siedlungsbereiche miteinander verbindet. Gleichzeitig werden diese Wege auch als Spazierwege genutzt. Aufgrund fehlender Instandhaltung sind die bestehenden Wege zum Teil in mangelhaftem Zustand, in einigen Bereich ist überdies die Beleuchtung unzureichend. Da die Fußwege teilweise nicht befestigt sind, ist bei schlechtem Wetter deren Benutzbarkeit eingeschränkt. In einigen Bereichen erweist sich zudem eine sichere Begeh- und Befahrbarkeit der Wege, insbesondere für Rad-/Rollstuhlfahrer sowie für Eltern mit Kinderwagen als eingeschränkt. Das lückenhafte gebietsinterne Fuß- und Radwegenetz und die Anbindung der Gebiete an den übergeordneten Freiraumverbund sind verbesserungswürdig (s. „Positiv-Negativ-Liste“ im Anhang I).¹²

Ferner hat seit dem Bau der Siedlungen die Zahl der Autos in den Gebieten erheblich zugenommen. Dies führt zu konkreten Behinderungen des nicht motorisierten Verkehrs: Beispielsweise sind in einigen Bereichen die Gehwege durch parkende Autos blockiert. Zudem fehlen sichere Querungsstellen für Fußgänger und Radfahrer an wichtigen Querungspunkten entlang der Hauptverkehrsachsen (z.B. am EKZ Elbgau-Passagen). Diesbezügliche Verbesserungen stellen für die beabsichtigte Aufwertung der Wohngebiete und vor dem Hintergrund einer nicht optimalen ÖPNV-Anbindung wichtige Bausteine dar.

Bedarf an Kfz-Stellplätzen

Viele Bewohnerinnen und Bewohner sehen den Bedarf an Kfz-Stellplätzen in weiten Bereichen der Gebiete nicht gedeckt. In den diesbezüglich geführten Diskussionen wird deutlich, dass in vielen Fällen jedoch nicht die Quantität, sondern die „Qualität“ das Problem darstellt: So ist vielen die Entfernung zwischen möglichem Stellplatz und der Wohnung zu weit. In Folge wird auf der Straße (in zweiter Reihe) oder auf dem Fußweg geparkt; Falschparker behindern nicht nur die anderen Verkehrsteilnehmer, sondern auch das Durchkommen von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen. Die Ursachen für die sich in Teilen des Gebiets somit schwierig darstellende Situation liegen sicherlich nicht allein in der Quantität an Stellplätzen, sondern auch im Verhalten der Bewohner. Wie so oft sind sie vielfältig und müssten in umfassenderen Gesprächen mit den Bewohnern geklärt werden. Ein weiterer Aspekt wäre dabei das Thema „Diebstahlsicherung“: Neben einem ausreichenden Angebot erwarten die Bewohnerinnen und Bewohner zunehmend auch mehr Sicherheit. Die SAGA hat deshalb bereits Stellplatzanlagen einzäunen lassen und bemüht sich, vermehrt Garagenplätze anzubieten.

Räumlich lassen sich folgende Schwerpunkte festhalten: Einer Verbesserung bedarf die Situation insbesondere *im nördlichen Flusseviertel*, im Bereich Lüttkamp/Bleißhuhnweg und im Bereich Rispenweg. Im Gebiet *östlich der Elbgaustraße* steigt der Parkdruck zusätzlich bei Veranstaltungen im Volkspark.¹³ Im *Lüttkamp* sind im Rahmen der Planungen zur Nachverdichtung/Modernisierung Vorschläge zur Schaffung zusätzlicher Stellplätze entwickelt worden. Neben den (den Neubauwohnungen zugeordneten) Stellplätzen sehen die Planungen im Bereich Bleißhuhnweg u.a. den Bau von wohnungsbezogenen Stellplätzen in den (grünen) Zonen zwischen den Häuserzeilen vor. Ferner wird im Eckbereich Lüttkamp/ Franzosenkoppel der Bau einer Parkpalette vorgeschlagen. Auch das bestehende Parkplatzange-

¹² Aus diesem Grund sind für das Jahr 2002 mehrere Projekte zur Verbesserung dieser Situation geplant; s. Anhang II, Handlungsfeld „Wohnumfeld und Freiflächen“ sowie „Verkehr und Mobilität“.

¹³ Eine erhebliche Zusatzbelastung wird auch durch den Bau der neuen „Arena“, einem Veranstaltungszentrum für Hamburg erwartet. Wie sich dieses Großprojekt in verschiedenster Weise auf die Quartiersentwicklung auswirken wird, bleibt abzuwarten.

bot soll in einigen Bereichen neu geordnet werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen finden bei den Mietern jedoch nicht nur Zustimmung.

Öffentlicher Nahverkehr

Das Gebiet *Lüdersring/Lüttkamp* ist durch die räumliche Nähe zum S-Bahnhof Elbgaustraße (S 21 und S 3 in Richtung Altona/Innenstadt sowie Pinneberg, Harburg und Bergedorf) sowie durch die Buslinien 184, 196 und die Schnellbuslinie 39 vergleichsweise gut an den ÖPNV angeschlossen. Da im Farnhornweg kein Bus verkehrt, sind die Entfernungen zu den Bushaltestellen an der Elbgaustraße – insbesondere für ältere Bewohner – aber teilweise recht weit.

Das *Flüsseviertel* wird im nördlichen Bereich durch die Buslinien 185 und 186 (Franzosenkoppel und Oderstraße), und im südlichen Bereich durch die Linie 184 (Fahrenort) erschlossen. Die Linien verbinden das Gebiet mit dem S-Bahnhof Elbgaustraße/EKZ-Elbgau-Passagen bzw. den Stadtteilen Niendorf und Klein Flottbek. Vor allem ältere Bewohnerinnen und Bewohner bemängeln, dass die Wege zu den Bushaltestellen, v.a. im nördlichen Flüsseviertel, teilweise relativ weit sind. Darüber hinaus wird eine sinnvollere Abstimmung der Abfahrtszeiten der Linien 185/186 ab S-Bahn Elbgaustraße gewünscht. Abends ist die Anbindung des nördlichen Flüsseviertels durch den ÖPNV relativ unattraktiv. Die Linie 186 verkehrt ab 19.30 Uhr nur noch alle 20 Minuten und die Linie 185 verkehrt lediglich bis ca. 21.00 Uhr. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder eine Erschließung der Wohnsiedlungen durch Nachtbusse diskutiert. Die Nachtbuslinie 602 verkehrt lediglich in der Luruper Hauptstraße, die Wege zu den Haltestellen sind dementsprechend weit. Durch die Linienführung aller Busse über den S-Bahnhof Elbgaustraße sind die ÖPNV-Verbindungen zu den wichtigen Einrichtungen in Lurup nicht optimal. Beispielsweise müssen Fahrgäste aus dem südlichen Flüsseviertel mit dem Fahrziel Eckhoffplatz den Umweg über diese Haltestelle inkl. Umsteigen in Kauf nehmen. Deshalb wurden Möglichkeiten zur Vereinheitlichung bzw. Verdichtung der Taktzeiten auf den Linien 184/186 geprüft. Eine betriebswirtschaftlich tragbare Verbesserung ließ sich jedoch nicht finden.

2.2.5 Wohnverhältnisse

Der im Modellgebiet gebaute, öffentlich geförderte Wohnraum diente seit seiner Entstehung der Wohnversorgung breiten Schichten der Bevölkerung. Der größte Teil des Wohnungsbestandes ist seit seiner Entstehung im Besitz der Wohnungsbaugesellschaft „SAGA“ (Gemeinnützige Siedlungs- und Aktiengesellschaft Hamburg; 2.248 WE im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp und 1.697 WE im Flüsseviertel). Einige wenige Wohnungen sind zudem im Besitz von Genossenschaften und privaten Eigentümern; insgesamt ca. 4000 Wohnungen auf 140 ha.

Wohnungsausstattung

Im nördlichen *Flüsseviertel* entstanden durch die, von der SAGA durchgeführte Nachverdichtung zusätzlich 177 WE. Darüber hinaus hat die SAGA im Flüsseviertel in den vergangenen Jahren umfangreiche Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Der Umfang der Maßnahmen wurde dann reduziert. Heute weisen die modernisierten Wohnungen unterschiedliche Ausstattungsqualitäten auf, Mieten sind zum Teil niedrig geblieben oder haben sich mal mehr und mal weniger erhöht. Für einen Teil der Bewohner ist der Zustand der Wohnungen immer noch unbefriedigend. Die örtliche Mieterinitiative fordert für sie Ver-

besserungen; insbesondere sollen bei weiteren Wohnungen Wasserleitungen (Bleirohre) ausgetauscht und die Küchen sowie Bäder modernisiert werden.¹⁴

Im *Lüttkamp* ist, wie im nördlichen Flüsseviertel eine Erhöhung des Wohnungsbestandes um 87 WE zu verzeichnen. In manchen Teilbereichen ist zudem der Modernisierungsbedarf besonders hoch. Es gibt noch viele Wohnungen ohne Bad und/oder solche, die noch mit Kohleöfen ausgestattet sind.

Fehlbelegungsabgabe/Steuerung von Zuzug und Fortzug

Bis zum Ende des Jahres 2005 fallen ca. 50% des Mietwohnungsbestandes der SAGA aus der *Belegungsbindung* heraus. Nur im *inneren Lüdersring* laufen die Bindungen erst 2009 bzw. 2017 aus. Sozial besser gestellte Bewohnerinnen und Bewohner forderten für diesen Bereich eine Abschaffung der *Fehlbelegungsabgabe*, um den weiteren Auszug von sog. stabilisierenden Mietern zu verhindern bzw. zukünftig gezielter vermieten zu können. Dieser Forderung wurde, im Sinne einer Unterstützung der positiven Entwicklung des Modellgebiets, entsprochen. Nichts desto trotz sind Teile des Modellgebiets (gerade das Gebiet *Lüdersring* und insbesondere der *innere Lüdersring*) im Bewusstsein der lokalen Akteure sowohl sozial als auch städtebaulich negativ besetzt. Dies hat viele Ursachen, deren Analyse bisher nur unzureichend durchgeführt werden konnte. Ein Aspekt ist die partielle Überbelegung der Wohnungen, verbunden mit illegalen Untervermietungen.

So sind es nicht nur der Zustand der Wohnungen, die Qualität der Gebäude und des Wohnumfelds, sondern es ist auch der soziale Status der jeweiligen Bewohnerschaft, der für die geäußerte *Wohnqualität* von Bewohnerinnen und Bewohnern bestimmend ist (siehe „Positiv-Negativ-Liste“; Anhang I). Entsprechend der sehr unterschiedlichen Strukturen der einzelnen Teilbereiche der Gebiete fallen auch die Bewertungen der Wohnqualität sehr unterschiedlich aus. Die grünen Elemente werden fast überall positiv oder äußerst positiv bewertet. Eine, an den veränderten Bedürfnisse der Bewohner ausgerichtete Verbesserung der Situation wurde zudem durch die Veränderung von Wohnungszuschnitten erreicht: Durch den Wohnungsneubau und die Zusammenlegung bestehender Wohnungen hat sich in Teilen die Wohnungsstruktur verändert, so dass nach Abschluss der Nachverdichtungen und Modernisierungsmaßnahmen in beiden Gebieten mehr größere Wohnungen (etwa für Familien) vorhanden sind. Hierüber hofft man, etwa die inzwischen erwachsenen Kinder mit ihren Familien im Quartier halten und so die verwandtschaftlichen Netze zur Stabilisierung des Gebiets nutzen zu können. War die Fluktuation im Wohnungsbestand der Wohnungsbaugesellschaft bis zum Jahr 1997 nachweislich gestiegen, haben die genannten Maßnahmen zu einem Rückgang der Fluktuation geführt. Eine hohe Fluktuation verhindert nicht nur die Bildung von Nachbarschaften, sondern verursacht auch erhebliche Kosten bei den Eigentümern. Mietrückstände, Renovierung, Leerstand, Neuvermietung, etc. erhöhen die Bewirtschaftungskosten.

Neben den bereits genannten Maßnahmen haben zwei Hausbetreuerlogen und die Einrichtung eines Nachbarschaftstreffs (s. Projektliste im Anhang II) zu einer deutlichen Verbesserung der Wohnverhältnisse geführt.

Nicht zuletzt aufgrund des hohen Engagements zweier Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft vor und während der Sozialen Stadtentwicklung in Lurup, aufgrund der veränderten

¹⁴ Die „Mini“-Bäder befinden sich teils direkt angrenzend an den Vorflur und entsprechen nicht dem heutigem Standard. Lediglich die alten Menschen des Gebiets verzichten eher auf neue Bäder, als dass sie es riskieren, auf „einer Baustelle zu wohnen“.

Rahmenbedingungen durch die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe im Gebiet sowie verbesserter Möglichkeiten der gezielten Belegung durch die Wohnungsbaugesellschaften ist es in Teilen des Gebiets gelungen, Nachbarschaften zu stabilisieren (bzw. nicht erst entstehen zu lassen) und die Fluktuation zu senken. Dennoch entstehender Leerstand könnte als Ressource für die Bleibenden (etwa zur Einrichtung weiterer Nachbarschaftstreffs und Mieterläden, eines gemeinsamen „Waschraums“) oder als Verbleibemöglichkeit für die Kinder genutzt werden. Fluktuation bietet auch Chancen, zeigt etwa auch dass die Armut in den Gebieten noch nicht so stark verfestigt ist, wie es die anderen Daten (etwa zur Bevölkerungsstruktur) vermuten lassen.

2.2.6 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Dieses Kapitel dient zur Beschreibung einzelner Zielgruppen und deren spezifischen Angeboten in Lurup. Damit wird auch versucht, anhand der Zielgruppen Kinder, Jugendliche und Frauen deren spezifische Lebensbedingungen in Lurup näher zu beleuchten und gegebenenfalls defizitäre Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur zu verdeutlichen. Die spezifische Zielgruppe der Senioren wird an dieser Stelle nicht genannt, da das hier vorhandene Angebot aus eher informellen Zusammenschlüssen, unterstützt durch die Kirchen sowie das Kinder- und Familienzentrum besteht (s. Kap. 2.3). Eine weitere Kategorie der Darstellung ist der räumliche Bezug des Vorhandenen: Aufgrund der sehr heterogenen Struktur des Gebiets, der zum Teil weit auseinander liegenden Nachbarschaften, an die sich die Einrichtungen wenden, ist es von entscheidender Bedeutung, wo sich die jeweiligen Einrichtungen befinden bzw. wie sich die Situation im Flüsseviertel, wie am Lüdersring usw. darstellt. So werden die bestehenden Angebote zunächst räumlich getrennt aufgeführt, an späterer Stelle jedoch auch eine notwendige Abstimmung und Verknüpfung der sozialen Infrastruktur angesprochen.

Kinder

Die Zielgruppe Kinder umfasst Personen im Alter von 0-15 Jahren. Diese Grenzziehung ergibt sich aus der Aufteilung in Kleinkinder (0-6 Jahre), Grundschulkinder (6 bis 10 Jahre) und Schulkinder (10-15 Jahre). In den Modellgebieten gehörten (im Jahr 2000) 2.078 Personen dieser Altersgruppe an. Davon sind 499 Personen ausländischer Herkunft.

Die eingangs genannte Bevölkerungsstruktur sowie Familienverhältnisse äußern sich deutlich in der Lebenswelt der Kinder. Auffällig ist, dass in beiden Gebieten, verstärkt am dicht bebauten Lüdersring, eine größere Zahl von Kindern in mehrfacher Hinsicht unterversorgt ist. Die Beschäftigung beider Elternteile, die Überforderung kinderreicher Alleinerziehender, Suchtprobleme etc. können Ursachen dafür sein, dass Eltern sich nur unzureichend um ihren Nachwuchs kümmern. Auf mangelnde Obhut beziehungsweise Fürsorge und auf die Belastungen des sozialen Umfelds reagiert ein wachsender Anteil von Kindern mit *Verhaltensauffälligkeiten*, Beziehungsstörungen und Entwicklungsdefiziten, die sowohl in den Einrichtungen des Quartiers als auch im öffentlichen Raum sichtbar werden. Kinder und Jugendliche neigen beispielsweise zu aggressivem Verhalten, lassen sich nur schwer in Gruppenarbeit integrieren und weisen sprachliche sowie motorische Defizite auf. Die Symptome der Vernachlässigung können bis zum Zustand der Verwahrlosung reichen. Derartige Missstände können grundsätzlich nur ansatzweise durch das bestehende infrastrukturelle Angebot gemildert werden. Nicht nur die Eltern, sondern häufig auch das Personal der Kindertagesstätten und Schulen sind überfordert, was sich in einem häufigen Personalwechsel äußert. Dieser wiederum erschwert die Kontinuität in der Betreuung. Fehlende unzureichende Infra-

struktur führt auch dazu, dass Kinder von den älteren Geschwistern betreut werden müssen. Sie werden teilweise in die Jugendeinrichtungen der Quartiere „mitgeschleppt“, so dass die Belastung des dort vorhandenen Personals noch zunimmt. Zudem gibt es kaum Einrichtungen, die Angebote für die sog. Lückekinder (12-15 Jahre) anbieten.

Die Schule Franzosenkoppel reagierte auf diese Entwicklungen mit der Umsetzung eines sozialtherapeutischen Projekts. Besonders verhaltensauffällige Kinder aus den eigenen Klassen sind hier stundenweise in psychotherapeutischer Betreuung. Darüber hinaus entwickelte der Bewegungskindergarten im Böverstland das „Luruper Schulkinderprojekt“ - ein vergleichbares Konzept, dass trotz positiver Beurteilung durch Fachleute mangels Finanzierung jedoch *nicht umgesetzt* werden konnte. Zur Entlastung unterstützungsbedürftiger Mütter/Eltern müssen vergleichbare sozialtherapeutische Konzepte für Kinder mit niedrigschwelligem Zugang auch an anderen Orten, insbesondere am Lüdersring, umgesetzt werden. Neben den vorhandenen sozialen Einrichtungen bemüht sich auch das Projekt „Frauenoase“ um entsprechende Verbesserungen.

Zu den Entwicklungsdefiziten und Verhaltensauffälligkeiten gesellen sich vielerorts *gesundheitliche Mängel*: In Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Jugendeinrichtungen wurde wiederholt betont, dass Kinder – insbesondere nach Wochenenden – teils völlig ausgehungert sind. Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung können diese Versorgungslücken nur unvollständig schließen. Angebote, wie beispielsweise der Pädagogische Mittagstisch im HdJ-Böverstland oder das wöchentlich stattfindende „kleine Mittagessen“ im Kinder- und Familienhilfezentrum (KIFAZ), sind erste wichtige Ansätze, um die Situation im Bereich *Flüsseviertel* zu verbessern; am *Lüdersring* fehlen derartige Versorgungsstrukturen bisher.

Auf die vergleichsweise hohe Zahl von Luruper Kindern mit *Sprachentwicklungsstörungen* wies eine Luruper Logopädin hin. Das Problem dabei sei, dass viele Eltern gar nicht wüssten, dass sie in diesem Fall Hilfe bei ihrer Krankenkasse in Anspruch nehmen können. Ein erster Ansatz könnte deshalb sein, eine groß angelegte Aufklärungskampagne in Kindertagesheimen und Grundschulen zu organisieren. Grundsätzlich wäre eine Unterstützung bereits vor der Einschulung jedoch wesentlich effektiver, da die Chancen der erfolgreichen Integration in den Schulalltag durch die Sprachentwicklungsstörungen erheblich sinken. Die Kinder geraten hier unter einen enormen Druck von Seiten der Mitschüler/innen, der einen positiven Lernansatz erheblich erschwert. Um derartige Schwierigkeiten bereits vor der Schulsozialisation zu entdecken, sind frühe Kontakte zu den Kindern und ihren Eltern (s. unten: das Schnittstellenprojekt „REALÜ“) unverzichtbar.

Probleme in der Kindertagesbetreuung ergaben sich als Folge der Umstellungen im Zusammenhang mit der Neuregelung der Beteiligung der Eltern an den Kosten für die Förderung der Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen. Aufgrund dieses *neuen Systems der Beitragsberechnung* in Hamburg sehen sich Eltern und Alleinerziehende, die die höheren Beitragskosten nicht mehr bezahlen können (wollen), gezwungen, ihre Kinder aus der Betreuung zu nehmen. Da die Kindertagesbetreuung nicht nur zur Entlastung der Eltern dient bzw. die Bestreitung des Lebensunterhaltes von Familien ermöglicht, sondern v.a. pädagogische Ziele verfolgt, hätte eine weitere Entwicklung in diese Richtung fatale Folgen. Zusätzlich ist das Klima in den Einrichtungen aufgrund von organisatorischen Umstellungen (Sozialraumorientierung; verbunden mit Umfragen zur Qualitätsermittlung) stark von Zukunftsängsten, Konkurrenzdruck und Unsicherheit geprägt. In dieser Umbruchphase ist es besonders wichtig, die Einrichtungen dabei zu unterstützen, sich auf diese Herausforderun-

gen einzustellen, Chancen zu erkennen und gemeinsam ein Gesamtkonzept für den Stadtteil zu entwickeln, von dem alle Einrichtungen, insbesondere aber die betroffenen Kinder und Eltern profitieren. Dem Quartiersmanagement kommt hier eine besondere Aufgabe der Vermittlung und des Aufbaus von Kooperationen zu.

Betreuungsangebote von Tagesmüttern wurden an dieser Stelle nicht berücksichtigt. In eine Aufstellung des Quartiersentwicklungskonzeptes 2000 wurden auch diejenigen Angebote außerhalb der Programmgebiete mit aufgenommen, die aufgrund der räumlichen Nähe bzw. stadtfunktionaler Bezüge für die Modellgebiete relevant sind. Derzeit ist der quantitative Bedarf an Kindertagesbetreuung in beiden Vierteln gedeckt.

Es wäre jedoch falsch, gerade die Kleinkinderbetreuung *nur* im Rahmen professioneller Einrichtungen zu diskutieren. Viele, etwa an dem Projekt „Frauenoase Lurup“ beteiligte Frauen benötigen für kurze, nicht vorhersehbare Gelegenheiten oder zur Entlastung in besonders strapaziösen Situationen eine Betreuung für ihre Kinder. Formuliert wurde der Bedarf einer flexiblen, offenen, verlässlichen, bezahlbaren und dezentralen Kleinkinderbetreuung.

Offene Spiel- und Freizeitangebote für Kinder waren zu Beginn der Programmbegleitung in den Fördergebieten kaum zu finden. Im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp gab es kein einziges, derartiges Angebot. Etwas besser war die Situation im Flüsseviertel. Mit den Angeboten des Kinder- und Familienhilfezentrums, des „Spielhaus Fahrenort“, des „Mädchenladens“ und der „Angelgruppe Goldie“ gibt es einige Angebote für Kinder, die ansatzweise eine Grundversorgung gewährleisten. Darüber hinaus haben sich an den neuen Spielplätzen entlang des „Flüssewegs“ Nachbarschaftsinitiativen gebildet, die ebenfalls eine wichtige Betreuungsfunktion übernehmen konnten.

Angesichts der Vielfalt der sich in den einzelnen Teilbereichen des Gebiets unterscheidenden Probleme erscheint die räumliche Nähe unterschiedlicher (Hilfs-) Angebote sinnvoll. Die Programmbegleitung stimmt mit dem Quartiersmanagement darüber überein, dass das Gebiet Lüdersring/Lüttkamp aufgrund der mangelnden Versorgungslage und der bestehenden Probleme bei der diesbezüglichen Versorgung vorrangig zu berücksichtigen ist.

Jugendliche und junge Erwachsene

Im Gebiet *Lüdersring/Lüttkamp* ist die Wahl der jeweiligen Einrichtung äußerst mitarbeiterbezogen, was mit der langen, speziellen Geschichte der *Jugendarbeit* in diesem Gebiet zusammenhängt. Bis vor wenigen Jahren arbeiteten sowohl der Mitarbeiter der „Integrierten Jugendarbeit der Kirchengemeinde 12 Apostel“ als auch die Mitarbeiter von „Ring 2 e.V.“ gemeinsam im Haus an der Langbargheide. Diese Kooperation wurde allerdings vor ca. 3 Jahren aufgelöst. Der Jugendtreff der Kirchengemeinde wanderte in die Lüttkampsiedlung ab, viele der Jugendlichen vom Lüdersring gingen mit. Der offene Treff von Ring 2 hatte lange Zeit Schwierigkeiten, sich neu zu positionieren, war wiederholt personell unterbesetzt und zeitweilig sogar geschlossen.¹⁵ So musste die in unmittelbarer Nachbarschaft angesiedelte Straßensozialarbeit Lurup aushilfsweise die Funktion eines offenen Treffs übernehmen.

Im Gebiet *Lüdersring/Lüttkamp* fehlen (immer noch) Angebote für Mädchen und für jugendliche Spätaussiedler. Innerhalb der Einrichtungen, so die Mitarbeiter vor Ort, sei diese Angebotserweiterung aufgrund der personellen Ausstattung aber nur bedingt möglich.

¹⁵ Ein Brand hatte die Inneneinrichtung des Pavillons zerstört.

Das grundsätzliche Problem besteht in der Notwendigkeit der Anpassung des Angebots an die sich mit einer hohen Dynamik entwickelnden Nachfrage bezüglich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Wenn Angebote zeitweilig oder auf Dauer von bestehenden Einrichtungen nicht angeboten werden, hier Versorgungslücken bestehen, führt dies zu einer zu starken Nutzung in Bereichen, die darüber hinaus manches Mal gar nicht für die Alters- oder Zielgruppe konzipiert waren. So musste das Angebot der oben genannten Angelgruppe zeitweilig eingestellt werden, da Jugendliche die Gruppe „stürmten“. Der Andrang war von der Leitung der Gruppe nicht mehr zu bewältigen. So wirken sich Betreuungslücken immer auf das gesamte Geflecht an sozialer und kultureller Infrastruktur aus, können umgekehrt neue Angebote andere Bereiche entlasten.

NUR EIN VIELSEITIGES UND VON VERSCHIEDENEN INSTITUTIONEN, ORGANISATIONEN UND IN VERTRETbarem RAHMEN IN SELBSTHILFE GETRAGENES ANGEBOT IM QUARTIER KANN ENTSTEHENDE BETREUUNGS-LÜCKEN UND VERSCHIEBUNGEN IN DER NACHFRAGE (ZEITWEILIG) AUFFANGEN. HIER IST EINE FLEXIBLE, DER WANDELNDEN GESAMTNACHFRAGE IM STADTTEIL ENTSPRECHENDE WEITERENTWICKLUNG DER JEWEILIGEN KONZEPTE NOTWENDIG. DIES MUSS ZUM EINEN ZIELGRUPPENSPEZIFISCH, ZUM ANDEREN JEDOCH AUCH AUF DAS IN UNMITTELBARER NÄHE VORHANDENE ANGEBOT UND DAMIT SOZIALRAUM-BEZOGEN GESCHEHEN (WOBEI DER SOZIALRAUM NICHT MIT DEN JEWEILIGEN ADMINISTRATIVEN GRENZEN DER STADTTEILE ÜBEREINSTIMMEN MUSS).

Da, wie auch im Zwischenbericht bereits festgestellt, die Kooperation unter den Einrichtungen des Modellgebiets zum Zeitpunkt des Programmbeginns eher abgenommen hatte (!), wurde mittels eines vom Jugendamt organisierten mehrtägigen Workshops „Gesamtkonzept Jugendarbeit am Lüdersring“ versucht, die Kooperation bzw. Vernetzung zwischen den genannten drei Einrichtungen wieder zu verbessern. Auch wurde Mitte des Jahres 2001 in Lurup ein so genanntes Schnittstellenprojekt auf den Weg gebracht. „REALÜ“ soll stadtteilbezogen primär die Kinder auffangen, die ohne eine unbürokratische (weil nicht im Einzelfall beim Jugendamt zu beantragende) Hilfe in die „Hilfen zur Erziehung“ oder eine Erziehungsbeistandschaft rutschen würden. „REALÜ“ will eine enge Zusammenarbeit der vor Ort vorhandenen Betreuungseinrichtungen fördern und wird vom Jugendamt als Pilotprojekt finanziert. Eine Mitarbeiterin des Projekts wurde im September 2001 in die Geschäftsführung des Luruper Forums gewählt. Zudem existieren Verbindungen zu dem vom Forum unterstützten und für 2002 geplanten Projekt „Konfliktschlichtung“ (s. Anhang II). Das durch das Jugendamt neu geschaffene Element der sozialen Infrastruktur wurde beispielhaft in das über die Soziale Stadtentwicklung geförderte Netzwerk eingebunden.

Im Gebiet *Flüsseviertel* gibt es verschiedene Gruppen Jugendlicher, die die bestehenden Jugendeinrichtungen „Jugendtreff Spreestraße“ und das weiter entfernte „Haus der Jugend Böverstland“ nicht nutzen, obwohl sich die Mehrzahl einen Treff in festen Gebäuden wünscht. Als Gründe wurden wiederholt angegeben, dass der Jugendtreff in der Spreestraße von jugendlichen Spätaussiedlern „besetzt“, und das HdJ Böverstland vielen zu weit entfernt sei bzw. als ein Haus für die Jüngeren angesehen wird. Folglich suchen sich diese Jugendlichen alternative Treffpunkte. Sie versammeln sich an Straßenecken, auf Spielplätzen, vor dem Kinder- und Familienhilfzentrum - häufig bis in die späten Abendstunden und untermalt durch laute Musik (s. Kap. 2.2.7). Dies führte, gerade in den Sommermonaten, zwangsweise zu Konflikten mit Anwohnern und den Mitarbeiterinnen des Kinder- und Familienhilfzentrums.

Die *Schulen* stellen zum Teil Angebote auch außerhalb des Unterrichts bereit. Beispielsweise organisierte die Offene Ganztagschule Veermoor ein wöchentlich stattfindendes Street-

Ball-Angebot in Kooperation mit der SAGA. Derartige Ansätze sollen im Rahmen des bewährten Konzeptes „*Schule und Nachbarschaft*“ weiterhin initiiert und durch das Quartiersmanagement gefördert werden. Kernpunkt des Konzeptes ist es, den Schulen eine Möglichkeit zu bieten, sich in ihrer Arbeit verstärkt an der Lebenswelt ihrer Schülerinnen und Schüler zu orientieren und ihnen mit entsprechenden Angeboten gerecht zu werden. Die Schule Veermoor verfolgt dieses Konzept schon seit längerer Zeit. Ihre Entwicklung zur *Stadtteilschule* ging einher mit ihrer Umwandlung zur Ganztagschule. Dies beinhaltet eine ganze Reihe von Kooperationen mit sozialen Einrichtungen, Kindergärten, Jugendhäusern aber auch privaten Firmen, Eltern und sonstigen, ehrenamtlich tätigen Personen. Beispielsweise werden Sport-, Musik- oder Kunstkurse auch von Personen geleitet, die ansonsten nicht als Lehrer angestellt sind. Ferner wurden eine Pergola und ein Gerätehaus in Kooperation mit handwerklichen Betrieben gebaut – die Firmen stellten sowohl das Material als auch die fachliche Beratung für die Lehrkräfte zu Verfügung. Auch arbeiteten Schülerinnen und Schüler im Wahlfach „Praktische Ethik“ freiwillig einmal pro Woche in einer Kindergartengruppe oder einem Altenheim, mindestens ein halbes Jahr lang. Dieses Wahlfach dient v.a. dazu, soziale Grundqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Durchhaltevermögen, Konzentration und Toleranz zu entwickeln.

Ein weiterer, zentraler Aspekt in den Schulen ist die Arbeit mit Computern. Zwar sind die meisten Schulen bezüglich der Hardware mittlerweile gut ausgestattet, allerdings fehlen häufig Know-how als auch Zeit, um erweiterte Qualifikationen vermitteln zu können. Lösungen hierfür sollte man auch in Zusammenhang mit Konzepten diskutieren, die auf eine Verbesserung einer für alle Bewohnerinnen und Bewohnern zugänglichen Infrastruktur im Bereich PC/Internet abzielen.

Frauen

Viele der zentralen Diskussionen und Aktivitäten zur Zielgruppe der Frauen drehen sich in Lurup um das Thema „Gesundheit/Versorgung von Frauen und (allein erziehenden) Müttern“. Dies hängt zum einen mit der hohen Zahl allein erziehender Mütter in Lurup zusammen, ist zum anderen aber auch eine Folge der zahlreichen Aktiven in diesem Bereich. Es zeigte sich, dass es gelungen war, auch die eher dem Mittelstand angehörenden Frauen des Stadtteils (diesbezüglich sind die Modellgebiete nicht isoliert zu betrachten) dafür zu gewinnen, sich für die Verbesserung ihrer und der Situation anderer Frauen des Stadtteils einzusetzen.

Trotz dieser Initiativen befinden sich viele, insbesondere (allein erziehende) Mütter nach wie vor in Krisensituationen, aus denen sie aus eigener Kraft nicht mehr herausfinden können. Für manche ist es nicht einmal mehr möglich, professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen, da sie psychisch und gesundheitlich nicht aufnahmefähig sind; dies berichtet etwa eine Luruper Bewohnerin, die als sozialpädagogische Familienhelferin in den Stadtteilen Lurup/Osdorf tätig ist. Die belastenden Faktoren und deren negative Auswirkungen sind häufig ähnlich gelagert: Viele Mütter sind aufgrund ihrer allumfassenden Zuständigkeit, sprich Ausbildung/Beruf, soziale Repräsentation der Familie, Hauptverantwortung für die Kindererziehung und Hausarbeit, überfordert. Dadurch können sie vielfach einzelnen Aufgaben nicht mehr gerecht werden und bekommen Schuldgefühle, die schließlich in Selbstvorwürfen enden. Im ewigen Kampf, all diese Aufgaben aber doch bewältigen zu wollen, vernachlässigen Mütter ihre eigene Gesundheit und schließlich auch die ihrer Kinder. Über den ständigen Kreislauf der Überforderung kommen Mütter an die Grenzen ihrer körperlichen und psychischen Leistungsfähigkeit. Erschöpfungszustände, die von psychosomatischen Beschwerden

über totale Isolation bis zur gesundheitsbedrohenden Vernachlässigung der Kinder reichen können, sind die Folge.

Das Projekt der „Luruper Frauenoase“ knüpft als neues Element der sozialen und zivilgesellschaftlichen Infrastruktur Lurups an diesen Problemkomplex an. Es wird der Versuch unternommen, ein umfassendes Konzept zu entwickeln, das die Lebenssituation insbesondere dieser Frauen/Familien, aber auch insgesamt der LuruperInnen verbessern soll. Aufgrund des hohen Bedarfs hatte sich die Programmbegleitung entschieden, dieses Projekt in besonderer Weise zu unterstützen. Gleichzeitig ermöglichte die intensive Begleitung des Projekts einen tieferen Einblick in die Geschehnisse vor Ort.

Unter dem Dach der „Luruper Frauenoase“ arbeiten in der Anzahl der Personen variierende und von ihren Inhalten unterschiedliche Projekt-, Themen- oder Interessengruppen unter ehrenamtlicher Koordination einiger Frauen an der Idee eines ganzheitlichen Projekts im Stadtteil. Anfang 2000 haben diese Frauen den *Verein Luruper Frauenoase* gegründet, der als zivilgesellschaftliches Infrastrukturelement ein wichtiges ergänzendes Angebot zur sozialen Infrastruktur des Stadtteils darstellt. Die Unterstützung von Frauen für Frauen des Stadtteils leistet auch einen Beitrag zur Unterstützung Luruper Familien. Denn neben den üblichen, behördlichen Dienststellen existierte lediglich eine *offene Familieneinrichtung* in Lurup. Der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Hamburg e.V. betreibt im Flüsseviertel das Kinder- und Familienhilfzentrum Lurup (KiFaZ). Das KiFaZ versteht sich als ein Treffpunkt für Menschen in Lurup und verfolgt das Ziel, möglichst niedrig-schwellige Angebote im Stadtteil anzubieten (s. auch Kap. 2.3). Die Angebotsstruktur orientiert sich durchweg an dem Leitsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und bietet neben allerlei Veranstaltungen im Kontaktcafé v.a. Gruppen und Kurse für Mütter und Kinder an (Bastelgruppe, Spielgruppe, Gymnastikgruppe, Nähgruppe, Computerguppe...). Darüber hinaus finden individuelle Beratungsgespräche statt. Ferner stellt das KiFaZ diversen Stadtteilinitiativen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung. Das Kinder- und Familienhilfzentrum ist in erster Linie als Versorgungszentrum für das *Flüsseviertel* zu sehen. Die Zusammenarbeit zwischen dem KiFaZ und dem Quartiersmanagement erwies sich immer wieder als äußerst fruchtbar und ist in dieser Form bemerkenswert. Die Leiterin der Einrichtung ist im Luruper Forum und einigen Arbeitsgruppen (insbesondere in der AG Arbeit) engagiert. Zusammen mit weiteren Akteuren initiierte sie den „Runden Tisch“ dessen Ziel es ist, Kontakte zwischen Jugendlichen und Betrieben herzustellen (siehe Exkurs II).

Stadtteilspezifisches kulturelles Angebot

Auf der Suche nach stadtteilspezifischen kulturellen Angeboten in und um Lurup trifft man vor allem auf ein gewachsenes Vereinswesen als wichtiges soziales Potential des Modellgebiets. So verfolgt der Lichtwarkausschuss (Verein zur Förderung von Stadtteilkultur) das Ziel, gemeinnützige Einrichtungen ideell und materiell zu unterstützen. Er organisiert überdies das jährliche Stadtteilstadtteilfest Lurup in den Elbgau-Passagen. Darüber hinaus existieren kleinere, kulturelle Initiativen (z.B. Theatergruppe von Lurup e.V., die Theatergruppe Swatten Weg e.V.) und auch einzelne Künstlerinnen und Künstler machen durch Aktivitäten für und in Lurup auf sich aufmerksam.

Wie in anderen Gebieten der sozialen Stadtteilentwicklung werden jedoch auch in Lurup sowohl Angebote als auch Räumlichkeiten für (stadtteilbezogene) kulturelle Veranstaltungen vermisst. Zwar werden im Einzelfall die Räume/Bühnen der Kirchen und Schulen genutzt, aber auch deren Kapazitäten sind begrenzt. In diesem Kontext wurde in den letzten Jahren

schon mehrfach über das Projekt „Kulturhaus Lurup“ mit Standort auf dem Schulgelände des Goethe-Gymnasiums diskutiert (s. Anhang II; geplante Projekte).

Stadtteilübergreifend bietet die Stadt Hamburg selbstverständlich ein vielseitiges kulturelles Angebot (auch der in der Nähe gelegene Volkspark ist hier zu nennen). Es ist jedoch im Einzelnen zu fragen, inwieweit vor allem die einkommensschwachen Familien dieses umfangreiche Angebot nutzen können. Speziell für Migrantinnen und Migranten gibt es (außer einer selbst organisierten, türkischen Mütter-Kind-Gruppe, die einen interkulturellen Ansatz verfolgt) keine spezifischen Angebote in den Quartieren.

INSGESAMT FEHLT ES AN „ORTEN“, DIE SPONTAN UND OHNE DAUERHAFT KOSTEN VON DEN VERSCHIEDENSTEN GRUPPEN KULTURELL GENUTZT WERDEN KÖNNEN. INTERKULTURELLE BEGEGNUNGEN, WIE SIE IN DEN INNENSTADTNAHEN QUARTIEREN AN DER TAGESORDNUNG SIND, KOMMEN IN LURUP NICHT VOR. STATT DESSEN VERFESTIGEN SICH BESTEHENDE KONFLIKTLINIEN (ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN GENERATIONEN, ETHNIEN USW.). HIER BESTEHT EIN HOHER HANDLUNGSBEDARF.

2.2.7 Zusammenleben im Quartier

Das Leben im Quartier ist zunächst in weiten Teilen von Armut und Arbeitslosigkeit sowie räumlicher Polarisierung und Stigmatisierung von Problemknoten geprägt: Kinder laufen im Winter im T-Shirt auf der Straße und auch Erwachsene sind häufiger als an anderen Orten in verwahrloster Kleidung zu sehen. Auch zeigten die Interviews und Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen, dass Gewalt, Vandalismus, Kriminalität sowie Drogenkonsum in Teilen des Modellgebiets besonders ausgeprägt sind. Hinzu kommen Konflikte zwischen ethnischen Gruppen. Besonders heftig gestalten sich die Konflikte zwischen türkischen Jugendlichen und Spätaussiedlern. Gegenseitige Verdrängungsprozesse zwischen den einzelnen Gruppierungen und Cliquen prägen das Bild – sei es an „Treffpunkten“ wie Straßenecken, Spiel- und Sportplätzen oder in den Jugendtreffs. Einzelne Jugendeinrichtungen werden von einzelnen Gruppierungen bewusst gemieden. Neben der „Besetzung“ der jeweiligen Treffs durch einzelne Gruppierungen, hat die Nicht-Erreichbarkeit von einzelnen Jugendgruppen auch mit häufig länger währendender, personeller Unterbesetzung bzw. zeitweiliger Schließung einzelner Jugendeinrichtungen zu tun.

Nicht zuletzt auch durch das Verhalten der Jugendlichen im öffentlichen und halb-öffentlichen Raum (den Hausfluren usw.) entstehen vermehrt *Generationenkonflikte* zwischen älteren Menschen, die schon lange im Quartier leben sowie den Kindern und Jugendlichen. Den Älteren fällt es schwer, sich auf die Nöte neu hinzuziehender oder im Quartier heranwachsender junger Menschen einzulassen: Sie verstehen nicht deren umfangreichen und kollektiven Aufenthalt im öffentlichen Raum („Habt ihr denn kein zu Hause?“), fühlen sich durch ausgelassenes Spielen gestört, unterstellen den Jugendlichen kriminelle Absichten oder erleben entsprechende Gefährdungen und fühlen sich durch fremdartige Erscheinungsformen oder Alltagspraktiken provoziert.

Generationenkonflikte spielen sich jedoch auch innerhalb der Haushalte zwischen Eltern und ihrem Nachwuchs ab. Mit beiden Formen von Konflikten hat das Quartiersmanagement zu tun, wenn es zum einen versucht, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum für die eine oder andere Gruppe zu verbessern oder ein „Konfliktmanagement“ für Nachbarschaften zu organisieren.

Polarisierung und Stigmatisierung von Problemknoten entstehen in Lurup aus der räumlichen Konzentration des öffentlich geförderten Wohnraums und dessen Belegung. Das bundesgesetzlich festgelegte und viele Jahre nicht an reale Entwicklungen angepasste Niedrigeinkommen als Voraussetzung für den Bezug einer Sozialwohnung sowie die vergleichsweise hohen Mieten in den Luruper Förderjahrgängen des Sozialen Wohnungsbaus erzeugten eine Konzentration von baulichen und sozialen Problemen in bestimmten Häusern, an bestimmten Orten des Stadtteils. Pauschalurteile anderer, wie „da wohnen die Asozialen“, tragen dazu bei, dass das Negativimage des ansonsten unauffälligen Stadtteils – unter den Lurupern selbst, aber auch unter anderen Bewohnern der Stadt – wächst. Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld als Grundvoraussetzung für gemeinsames Engagement und Konfliktlösungsbereitschaft wird durch solche *Stigmatisierung* erschwert. Viele Bewohner grenzen sich von ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ab. Eine zivile Handhabung von Nachbarschaftsstreitigkeiten, die Eindämmung von Machtkämpfen unter den verschiedenen Jugendgruppen oder die Klärung der, zum Teil durch den Generationenwechsel im Wohnungsbestand entstehenden Generationenkonflikte ist den Betroffenen häufig nicht möglich. Sie bedürfen der Unterstützung in der Entwicklung einer Kultur der gegenseitigen Toleranz und Anerkennung. Sie ist jedoch ohne eine sozial-ökonomische Zukunftsperspektive/einer Integration auf dem Arbeitsmarkt schwer realisierbar.

In Bezug auf das Flüsseviertel wurde uns von einem eigenständigen (kleinkriminellen) Milieu berichtet, in dem sich anomische Strukturen herausgebildet haben: Regeln des demokratisch kontrollierten Miteinanders sind hier teilweise außer Kraft; es ist von „Freiräumen für Illegales“ die Rede. Die Besonderheit der sich hier darstellenden Situation liegt darin, dass Kleinkriminalität, das Dealen mit harten Drogen usw. nicht im öffentlichen, sondern im privaten Raum statt findet, so dass ein Zugriff oder auch nur ein Einflussnehmen auf die Strukturen äußerst schwierig ist. Jeder und Jede in diesem Teil des Quartiers fügt sich zwangsläufig in diese Strukturen ein oder verlässt, wenn möglich, das Quartier. Ansatzpunkte für eine Auflösung dieser Strukturen sind bisher nicht erkennbar, auch wenn die Wohnungsbaugesellschaft in den letzten Jahren versucht, über die Verdichtung und eine veränderte Belegungspolitik „neue“ Bewohner in das Quartier zu holen. Durch die neuen Bewohner gäbe es eher noch mehr Probleme, da es sich nun lohne in so manche Wohnung einzubrechen oder die Kinder dieser Familien „abzuziehen“/zu erpressen.

Diesem Milieu stehen eher kleinbürgerlich geprägte Milieus, entstanden in den ersten Phasen des sozialen Wohnungsbaus, entgegen. Die unmittelbar aufeinander treffenden, unterschiedlichsten Wertekanons haben zu starren Grenzen im Gebiet geführt, die bisher nur ansatzweise durch das Quartiersmanagement bzw. das Engagement der Bürger überwunden werden konnten. „Grenzen“ und „Konfliktlinien“ (etwa zwischen den jugendlichen Spätaussiedlern und den eher dem kleinbürgerlichen Milieu zuzurechnenden Bewohnern des Quartiers) bergen die Gefahr einer Eskalation von Konflikten. So waren in Lurup Tendenzen eines sich verstärkenden Ausländerhasses festzustellen (auf einer Sitzung des Luruper Forums wurde von äußerst gewalttätigen Übergriffen auf ausländische Jugendliche berichtet), denen bisher nichts entgegen gesetzt werden konnte. Vor allem im Lüdersring sind die Spannungen zwischen dem hohen Anteil an Migranten und Spätaussiedler sowie der alteingesessenen Bevölkerung zu spüren. In Gesprächen wird immer wieder deutlich, dass die deutschen Bewohnerinnen und Bewohner kaum Kontakt zu den Bevölkerungsgruppen anderer ethnischer Herkunft haben. Nur in Einzelfällen wird von Gesprächen mit den direkten Nachbarn berichtet, die dann jedoch als „Ausnahmefälle“ einsortiert werden. Fremde Kulturen werden als ökonomische Konkurrenz (auch um die Sozialwohnungen) angesehen.

2.3 Entwicklungspotentiale im Modellgebiet

Ein im wahrsten Sinne des Wortes „offensichtliches“ Potential des Modellgebiets liegt im „Grün“ des Stadtteils, das eine besondere Qualität Lurups darstellt. Dieses Potential gilt es zu entwickeln/vielfältig nutzbar zu machen und zu pflegen. Dabei ist es bereits in Teilen des Gebiets gelungen, das vorhandene gestalterische Potential der Bewohner bei dieser Gestaltung einzusetzen; in anderen Teilen des Gebiets fehlen derartige Bezüge zwischen Bewohnern und ihrem Wohnumfeld. Hier, wie in anderen Punkten auch, zeigt sich sehr deutlich die Heterogenität des Modellgebiets und – noch einmal mehr – des Stadtteils insgesamt.

DIES MACHT EIN SEHR „KLEINTEILIGES“ VORGEHEN DES QUARTIERSMANAGEMENTS AUCH IN BEZUG AUF DIE „ENTDECKUNG“ UND DER ENTWICKLUNG VON POTENTIALEN, VERBUNDEN MIT EINER GLEICHZEITIGEN TENDENZ DES „VERKNÜPFENS DES VERSCHIEDENEN“ NOTWENDIG (S. KAP. 3.4).

Als *Entwicklungspotentiale* erweisen sich in Lurup neben seiner heterogenen Raumstruktur und der Chance zur Kombination innovativer Städtebauförderung mit sozialen Maßnahmen existierende Kommunikationsstrukturen und Selbsthilfe-Aktivitäten, traditionelle und neue Netzwerke sowie Institutionen, die sich gezielt auf Belange des Stadtteils einlassen. Im Folgenden gehen wir näher auf soziale Entwicklungspotentiale ein, die seit dem Jahr 2000 entstanden sind und Maßnahmen der Stadterneuerung innovativ ergänzen können.

Foto 2: Bau einer Hütte am Spielplatz



Bildquelle: Sabine Tengeler, Hamburg.

Beispiele für *Kommunikation* und erste Ansätze zur *Selbsthilfe* in „lockeren Zusammenschlüssen“ Gleichgesinnter sind die Angelgruppe „Goldi“, der „Soccer-Club“ der Jugendlichen sowie der Anfang 2002 mit Hilfe des Quartiersmanagements ins Leben gerufene, jedoch in Selbstorganisation zu betreibende „Jugendcontainer“. Zudem bemühen sich drei Mütter-Initiativen um die Ausstattung und Pflege von Spielplätzen als Orte der Kommunikation.¹⁶ Eine türkische Mutter-Kind-Gruppe sorgt u.a. für einen interethnischen Austausch im Quartier. Anlässe für Geselligkeit entstehen auf Initiative einer Seniorengruppe und durch generationenübergreifende Angebote der „Flohmarkt-Gruppe“. Das schon im Rahmen der Projekte der „Revitalisierung“ entstandene „Luruper Forum“ fungiert als öffentlicher Kommu-

¹⁶ Der Bau einer „Hütte“ am Spielplatz ist in Foto 2 zu sehen.

nikationsort über aktuelle Ereignisse im Stadtteil. Gestützt, ergänzt und zusammengeführt wird diese stadtteilöffentliche Kommunikation durch Aktivitäten des Quartiersmanagements in dem neu geschaffenen Stadteilladen sowie eine Stadtteilzeitung.

Stadtteilorientierte *Netzwerke* haben sich in Lurup in traditioneller Form im „Lichtwerk-Ausschuss“ und in einer moderneren Variante in der „Frauenoase Lurup“ gebildet. Der als Verein konstituierte „Lichtwerk-Ausschuß“ lebt vom ehrenamtlichen Engagement langansässiger Luruper. Er sammelt Geld bei örtlichen Unternehmen, um Bedürftige im Stadtteil zu unterstützen und führt Aktionen (etwa das jährliche Stadteilfest) durch, die die Kommunikation zwischen den Lurupern fördern. Dieses wie auch die im Folgenden genannten Netzwerke bündeln vorhandene Beziehungen, Wissen und Kompetenzen. Sie können auch außerhalb des Stadtteils liegende Potentiale für eine Quartiersentwicklung Lurups aktivieren.

Weitere Elemente des örtlichen *Vereinswesens* sind die überlokal agierenden Sportvereine: Zum einen ist dies der SV Lurup-Hamburg von 1923 e.V. mit Hauptsitz in der Flurstraße. Hier und in der „Außenstelle“, der Sportanlage am Kleiberweg, werden die unterschiedlichsten Sportarten, von Fitness, Turnen über zahlreiche Ballsportarten, Leichtathletik, aber auch etwa Schach und Skat angeboten. Im Hinblick auf die gesellschaftlichen Funktionen des Sports (gesundheitliche und erzieherische Werte) versucht der SV Lurup zusätzlich, über eine sog. Street-Gamerin Kinder und Jugendliche direkt in ihren Wohnquartieren aufzusuchen, um bei ihnen mit Sportveranstaltungen im Bereich der Trendsportarten ein generelles Interesse am Sport zu wecken.

Direkt an der Grenze zum Stadtteil Eidelstedt, drei Minuten von der S-Bahnhaltestelle Elbgaustraße entfernt, hat zudem der ETSV Altona-Eidelstedt v. 1880 e.V. sein Vereinsgelände. Auch dieser Verein hält ein breites Sportangebot bereit. Mit drei Fußballplätzen, einer Leichtathletikanlage, Kegelbahnen, Schießständen und der Sporthalle bietet der Verein auf über 30.000 qm Platz für diverse sportliche Aktivitäten.

Wie die Sportvereine mit ihren Aktivitäten und der ihnen zur Verfügung stehenden Infrastruktur stellen auch Einrichtungen wie das Elbgaubad der Bäderland GmbH ein Entwicklungspotential dar. Über eine Verkoppelung der Nutzung des direkt neben dem EKZ Elbgau-Passagen gelegenen Bades mit Zielen der Sozialen Stadtentwicklung (z.B. Schaffen von Orten/Gelegenheiten der Kommunikation für bestimmte Bevölkerungsgruppen) ließen sich vielfältige „neue“ Nutzungsmöglichkeiten entwickeln. So bedeutet ein differenziertes Angebot an Schwimmgruppen und -kursen mehr als Möglichkeiten der sportlichen Betätigung. Uns wurde immer wieder von der Bedeutung des Bades als Kommunikationsort und Treffpunkt verschiedener Gruppen berichtet. An bestimmten Tagen ist das Schwimmbad für die Öffentlichkeit geschlossen und wird dann ausschließlich von umliegenden Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, etc. genutzt. Frauen der „Luruper Frauenoase“ haben die Einrichtung einer Frauen-Schwimmgruppe organisiert (z.B. musste eine autorisierte Bademeisterin engagiert werden). So ist es auch türkischen Frauen möglich, das ansonsten gemischtgeschlechtliche Bad einmal im Monat zu nutzen. Die Verknüpfung zweier Potentiale – ein zentral gelegenes Schwimmbad und das Engagement der Frauen der „Frauenoase“ – führte zu einer Verbesserung der Lebensqualität im Gebiet.

Die „Frauenoase Lurup“, im Verlauf der Programmbegleitung über die Bildung eines Vereins institutionalisiert, ist ein weiteres Potential des Gebiets. Sie konstituierte sich zunächst als neues, informelles Netzwerk engagierter Frauen mit dem Ziel der Verwirklichung eines „Hammams“, eines orientalischen Bades. Die Arbeit an dem Projekt verbindet Frauen verschiedenster Herkunft und soll als Attraktion über die Stadtteilgrenzen hinaus zudem für Luru-

per/innen bei Behörden, Vereinen und städtischen Organisationen sowie privaten Spendern, Nutzern und Investoren Aufmerksamkeit wecken.

Die *institutionalisierten Entwicklungspotentiale* liegen in Lurup im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, in schulischen Angeboten und Aktivitäten der örtlichen Kirchengemeinden sowie der Wohnungsbaugesellschaft:

Das Kinder- und Familienzentrum „KiFaZ“, hat sich schnell zu einem Treffpunkt aller Altersgruppen und zu einem wichtigen Knotenpunkt der Stadtteilkommunikation entwickelt (vgl. Kap. 3.5). Im „offenen Stadtteiltreff“ kann gezielt Beratung angefordert werden. Das dreimal wöchentlich geöffnete Café bietet nicht nur günstige Mahlzeiten, sondern auch Ansprechpartner für unterschiedliche soziale Fragen.

Eine zunehmend wichtigere Rolle nimmt auch der Luruper Verein „Böverstland“ (Böv 38 e.V.) ein, wenn es um die psychische und physische Versorgung im Stadtteil geht.

Im Arbeitskreis „Arbeit und Beschäftigung“ des „Luruper Forums“ engagiert sich eine örtliche Haupt- und Realschule und bemüht sich, über die Schule hinaus, um Möglichkeiten des Berufseinstiegs für Jugendliche.

Die Kirchengemeinden und der Bürgerverein Lurup sind es, die regelmäßig Angebote für Seniorinnen und Senioren organisieren. Im Flüsseviertel trifft sich jeden Dienstagnachmittag im KiFaZ zudem eine ehrenamtlich organisierte Gruppe von Seniorinnen aus der direkten Nachbarschaft zum Kaffee trinken, Karten spielen und plaudern. Darüber hinaus werden auch gemeinsame Ausflüge organisiert. Der gesamte Siedlungsbereich Lüdersring/Lüttkamp wird lediglich über eine Seniorengruppe abgedeckt, die sich einmal wöchentlich in den Gemeinderäumen der Kirche „Zu den 12 Aposteln“ trifft. Auch diese Gruppe ist mehr oder weniger ehrenamtlich organisiert, nur das Honorar für die Betreuung wird von der Kirche getragen. Die von den Kirchen unterstützte, nachbarschaftliche Seniorenarbeit ist ein wichtiger Baustein zur Stabilisierung der Quartiere.

Neben der üblichen Gemeindegarbeit ist für drei dieser Kirchen eine gemeinsame Vollzeitstelle im Bereich der Jugendarbeit eingerichtet worden. An diese Stelle sind Aufgaben gekoppelt, welche die übliche, gemeindliche Jugendarbeit (Konfirmandenunterricht, Jungschar...) inhaltlich ergänzen bzw. gemeindeübergreifende Projekte und Aktionen realisieren soll. In aufsuchender Jugendarbeit werden hier Jugendliche angesprochen, die in irgendeiner Form Unterstützung benötigen. Darüber hinaus leistet die Kirchengemeinde „Zu den 12 Aposteln“ zusätzlich eine sehr erfolgreiche offene Jugendarbeit.

Mitarbeiter der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft SAGA unterstützen die soziale Entwicklung des Stadtteils durch die Verwirklichung baulicher Maßnahmen im Wohnungsbestand und im Wohnumfeld in Kooperation mit dem Amt für Stadterneuerung in der zuständigen Fachbehörde und örtlichen Institutionen.

Unter Berücksichtigung all dieser vielfältigen Potentiale hat sich das Quartiersmanagement als unverzichtbare Möglichkeit zur Vernetzung von Kommunikationssphären, zur Information, Qualifizierung und Reflexion von Handlungsansätzen sowie zur Erschließung gesamtstädtischer Ressourcen für die soziale Stadtteilentwicklung in Lurup erwiesen.

Aufgrund des Arbeitsschwerpunkts der Programmbegleitung *im Handlungsfeld „Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“*, war die Suche nach für eine positive Entwicklung des Stadtteils nutzbaren Potentialen in diesem Bereich besonders intensiv; insbesondere diesbezüglich galt es das Quartiersmanagement zu unterstützen. „Herkömmliche“ wirtschaftliche Entwicklungsstrategien erwiesen sich in dem reinen Wohngebiet als unpassend: So sind Entwick-

lungspotentiale für *Existenzgründungen* aus dem Quartier – z.B. von Bewohnern, die (halb-)legal) Privaträume für ökonomische Aktivitäten nutzen und geeignete Flächen benötigen – bisher nicht erkennbar; die wenigen Ansätze waren laut Quartiersmanagement ökonomisch nicht tragfähige Wunschträume. Es wäre zweifelhaft, solche Ansätze vorbehaltlos zu unterstützen oder anzuregen, da es sich vor allem um prekäre Existenzgründungen handeln würde, die von den Gründer/innen – z.B. Sozialhilfe beziehenden Müttern – sehr viel abverlangten und zudem ein hohes Maß an zusätzlichen unterstützenden Maßnahmen erforderten.

Weitere Potentiale wurden in Gesprächen und Aktivitäten sichtbar, die den Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. in das Berufsleben betreffen. Der im Exkurs II detailliert geschilderte erste Versuch der Entwicklung des hier vorfindbaren „Potentials“ (in Form des Engagements an einer Schule des Stadtteils) zu einem tragfähigen „sozialen Kapital“ zeigt beispielhaft, mit wie vielen kleinen und großen Hemmnissen die Entwicklung von Potentialen und damit die konkrete Umsetzung eines zentralen Ziels der Sozialen Stadtentwicklung im Alltag vor Ort verbunden ist. Ein Potential kann nur dann zum „Kapital“ des Stadtteils werden, wenn es mit der Unterstützung einer Vielzahl von Akteuren aus dem Stadtteil und aus verschiedensten Institutionen „Hemmnisse“ konstruktiv, im Sinne von neuen Konzepten, verarbeiten kann.

2.4 Fazit

Die im Rahmen dieses Kapitels dargestellte Analyse der vorhandenen Daten und struktureller Zusammenhänge einzelner Themenfelder bildet eine Vielzahl von Problemen mit gesamtgesellschaftlichen (insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes), wie lokalen Ursachen (monofunktionale Struktur des Raumes, hierdurch nur eingeschränkte Nutzungen) ab. Es wurden jedoch auch Potentiale deutlich, die es, mit Hilfe der im folgenden Kapitel dargestellten Strategien, zu entwickeln gilt.

Der Gebietstyp des „reinen Wohngebiets“ am Rande der Stadt erforderte – und dies sei an dieser Stelle besonders hervorgehoben – sowohl a) eine räumliche Erweiterung der Analyse der Gewerbe- und Branchenstruktur auf das Luruper Umfeld als auch b) die Entwicklung von Handlungsstrategien im Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit, die nicht auf das Modellgebiet beschränkt bleiben konnten. Aufgrund der in Lurup in diesem Bereich geringen Potentiale kann die Isolation vom städtischen Arbeitsmarkt nicht allein durch Anstrengungen vor Ort überwunden werden. Aus der Perspektive der Programmbegleitung ist eine wesentliche Schlussfolgerung der Analyse der Ausgangslage, dass der Ziel- und Handlungskorridor vor allem im Handlungsfeld „Arbeit und Beschäftigung“ mehr und mehr erweitert und auf die Integration des Modellgebiets in die Stadtgesellschaft ausgerichtet werden muss.

Im ersten Schritt galt es, das gewerbliche Umfeld in die Handlungsstrategie zu integrieren. Hierbei war jedoch zu berücksichtigen, dass in dieser stadträumlichen Struktur der strategische Ansatz „Lokale Ökonomie“ nicht greift. Damit entfällt die in diesem Ansatz unterstellte Gemeinsamkeit zwischen der lokalen Wohnbevölkerung und der lokalen Wirtschaft.¹⁷ In den Interviews hatte sich deutlich gezeigt, dass die Luruper Wohngebiete - insbesondere die wenig attraktiven Gebiete des sozialen Wohnungsbaus - im Bewusstsein der Personalchefs und -chefinnen und zum Teil auch der Handwerksmeister ein „blinder Fleck“ sind (s. Exkurs I). Die geographische Nähe der Wohn- und Gewerbegebiete hat in der Alltagsrealität keine Bedeutung. Das Problem sind also weniger Vorurteile der Firmenvertreter über „soziale Brenn-

¹⁷ Beide seien von den lokalen Lebensbedingungen abhängig und könnten daher gleichermaßen von einer Verbesserung dieser Bedingungen profitieren; die sog. Win-win-Situation.

punkte“, sondern die fehlende Wahrnehmung und Beschäftigung mit dem umliegenden Stadtraum, zu dem sich wirtschaftliche Akteure – dann nur folgerichtig – kaum äußern können. Da die Betriebe nicht über Zulieferer- und Absatzbeziehung in das Umfeld eingebunden sind, reduziert sich die Wahrnehmung auf alltagsweltliche Routinen, wie die selektiven eigenen Wege entlang der Verkehrsachsen zwischen dem eigenen Wohnort (der oft im Hamburger Umland liegt) und dem Arbeitsort. Berührungspunkte durch Mittagspausen und kleinere Einkäufe – wie in den innenstadtnahen Gebieten – gibt es ebenfalls nicht; gerade die großen Betriebe sind in sich abgeschlossene Welten, die während der Arbeitszeit nicht verlassen werden.

Die Frage ist also, wie sich auch jenseits der Lokalen Ökonomie betriebstypenbezogene Konzepte erarbeiten lassen, die Interessenüberschneidungen zwischen der Sozialen Stadtteilentwicklung und den verschiedenen betrieblichen Alltagswelten ausloten und in Handlungsansätze überführen. Genauso wichtig ist die Frage, *wer* diese Konzepte erarbeitet, umsetzt und welche Ressourcen dafür eingesetzt werden können. Die größten Handlungsspielräume scheinen bisher beim Übergang „Schule – Beruf“ zu bestehen (s. Exkurs II u. III).

Im Gegensatz zu diesem, im Modellgebiet noch relativ wenig entwickelten Handlungsfeld zeigt die Analyse im Bereich „Wohnen und Wohnumfeld“, dass bereits vor Programmbeginn, nicht zuletzt durch die entsprechenden Vorläuferprogramme und ein hohes Engagement der Wohnungsbaugesellschaft, Bedingungen geschaffen wurden, an der die Quartiersentwicklung ansetzen konnte. Auch Lücken in der sozialen Infrastruktur wurden aus bestehenden und durch das Quartiersmanagement sowie Ämter - z. B. das zuständige Jugendamt - ergänzte Analysen relativ rasch deutlich. Sie gilt es nun zu füllen.

Die sich etwa seit Mitte der 90er Jahre im Umstrukturierungsprozess befindliche Sozialarbeit hat jedoch mit einigen grundsätzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich auch im Modellgebiet auswirkten: So hat der „Zwang zum Sparen“ einen Konkurrenzdruck zwischen den Einrichtungen entstehen lassen, der die Entwicklung neuer integrativ und kooperativ angelegter Konzepte gerade zum Zeitpunkt des Programmbeginns behinderte. Dennoch: Umbruchsituationen bieten auch in Lurup gleichzeitig Chancen für positive Veränderungen. Neue Konzepte, wie das Schnittstellenprojekt „REALÜ“ (s. Kap. 2.2.6), wären ohne das Klima der notwendigen Veränderungen womöglich nicht entstanden.

Obwohl das Zusammenleben im Quartier eher durch Vereinzelung und Isolation sowie unterschwellig und auch massiv auftretende Konflikte geprägt war und ist, einzelne Nachbarschaften (wenn überhaupt im Sinne einer (Interessen-) Gemeinschaft bestehend) eher kleinteilig nebeneinander her existierten, ließen sich bereits am Beginn des Jahres 2000 Potentiale feststellen, die im Zuge der Quartiersentwicklung unterstützt und entwickelt wurden. Insgesamt bewirkte das Wissen um die Bedürfnisse und Wünsche der lokalen Akteure einen ersten Schritt in die Richtung einer (aus Sicht der Bewohner u.a.) positiven Quartiersentwicklung.¹⁸

¹⁸ Dies zeigte zum Beginn des Jahres 2002 von den Akteuren gezogene Bilanz.

3 Entwicklungsziele und integrierte Handlungskonzepte

3.1 Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl

Mit der Programmdrucksache 16/1360 „Soziale Stadtteilentwicklung“ vom 08.09.1998 legte der Hamburger Senat einen konzeptionellen Rahmen zur Sozialen Stadtentwicklung in Hamburg vor. Sie bildet den inhaltlichen Hintergrund für die Quartiersentwicklung in den Gebieten der Sozialen Stadt und ist somit auch eine Vorgabe für die Auswahl der Gebiete. Lurup – mit den Teilgebieten „Lüdersring/Lüttkamp“ und „Flüsseviertel“ – wurde erstmals in der von den Bezirken eingereichten Gebietsanmeldung in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1998 vorgeschlagen. Die Zustimmung zu dieser Gebietsauswahl wurde über den Beschluss der Senatskommission am 15.02.1999 (Drucksache 99/0178) erteilt.

Die Aufnahme Lurups in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ erfolgte auf der Grundlage eines Schreibens der zuständigen Fachbehörde, der Stadtentwicklungsbehörde, vom 19.08.1999.

3.2 Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet

Die Entwicklung des Programms in Hamburg-Altona-Lurup stellt sich wie folgt dar:

Im Januar 2000 wurde das Quartiersmanagement in Lurup eingesetzt;

im Juni 2000 eröffnete der Stadteilladen in den „Elbgaupassagen“;

im September 2000 nahm die „Programmbegleitung vor Ort“ ihre Arbeit auf;

gleichzeitig erarbeiteten Quartiersmanagement, Vertreter des Bezirks Altona, des Luruper Forums und andere lokale Akteure den ersten Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts (kurz: QEK) (s.u.).

Zu Beginn der „Programmbegleitung vor Ort“ waren bereits verschiedene Maßnahmen/Projekte im Rahmen des Länderprogramms der Sozialen Stadtteilentwicklung „Step II“ angelaufen.

Im Jahr 2001 konzentrierten sich die Aktivitäten der Programmbegleitung auf:

regelmäßige monatliche Sitzungen des Luruper Forums und der Arbeitsgruppen,

ca. 6-wöchige Treffen zwischen Vertreter/innen der zuständigen Stadtentwicklungsbehörde, der Zuständigen des Bezirks, dem Quartiersmanagement und der Programmbegleitung,

zahlreiche Einzelgespräche und Interviews im Quartier,

die intensive Begleitung des Projekts „Frauenoase Lurup“, die mit einem internen Arbeits- und Ergebnisbericht endete,

Betriebsbefragungen sowie

die Verbesserung der Kontakte zwischen Schulen und Betrieben im quartierlichen Umfeld.

Einen Höhepunkt im Jahr 2001 bildete die im April 2001 durchgeführte Themenkonferenz „Neue Handlungsansätze zur Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation – Arbeit und Beschäftigung in Hamburg-Altona-Lurup“.¹⁹ Im Verlauf des Jahres 2001 fanden zudem zwei Veranstaltungen statt, die erste Grundlagen für die zukünftigen Bemühungen

¹⁹ Zur Dokumentation der Themenkonferenz siehe
http://www.tu-harburg.de/stadtplanung/forschung/fs_forschung.htm.

zur Integration Luruper Schülerinnen und Schüler in den Arbeitsmarkt schaffen. Im Februar 2001: der erste Runde Tisch „Ausbildung – Schule – Job“ in der Haupt- und Realschule Veermoor und im November 2001 der Berufsinformationstag (vgl. Kap. 2.3).

Am Beginn des Jahres 2002 setzte das Quartiersmanagement neue Schwerpunkte und nahm - anknüpfend an die Vorarbeiten der Programmbegleitung - den Handlungsschwerpunkt „Arbeit und Beschäftigung“ bzw. „Schulen und Betriebe“ in besonderem Maße in die eigene Arbeit auf (vgl. Kap. 3.4).

Nach zwei Jahren gemeinsamer Erfahrung planen die Geschäftsführung des Luruper Forums und das Quartiersmanagement zudem im ersten Halbjahr 2002 einen *Zukunftswerkshop*, um sich intensiv

- a) mit entwicklungsfähigen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen und
- b) mit den dafür erforderlichen Ressourcen und Veränderungen auseinander zu setzen.

Es soll insbesondere um die Frage gehen, welche Ressourcen *im Stadtteil* dauerhaft vorhanden sind, welche Rolle die einzelnen Akteure in Bezug auf die formulierten Ziele spielen bzw. welchen Beitrag sie für die angestrebten Prozesse leisten können. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass nach einer ersten Phase des hohen Engagements aller Beteiligten nun erste (persönliche) Grenzen deutlich werden. Gegenseitige Erwartungen sollen klar formuliert, Mögliches und Unmögliches ausgesprochen werden. Vorhandene Ressourcen sind hinsichtlich ihrer quantitativen und qualitativen Reichweite zu analysieren. Auch sind – nachdem ein bereits sehr umfangreiches Kommunikations- und Kooperationsnetz aufgebaut wurde – Arbeitsteilungen wie zu Beteiligten zu überprüfen sowie Entscheidungsspielräume einzelner Gruppen klar zu formulieren; nicht zuletzt um Parallelstrukturen zwischen den demokratisch legitimierten Organen und den Aktiven vor Ort zu verhindern. Zudem ging die Aktivierung vor Ort mit Professionalisierung der Akteure und Strukturierung in der Organisation einher, die neuen Aktiven den Zutritt erschweren können. Die Professionalisierung von Akteuren ist insofern ambivalent zu betrachten, da sie mit einer sozialen Schließung verbunden ist. Ihr ist, z.B. über neue Akteure einbindende Workshops, entgegen zu wirken.

3.3 Entwicklung und Fortschreibung des Integrierten Quartiersentwicklungskonzepts

In Kooperation mit den lokalen Akteuren und in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Fachbehörden sollten am Ende des Jahres 2000 in den Hamburger Gebieten Quartiersentwicklungskonzepte entstehen, in denen die Ziele, die notwendigen Handlungsfelder sowie die daraus resultierenden Maßnahmen und ihre Realisierung in zeitlicher und finanzieller Hinsicht darzustellen sind (vgl. Drucksache der Bürgerschaft vom 08.08.00; Nr.16/4645, S.7). Grundlage hierfür waren der Beschluss des Senats vom 8. September 1998 zur Sozialen Stadtteilentwicklung (Senatsdrucksache Nr. 98/0964), der Beschluss der Bürgerschaft hierzu (Bürgerschaftsdrucksache Nr.16/1360) sowie die Globalrichtlinie „Steuerung der Sozialen Stadtteilentwicklung“ gemäß Senatsdrucksache 99/1322 vom 21. Dezember 1999. Sie wurden am Ende des Jahres 2001 fortgeschrieben.

Das QEK sollte die notwendige Planungssicherheit für den Mitteleinsatz privater Investoren, aber auch der zu beteiligenden Behörden herstellen (es beinhaltet ein Zeit-Maßnahmen-Kosten-Programm; kurz: ZMKP). Die Einordnung des QEK als „Kommunikationsinstrument“ (STEB August 2000) machte zusätzlich deutlich, dass mit Hilfe des Konzepts Kommunikations- und Koordinationsprozesse unter den Akteuren vor Ort, aber auch in den Behörden anzustoßen waren.

LETZTERE *FUNKTION* DES QUARTIERSENTWICKLUNGSKONZEPTS IST NACH AUFFASSUNG DER PROGRAMMBEGLEITUNG HINSICHTLICH EINER VON MÖGLICHTST VIELEN ZENTRALEN AKTEUREN GETRAGENEN SOZIALEN STADTENTWICKLUNG NICHT ZU UNTERSCHÄTZEN.

Bezüglich des konkreten Aufbaus des Konzepts empfahl die Stadtentwicklungsbehörde zunächst eine kurze Beschreibung der Ausgangslage (Gebietsabgrenzung, allgemeine Gebietsdaten, städtebauliche Situation, Wohnstruktur und –qualität, Sozialstruktur, lokale Wirtschaft, soziale und kulturelle Infrastruktur, besondere soziale Probleme sowie entwicklungsfähige Potentiale und Ressourcen des Gebiets). Im Anschluss waren die übergeordneten Leitziele und die zuzuordnenden Handlungsfelder darzustellen. Innerhalb der Handlungsfelder waren zudem die gebietsspezifischen Entwicklungsziele zu benennen, Handlungserfordernisse abzuleiten sowie bereits bekannte/laufende Projekte aufzuzeigen. Schließlich war eine Zusammenfassung der Kosten und Finanzierung sowie eine Einschätzung des voraussichtlich erforderlichen Zeitraums der öffentlichen Förderung abzugeben. Eine tabellarische Zusammenstellung der Projekte/Maßnahmen sollte den Überblick erleichtern und gleichzeitig eine detailliertere Fortschreibung des QEK ermöglichen.

Zum ersten Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts

Aufbauend auf das im November 1998 erstellte „Handlungs- und Maßnahmenkonzept Lurup - Revitalisierungsmaßnahmen für das ‘Flüsseviertel’ und den ‘Lüdersring/Lüttkamp’“, ²⁰ wurde die „Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH“ (das Quartiersmanagement) beauftragt, ein Quartiersentwicklungskonzept für Lurup zu erstellen. Der Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts sollte zunächst, so der Vertrag (zwischen dem Quartiersmanagement und dem Bezirk; Anm. Programmbegleitung), bis zum 31.01.2001 vorliegen. Auf Wunsch der Landespolitik, vermittelt durch die Fachbehörde STEB, vereinbarten das Bezirksamt Altona und die STEG Hamburg mbH, jedoch im September 2000 den Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts bereits bis November 2000 mit den lokalen Akteuren zu diskutieren, soweit als möglich abzustimmen und vorzulegen (vgl. QEK 2000: 3).

Aufgrund dieser zeitlichen Verschiebung und des hieraus entstehenden Entscheidungsdrucks entstand ein Konflikt zwischen Quartiersmanagement und Luruper Forum

- a) um eine „eigene Problem- und Zielformulierung“ und die Zeit, die die lokalen Akteure hierfür brauchen,
- b) um die Vorschläge und ihre Aufnahme ins QEK, die bereits vor der Diskussion im Forum entwickelt wurden ²¹ und
- c) um die Ernsthaftigkeit, die tatsächlich hinter dem im Programm formulierten Anspruch der „Beteiligung“ und der Entwicklung des QEK durch die Akteure vor Ort steht.

Die Akteure vor Ort sahen sich von der „öffentlichen Verwaltung“ unter Druck gesetzt. Das Quartiersmanagement nahm in diesem Konflikt die Vermittlerrolle zwischen den Akteuren vor Ort und der an die Haushaltsplanungen und politischen Vorgaben gebundenen Verwaltung ein. Wie die folgende Chronologie zeigt, waren letztlich jedoch alle Beteiligten darum bemüht, innerhalb kürzester Zeit ein für alle akzeptables Ergebnis auf den Weg zu bringen: Es entstand der *erste Entwurf* eines Quartiersentwicklungskonzepts.

²⁰ Das Konzept wurde in Zusammenarbeit von PPL (Planungsgruppe Prof. Laage), PGT (Planungsgemeinschaft Dr.-Ing. W. Theine) und EGL (Entwicklung und Gestaltung von Landschaft) erstellt.

²¹ „Ohne ausreichende Zeit wird das Forum zum Selbstbedienungsladen für diejenigen, die schon immer wussten, wie man an die Töpfe kommt!“, so die Aussage in einem zum Konflikt geführten Interview.

Tabelle 10: Chronologie der Zielformulierung zur Quartiersentwicklung zur Jahreswende 2000

Datum	Ereignisse
Sept. 00	drei Bürgerversammlungen im Quartier zur Bilanzierung des bisherigen Erfolgs von Maßnahmen in Lurup (Ergebnis: eine „Positiv-Negativ-Liste“)
25.10.00	Luruper Forum: Besprechung der Ziele des QEK; Konflikt zwischen einforderndem Bezirk und dem längere Zeiträume benötigendem Forum; Ergebnis: das Forum setzt mit Erfolg die Durchführung von Workshops zur Zielformulierung durch
08.11.00	Bezirksausschuss für Wirtschaft und Arbeit beschließt, dass am 18. November ein Workshop zur Besprechung der Ziele im Stadtteil stattfinden kann und sollte; er delegiert die Verabschiedung des QEK-Entwurfs an die Sprecher des Bezirks, um den Prozess von Seiten des Bezirks zu beschleunigen
18.11.00	Workshop zur Erarbeitung der „Ziele zur Quartiersentwicklung“
20.11.00	Sprechersitzung des Ausschusses „Wirtschaft und Arbeit“ im Bezirk zur vorläufigen Verabschiedung des QEK
29.11.00	Luruper Forum beschließt die Zielsetzungen des QEK; der Entwurfscharakter wird erneut betont. Nur unter diesem Vorbehalt sehen sich die Akteure vor Ort in der Lage, den derzeitigen Stand der Zielformulierung an Politik und Verwaltung weiter zu geben
30.11.00	Bezirksversammlung verabschiedet das QEK
01.12.00	Abgabe des QEK in der STEB; die ersten Monate des Jahres 2001 dienen dazu, Stellungnahmen der einzelnen Fachbehörden zu den Quartiersentwicklungskonzepten einzuholen.
31.01.01	Luruper Forum formuliert ein Arbeitsprogramm und Teilziele für 2001
17.05.01	das Luruper QEK wird in der Senatskommission für Stadtentwicklung, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr (Kurz: SENKO) behandelt; es werden Vorschläge zur Fortschreibung erarbeitet und dem Quartiersmanagement erläutert.

Die Einordnung des ersten Quartiersentwicklungskonzepts als „Entwurf“ betont den prozessualen Charakter seiner Entwicklung: Lokale Akteure und Quartiersmanagement sahen sich, berücksichtigt man die seit dem Beginn des Jahres 2000 neu geschaffenen Rahmenbedingungen durch den Start des Landesprogramms, erst am Beginn einer den Rahmenbedingungen entsprechenden Zielformulierung. Die Chronologie verdeutlicht zudem das grundsätzliche Problem der Abstimmung der Zeitpläne der an der Quartiersentwicklung beteiligten Akteure und den Transfer der örtlichen Herausforderungen in die zuständigen Verwaltungsebenen.

Der erste Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts bot eine breite Grundlage für eine detailliertere Diskussion der Ziele und Maßnahmen der Quartiersentwicklung. Auch übernahm er und die durch ihn ausgelöste Diskussion vor Ort die Vermittlung vorhandener Probleme, Potentiale und Rahmenbedingungen in vorher nicht gewesenum Umfang in die Verwaltung.

Zum zweiten Quartiersentwicklungskonzept

Anfang des Jahres 2001 wurde die STEG Hamburg mbH als Quartiersmanagement vom Bezirk Altona damit beauftragt, unter Beachtung der Stellungnahme der Fachbehörden, der Empfehlungen der Senatskommission und der „Programmbegleitung vor Ort“ sowie unter der Auswertung der gesammelten praktischen Erfahrungen im Quartier, den bisherigen Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts bis Ende 2001 fortzuschreiben.

Das Quartiersmanagement organisierte zusammen mit dem Bezirksamt Altona mehrere Gesprächsrunden mit Vertreter/innen der Fachbehörden (BAGS, WB, BB, STEB),²² um über

²² Zu den Fachbehörden der Hansestadt Hamburg siehe Kap. 5.2.

Zielsetzungen, Strategien und im Rahmen der Umsetzung des Programms zur Sozialen Stadtentwicklung einsetzbare Ressourcen zu diskutieren.

Auch die Akteure vor Ort, insbesondere die explizit mit dieser Aufgabe vom Luruper Forum betraute Arbeitsgruppe „AG-QUEK“ (s. Abbildung 12)²³ arbeiteten - unterstützt vom Quartiersmanagement - im Verlauf des Jahres 2001 am zweiten Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts. Im Januar 2002 lag dieses Konzept zur erneuten Stellungnahme den – aufgrund des Regierungswechsels im September 2001 zum Teil neu strukturierten – Fachbehörden vor.

Im Rahmen der Entwicklung und Fortschreibung der Quartiersentwicklungskonzepte erwies sich – aus der Perspektive der Programmbegleitung und des Quartiersmanagements – vor allem ein Punkt als problematisch: Die Einbeziehung der Fachbehörden in den Prozess der Ziel- und Maßnahmenformulierung und damit auch eine Ressourcenbündelung im Quartier. Während der Erarbeitung von Vorhaben und Projekten sind das Quartiersmanagement und der Bezirk darum bemüht, die aus ihrer Perspektive mit den jeweiligen Handlungsfeldern befassten Behörden in die Entwicklung einzubeziehen. Hier ist das notwendige Fachwissen einzuholen. Da sich Wahrnehmungsraster von Problemen und Vorstellungen von möglichen Problemlösungswegen a) innerhalb der Behörden selbst und b) in vielen Fällen von den vor Ort artikulierten unterscheiden (so das Ergebnis einer von der Programmbegleitung durchgeführten Befragung), ist an dieser Stelle ein hoher Aufwand an „Übersetzungsarbeit“ zu leisten. Er erscheint nur dann gerechtfertigt, wenn den Fachbehörden vorgestellte Vorhaben/Projekte tatsächlich auf den Weg gebracht werden können. Durch den höheren Aufwand in der Abstimmung bleiben eher nicht in die herkömmlichen Raster passende Vorhaben somit leicht „auf der Strecke“. Dies umso mehr, als weder der Bezirk noch das Quartiersmanagement sich innerhalb der Entscheidungsstruktur in einer Position befinden, die es ihnen ermöglicht, ihren Vorhaben den entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Sie und damit auch die Ziele der Sozialen Stadtentwicklung sind auf ein Entgegenkommen der Fachbehörden angewiesen. Dieser Umstand erwies sich bei der angespannten Haushaltslage der Hansestadt als problematisch und kann nur durch einen erhöhten Stellenwert dieses Politikfelds in der gesamtstädtischen Politik aufgefangen werden.

3.4 Leitbilder, Ziele, Entwicklungskonzepte und -strategien

3.4.1 Zielfindung

Im Luruper Prozess der Zielformulierung wurde der Versuch unternommen, in offener Weise und mit einer inkrementalistischen Strategie Perspektiven für das Quartier „von unten“ zu entwickeln. In einem ersten Schritt entstand eine „Positiv-Negativ-Liste“ (siehe Anhang I), die auf mehreren Bewohnerveranstaltungen (im September 2000) erstellt und in einer späteren Forumssitzung (im Januar 2001) mit Prioritäten versehen wurde. Sie zeigte deutliche Ansatzpunkte für zukünftige Maßnahmen auf und führte gleichzeitig bereits Geschaffenes vor Augen.

Im ersten Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts entschieden sich Quartiersmanagement sowie Vor-Ort-Akteure, die Ziele relativ allgemein zu formulieren (QEK 2000: 71-79). Die Vorgehensweise vom Allgemeinen zum Konkreten sollte zunächst eine breite Verständigung a) im Quartier sowie b) zwischen den Akteuren des Quartiers und den unterstützenden

²³ Hieran waren auch Vertreter/innen aus der lokalen Politik, Verwaltung, lokaler Ökonomie und sozialer Infrastruktur beteiligt.

Behörden/der Politik ermöglichen. Wie beabsichtigt blieb so Vieles offen, waren auch weiterhin breite Handlungsspielräume zu nutzen. Auch wenn sich die Beteiligten darüber einig waren, dass die Ziele des ersten Entwurfs im Verlauf des Prozesses konkretisiert und verbindlicher formuliert werden sollten, erwies sich das gewählte Vorgehen insofern als Nachteil, als der Bezug zu einigen lokalen Akteuren in der Abstraktion von konkreten Interessen verloren ging: „So und ähnlich klingen sie immer, die Ziele der Sozialen Stadtentwicklung“, lautete eine Feststellung eines Interviewpartners.

Als Arbeitshilfe für die Bezirksämter und Quartiersentwickler, aber auch um eine Analogie zum Leitfaden der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ herzustellen, legte die STEB im August 2000 einen „Leitfaden zur Darstellung von Quartiersentwicklungskonzepten im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung“ vor. In ihm wurden die übergreifenden Ziele (9 Leitziele) und Handlungsfelder benannt.

Tabelle 11: Leitziele und Handlungsfelder

Leitziele	Handlungsfelder
Förderung der lokalen Handlungs- und Selbsthilfemaßnahmen	<i>Bürgermitwirkung und Stadtteilleben</i>
Förderung der Mitwirkungsbereitschaft	Bürgermitwirkung und Stadtteilleben
Anregung privatwirtschaftlichen Engagements	<i>Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung</i> <i>Gesellschaftliche Infrastruktur</i>
Stärkung der örtlichen Wirtschaftsstruktur	Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung <i>Lokale Wirtschaft und Nahversorgung</i>
Verbesserung der Wohnqualität	<i>Wohnen</i>
Verbesserung des Wohnumfeldes	<i>Wohnumfeld und Freiflächen</i>
Stabilisierung der Stadtteilzentren	Lokale Wirtschaft und Nahversorgung <i>Verkehr und Mobilität</i>
Verbesserung des sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturangebots	Gesellschaftliche Infrastruktur Verkehr und Mobilität
Frühzeitige Unterstützung der Selbsthilfepotentiale	Bürgermitwirkung und Stadtteilleben

In den Quartiersentwicklungskonzepten sollten diese Leitziele in Ziele der jeweiligen Gebietsentwicklung transformiert werden. Diese Vorgehensweise entspricht dem Weg vom Abstrakten zum Konkreten und soll Handlungsspielräume offen halten. Eine „Harmonisierung im Gegenstromverfahren“ soll, so ein Interviewpartner, eine gegenseitige Annäherung ermöglichen und zur Konkretisierung der Leitziele beitragen.

Die konkrete Durchführung der angesprochenen „Harmonisierung“ erwies sich jedoch als äußerst schwieriger Prozess. Die Ausführungen der Behörde wurden sowohl vom Quartiersmanagement als auch von den lokalen Akteuren nicht als Hilfestellung, sondern als Vorgabe aufgenommen. Im Verlauf der Fortschreibung des zweiten Quartiersentwicklungskonzepts konnte der Austausch zwischen der steuernden Behörde und den zielformulierenden Akteuren jedoch verbessert werden: Handlungsspielräume, Erwartungen und Möglichkeiten der Beteiligten wurden in diesem Prozess deutlicher.²⁴

²⁴ Der Regierungswechsel und die damit einhergehenden „neuen“ Akteure des Prozesses sowie möglicherweise neu geschaffene Rahmenbedingungen der Sozialen Stadtteilentwicklung Hamburgs beeinflussen vermutlich auch im laufenden Jahr 2002 Veränderungen der Steuerung im Zielfindungsprozess.

Eine weitere Problematik im Zielfindungsprozess betrifft die Geschehnisse vor Ort: „Gemeinsame Vision aller Beteiligten ist eine sozial verantwortliche, umweltverträgliche und wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung der Luruper Quartiere“ (QEK 2001: 14). Es erwies sich als schwer, Vorstellungen und Utopien in umsetzbare Ziele/Wünsche zu transformieren, für die dann auch noch Prioritäten festzulegen waren. Zum Zeitpunkt der Fortschreibung des Quartiersentwicklungskonzeptes war diesbezüglich eine neue „Phase der Zielentwicklung“ erreicht: Erste Zielkonflikte wurden deutlich.

INSGESAMT FANDEN BEI DEN VOR-ORT-AKTEUREN IM ZUGE DER AN DIESER STELLE NUR ANZUDEUTENDEN, ÄUßERST KOMPLEXEN PROZESSEN DER ZIELFORMULIERUNG LERNPROZESSE STATT, DIE IN IHRER BEDEUTUNG FÜR EINE EIGENSTÄNDIGE, DAS HEIßT SELBSTORGANISIERTE QUARTIERSENTWICKLUNG NICHT ZU UNTERSCHÄTZEN SIND. SIE SIND, EBENSO WIE DIE ZIELE SELBST, EINE WESENTLICHE GRUNDLAGE EINER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN INFRASTRUKTUR, OHNE DIE DIE STAATLICHE SONDERFÖRDERUNG DER QUARTIERE NICHT DAUERHAFT WIRKSAM WERDEN KANN.

Die folgenden Ziele geben den Stand der Entwicklung zur Jahreswende 2001/2002 wieder.

3.4.2 Ziele und Umsetzungsstrategien

Aktivierung und Beteiligung der Akteure (Handlungsfeld: Bürgermitwirkung und Stadtteilleben)

Quartiersentwicklung soll in Lurup über eine Aktivierung/Beteiligung und Vernetzung möglichst vieler Akteure des Stadtteils sowie über den Stadtteil hinaus erreicht werden. Dabei ist in positivem Sinne sowohl an den örtlichen Kompetenzen als auch an den vor Ort vorhandenen Rahmenbedingungen anzuknüpfen. In positivem Sinne meint – im Gegensatz zu einer problemorientierten Strategie – dass *für* und nicht *gegen* etwas gearbeitet werden soll.

Eine ausdrücklich hohe Priorität hat (nicht zuletzt aufgrund der Heterogenität des Stadtteils bzw. der kleinräumigen Identifikation) die Bewohneraktivierung auf der Nachbarschaftsebene. Um nicht nur diejenigen an der Wohnumfeldgestaltung und anderen Handlungsfeldern der Quartiersentwicklung zu beteiligen, die „schon immer dabei waren“, sondern auch diejenigen anzusprechen, die bisher nicht in Erscheinung getreten sind, ist die *Erprobung neuer Aktivierungs- und Beteiligungsmethoden* erklärtes Ziel des Quartiersmanagements.

Die Erfahrungen zeigen, dass bisher passive, jedoch grundsätzlich an der Entwicklung des Quartiers interessierte Menschen sich häufig nicht ernst genommen fühlen. Hier dominiert die Befürchtung, das eigene Engagement „bringe ja doch nichts“. Gerade in diesen Fällen können positive Erfahrungen mit Beteiligung wirksam werden. Der sich in Lurup darstellende, vielfältige Strauß von Potentialen (vgl. Kap. 2.3) wird vom Quartiersmanagement über den Transfer von Know-how und Vermittlungsarbeit mit dem Ziel unterstützt, sie in ein Luruper Netzwerk von Initiativen, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen einzubinden und so für die Quartiersentwicklung tragfähig werden zu lassen.

Dabei befindet sich die Soziale Stadtentwicklung in Hamburg-Altona-Lurup am Beginn des Jahres 2002 in einer Entwicklungsphase, in der bereits an das Ende des Quartiersmanagements gedacht werden muss. Entsprechend ist das Quartiersmanagement verstärkt darum bemüht, den Stadtteileinrichtungen und bestehenden Initiativen die Notwendigkeit „alltäglicher“, das heißt: immer mitgedachter Beteiligung und Aktivierung der Bewohner und anderer Akteure zu vermitteln (vgl. QEK 2001: 18). Nur ein stabiles Gerüst an institutionalisierten

Unterstützungssystemen kann die fortwährende Entwicklung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements gewährleisten.

Zur langfristigen Absicherung, dies zeigen zahlreiche Studien, ist zudem die *öffentliche Anerkennung* des Engagements erforderlich. Eine weitere Voraussetzung ist ein kontinuierlicher, das heißt institutionalisierter Informationsfluss in das Gebiet und umgekehrt.²⁵

Entwicklung und Förderung von Kooperationen
(Handlungsfeld: Bürgermitwirkung und Stadtteilleben)

Quartiersentwicklung im Kontext mit Sozialer Stadtentwicklung ist Kooperationen angewiesen. Hier ist jeweils und spezifisch die Frage zu stellen, wer, mit wem, warum unter welchen Voraussetzungen kooperiert.

Ähnlich der Vorgehensweise bei der Schließung eines Kontraktes ist zunächst durch das Quartiersmanagement zu klären, welche Kooperationspartner zur Erreichung welcher Ziele in Frage kommen und mit welchen unterschiedlichen Voraussetzungen, aber auch Rationalitäten die Partner in die Kooperation eintreten. So können etwa Konkurrenzen der unterschiedlichen Träger der sozialen Infrastruktur und die aufgrund von Sparmaßnahmen angespannte Situation vieler Einrichtungen die für eine Kooperation notwendige Vertrauensbildung erschweren (vgl. Kap. 2.2.6).

Eine zentrale und in ihren selbst tragenden Strukturen weiter zu unterstützende Institution der Kooperation ist das „Luruper Forum“ (der Stadtteilbeirat). Als Ort der Begegnung, Beratung, Selbstorganisation und Artikulation von Interessen ist seine Verankerung über die Förderzeit hinaus zentrales Ziel der Quartiersentwicklung.²⁶ Über das Forum könnten entstandene Kooperationen gepflegt und weiter entwickelt werden. Als materieller Ort der Begegnung und des Informationsaustauschs ist der Stadtteilladen dabei unerlässlich.

Die Selbstorganisation und Unterstützung seines Betriebs ist über die Sonderförderung hinaus zu gewährleisten, will man bisher Erreichtes nicht gefährden.

Mit dem Blick auf andere Gebiete der Sozialen Stadtentwicklung könnte es nach Meinung der Programmbegleitung zusätzlich sinnvoll sein, zwischen der lokalen Ebene des Quartiers und allen zuständigen Verwaltungsebenen Strukturen zu etablieren, die eine beständige Kommunikation und Kooperation zwischen Verwaltung, Politik und Bewohnerschaft gewährleisten.

²⁵ Als hinderlich erwiesen sich hier die unterschiedlichen Selektionskriterien der Informationsvermittlung der Behörden einerseits und des Quartiersmanagements sowie der Akteure vor Ort andererseits: Was die einen als relevant erachteten, erschien den anderen nicht angebracht.

²⁶ Zur Problematisierung der „Vertreterfunktion“ des Luruper Forums siehe Kap. 9.2.

Imageverbesserung durch Öffentlichkeitsarbeit
(Handlungsfeld: Bürgermitwirkung und Stadtteilleben)

Die zunächst als Projekt unterstützte Herausgabe der monatlichen Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“ trägt wesentlich zur Transparenz der Aktivitäten des Quartiersmanagements, des Luruper Forums sowie der Geschehnisse im Stadtteil bei (s. Anhang III). Die Qualität der Zeitung wird von allen Seiten (Bewohner, Politik und Verwaltung) hervorgehoben.

Eine Präsentation des Stadtteils und der Aktivitäten im Internet sollen diese Form der Öffentlichkeitsarbeit in Zukunft verstärken. Dennoch könnte die überörtliche Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf bestimmte Projekte nach Meinung der Programmbegleitung noch verbessert werden.

Teilziele im Handlungsfeld „Bürgermitwirkung und Stadtteilleben:

- Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens durch Schaffung geeigneter Treffpunkte und Orte;
- Unterstützung von Selbsthilfeprojekten bzw. –initiativen durch Vermittlung von Know-how;
- Entwicklung eines „Luruper Netzwerks“ durch Förderung der Kooperation zwischen stadtteil- und quartiersorientierten Initiativen, Vereinen etc.;
- Anregung privatwirtschaftlichen Engagements durch Entwicklung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Projekten, die eine direkte Unterstützung ermöglichen;
- Sicherstellen einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit nach „Innen und Außen“ über alle programmrelevanten Aspekte;
- Unterstützung der Bewohner/innen in der Artikulation ihrer Bedürfnisse und Interessen, der Möglichkeit, sich mit anderen auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln und zu realisieren;
- Strukturelle und organisatorische Weiterentwicklung des Luruper Forums als „Ort“ der Begegnung, Beratung und Selbstorganisation und Artikulation der Interessen des Stadtteils;
- Förderung einer Kultur der Beteiligung durch Erprobung neuer und Anwendung bewährter Aktivierungs- und Beteiligungsmethoden, um eine direkte Mitwirkung von Bewohner/innen an der Entwicklung und Realisierung von Konzepten und Projekten dauerhaft zu verankern;
- Unterstützung und Ausbau der Infrastruktur zur Förderung ehrenamtlichen Engagements;
- höhere Anerkennung ehrenamtlichen Engagements;
- stärkere Vermittlung gemeinwesenorientierter Sichtweisen und sozialer Kompetenzen in sozialisierenden Institutionen wie z.B. Schulen, Kita's und Sportvereinen.

Arbeitslosigkeit vermeiden, Eingliederung fördern
(Handlungsfeld: Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung)

Arbeitslosigkeit ist auch in Lurup eine der Hauptursachen für die schwierigen Lebenslagen der Bewohner des Gebiets. Nach entsprechenden Vorarbeiten der Programmbegleitung (vgl. Exkurs I) ist das hiermit angesprochene Handlungsfeld erklärter Schwerpunkt der kommenden Quartiersentwicklung.

Besondere Zielgruppen in diesem Handlungsfeld sind die Jugendlichen (der verschiedenen Nationalitäten) des Quartiers, Langzeitarbeitslose/Sozialhilfeempfänger und Frauen. Unter den Frauen ist es vor allem die Gruppe der Alleinerziehenden, die aufgrund des hohen Anteils einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Hier muss mit einem ganzheitlichen, das heißt die Familien einbeziehenden und mehrere kleinere Teilziele verbindenden Ansatz agiert werden. Die Verbesserung der Kinderbetreuung (z.B. bezüglich der Betreuungszeiten), eine zu unterstützende Mobilität und Nahversorgung gehören hier ebenso dazu, wie ein Kursangebot, welches Bildungschancen für Erwachsene ermöglicht.

Strategien in diesem Handlungsfeld beziehen sich explizit auf die Einbeziehung der örtlichen Schulen in die Soziale Stadtentwicklung. So bedarf es an den allgemeinbildenden Schulen struktureller Veränderungen, die es langfristig ermöglichen, sich stärker als bisher an der Lebenswelt der Schüler zu orientieren. Hier sind gemeinsam mit Trägern der Jugendhilfe, lokalen Betrieben, Arbeitsamt, Kammern, Qualifikationsträgern, den beteiligten Fachbehörden und dem Bezirk mit Unterstützung des Quartiersmanagements Konzepte zu entwickeln (s. Exkurs II, die Projektbeschreibung des JOB-CLUB Altona in Kap. 3.5 sowie das Projekt „Familienservice-Station“ und „Berufliche Autonomie für Frauen (BAFF) e.V.“ im Anhang II).

Teilziele im Handlungsfeld „Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“:

Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens durch Schaffung geeigneter Treffpunkte und Orte;

- Verbesserung der Zugangschancen zum Arbeitsmarkt durch Schaffung eines Netzwerks zur Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung;
- Förderung der Kooperation zwischen Schulen und Betrieben im Bereich der Vermittlung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen;
- Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben durch Entwicklung geeigneter Konzepte und Angebote
- Schaffung zusätzlicher niedrigschwelliger (Teilzeit-) Arbeitsangebote in Kooperation mit den lokalen Unternehmen und Beschäftigungsträgern durch den Einsatz von Förderprogrammen;
- Vermittlung arbeitsloser Bewohner/innen aus Lurup auf Arbeitsplätze, die mit der ARENA im Volkspark neu entstehen;
- Erhöhung der Mobilität von (arbeitslosen) Bewohner/innen zur Verbesserung der Anbindung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials an die Gesamtstadt.

Entwicklung geeigneter Konzepte und Maßnahmen zur Stabilisierung der wohnungsnahen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe
(Handlungsfeld: Lokale Wirtschaft und Nahversorgung)

Gerade weil der Bestand an Stadtteil- und Quartiersbetrieben in Lurup äußerst gering ist, ist ihre Bedeutung in Bezug auf die Lebens- und Versorgungsqualität der Bewohner nicht zu unterschätzen. Ihre Gestaltung ermöglicht eine Aufwertung des Wohnstandortes, ihr drohender Niedergang wäre mit einer gefährlichen Abwertung verbunden. Wegen der ausgeprägten Immobilität vieler Bewohner des Gebiets (alte Menschen, Frauen mit Kindern usw.) ist eine öffentliche Unterstützung dieser eingeschränkt marktfähigen Zentren nach Meinung der Programmbegleitung unerlässlich.

Aktivierung vorhandener Flächenreserven und Unterstützung von Existenzgründungen
(Handlungsfeld: Lokale Wirtschaft und Nahversorgung)

Selbstverständlich gilt es auch in einem Quartier wie Lurup, die in den Gebieten selbst, aber auch im direkten Umfeld vorhandenen Flächenreserven für die Soziale Stadtentwicklung zu nutzen. Hierzu gehört etwa die Unterstützung eines Projekts wie des Hamams der „Frauen-oase Lurup“ (das im Zuge seiner Umsetzung Standortanalysen durchzuführen hat) ebenso wie die vorbereitenden Maßnahmen für eine Nutzung durch Betriebe.

ES SOLLTE JEDOCH NICHT DAS ZIEL SEIN, ALLE VORHANDENEN FLÄCHEN EINER BESTIMMTEN NUTZUNG ZUZUFÜHREN. IM SINNE DES OBEN ERKLÄRTEN TEILZIELS DER SCHAFFUNG VON ORTEN UND TREFFPUNKTEN DES INTERAKTIVEN MITEINANDERS IST ES UNERLÄSSLICH, HIERFÜR GEEIGNETE FLÄCHEN VIELSEITIG NUTZBAR WERDEN UND BLEIBEN ZU LASSEN. NICHT JEDER „FLECKEN“ SOLLTE GEPLANT UND GEORDNET SEIN, SOZIALES ENGAGEMENT ERFORDERT KREATIV GESTALTBARE ORTE.

Teilziele im Handlungsfeld „Lokale Wirtschaft und Nahversorgung“:

- Förderung der Entwicklung des bestehenden Gewerbes;
- Unterstützung von Existenzgründer/innen;
- Steigerung der Attraktivität des Quartierszentrums Lüdersring und ökonomische Stabilisierung des Nahversorgungszentrums;
- Stärkung des (Stadtteil-) Zentrumsbereichs Elbgau-Passagen;
- Schaffung quartiersnaher Arbeitsplätze durch die planerische und stadträumliche Entwicklung einzelner Bereiche;
- Installation lokaler Informations- und Beratungsangebote für Gewerbetreibende in Kooperation mit dem Bezirksamt, der Wirtschaftsbehörde, Kammern u.a.

Förderung, Unterstützung und Vernetzung der infrastrukturellen Angebote, insbesondere für Kinder und Jugendliche

(Handlungsfeld: Gesellschaftliche Infrastruktur)

Dieses Ziel der Quartiersentwicklung bezieht sich auf eine soziale und zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die die Integration verschiedenster Bevölkerungsgruppen und insbesondere der Kinder und Jugendlichen Lurups in die lokale „Community“ und schließlich in die Gesellschaft ermöglicht. Hierzu gehört eine Förderung der Gemeinwesenorientierung der vorhandenen Einrichtungen und ihres Stadtteilbezugs (etwa in Form der Einrichtung von Nachbarschaftsschulen wie der Schule Veermoor) sowie die Unterstützung der Bildung von Identitäten (einzelner ethnischer oder Jugendkulturen u.v.a.), die in einem friedlichen Miteinander existieren können. Auch ist die institutionalisierte Zusammenarbeit von sozialen Einrichtungen des Gebiets untereinander sowie mit Einrichtungen/Organisationen außerhalb des Gebiets und anderer gesellschaftlicher Bereiche wie der Wirtschaft noch erheblich zu verbessern. Nur so ist eine bessere Abstimmung der einzelnen Angebote und Vorhaben, ein Abbau von Parallelstrukturen der Versorgung zu erreichen und nur so lassen sich Versorgungs- und Betreuungslücken (die vorher Erreichtes gefährden können) füllen.

Gesundheitsförderung

(Handlungsfeld: Gesellschaftliche Infrastruktur)

Das Ziel der Gesundheitsförderung umfasst nicht nur zu entwickelnde Angebote der Gesundheitserziehung und –unterstützung an den Schulen usw., sondern auch in den Familien. Dabei sind für die einzelnen Gruppen „passende“ Angebote zu schaffen (etwa gesonderte Einrichtungen/Gruppen für Frauen bestimmter Glaubenseinrichtungen), will man in diesem Handlungsfeld tatsächlich etwas erreichen. Die Unterstützung der verschiedenen Vorhaben der „Frauenoase Lurup e.V.“ ist ein zentrales Element im Zuge der Umsetzung und Förderung des Gebiets in diesem Bereich.

Konfliktmanagement und Unterstützung ziviler Konfliktaustragung
(Handlungsfeld: Gesellschaftliche Infrastruktur)

Gerade an bestimmten Orten des Modellgebiets kommt es immer wieder zu Nachbarschaftskonflikten, Gewalttätigkeiten zwischen Jugendlichen u.ä. Hier treffen unterschiedliche Lebensstile und Problemlagen aufeinander. Friedliche Koexistenz wurde von ihnen bisher weder erlernt noch geübt. Es gilt gezieltes Konfliktmanagement zu betreiben und die Menschen dazu zu befähigen, ihre Interessen im Rahmen ziviler Konfliktaustragungen zu vertreten. Es geht dabei nicht darum, Konflikte zu vermeiden – im Gegenteil zeigt die Erfahrung, dass zuvor latente Konflikte im Zuge der Quartiersentwicklung zu manifesten Konflikten werden – sondern Formen des friedlichen Nebeneinanders zu finden. Die Erprobung des Modellprojekts „integrativer Konfliktregelung durch Gemeinschaftskonferenzen“ in Lurup ist Teil der Umsetzungsstrategie des Quartiersmanagements in diesem Handlungsfeld.

Insgesamt sind die dem Handlungsfeld „Gesellschaftliche Infrastruktur“ zugehörigen Ziele von einer großen Vielfalt in Bezug auf Zielgruppen und Inhalte geprägt, die eine sich rasch an die jeweils vorhandenen Ressourcen und Rahmenbedingungen (veränderte Gesetzgebung usw.) anpassende Veränderung der im Folgenden genannten Teilziele erfordern. Auch ist der Übergang zwischen dem Ziel der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und den Zielen im Handlungsfeld „Bürgerbeteiligung und Stadtteilleben“ fließend. In vielen Einzelfällen ist zu klären, wie weit die informelle, ehrenamtliche Verfolgung von Zielen im Handlungsfeld der „gesellschaftlichen Infrastruktur“ gehen kann. Gerade in diesem Handlungsfeld bedarf es einer offenen Dialogkultur, einer tragfähigen Form des kommunikativen Austausches. Sie gilt es, so weit als möglich herzustellen. Mit dem „Böv 38 e.V.“ existiert eine Koordinierungsstelle im Stadtteil, die die Zusammenarbeit zwischen Nutzern und Trägern innerhalb der Einrichtung, aber auch mit den anderen Einrichtungen verbessern soll. Auch der Verein „Lur Up e.V.“ unterstützt als Träger der offenen Jugendarbeit explizit den Aufbau einer Dialog- und Kooperationsstruktur in diesem Bereich. Über weitere derartige Ansätze soll eine schrittweise Verankerung gemeinwesenorientierter (und weniger klientelbezogener) Arbeitsansätze in den vorhandenen Einrichtungen erreicht werden.

Teilziele im Handlungsfeld „Gesellschaftliche Infrastruktur“:

- Optimierung des Kinderbetreuungsangebotes;
- frühzeitige Bereitstellung psychomotorischer Hilfen für Kinder, die in ihrer Entwicklung beeinträchtigt sind;
- Schaffung von offenen, niedrigschwelligen Freizeitangeboten für Kinder von 6-14 Jahren, insbesondere am Lüdersring;
- Entwicklung von wirtschaftlich und sozial tragfähigen Projekten zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit gesunden Mahlzeiten;
- Entwicklung und Ausbau von Sportangeboten für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit Vereinen/Trägern;
- Entwicklung und Realisierung von Projekten im Rahmen von „Schule und Nachbarschaft“;
- gemeinwesenorientierte Weiterentwicklung der Jugend- und Jugendsozialarbeit und ihrer Angebote;
- Entwicklung und Unterstützung von Projekten zur Förderung der Gesundheit von Frauen, insbesondere von alleinerziehenden Müttern;
- Unterstützung bestehender Seniorengruppen und Ausbau des Angebotes;
- Entwicklung unterschiedlicher Angebote zur Prävention von Gewalt, Sucht und Kriminalität;
- Ermöglichung und Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Minderheiten durch die Entwicklung gemeinwesenorientierter Projekte;
- Weiterentwicklung des „Netzcenters“ zu einem sozialen und kulturellen Zentrum für das nördliche Fläseviertel;
- Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten von Räumen in Einrichtungen und
- Förderung stadtteilbezogener, kultureller Angebote und Aktivitäten.

Fortsetzung der Instandsetzung und Modernisierung, Verbesserung und Schaffung von Wohnnutzungsmöglichkeiten für Familien

(Handlungsfeld: Wohnen)

Im Bereich der Instandsetzung und Modernisierung sowie der Wohnumfeldverbesserung (s.u.) wurde im Modellgebiet Hamburg-Altona-Lurup bereits viel erreicht. Dies ist unter anderem dem hohen Einsatz der Haupteigentümerin, der Wohnungsbaugesellschaft SAGA, zu verdanken, die in den letzten Jahren viele bestehende Defizite beseitigen konnte. Dennoch sind in Teilen des Wohnungsbestandes weitere Maßnahmen notwendig. Erklärtes Ziel ist es auch, bei geplanten Wohnungsneubauten und Veränderungen im Wohnungsbestand die Zielgruppe der Familien besonders zu berücksichtigen: Aufgrund des grünen Wohnumfelds ließe sich hier, wenn auch sicherlich auf das untere und mittlere Einkommenssegment begrenzt, ein attraktives Wohnungsangebot schaffen. Auch ist die Angebotspalette insofern zu erweitern, dass das Wohnungsangebot für ältere Menschen (ebenso wie die Kinder und Jugendlichen ein hoher und weiterhin wachsender Anteil im Gebiet) und für neue Haushalts- und Lebensformen zu erweitern ist.

Vor dem Hintergrund der auslaufenden Belegungsbindungen im Gebiet sind den hier genannten Zielen der Sozialen Stadtentwicklung entsprechende Belegungskonzepte zu entwickeln. Sie sollten realistische Umsetzungsmöglichkeiten einbeziehen, sich von dem „Traum der hohen Durchmischung“ verabschieden. Dass hierzu jedoch durchaus die Bildung von Wohneigentum gehört, haben bereits einige Beispiele im Modellgebiet gezeigt. Anregungen für künftige Innovationen in diesem Feld können auch die erfolgreichen Bewohnerläden in Neubausiedlungen einer Münchner Wohnungsbaugesellschaft unter der Regie des „Wohn Forums München GmbH“ liefern.

Wohn- und Wohnumfeldidentifikation unterstützende Maßnahmen zur Vermeidung von „incivilities“

(Handlungsfeld: Wohnen)

In enger Zusammenarbeit mit der Wohnungsbaugesellschaft ist es in Teilbereichen bereits gelungen, durch Umbaumaßnahmen, Pfortnerlogen und Unterstützung des Zusammenschlusses der Mieter eine höhere Sauberkeit und ein erhöhtes Sicherheitsgefühl zu erreichen. Aufgrund von Sparmaßnahmen sind diese Maßnahmen jedoch gefährdet. Erklärtes Ziel der Sozialen Stadtentwicklung in Lurup ist es, diese Maßnahmen weiter auszubauen und ihre Notwendigkeit immer wieder zu verdeutlichen. Hier geht es nicht nur um das „Aus-scheren“ einzelner Mieter aus der Gemeinschaft, sondern auch um die Vermeidung von negativen Folgen vergangener Planungsideologien. Die Verantwortung kann nicht allein den Mietern übertragen werden.

Teilziele im Handlungsfeld „Wohnen“:

- Fortsetzung der Instandsetzung und Modernisierung des Mietwohnungsbestandes;
- Verbesserung des Wohnungsangebotes für Familien, Wohngemeinschaften, Senioren und Menschen mit Behinderungen;
- Entwicklung von quartiersbezogenen Belegungskonzepten;
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Mietern und Vermietern;
- Förderung der Bildung von (öffentlich gefördertem) Wohneigentum im Zuge von Neubaumaßnahmen und der Zusammenlegung von Wohnungen sowie
- Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit in den Wohngebäuden.

Ausbau und Pflege der Qualität des grünen Wohnumfelds
(Handlungsfeld: Wohnumfeld und Freiflächen)

Insbesondere für die im Modellgebiet überdurchschnittlich stark vertretenen Bevölkerungsgruppen der Kinder und Jugendlichen, Migrant/innen und Alleinerziehenden hat das wohnungsnah Umfeld eine wichtige Freizeit-, Erholungs- und Kommunikationsfunktion. Nachdem in der ersten Phase der Sozialen Stadtentwicklung in diesem Bereich viel für die Kinder und Jugendlichen des Quartiers getan wurde (z. B. Spiel- und Sportplätze), ist es nun erklärtes Ziel, die Aufenthaltsqualität an Orten für Erwachsene zu verbessern bzw. Orte der Kommunikation für unterschiedliche Gruppen von Erwachsenen zu schaffen (s. auch Handlungsfeld „Bürgermitwirkung und Stadtteilleben“). Hierzu gehört, in enger Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft, die Unterstützung der Schaffung, des Erhalts und der Pflege von Mietergärten.

Die Nutzbarkeit der Freiflächen hängt dabei in sehr starkem Maße davon ab, inwieweit diese sauber und gepflegt sind. Ziel ist damit nicht nur die Schaffung derartiger Flächen und Orte, sondern auch die Organisation und Institutionalisierung ihres Erhalts bzw. ihrer Weiterentwicklung in Hinblick auf jeweils gewünschte Nutzungen. Bei der Pflege des Wohnumfelds sind bislang in erster Linie die Schulen und der Luruper „Lichtwarkausschuss“ durch verschiedene Aktivitäten (Bachpatenschaft, Müllsammelaktionen) in Erscheinung getreten. Hier wird deutlich, dass die Aktivitäten in diesem Bereich eng mit der vorhandenen und zu schaffenden zivilgesellschaftlichen Infrastruktur zu verknüpfen sind.

Zusätzlich ist die Erreichbarkeit und Verbindung bestehender Flächen etwa mit dem nahe gelegenen Volkspark zu verbessern.

Teilziele im Handlungsfeld „Wohnumfeld und Freiflächen“:

- Förderung von nachbarschaftlicher Begegnung und Kommunikation durch eine entsprechende Gestaltung und Ausstattung des Wohnumfeldes;
- Anbindung der Quartiere an den übergeordneten Freiraumverbund (Volkspark-Achse) durch Schließung von Lücken im Wegenetz;
- Verbesserung des Freiraumangebotes für Kinder und Jugendliche in Verbindung mit einer Gestaltung von Schwerpunktbereichen für unterschiedliche Altersgruppen;
- Bereitstellung von privaten Freiflächen für Mieter von Geschosswohnungsbauten zur individuellen oder gemeinschaftlichen Nutzung;
- naturnahe Gestaltung einzelner, kleinerer ungenutzter Grünflächen;
- Erhöhung der Sauberkeit öffentlicher und privater Freiflächen und
- Lärminderung auf Spiel- und Sportplätzen durch entsprechende bautechnische Ausführung.

Verbesserung der Qualität und Lückenlosigkeit der Fuß- und Radwegeverbindungen sowie der Stellplatzsituation in Teilbereichen des Gebiets
(Handlungsfeld: Verkehr und Mobilität)

Die auf den Bewohnerversammlungen geäußerten Wünsche haben immer wieder gezeigt, dass der Zustand und das grundsätzliche Vorhandensein der Fuß- und Radwege in vielen Teilbereichen des Gebiets mangelhaft ist. Gerade im Herbst sind sie teilweise nicht ohne Unfallgefahr zu nutzen. Diese Situation ist nicht nur im Hinblick auf die bessere Erreichbarkeit etwa der Quartiers- und Nahversorgungszentren oder sozialen Einrichtungen des Ge-

biets zu verbessern, sondern auch hinsichtlich der kommunikationsfördernden Funktion von Wegen und Verbindungen.

Im Zuge des Umbaus und der Modernisierung von Wohnungen ist zudem in Teilbereichen die Stellplatzsituation zu verbessern. Allerdings muss das bisherige Konzept für die zusätzlich zu schaffenden Stellplätze (im Bereich des Lüttkamp) intensiv mit den Mietern diskutiert werden: Heftige Ablehnung hat noch einmal deutlich werden lassen, dass derartige Maßnahmen nur dann sinnvoll sind, wenn ihnen ein umfassender Dialog vorausgeht. Auch im nördlichen Flüsseviertel fordern eine örtliche Mieterinitiative und das Luruper Forum die Entwicklung eines Stellplatzkonzepts.

Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr
(Handlungsfeld: Verkehr und Mobilität)

Gerade im Umfeld sozialer Einrichtungen, von Freizeitflächen usw. ist es erklärtes Ziel, die Verkehrssicherheit sowohl der Fußgänger und Radfahrer, aber auch der motorisierten Verkehrsteilnehmer/innen zu erhöhen.

Für ein so weitläufiges und vom Hamburger Zentrum weit entferntes Gebiet ist eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr im Hinblick auf viele Ziele der Quartiersentwicklung unerlässlich. Dies betrifft sowohl die öffentliche Versorgung als auch die Mobilität zur Nutzung des Hamburger Arbeitsplatzangebots. Allerdings sind die jeweilige Nachfrage und das Angebot zu überprüfen. Modelle wie spezielle Werkbusse sind in diese Überlegungen mit einzubeziehen.

Teilziele im Handlungsfeld „Verkehr und Mobilität“:

- Optimierung der Erreichbarkeit der Quartiers- und Nahversorgungszentren für den nichtmotorisierten Verkehr;
- Schaffung zusätzlicher KFZ-Stellplätze im nördlichen Flüsseviertel und im Bereich Lüttkamp;
- Modernisierung und barrierefreie Gestaltung öffentlicher und privater Verkehrswege;
- Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Langbargheide und
- Einbeziehung der STEP-Gebiete in geplante Vorhaben zur Optimierung der ÖPNV-Anbindung des Stadtteils.

An der Lebenswelt anknüpfende Projekte
(Handlungsfelder übergreifend)

Eine explizit durch das Quartiersmanagement verfolgte Entwicklungsstrategie sind Projekte, die an den Lebenswelten der Bewohner sowie anderer Akteure orientiert und mit deren Beteiligung umgesetzt werden sollen. Aufgrund der Vielfalt und der Heterogenität von Lebens- und Alltagswelten in Lurup ist es dabei notwendig, jeweilige Schwerpunkte der Unterstützung und Entwicklung zu formulieren. Sie werden über das Quartiersentwicklungskonzept in Richtung Politik und Verwaltung kommuniziert.

„Wenn Potentiale und Möglichkeiten im Quartier aufgespürt werden, die weder entwickelt noch organisiert sind, können und sollen die Quartiersentwickler bei Bedarf auch eigene Aktivitäten/Projekte mit dem Ziel entwickeln, geeignete Akteure aus dem Gebiet an die Übernahme der Projektträgerschaft heranzuführen“ (QEK 2000: 84). Dieser Aufgabe konnte mangels Ressourcen bisher nicht in ausreichendem Maße nachgekommen werden.

HIERAUS ERGIBT SICH DER VORSCHLAG, DIE ENTSPRECHENDEN PROJEKTIDEEN DURCH DAS QUARTIERSMANAGEMENT AN EINEN JEWEILS SACHKUNDIGEN TRÄGER/ENTWICKLER ZU VERMITTELN, DER DANN JEDOCH IM FALLE VON REINEM BEWOHNERENGAGEMENT U.U. ZUNÄCHST ÖFFENTLICH ZU FINANZIEREN IST.

Die *Zielhierarchisierung*, Schwerpunkte in der Verfolgung einzelner Ziele und Bearbeitung einzelner Handlungsfelder haben sich – entsprechend des Entwicklungsstandes des Gebiets, der Gegebenheiten vor Ort und vorhandener Rahmenbedingung – im Verlauf der wissenschaftlichen Begleitung verändert. Da zu Beginn bereits verschiedene Wohn- und Wohnumfeldmaßnahmen auf den Weg gebracht waren, ließen sich hier mit der vorhandenen Unterstützung der Wohnungsbaugesellschaft relativ rasch sichtbare Erfolge der Quartiersentwicklung vorweisen. Demgegenüber fehlten in den Handlungsfeldern „lokale Wirtschaft und Nahversorgung“ sowie „Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“ die notwendigen Informationen für eine Operationalisierung der zu verfolgenden Leitziele.

Da die Programmbegleitung bereits in ihrer Beauftragung explizit die Bereitstellung von Materialien und die Durchführung einer Untersuchung in den letztgenannten Handlungsfeldern zugesagt hatte, konzentrierte sich das Quartiersmanagement zunächst auf die Zielsetzungen in den Handlungsfeldern „Bürgermitwirkung und Stadtteilleben“, eng zusammenhängend mit den Handlungsfeldern „Wohnen“ und „Wohnumfeld und Freiflächen“ sowie „gesellschaftliche Infrastruktur“. Am Ende des Jahres 2001 sind einige Ziele in den letztgenannten Handlungsfeldern erreicht: Der Stadtteilladen existiert, das Luruper Forum arbeitet als eigenständiges Organ erfolgreich, die Stadtteilzeitung wird monatlich herausgegeben usw.. Das Modellgebiet befindet sich am Übergang in eine Phase der Konsolidierung und der Sicherung des Erreichten sowie der Ergänzung im Bereich schwieriger zu erfüllender Aufgaben.²⁷

In den Handlungsfeldern „lokale Wirtschaft und Nahversorgung“ sowie „Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung“ wurden inzwischen die Grundlagen gelegt, hier gilt es nun die Entwicklung konkret voran zu treiben. Explizite Arbeitsschwerpunkte des Quartiersmanagements *für das Jahr 2002* liegen entsprechend in diesen Handlungsfeldern. So zum Beispiel in der Neugestaltung der Übergänge von den allgemeinbildenden Schulen in die Ausbildung und den Beruf. Hier soll anknüpfend an die Aktivitäten der Schule Veermoor ein Kontaktnetz zwischen den Luruper Schulen und den Betrieben des Umfelds aufgebaut werden, soll der Zugang der Schüler und der Lehrer zu Betriebspraktika erleichtert werden. Auch die „Quartiers-Zentrumsentwicklung Lüdersring“, das heißt, die Zielsetzung der Entwicklung eines Nahversorgungszentrums wird als Schwerpunkt des Jahres 2002 angesehen (s. Kap. 9.4).

Ein weiterer Schwerpunkt der Zielverfolgung liegt im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“. Es soll eine Homepage des Modellgebiets entwickelt werden, die die Öffentlichkeitsarbeit verbessern und weitere Beteiligungsmöglichkeiten erschließen soll.

Die gesetzten Ziele und Schwerpunkte der Arbeit werden über eine jährliche Bilanzierung des Erreichten immer wieder geprüft, ein Erfolgsmanagement in Bezug auf den Auftrag des Quartiersmanagement, der Steg, vom Bezirksamt durchgeführt. Zusätzlich erfolgt eine interne Erfolgskontrolle innerhalb der Stadtentwicklungsgesellschaft.

²⁷ Es geht nun nicht mehr generell darum, möglichst viele Bevölkerungsgruppen des Gebiets zu erreichen, sondern speziell um etwa die Gruppen der Aussiedler, die mit den bisherigen Aktivitäten nicht gezielt erreicht werden konnten.

3.4.3 Übergreifende Entwicklungskonzepte und -strategien

Zur Quartiersentwicklung im Modellgebiet gehörte zunächst der Einsatz des Quartiersmanagements, das bereits im Frühjahr 2000 seine Arbeit aufnahm. Wie in anderen Gebieten der Sozialen Stadt übernimmt das Quartiersmanagement eine wichtige Mittlerfunktion zwischen den Akteuren vor Ort sowie zwischen diesen und den zuständigen Stellen in der Verwaltung, in manchen Fällen auch innerhalb der Politik. Die im Folgenden genannten Strategien der Quartiersentwicklung sind vom Quartiersmanagement initiiert oder getragen.

So die Einrichtung des Stadteilladens (im Juni 2000), der als fester Bestandteil der Quartiersentwicklung zu bezeichnen ist. Die seit seiner Gründung bestehende gemeinsame Nutzung des Stadteilladens von der Geschäftsführung und verschiedenen Gruppen des Luruper Forums hat als Element des „Betreiberkonzepts“ zu einer sich über das Forum verbreitenden, hohen Akzeptanz des Ladens geführt. Da der Stadteilladen sich zudem nahe der S-Bahn-Station in einer Einkaufspassage befindet, entwickelte er sich sehr rasch zu einer Anlaufstelle und einem zentralen Kommunikationsort im Stadtteil. Inzwischen mussten „Strategien der kontrollierten Schließung“ entwickelt werden, um sowohl dem Quartiersmanagement als auch Arbeitsgruppen des Luruper Forums ungestörte Arbeitszeiten zu bieten. Dennoch: der Stadteilladen ist grundsätzlich täglich von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet.

Da der Stadteilladen wegen seiner Größe nur bedingt als Versammlungsort geeignet ist, müssen größere Veranstaltungen – und das Forum selbst – an anderen Orten des Quartiers, in Schulen, Räumen der Kirchengemeinde (so etwa die Themenkonferenz), in den Räumen des Vereins „Böv. 38“ etc. stattfinden. Die Belegung eines größeren Raumes innerhalb des Einkaufszentrums ist nicht möglich. Dieser, sich aus dem Konzept ergebende, vermeintliche Nachteil erwies sich insofern als vernetzungs- und kommunikationsfördernd, als dass nun durch die Veranstaltungen des Forums und anderer Initiativen ein „Netz von Orten“ über das Quartier gezogen wird, welches etwa auch die beiden Teilgebiete des Modellgebiets miteinander verbindet. Auch nutzen die verschiedenen, sich zunächst im Stadteilladen treffenden Gruppen die Gastronomie des Einkaufszentrums und tragen so zu einem höheren Bekanntheitsgrad im Quartier sowie zur Verknüpfung von Bewohnern und Geschäftsleuten bei.

So gehört es heute zur „Quartiersentwicklungsstrategie“ des Forums und des Quartiersmanagements, möglichst verschiedene Schulen usw. als Versammlungsorte anzusprechen und so die Kontakte zu den Schulleitern und zu den jeweils in der näheren Umgebung der Schulen Wohnenden zu verbessern. In gewisser Weise als „mobile Außenstelle“ des Stadteilladens wurde außerdem ein „Planwagen“ angeschafft, der vor allem der vorhaben- und projektbezogenen Aktivierung der Bewohner dient. In ihm konnte ein Spielplatz „direkt vor Ort“ (so ein Gesprächspartner) mit den Kindern geplant werden.

Die genannten Teilelemente gehören zu den Entwicklungsstrategien

Kommunikation im Sinne von Gesprächsbereitschaft und Möglichkeiten des „Mitmachens“ über Aktionen und Projekte anzubieten,

die Vernetzung der Akteure untereinander zu fördern um so Potentiale wie Ressourcen zu bündeln und das Quartiersmanagement längerfristig überflüssig machen zu können,

über die Vermittlung von Know-how in verschiedensten Bereichen Selbsthilfe zu unterstützen und

geeignete Anlässe und Orte der Kommunikation und des gemeinsamen Handelns zu schaffen.

Ersteres geschieht in Lurup vor allem im „sozialen Nahraum“, in dem Probleme und Potentiale angesiedelt sind, in dem Bewohner und andere Akteure unmittelbar betroffen sind. Hier lässt sich das Interesse und die notwendige Motivation zur Beteiligung wecken. Die Vernetzung der Akteure untereinander, aber auch die Weitervermittlung an zuständige behördliche Stellen soll unterschiedliche Ressourcen zusammenbringen und so Potentiale des Quartiers als tragfähige Strukturen stabilisieren. Dies schließt die Unterstützung (und das meint bis zu einem gewissen Grad auch die Steuerung)²⁸ vorhandener und sich entwickelnder Projekte und Initiativen mit ein (z.B. geschehen bei der „Luruper Frauenoase“, der Flohmarktgruppe im Flüsseviertel Nord, dem Soccer-Club Lurup).

Für jegliche Kommunikation oder gemeinsames Handeln sind Orte, wie etwa ein gemeinsam geplanter Spielplatz oder eine andere Freizeitfläche, ein selbst organisierter Nachbarschaftstreff, der Ausbau eines geeigneten Cafés, die Schaffung eines Schulrestaurants usw. unabdingbar. Aufgrund der explizit für die Wohnnutzung geplanten Siedlungen und der mit der Planungsideologie der 60er und 70er Jahre verbundenen, sehr festgelegten Nutzung der Räume (die in vielen Bereichen nicht mehr den Vorstellungen der heutigen Nutzer entspricht), mangelt es (immer noch) an entsprechenden Orten im Quartier.

Um an dem für eine Beteiligung und gemeinsame Quartiersentwicklung notwendigen Informationsaustausch möglichst viele Akteure teilhaben zu lassen, nutzen das Quartiersmanagement und das Forum, aber auch andere Akteure des Quartiers den Stadtteilladen, das Forums selbst, die lokalen Printmedien und die stadteileigene Zeitung „Lurup im Blick“ (s.o.) zur Öffentlichkeitsarbeit. *Eine möglichst facettenreiche und breit gestreute, aber auch auf bestimmte Ziele (etwa der Aktivierung für ein bestimmtes Projekt) abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit ist ein strategisches Ziel der Quartiersentwicklung.* Bisher wurden über Kooperationen mit Akteuren aus dem Stadtteil eine Reihe von PR-Aktionen realisiert (Broschüre und Poster „Unser Lurup“, Infoplatat „Lurup legt los“, NDR „Live-Vor-Ort“ etc.). Über die in Planung befindliche Internetseite des Stadtteils soll die Außenwirkung der Anliegen weiter verbessert werden. Auch betreibt das Quartiersmanagement, Angehörige des Bezirks und betreibt die Programmbegleitung Öffentlichkeitsarbeit in den zuständigen Fachbehörden, um die Unterstützung der Quartiersentwicklung zu verbessern.

Schließlich wird der Versuch unternommen, über gezielte Aktionen, mehr als bisher, Menschen aus den Einfamilienhausgebieten außerhalb des Modellgebietes für die Quartiersentwicklung zu gewinnen. Dies könnte über bestehende Organisationen und Kirchen geschehen.

Bei allen genannten Strategien befindet sich das Quartier zur Jahreswende 2001/2002 in einer Entwicklungsphase, in der es nicht nur Neues zu entwickeln gilt, sondern in der es – wie bereits erwähnt – vermehrt zu Konflikten (unter den Nachbarschaften, den an einem Projekt Beteiligten usw.) kommt. Zur Strategie der Quartiersentwicklung gehört deshalb eine *Konfliktschlichtung* zwischen den an der Entwicklung Beteiligten. Nachbarn, die sich an das Quartiersmanagement gewandt haben, wird angeboten, sich an der „integrativen Konfliktregelung durch Gemeinschaftskonferenzen“ zu beteiligen (vgl. Anhang II).

Grundsätzlich erfordert die Aktivierung und Beteiligung sehr heterogener Bevölkerungsgruppen des Gebiets den Einsatz unterschiedlicher Instrumente und Verfahren (vgl. Kap. 6).

²⁸ Steuerung meint hier die Klärung von Fragen wie: Was ist möglich und was ist nicht möglich? Unter welchen Bedingungen? Sind diese zu erreichen? An wen müssen wir uns wenden? Sowohl mit dem Stellen als auch mit der Beantwortung dieser Fragen greift das Quartiersmanagement steuernd in die Gruppen- und Entwicklungsprozesse der Initiativen und Projekte ein.

3.5 Projekte und Maßnahmen

Im Luruper Modellgebiet wurden im Berichtszeitraum (Ende 2000 bis Beginn 2002) eine Reihe von Vorhaben und Projekten in unterschiedlichen Handlungsfeldern vorgeschlagen, entwickelt und realisiert. Aufgrund bereits bestehender Programme und Initiativen haben manche Projekte vor dem Berichtszeitraum begonnen, waren einige Maßnahmen etwa der Wohn- und Wohnumfeldverbesserung sogar bereits abgeschlossen. Der damit sehr weite Zeitrahmen Sozialer Stadtentwicklung in Lurup ist eine Erklärung für die im Vergleich zu anderen Gebieten der Sozialen Stadtentwicklung sicherlich recht langen Liste bereits durchgeführter Projekte (vgl. Anhang II). Auch ist zu bedenken, dass die Finanzierung der Projekte aus dem Landesprogramm nicht von der aus dem Programm der Bund-Länder-Initiative zu trennen ist, so dass auch aus diesem Grund mehr Projekte in den Bericht aufgenommen wurden, als es bei einer reinen Finanzierung aus der Bund-Länder-Initiative möglich gewesen wäre.

Zunächst einige grundsätzliche Feststellungen zur Entwicklung im Modellgebiet: Zum Verhältnis von Finanzierung und Wirksamkeit von Projekten ist zu sagen, dass *auch wenn die Finanzierung über Programmmittel abgeschlossen ist, die Projekte tatsächlich weiterhin einen Beitrag zur Quartiersentwicklung leisten können*.

Zudem können sich Handlungsschwerpunkte verschieben, so dass Projekte nun unter Umständen in einem anderen Handlungsfeld zu finden sind. Manche haben im Zuge der neuen Prioritätensetzung einen neuen Namen bekommen. Es wurden Laufzeiten verändert, neue Träger gefunden/„alte“ tauchen möglicherweise nicht mehr auf. Finanzierungen wurden in der Summe verändert; meist gekürzt. Der *Zeit-Maßnahmen-Kosten-Katalog* in den Quartiersentwicklungskonzepten ist folglich stets eine Informationsquelle, die nicht alle Details über die Entwicklung der Arbeit in Hamburg-Altona-Lurup enthält.

In der Projektübersicht des Anhangs II besonders hervorgehoben sind die aus Mitteln des „Stadtteilbudgets“ im Verfügungsfond geförderten Projekte bzw. Vorhaben. Ihnen kommt unter dem Aspekt der Selbstbestimmung und Beteiligung der Akteure vor Ort und das Management der Vergabe durch das Luruper Forum eine besondere Bedeutung zu (vgl. Kap. 6).

Positiv hervorzuheben sind außerdem ehrenamtlich und eher informell durchgeführte Vorhaben. Ihre wachsende Zahl ist Ausdruck einer erfolgreichen Arbeit des Quartiersmanagements als auch Zeichen eines generellen Erfolgs der Sozialen Stadtentwicklung in Lurup. Die vielen, informellen und spontanen, mehr oder weniger bemerkten Vorhaben der lokalen Akteure werden als „Veränderung der Atmosphäre“ bei den Veranstaltungen im Quartier sowie im Zusammenleben spür- und sichtbar. Manches wurde zudem bereits in den Köpfen gedacht, jedoch (noch) nicht realisiert.

Ein eindeutiger *Schwerpunkt der Projekte* liegt in dem handlungsfeldübergreifenden Feld „Bürgermitwirkung und Stadtteilleben“. Hier sind auch Projekte zu finden, die keinem Handlungsfeld eindeutig zuzuordnen sind. Bisher wenig zum Tragen kommende Potentiale (vgl. Kap. 2.3) werden primär in diesem Handlungsfeld über die Durchführung der aufgeführten Projekte, mehr und mehr aber auch über Vorhaben entwickelt, die ohne Beteiligung des Quartiersmanagements und ohne Mittel der Sozialen Stadt zu realisieren sind.

Vorrang in der Durchführung, so das Quartiersmanagement, haben die bereits abgestimmten und finanziell abgesicherten Projekte. Hier gilt es möglichst zeitnah Realisierungen zu erreichen. In den letzten beiden Jahren haben zeitliche Verzögerungen vermehrt zu Frustrationen bei den Mitwirkenden geführt. Das Quartier befindet sich nun nicht mehr in der „Anschubphase“ (Sammeln von Ideen), sondern in einer Phase, in der auch bei größeren Vorhaben

greifbare Ergebnisse gefragt sind. Hier liegt eine besondere Problematik verborgen: Bei der Begleitung der Entwicklung von Projekten („von der Idee zum Projekt“) hat sich gezeigt, dass insbesondere Bewohnerinitiativen, die nicht von „Professionellen“ getragen werden, für den Weg von einer Projektidee über die Entwicklung eines konkreten Konzepts bis zu seiner Umsetzung professionelle Unterstützung bedürfen. Diese kann, so die Einschätzung vor Ort, nicht ausschließlich durch das Quartiersmanagement geleistet werden. Mangelnde Ressourcen, aber auch ein möglicherweise in anderen Bereichen gefragtes Know-how sind Gründe hierfür. Die auf dem Weg einer „Initiative zur Selbsthilfe“ zum realisierbaren „Projekt“ entstehende „Lücke“ kann aus Sicht des Quartiersmanagements und der Programmbegleitung nur über die Erweiterung der Möglichkeiten zur Bereitstellung von *Projektentwicklungsmitteln* aus dem Programm Soziale Stadt gefüllt werden. In den meisten Fällen gilt: Um so mehr Bürgerbeteiligung ein Projekt aufweisen kann, um so kostenintensiver gestaltet sich (zunächst) die Beratung. – Die längste Projektliste könnte entstehen, wenn allein Professionelle an der Umsetzung der Projekte beteiligt wären, auch dies ist bei dem Blick auf die im Anhang aufgeführten Projekte zu bedenken.

Aus Sicht des Quartiersmanagements und der Programmbegleitung sind in Bezug auf eine erfolgreiche, selbsttragende Strukturen beinhaltende Quartiersentwicklung vier Projekte besonders hervorzuheben. Zum einen ist dies das „Luruper Forum“, welches als Element des lokalen Netzwerks in Kapitel 5 beschrieben wird. Zum anderen sind es die Stadtteilzeitung, das „Job-Club-Mobil“ sowie die Familienservicestation; drei Projekte, die im Folgenden mit unterschiedlichen, Einblicke in die Quartiersentwicklung Lurups vermittelnden Schwerpunkten geschildert werden sollen.

Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“

Die Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“²⁹ entsteht in der Zusammenarbeit des selbstorganisierten Stadtteilbeirates „Luruper Forum“ und des Quartiersmanagements. Sie dient der Information und dem Stadtteilmarketing zum Zweck der Imageverbesserung des Gebiets. Weitgehend ehrenamtlich tätige Redakteur/innen leisten Öffentlichkeitsarbeit für Projekte und Aktivitäten im Quartier und damit auch für das Programm „Soziale Stadtentwicklung“. Gleichzeitig enthält die Zeitung die offizielle Einladung und das Protokoll des „Luruper Forums“ (Stadtteilbeirat). Hier wird auch zur Mitwirkung und Beteiligung an konkreten Vorhaben, an der Organisation kleiner Veranstaltungen u.v.a. aufgerufen. Die Beiträge stammen überwiegend von Menschen aus Lurup. Die redaktionelle Überarbeitung in Absprache mit den Autor/innen und unter Berücksichtigung ihrer Ursprünglichkeit und Eigenart ermöglicht es auch weniger versierten Bewohnern, ihre Sichtweisen darzustellen. So knüpft die Berichterstattung an die Alltags- und Lebenswelt der Bewohner an. Zahlreiche Bilder sagen viel, was sich in Sprache allein nicht ausdrücken lässt. Auch für Politik und Verwaltung entsteht auf diese Weise ein anschaulicher Einblick in Entwicklungen vor Ort. Zielgruppen der Zeitung sind folglich neben den Akteuren vor Ort (Bewohner, lokale Wirtschaft, soziale und kulturelle Einrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften u.v.a.) auch Mitarbeiter in bezirklichen und stadtstaatlichen Verwaltungsebenen sowie Angehörige unterschiedlicher politischer Entscheidungsgremien. Um einen Einblick in den Aufbau und den hohen Stellenwert der Zeitung als Informationsvermittlungsorgan zu bieten, wurde dem Anhang eine Ausgabe beigelegt (Anhang III).

²⁹ Die Zeitung existiert bereits seit Oktober 1998, kann seit April 2001 – aufgrund der Unterstützung des Quartiersmanagements – jährlich häufiger, mit 10 Ausgaben erscheinen. Finanziert wird die Stadtteilzeitung aus Mitteln des Landes- und Bundesprogramms zur Sozialen Stadtentwicklung sowie aus privaten Mitteln. Die Anschubfinanzierung erfolgte zunächst aus Sondermitteln des Bezirksamts Hamburg-Altona.

„Job Club Mobil“

Der „Job Club Mobil“ sowie der „Jobclub JA Mobil“ richten sich speziell an Jugendliche und bieten ein offenes und niedrigschwelliges Beratungsangebot für Ausbildungs- und Arbeitssuchende. Ziel ist die „Vor-Ort-Beratung“. Nach ersten Praxiserfahrungen ab Frühjahr 2001 zunächst im Stadtteilladen und im Kinder- und Familienzentrum verfügte das Projekt ab dem Jahr 2002 über einen eigenen Bus. Hier bieten die Mitarbeiter/innen eines Beschäftigungsträgers ein Informations- und Beratungsangebot an verschiedenen Orten des Gebiets an. Das Beratungsangebot des Job Club Mobil besteht dabei aus einer Job-Börse, für die aktuelle Stellenausschreibungen gesammelt werden, aus vertiefenden Stellen-Recherchen, Hilfen bei Bewerbungen sowie Einzelberatungen zu Fragen der beruflichen Entwicklung. Auch geht es um die gemeinsame Beseitigung der Hemmnisse, die der Arbeitsaufnahme im Wege stehen (etwa eine nicht vorhandene Kinderbetreuung oder erforderliche Vorerfahrung).

Foto 3: Unser Job Club Mobil



Bildquelle: Job Club Mobil, Hamburg.

Im ersten Projektjahr mussten die Einzelberatungen und die Serviceangebote, die sich auf EDV und Internet stützen, in die Zentrale des Job Clubs im Stadtteil Bahrenfeld verlagert werden. Mit dem Bus steht nun auch ein internetfähiges EDV-Equipment sowie eine abtrennbare Zone für vertrauliche Gespräche vor Ort zur Verfügung. Zudem ist der Camping-Bus öffentlich sichtbar und auch offener, da er – anders als die sozialen Einrichtungen – nicht von bestimmten Gruppen „besetzt“ ist. Über die Mobilität des Angebots werden regelmäßig und zuverlässig Jugendliche und Erwachsene erreicht, die zentrale Eingliederungsangebote anderer Träger oder der Behörden meiden. Soziale Beratung wird hier mit beruflichen Hilfen verknüpft und in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen im Quartier als fassettenreiches, dem Alltag der Menschen entsprechendes Angebot zur „Selbsthilfe“ gestaltet.

Nach dem ersten Jahr hat sich den Angaben der „Job Club“-Mitarbeiter zufolge das Angebot bewährt. Die Job-Börsen weisen steigende Besucherzahlen auf und besitzen schon eine Art „Stammpublikum“. Auch werden die Angebote für einen intensiven Beratungsprozess gut angenommen (für die vor der Inbetriebnahme des Camping-Busses Termine in der Zentrale vereinbart werden mussten). Da es sich beim „Job Club Mobil“ um ein freiwilliges Angebot (ohne einen systematischen Rücklauf) handelt, lässt sich keine detaillierte Verbleibsstatistik

erstellen.³⁰ Auffällig ist an den vorliegenden Daten (entgegen der Zielsetzung) die Dominanz erwachsener Kundschaft. Die Motive und Bedürfnisse der erwachsenen Besucher sind relativ heterogen. Selbst die einfachen Serviceangebote ohne intensive Beratung besitzen einen hohen Stellenwert für motivierte Arbeitslose, die es nicht schaffen, sich regelmäßig beim Arbeitsamt über Stellenangebote zu informieren, weil sie keinen Computer besitzen und sich die Fahrtkosten nicht leisten können. Andere kommen mit konkreten Anliegen, wie etwa der Hilfe bei einem Bewerbungsschreiben und tauchen später mit Fragen und Problemen wieder auf, die nicht unmittelbar mit der Arbeitsaufnahme zu tun haben.

Die zentralen und unüberwindbaren Hürden der Vermittlung über das Job Club Mobil sind letztlich die Arbeitsmarktstrukturen, d.h. fehlende Nischen für kranke, ältere oder einfach qualifizierte Menschen und fehlende wohnortnahe Teilzeitarbeitsplätze für Alleinerziehende. Trotz aller Bemühungen bleiben viele Luruper auf dem Arbeitsmarkt chancenlos. Die größte Schwierigkeit, auf die der Job Club bei den Jugendliche stößt, ist dagegen die subjektive Bereitschaft der Jugendlichen, das Angebot tatsächlich auch anzunehmen. Jugendliche Besucher sind häufig ohne oder mit niedrigem Schulabschluss, Abbrecher aus anderen Programmen oder Lehrverhältnissen; darunter sind auch zahlreiche in der Bundesrepublik geborene Migranten, die orientierungslos zwischen zwei Kulturen stehen. Die individuelle Unterstützung der Jugendlichen bei Arbeits- und Ausbildungsfragen erfordert Vertrauen und Kontinuität, die – aufgrund des Misstrauens der Jugendlichen – erst mühsam aufgebaut werden müssen.

Nach den bisherigen Erfahrungen der beiden in Lurup tätigen Berater hat sich der konzeptionelle Ansatz, vor Ort zu sein und eine an sozialarbeiterischen Mustern orientierte Beziehung zu den Kunden aufzubauen, als sehr fruchtbar erwiesen. Insbesondere sei deutlich geworden, dass das Arbeitsamt Altona keine reale Alternative ist: In Bezug auf Beratungsangebote bestehen Hemmschwellen, da das Arbeitsamt als Behörde wahrgenommen werde, die sich weniger intensiv um die Arbeitssuchenden und ihre Probleme kümmern kann. Für eine regelmäßige Jobsuche im Arbeitsamt sei insbesondere die räumliche Distanz ein Problem; dies schon allein aufgrund des aufzubringenden Fahrgeldes.

In den drei Quartieren des Job Club in Altona arbeiten insgesamt sechs Beraterinnen und Berater auf SAM-Basis, finanziert durch das Arbeitsamt und die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Stadtentwicklungsbehörde finanziert die investiven Kosten für den Camping-Bus samt Ausstattung (s. Anhang II). An der Entstehung mitgewirkt haben auch der Bezirk Altona und das Quartiersmanagement. Die Projektlaufzeit ist nach dem bisherigen Stand bis zum 31.8.2003 begrenzt.

Die genannten Projekte stehen beispielhaft für die zum Teil bereits vor dem Einsatz des Quartiersmanagements von Akteuren wie der Wohnungsbaugesellschaft und vielen anderen auf den Weg gebrachten, im Verlauf der Sozialen Stadtentwicklung in Lurup realisierten Projekte und Maßnahmen, die im Anhang II aufgeführt sind. Ein weiteres, hervorzuhebendes Projekt ist die Familienservicestation.

³⁰ Die interne Statistik, die für die drei Altonaer Gebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung erstellt wurde, weist für das Jahr 2001 kontinuierlich steigende Zahlen für Beratungen (d.h. mindestens zwei Beratungsgespräche) und Servicenutzungen (Besucher der Job-Börsen etc.) aus. Im November 2001 waren 176 Erwachsene und 69 Jugendliche als Beratungskunden erfasst, 317 beim Service. Dem Job Club bekannt sind 59 Personen, die mit seiner Hilfe einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben, 22 Personen wurden in den zweiten Arbeitsmarkt und fünf Personen wurden in eine Fortbildung vermittelt, 16 Jugendliche fanden einen Ausbildungsplatz.

Die Familienservicestation: Einblicke in die Quartierswirklichkeit

Die Familienservicestation ermöglicht Frauen aus dem Sozialhilfebezug eine auf ein bis zwei Jahre befristete Teilzeitbeschäftigung (BSHG § 19-Stellen). Die aus den Altonaer Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung kommenden Mitarbeiterinnen bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Lüdersring und dem Flösseviertel kostenlos praktische Unterstützungen bei Alltagsproblemen an. Darüber hinaus wird eine Mitarbeiterinnenqualifizierung im Bereich der praktischen Familienhilfe durchgeführt. Beschäftigt sind acht Frauen, sechs Teilnehmerinnen und zwei Anleitungskräfte. Das Projekt hat – später als ursprünglich geplant – im September 2001 in provisorischen Räumlichkeiten seine Arbeit aufgenommen. Träger des Projektes ist BAFF (Berufliche Autonomie für Frauen e.V.), ein Altonaer Beschäftigungsträger, der langzeitarbeitslose Frauen im Rahmen von ABM und SAM beschäftigt.

Die erste Gruppe der Teilnehmerinnen ist in Bezug auf Alter, Familienstand, berufliche Qualifikation und Nationalität heterogen zusammengesetzt; allen Frauen ist gemeinsam, dass sie Kinder haben. Die Teilzeitbeschäftigung (25 Stunden/Woche) war von Beginn an als Einstiegsmöglichkeit für Frauen mit Kindern konzipiert. Die Qualifizierung der Beschäftigten findet schwerpunktmäßig in neun Wochenblöcken bei einem externen Träger (zebra – Zentrum zur beruflichen Qualifizierung und Beratung e.V.) im Kurs „Familienpflege“ statt, der sich an den vier Berufsbildern Hauswirtschaft, Altenpflege, Kinderpflege und Familienpflege orientiert. Da dem Projekt keine fachliche Leitung bewilligt wurde, werden externe Fachkräfte aus der Mütterberatung, Altenpflege etc. eingeladen, um die Mitarbeiterinnen in ihrer Alltagsarbeit im Quartier fachlich zu unterstützen. Die beiden Leiterinnen führen an einem festen Wochentag interne Qualifizierungen durch, Themen sind u.a. Bewerbungstraining, Schreibschulung, Kommunikations- und Sozialtraining. Die individuelle Beratung zu beruflichen Entwicklungsperspektiven, aber auch zu familiären Problemen und Alltagssorgen, findet in der laufenden Projektarbeit und regelmäßigen Personalentwicklungsgesprächen statt. Ein weiterer Projektbaustein sind ein bis zwei Praktika mit einer Dauer von vier bis acht Wochen im Arbeitsfeld der ambulanten oder stationären Pflege. Inwieweit über diese Maßnahmen konkrete berufliche Anschlussperspektiven entstehen, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Zwar signalisieren potenzielle Arbeitgeber wie die Pflegedienste eine Übernahmbereitschaft, durch die angekündigten Mittelkürzungen im Pflegebereich sinken jedoch die Beschäftigungschancen. Unabhängig davon besteht der Qualifizierungsprozess auch darin, dass Fachwissen angeeignet und hierdurch das eigene Selbstbewusstsein gesteigert wird sowie eine (Wieder-)Gewöhnung an feste Arbeitsrhythmen stattfindet.

Die Kontaktaufnahme der „Kunden“ mit dem Familienservice verläuft fast ausschließlich persönlich über erste Besuche im Café der Einrichtung am Lüdersring. Eigene Wünsche werden meist erst nach mehreren unverbindlichen Cafébesuchen geäußert und beziehen sich in der Regel auf die nächsten Tage oder die nächste Woche; ganz spontane „Einsätze“ sind selten. Mittwochs bleibt die Einrichtung für die interne Qualifizierung geschlossen, während der externen Kurse halten die Leiterinnen einen „Rumpfbetrieb“ aufrecht.

Die aus dem Projektgebiet nachgefragten Dienstleistungen bestehen zu einem für die Leiterinnen überraschend großen Teil aus Begleitung bei Behördengängen. Konkret geht es dabei um Übersetzungen, Hilfe beim Ausfüllen von Formularen oder um einfaches „Dabei-sein“, das die Sachbearbeiter freundlicher stimmen soll. Diese Nachfrage bezieht sich vor allem auf Migrantinnen und Migranten, die auf die Sprachkompetenz einer afrikanischen und einer türkischen Mitarbeiterin zurückgreifen können. (Die Anwesenheit dieser Mitarbeiterinnen war auch wichtig, um die Berührungängste mit dem Familienservice zu überwinden.)

Auch deutsche Bewohnerinnen und Bewohner fragen nach Begleitungen bei Behördengängen z.B. zum Jugendamt. Neben Behörden wird die Begleitung bei Arztbesuchen oder zu sozialen Einrichtungen erbeten. Über die Arbeit des Familienservice werden Mobilitätsbarrieren und sozialen Berührungsängste deutlich. Selbst Einrichtungen wie das KIFAZ im Flüsseviertel werden nur ungern allein aufgesucht. Die Anleiterinnen, die die Anfragen bearbeiten und an die Mitarbeiterinnen weiter leiten, gehen auf diese Bedürfnisse ein, sofern es um einen Erstkontakt geht; ist er einmal hergestellt, lässt sich durch gutes Zureden auch ein selbstständiges Agieren durchsetzen. Ein spezieller Fall sind die Schwierigkeiten älterer Menschen bei der Handhabung der Pflegeversicherung. In diesen Fällen nehmen die Anleiterinnen in Regel selber den Kontakt mit den zuständigen Stellen auf. Überraschend groß ist auch die Nachfrage nach Schreibdiensten, die in der Regel von einem kostenlosen Schreibservice der BAFF im Stadtteil Bahrenfeld ausgeführt werden.

Ein zweiter Schwerpunkt in der Nachfrage sind Haushaltsdienstleistungen für Mütter und ältere Frauen (Männer melden sich sehr selten). Nachgefragt wird Kinderbetreuung, Haushaltsführung, Einkäufe etc. Es melden sich z.B. Mütter, die ihr zweites oder drittes Kind bekommen haben und allein nicht mehr zurecht kommen. Ältere Menschen melden sich, weil die bewilligten Stunden der Haushaltshilfe nicht ausreichen und sie zusätzliche Unterstützung benötigen. Im zweiten Fall springt der Familienservice zwar spontan ein, es wird jedoch versucht, eine grundsätzliche Klärung dieser Betreuungslücken in die Wege zu leiten.

Angeboten werden mittlerweile auch eine Hausaufgabenhilfe und – durch Mittel aus dem Verfügungsfonds des Luruper Forums – ein Deutschkurs (der in einer anderen sozialen Einrichtung stattfindet). Weitere Bausteine werden in Zukunft durch die laut Aussage einer Anleiterin sehr gut funktionierende Vernetzung im Stadtteil entstehen (Großstadtmission, Straßensozialarbeit, Schnittstellenprojekt, KIFAZ u.a.). Die Vorhaben des Familienservices treffen bei den Behörden auf eine hohe Akzeptanz; eine ablehnende Reaktion im Rahmen der Begleitung oder telefonischer Anfragen gebe es nicht. Wichtig in Hinblick auf diese Unterstützung ist sicherlich die positive Haltung des Ortdienststellenleiters, des Jugendamtsleiters und anderer Schlüsselpersonen zu diesem Projekt.

Die Beteiligten betonen, dass die kostenlosen Dienstleistungen keinesfalls in Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen zu sehen sind. Eine Erweiterung auf bezahlte Dienstleistungen ist aktuell nicht geplant, weil die Akzeptanz der Familienservicestation bisher auf kostenlosen Angeboten basiert. Die Ausnahme bilden kurzfristige Haushaltsdienstleistungen bei alten Menschen, die von den Pflegediensten nicht geleistet werden können und die die Krankenkassen abrechnen könnten.

Die Familienservicestation ist für einen Zeitraum von fünf Jahren geplant. Bei einer einjährigen Laufzeit pro Teilnehmerinnen werden demnach bis zu 30 Frauen qualifiziert. Die Anleiterinnen erhalten die üblichen Einjahresverträge, die jährlich verlängert werden (können). Finanziert wird das Projekt durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die in Bezug auf das Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg federführende Behörde für Bau und Verkehr (investive Mittel).

Einen Einblick in den schwierigen Weg eines sich herauskristallisierenden „Potentials“ vom Anliegen bzw. Vorhaben zu einem Projekt verdeutlicht auch der folgende, zweite Exkurs. Er zeigt Erfolge und Hemmnisse der besonderen Bemühungen der Programmbegleitung im Handlungsfeld „Schule - Ausbildung“ auf.

Exkurs II:**Vom Potential zum Projekt: Der Runde Tisch im Handlungsfeld „Schule – Ausbildung“**

Bei der Suche nach Anknüpfungspunkten und zu nutzenden Potentialen des Modellgebiets im Themenfeld „Berufsorientierung an Luruper Schulen“ trafen wir auf Aktivitäten und das Engagement einzelner Personen, insbesondere eines Lehrers der Haupt- und Realschule Veermoor. Mit Blick auf dieses Potential wurde der Schwerpunkt der Programmbegleitung innerhalb dieses Handlungsfelds verschoben. Sich abzeichnende Anknüpfungspunkte wurden schließlich im Verlauf des Jahres 2001 mit anderen Akteuren in zwei Veranstaltungen aufgegriffen und bildeten eine erste Grundlage für zukünftige Bemühungen zur Integration Luruper Schülerinnen und Schüler in den Arbeitsmarkt.

Die Schule Veermoor gilt bei allen Experten neben der Geschwister-Scholl-Gesamtschule (die an der Stadtteilgrenze zu Osdorf liegt und dem Projektgebiet Osdorfer Born zugerechnet wird) als eine der engagierten Luruper Schulen. Die Schule hat in den 90er Jahren einen beeindruckenden Umwandlungsprozess zu einer Offenen Ganztagschule durchgemacht und kann mittlerweile als Stadtteilschule bezeichnet werden.³¹ Anlass zur Veränderung des Schulkonzepts war die drohende Schließung der Schule aufgrund der sinkenden Schülerzahlen: Die Schule war laut Aussage eines Lehrers als „Bagalutenschule“ verschrien, so dass Eltern ihre Kinder vermehrt an den umliegenden Gesamtschulen anmeldeten. Ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer setzte sich für den Erhalt der Schule ein, „weil wir gemerkt haben, dass die Schüler die Schule brauchen“. Es wurden freiwillige Kurse am Nachmittag angeboten und die Öffnung der Schule gegenüber dem Stadtteil betrieben. Durch den Erfolg dieser Bemühungen gelang die Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden und der Ausbau des Nachmittagsangebotes und der Kooperationen mit Einrichtungen aus dem Stadtteil. Diese Eigeninitiative ist wahrscheinlich die Ursache, dass sich zumindest einzelne Lehrer auch dem Thema Berufsorientierung und Ausbildung verstärkt angenommen und von Schuldirektor unterstützt werden. Für den Hauptaktivisten spielen schließlich auch die persönlichen Erfahrungen eine große Rolle, da er anhand seiner eigenen Lehrerlaufbahn den Funktionswandel der Hauptschule und die sinkenden Chancen dieser Absolventen auf dem Ausbildungsmarkt unmittelbar nachvollziehen kann. Die geringe Vermittlungsquote in das duale System – $\frac{3}{4}$ der Schülerinnen und Schüler der Schule besuchen weiterführende Schulen, von denen die Mehrheit „Warteschleifen“ dreht – war schließlich der konkrete Anlass, den weitgehend verloren gegangenen Kontakt zur Arbeitswelt wieder aufzubauen.

Der erste Runde Tisch „Ausbildung – Schule – Job“ fand am 21.2.2001 in der Haupt- und Realschule Veermoor statt. Veranstalter waren die Schule und die „AG Arbeit und Beschäftigung“ des Luruper Forums. Eingeladen waren Betriebe (zu denen über Schülerpraktika Kontakte bestehen) sowie Luruper Handwerksbetriebe und Vertreter aus drei weiteren Luruper Schulen. Die Initiatoren waren mit der Resonanz bei den Unternehmen zufrieden (drei Handwerksbetriebe, zwei Ärzte, zwei Rechtsanwälte, ein Apotheker, zwei Vertreter eines großflächigen Einzelhändlers). Zu den Referenten gehörten u.a. Vertreter der Handwerkskammer und des Arbeitsamtes, eines Trägers des QUAS-Programms sowie der Bezirks-handwerksmeister. Einige Betriebsvertreter nutzten die Gelegenheit, ihren Unmut über die Quantität und Qualität der Lehrstellenbewerber kund zu tun und die Schule für die mangelnde Vorbereitung auf das Berufsleben verantwortlich zu machen. Die anwesenden Lehrer verdeutlichten dagegen ihre eigenen Schwierigkeiten und versuchten, mehr Verständnis bei den Betriebsvertretern zu wecken. Angesichts der gerade bei älteren Handwerksmeistern oft

³¹ Ausdruck dieser Wandlung ist u.a. die Mitgliedschaft im Netzwerk der innovativen Schulen der Bertelsmannstiftung.

aufgestauten Unzufriedenheit über die Lage auf dem Ausbildungsmarkt war es ein schwieriges Unterfangen, konkrete und konstruktive Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Insofern konnte die Veranstaltung auch nur mit einem allgemeinen Appell an die Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen Schule und Betrieb enden. Ein eindeutiger Erfolg der Veranstaltung war der kommunikative Austausch, an dem in weiteren Einzelgesprächen angeknüpft werden konnte.

Für eine Quartiersentwicklung im Bereich „Übergang Schule-Beruf“ bot sich die Schule Veermoor als Anknüpfungspunkt an. Gemeinsam einigte man sich darauf, zunächst nicht den allgemeinen Erfahrungsaustausch (etwa mit Vertretern aus Industriebetrieben oder der lokalen Politik) fortzusetzen, sondern möglichst „handfeste“ Initiativen zu starten und die dabei geschaffenen Kontakte für den weiteren Prozess zu nutzen. Aufgrund der geringen zeitlichen und personellen Kapazitäten – letztlich sind es einzelne Personen, die hier ihr Engagement entfalteten – konnte die Verabredung erst im Herbst 2001 umgesetzt werden, als die Planung eines Berufsinformationstages begann.³²

Die Begleitforschung hatte in der Zwischenzeit die Befragung von Betrieben aus dem räumlichen Umfeld der Projektgebiete fortgesetzt und auf das Thema Ausbildung zugespielt (s. Exkurs I). Im Sinne einer Aktionsforschung war ein wesentliches Ziel der Befragung, die Betriebe für die Teilnahme an der Berufebörse und/oder für weitere Initiativen zu gewinnen. Ein zentrales Ergebnis der geführten Gespräche war, dass – trotz aller bestehenden und oft als unlösbar dargestellten Schwierigkeiten beim Zugang von Hauptschülern in die Industrie und in abgeschwächter Form auch ins Handwerk – eine Gesprächs- und Handlungsbereitschaft erkennbar ist. Ursache hierfür scheint zu sein, dass sich die Betriebe eine grundsätzliche Ausgrenzung von Hauptschülern immer weniger leisten können. Die Attraktivität traditioneller Berufsbilder nimmt ab, qualifiziertere Schüler streben vermehrt von Beginn an in moderne Dienstleistungsberufe bzw. versuchen sich nach abgeschlossener Ausbildung weiter zu qualifizieren. In den Diskussionen zeigte sich bis auf wenige Ausnahmen auch ein „soziales Gewissen“: Die Gesprächspartner ließ die Vorstellung keineswegs unberührt, dass ganze Schülergruppen keinen Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt erhalten. Insgesamt entwickelte sich Bereitschaft für eine verstärkte Kooperation mit den Schulen.

Der Berufsinformationstag fand am 28.11.2001 in der Haupt- und Realschule Veermoor statt. Bis auf die Deutsche Bahn AG konnten die vier wichtigsten großen Betriebe aus dem räumlichen Umfeld mit Ausbildungsplätzen in gewerblich-industriellen Berufen angeworben werden; dazu kamen einige Vertreter von Handwerksbetrieben. Das Spektrum an Dienstleistungsberufen wurde ebenfalls durch Vertreter aus Unternehmen sowie über Verbände abgedeckt. Insgesamt verfügen Schüler und Lehrer hier über ein breites und informatives Angebot an Berufen. Der Ablauf der sehr gut organisierten Veranstaltung hat allerdings deutlich gemacht, wie viele Hindernisse in Zukunft noch aus dem Weg geräumt werden müssen.

³² Ein weiteres Projekt, das gemeinsam mit der Programmbegleitung initiiert werden sollte, ist die Durchführung des Werkunterrichts durch Vorruheständler (oder Pensionäre) an der Schule Veermoor. Beabsichtigt war die Bildung eines Pool ehemaliger Ausbildungsmeister, die gemeinsam einen festen Termin anbieten und je nach ihren jeweiligen zeitlichen Spielräumen durchführen. Die Programmbegleitung hat die Recherche nach geeigneten Personen übernommen und zunächst schien es auch, dass sich drei ehemalige Ausbildungsmeister bereit erklären werden. Da zwei Personen sich letztendlich dagegen entschieden haben, wurde der Projektstart wieder verschoben. Derzeit wird überlegt, in welcher Form das Projekt mit dem verbliebenen Meister in Altersteilzeit durchgeführt werden kann.

Abbildung 11: Einladungsplakat der Schule Veermoor



Berufsinformationstag in Lurup

Am **28. November 2001**
findet in der
Offenen Ganztagsschule Veermoor
in der Zeit von
9,00 – 13,00h
ein Informationstag über Berufe statt.

Über diese Berufe können Fachleute befragt werden:

Kfz-Mechaniker/in Metallbauer Gas- und Wasserinstallateur/in Klempner/in Dachdecker Heizungs- und Lüftungsbauer Maurer Betonbauer Koch/ Köchin Sozialpädagogische Assistentin Verkäufer/in Landschaftsgärtner/in Handelsfachpacker/in Textilmaschinenführer	Sozialversicherungskaufmann/ - kauffrau Speditionskaufmann/ -kauffrau Industriekaufmann/ -kauffrau Kaufmann/ -frau im Groß- / Außenhandel Einzelhandelskaufmann/ - kauffrau Anlagenmechaniker/ in Maschinenbauer/ in Werkzeugmechaniker/ in Chemielaborant/ in Industriemechaniker/ in Techn. Zeichner/in Radio-/ Fernsehtechniker/ in Schauberbegealter/ in Polizist/ in Krankenschwester/ - pfleger Operationstechn. Assistent/in Hebamme Erzieher/ in
--	--

Auskünfte werden auch erteilt von:
JA-Mobil
Motte e.V.
Landesbetrieb Erziehung und Bildung über das **QUAS-Projekt**.
Berufsberater des **Arbeitsamts**

Eingeladen sind Schüler und arbeitslose Jugendliche und Eltern aus unserem Wohnviertel.

Offene Ganztagsschule Veermoor - Veermoor 4 - 22547 Hamburg - Tel: 84050930

Quelle: Offene Ganztagsschule Veermoor, Hamburg.

Das Verhalten der Schülerinnen und Schüler – insbesondere aus den Hauptschulklassen – hat einmal mehr die Hemmschwellen bestätigt, ein „face-to-face-Gespräch“ mit den Betriebsvertretern zu führen. Die Mehrheit hat sich in Gruppen „versteckt“, in denen einzelne das Wort führten, ohne dass die Berufsbilder genauer erkundet wurden. In der Regel wurde ein vorbereiteter Fragebogen abgearbeitet (bzw. auf dem Flur abgeschrieben).

Allein dieses Ergebnis zeigt, dass derartige Veranstaltungen viel intensiver und fächerübergreifend im Unterricht vorbereitet werden müssen. Daher war es auch umso enttäuschender, wie gering die Resonanz in der Lehrerschaft der eingeladenen Schulen war. Von den drei persönlich eingeladenen Schulen kamen nur die drei Klassen der Arbeitskundelehrer. Noch ernüchternder war das Verhalten einiger Lehrer gegenüber den Unternehmensvertretern. Die Vertreter der Industriebetriebe berichteten, dass Lehrer wortlos ihre Stände begutachtet und wieder verlassen haben. Abgesehen davon, dass der Sinn der Veranstaltung gerade darin

lag, den Lehrern den konkreten Kontakt zu Ausbildungsleitern zu ermöglichen, hat dieses Verhalten die Unternehmensvertreter empört („Wir sind hier Gäste und die behandelt man anders“). Dieses Verhalten war zwar nicht verallgemeinerbar - die Scheu der Lehrer gegenüber den Berufsgruppen scheint zu variieren -, es zeigt jedoch wie schwierig erste Schritte der Kommunikation zwischen Schule und Betrieben sein können.

In der anschließenden Auswertungsrunde zeigte sich u.a. das Dilemma, in das „Einzelkämpfer“ auf Seiten der Lehrerschaft geraten: Der verantwortliche Lehrer der Schule Veermoor musste viel Kritik an seinen uninteressierten Schülern einstecken und eingestehen, wie wenig Lehrer bei solchen Veranstaltungen mitziehen (die Schulstunden, die für Schüler aus den übrigen Schulen vorgesehen waren, waren weitgehend Leerlauf); zugleich musste er versuchen, die Unternehmensvertreter zu motivieren, die „kleinen Pflänzchen“, die durch solche Veranstaltungen entstehen, gemeinsam zu pflegen. Letztlich besteht die große Gefahr, dass das Desinteresse der Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer am Thema Berufsorientierung die Bemühungen einzelner zunichte macht, da die (von vornherein skeptischen) Betriebe nicht nur die aktiven Lehrer wahrnehmen, sondern aus ihren unterschiedlichen Erfahrungen ein Gesamtbild des Systems Schule erzeugen, in dem negative und Vorurteile bestätigende Erfahrungen ein großes Gewicht besitzen.

IN ZUKUNFT IST EINE INTENSIVIERUNG VON AKTIVITÄTEN ZUM THEMA BERUFSORIENTIERUNG INNERHALB DER LEHRERSCHAFT ZWINGEND NOTWENDIG. EIN ERSTER SCHRITT WIRD EINE NACHBEREITUNG DES BERUFSINFORMATIONSTAGES MIT HILFE DES NEU GEGRÜNDETEN KOMPETENZZENTRUMS SCHULE-WIRTSCHAFT/ARBEITSLEBEN UND DER SCHULAUF SICHT SEIN.

Aufgrund der Intervention der Begleitforschung werden die betroffenen Schulen bzw. die Lehrerinnen und Lehrer eine aktivierende Fortbildung erhalten. Ein weiterer kleiner Baustein ist die Aufnahme der Schule Veermoor in ein gemeinsames Modellprojekt der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein³³, das schon vorher u.a. durch Bemühungen der Begleitforschung beim zuständigen Amt für Schule zustande kam. In diesem Projekt werden u.a. Betriebspraktika von Lehrerinnen gefördert. Die Schule Veermoor strebt an, diese Praktika in den Arbeitsbereichen durchzuführen, in denen die Schülerinnen und Schüler ihre Praktika und Ausbildungen machen (und nicht etwa in den „Führungsetagen“ der Unternehmen). Damit sollen das persönliche Vertrauensverhältnis zu den Mitarbeitern gestärkt und die gegenseitigen Hemmschwellen abgebaut werden. Die durch den Berufsinformationstag geschaffenen Kontakte bilden die Basis für die Akquise der entsprechenden Praktikumsstellen. Neben diesem Modellprojekt bestehen weitere Anknüpfungspunkte an innovative Hamburger Projekte, die in Zukunft fruchtbar gemacht werden sollten.

Notwendig ist weiterhin die Unterstützung der „Einzelkämpfer“ durch das Quartiersmanagement. Nur so ist ein gemeinsames Handeln der Luruper Schulen möglich, können weitere Projekte initiiert werden. Das Quartiersmanagement hat sich – auch aufgrund der Diskussion der Erfahrungen der Programmbegleitung in der „AG Arbeit und Beschäftigung“ – für eine Schwerpunktsetzung der eigenen Arbeit im Themenfeld Übergang Schule-Beruf im Jahr 2002 entschieden. Die STEG wird Gespräche mit den in Frage kommenden Schulen führen und darauf hinarbeiten, dass eine "AG Schule-Berufsorientierung-Ausbildung" gegründet wird (entweder als erweiterter "Runder Tisch" oder als neue AG). Dies beinhaltet auch den Aufbau von Kooperationen der Schulen mit externen Partnern (Firmen, Arbeitsamt, Beschäftigungsträger, Träger der Jugendhilfe etc.) Die AG wird in der Startphase von der STEG or-

³³ „Erweiterte Berufsorientierung im System Schule“ (EBIS). Das Projekt ist Teil des BMBF-Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“.

ganisiert/unterstützt. Darüber hinaus soll mit den Schulen geklärt werden, inwieweit einzelne, kleinere, passgenaue Projekte an den jeweiligen Schulen (z.B. Berufsorientierung, Assessmentverfahren), eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Angeboten bilden, die auch kurzfristig realisiert werden können.

3.6 Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten

Der vorangehende Exkurs verdeutlichte bereits einige Umsetzungsschwierigkeiten, insbesondere wenn es um das von der Sozialen Stadtentwicklung einzubeziehende Handlungsfeld der Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung geht:

Die programmatische kleinräumige Orientierung der Maßnahmen zur Sozialen Stadtteilentwicklung wird nicht von allen zu beteiligenden Fachbehörden unterstützt. Aufgrund des breiten gesamtstädtischen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, beruflichen Schulen oder Beratungsangeboten müsse – allein aus Kostengründen – darauf hingewirkt werden, dass diese auch von den Arbeits- und Ausbildungssuchenden der Gebiete Sozialer Stadtteilentwicklung genutzt werden. Dies umso mehr, wenn es sich um reine Wohngebiete am Rande der Stadt handle.

Die lokalen Akteure (beispielsweise der lokalen Jugendhilfe) erweckten in den Behörden den Eindruck, als produzierten sie „Wunschzettel“, nach denen vermeintlich fehlende Angebote vor Ort installiert werden sollten, ohne das gesamtstädtische Angebot einzubeziehen. Zum Teil ist hier ein verhärteter, konzeptioneller Konflikt zu erkennen, in dem von leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden eine stärkere Mobilität (über die Stadtteilgrenzen Lurups hinaus) gefordert wird und kleinräumige Orientierungen als „sozialromantische Vorstellungen“ wahrgenommen werden, während lokale Akteure immer wieder die Immobilität ihrer Klientel betonen. Die Position des Quartiersentwicklers ist für eine Vermittlung in diesem Konflikt ungeeignet, da hier zum einen das detaillierte Fachwissen im speziellen Handlungsfeld fehlt, sie entsprechend nicht als adäquate Gesprächspartner anerkannt werden und da es sich zum anderen bei der Entscheidung über die Vorgehensweise der hier beispielhaft herausgegriffenen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik um eine gesamtstädtische Entscheidung handelt, die nur von den entsprechenden politischen Gremien und Institutionen getroffen werden kann. Die beschriebenen Umsetzungsschwierigkeiten gelten in Ansätzen auch für andere Handlungsfelder (etwa im Bereich der sich in Hamburg derzeit zentralisierenden Gesundheitsversorgung), werden im Bereich der Wirtschaftspolitik jedoch besonders deutlich.

Vor allem bei Projekten, die auf die Unterstützung und Entwicklung in mehreren Handlungsfeldern angewiesen sind, fehlt eine Koordinierungsinstanz, die eine Integration tatsächlich leisten könnte.³⁴ Dies wirkt sich nicht nur in der Umsetzung der vor Ort entwickelten Projekte aus (sie lassen sich nur mühsam an die gesamtstädtische Projektlandschaft anknüpfen), sondern führt vor allem auch dazu, dass die Vorhaben innerhalb des Stadtteils Lurup bei gesamtstädtischen Vorhaben zu wenig Beachtung finden. So entstehen in den Jahren 2001/2002 in Hamburg in dem für die Soziale Stadt richtungsweisendem Handlungsfeld „Übergang von der Schule in den Beruf“ Projekte, die vor allem über das Amt für Schule bei der „Behörde für Soziales, Jugend und Beruf“ sowie von der „Hamburger Initiative für Arbeit und Beschäftigung“ initiiert wurden. Bei der Auswahl der beteiligten Schulen hätte sich eine Ab-

³⁴ Aus anderen Modellgebieten wurde berichtet, dass der Bürgermeister diese übergeordnete, integrierende Funktion übernommen habe. In Hamburg ist dies auf der Bezirksebene, in Form des direkt dem Bezirksamtsleiter unterstellten Koordinierungsstabs der Fall (s. Kap. 5.2). Eine andere Koordinationsinstanz besteht über die federführende Fachbehörde.

sprache mit den Akteuren der Sozialen Stadt angeboten; diese hat jedoch nicht stattgefunden.

Vor allem aber fehlt eine systematische Informationsvermittlung über derartige innovative Projekte an das Quartiersmanagement oder auch direkt an Akteure vor Ort. Auch mangelt es aufgrund fehlender Informationsvermittlung an Chancen, vor Ort entstehende Ideen an das bereits in Hamburg auf den Weg Gebrachte „anzukoppeln“ bzw. von der hier bereits vorliegenden Erfahrung zu profitieren.

Auch die Informationsvermittlung, Koordination und Kooperation der Hamburger Programmgebiete Sozialer Stadtteilentwicklung ist über die regelmäßigen Treffen der Quartiersmanager/innen nur unzureichend gewährleistet. Die von der federführenden Fachbehörde und der Programmbegleitung initiierten Veranstaltungen zum Thema „Aussiedler/Spätaussiedler“ haben einen diesbezüglich hohen Bedarf aufgezeigt. Hier wären weitere, themenbezogene Veranstaltungen zu organisieren, von denen auch das Modellgebiet in seiner Entwicklung profitieren könnte.³⁵

Die Fachbehörden haben zum Teil hohe Qualitätsansprüche an die analytischen Vorarbeiten und die konzeptionellen Vorschläge der Quartiersentwickler. Deren Erfüllung wird als Voraussetzung für den Input eigener Zeitressourcen definiert. So erwartet die Wirtschaftsbehörde eine Analyse der Probleme der Betriebe vor Ort und wenn möglich auch Handlungsvorschläge auf Basis der bestehenden Förderinstrumente der Wirtschaftsförderung. Umgekehrt bemängeln die Quartiersentwickler und andere Vertreter einer stärker kleinräumig orientierten Wirtschaftsförderung, dass sich die Behörde nicht stärker (praktisch und konzeptionell) engagiert.

Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung sind bisher zwei weitgehend entkoppelte Handlungsfelder, obwohl sie auf lokaler Ebene und in einem integrierten Handlungskonzept eine weitest gehende Einheit bilden sollten. Bisher existieren diesbezüglich zwei getrennte Welten, bezogen auf ihre jeweiligen Handlungslogiken und „Förderkulissen“, aber auch bezogen auf die beruflichen und sozialen Milieus der ausführenden Fachleute: Die einen fördern „die Wirtschaft“, die anderen die „Benachteiligten des Arbeitsmarktes“.

3.7 Fazit

Die Ergebnisse der Begleitung unterstreichen die Bedeutung der Quartiersentwicklungskonzepte für eine die Vielzahl von Akteuren einbeziehende Quartiersentwicklung. Dies gilt in seiner Funktion der Informationsvermittlung, als Kommunikationsinstrument (innerhalb der öffentlichen Verwaltung, zwischen öffentlicher Verwaltung und Akteuren vor Ort sowie unter letztgenannten). Über das Quartiersentwicklungskonzept sind Ziele zu formulieren, zu operationalisieren und damit zu konkretisieren. Zielhierarchien sind festzulegen. Sie sind damit eine Konkretisierung der abstrakten, in den Köpfen vorhandenen Ideen. Eine Konkretisierung, die für die Aufstellung eines Kostenplanes, aber auch für die Durchführung der zu unterstützenden Vorhaben unerlässlich ist.

Die vielfältigen Funktionen, die mit dem Quartiersentwicklungskonzept verbunden sind, beinhalten jedoch gleichzeitig verschiedenste Erwartungen der beteiligten Akteure. Es wird eine möglichst konkrete Sprache erwartet, die jedoch auf beiden Seiten so viel Handlungsspielräume wie möglich lässt: Auch wenn an einer Maßnahme beteiligte Akteure begründet beteiligt werden (A muss dabei sein, weil...), muss doch genügend Spielraum bleiben, um gerade

³⁵ So waren in Bezug auf das Thema „Aussiedler/Spätaussiedler“ in anderen, von einer stärkeren Zuwanderung dieser Bevölkerungsgruppen betroffenen Gebieten bereits mehr Erfahrungen gesammelt worden.

diesen Akteur notfalls durch einen anderen zu ersetzen. So sind die Quartiersentwicklungskonzepte (mit denen in ihnen formulierten Zielen, Vorgehensweisen, beteiligten Akteuren, Kostenplänen; s. Anhang II) immer eine Gradwanderung zwischen dem Konkreten und dem Abstrakten. Eine Gradwanderung, die vom Quartiersmanagement aus Sicht der unterschiedlichen Akteure mehr oder weniger befriedigend gelöst wird. Auch stellen die Quartiersentwicklungskonzepte Kompromisse in Bezug auf die unterschiedlichen Prioritäten bezüglich der Funktionen, die den Konzepten von den Akteuren zugeschrieben werden, dar. Wie weit soll die Ausformulierung der Ziele unter den Akteuren vor Ort vorangetrieben werden (Kommunikationsfunktion), wann und von wem sollen die Fachbehörden in den Prozess der Zielformulierung einbezogen werden (Funktion eines integrativen Handlungskonzeptes) und wann sollen/müssen konkrete Zahlen der Finanzierung vorliegen? Manche zu beteiligende Akteure innerhalb der Verwaltungsorganisation haben bisher keinen Standpunkt zu den Vorgängen im Gebiet entwickelt, müssen sich anhand der Quartiersentwicklungskonzepte überhaupt erst positionieren.

Auch die Umsetzung der Ziele im Rahmen eines *integrierten* Handlungskonzeptes gestaltet sich äußerst schwierig. Die bisher erkennbare Tendenz ist, dass sich Quartiersentwicklung (aus Kapazitäts- und Kostengründen) auf die klassischen städtebaulichen Handlungsfelder (Wohnumfeldgestaltung, Aufbau von Beteiligungsstrukturen etc.) konzentrierte. „Schwierige“ Bereiche (wie eine Vermittlungsfunktion in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung, Schule und Ausbildung) wurden, aufgrund der fehlenden Konzepte, nur zögernd in Angriff genommen. Um hier umzusteuern, müsste eine stärkere Verzahnung mit gesamtstädtischen Strategien und Projekten erfolgen. Dies verlangt mehr Aktivitäten von einzelnen Ressorts wie der Wirtschaftsbehörde, mehr Koordination sowie eine Orientierung des Quartiersmanagements über die Quartiersgrenzen hinaus. Sich hierbei – trotz allem – ergebende Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten wurden bereits im vorangehenden Abschnitt genannt.

4 Finanzierung und Mittelbündelung

4.1 Zum Aufbau der Förderung im Hamburger Stadtstaat

Die derzeit in Hamburg durchgeführte Stadterneuerung und -entwicklung mit einem Gesamtumfang von 25 Mio. Euro finanziert

zum einen das Sanierungsprogramm mit seinen förmlichen Sanierungsverfahren nach BauGB (im Jahr 2001 21 Sanierungsgebiete und ein Gebiet in Vorbereitender Untersuchung) sowie

das Hamburger Stadtteilentwicklungsprogramm (STEP), das Vorläuferprogramme (der Revitalisierung und Armutsbekämpfung) zusammenfasst.

Die Bundesmittel aus dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzten das Hamburger Stadtteilentwicklungsprogramm STEP.³⁶ Die Finanzierung dieses Programms erfolgte aus dem regulären Haushalt der Stadtentwicklungsbehörde bzw. der Behörde für Bau und Verkehr (kurz: BBV; s. Kap. 5), den Haushalten anderer Fachbehörden sowie aus Bundes- und EU-Mitteln. Die federführende Fachbehörde hatte von 1999 bis Ende 2001 jährlich rd. 27,5 Mio. Euro an Haushaltsmitteln für die Soziale Stadtteilentwicklung in Hamburg zur Verfügung.³⁷

Auskunft über die Beiträge der einzelnen Fachbehörden geben die Bürgerschaftsdrucksachen 16/4645 (vom 08.08.00) sowie 16/6402 (vom 02.-04.07.01). In den Berichten über die Umsetzung der Sozialen Stadtentwicklung in Hamburg werden Mittel ausgewiesen, die insgesamt von Seiten der Fachbehörden in alle Gebiete der Sozialen Stadtentwicklung Hamburgs geflossen sind.³⁸

Wie im Anhang II ersichtlich, wurden die Mittel der STEB in der Regel nach dem Subsidiaritätsprinzip als Anteilsfinanzierung für dringliche (investive) Maßnahmen eingesetzt, für die in den Fachhaushalten der anderen Behörden nicht im notwendigen Umfang Mittel verfügbar waren. Die Anteilsfinanzierung soll als sog. *Spitzenfinanzierung* bis zu 50 % erfolgen, sie kann im Bedarfsfall jedoch zu einer Vollfinanzierung ausgeweitet werden. In begründeten Fällen setzt die STEB ihre Mittel auch zur Vorfinanzierung von Projekten ein, die später anderen Ressorts zugeordnet werden.

Die STEB setzt ihre investiven Mittel nur dann ein, wenn die Folgekosten von den zuständigen Fachbehörden und Bezirksämtern übernommen werden, da die Förderung als Anstoß der Koppelung anderer finanzieller Mittel verstanden wird. Eine weitere Bedingung ist, dass die Spitzen- und Vorfinanzierung nicht die fachbehördlichen Programme überlagern oder verändern (bzw. ersetzen) darf. Dies gilt insbesondere in den Bereichen, in denen die Programme der Fachbehörden der Sicherung der Effizienz, Wirtschaftlichkeit oder bestimmten fachlichen Leitzielen dienen.

³⁶ Jährlich ausgezahlte Bundesmittel in Höhe von rd. 1,125 Mio. Euro im Rahmen der Städtebauförderung sowie die rd. 1,1 Mio. Euro aus dem Programm „Soziale Stadt“.

³⁷ Bedingt hinzuzurechnen wären noch ca. 10 Mio. DM aus Mitteln der Wohnungsbaukreditanstalt.

³⁸ Um den Charakter der Förderung darzustellen, werden sie im folgenden Abschnitt genannt.

Der *Bezirk* ist auf drei Ebenen mit der Finanzierung von Maßnahmen/Projekten im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung befasst:

1. Maßnahmenbezogen (über Vergaberunden in der Stadtentwicklungsbehörde);
2. mit Investitionsmitteln (die Bezirke erhielten 100.000 DM (51.020,41 EURO) pro Jahr für alle Gebiete der „Sozialen Stadt“, die in eben diesem Bezirk liegen)³⁹ und
3. über den Verfügungsfond (dieser wird treuhänderisch vom Quartiersmanagement verwaltet und im „Luruper Forum“ verteilt)

Die Projekte bedürfen in der Regel eines Planungsvorlaufs, der intensive Diskussionen mit den Beteiligten vor Ort einschließt. Dies gilt besonders für die Vorhaben, in denen unterschiedliche Programmziele und Handlungsfelder verzahnt werden und in die mehrere Fachbehörden und Ämter direkt einbezogen sind (vgl. Drucksache 16/6402: 1). Auch nimmt die Realisierungsphase häufig mehr als ein Jahr in Anspruch bzw. sind die Projekte auf Mehrjährigkeit ausgelegt, so dass sich die Mittelbereitstellung über mehrere Haushaltsjahre erstreckt; Unser Bericht bezieht sich ausschließlich auf die Jahre 2000, 2001 und 2002. Auch sind Projekte, die durch den Verfügungsfond des Luruper Forums unterstützt wurden, in der öffentlichen Förderung nicht im Einzelnen ausgewiesen.

4.2 Charakterisierung der eingesetzten Programme

Die verschiedenen Hamburger Fachbehörden sind gemäß dem Senatsbeschluss zum Programm Soziale Stadtteilentwicklung explizit darauf verpflichtet, ihre Aktivitäten vordringlich auf die ausgewählten Gebiete zu lenken. Um Grundsätzliches der Förderung zu verdeutlichen, Schwerpunkte der Ressourcenbereitstellung und Einbindung der Fachbehörden aus den Jahren 2000 und 2001 deutlich zu machen, wird im Folgenden auf die im zweiten und dritten Bericht enthaltenen Aussagen zurückgegriffen. Für die über die Bündelung von finanziellen Ressourcen hinausgehende Förderung der Gebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg wird auf das Kap. 9.1 verwiesen.

Direkte Förderung

In der *Baubehörde* (heute Behörde für Bau und Verkehr) erfolgte die Finanzierung von Maßnahmen in den Gebieten der Sozialen Stadtentwicklung aus verschiedenen Titeln zur Zinsausgleichszahlung, dem Verlustausgleich und Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt. Im letztgenannten Fall erfolgte auch eine Finanzierung investiver Zuschüsse.

Tabelle 12: Ausgaben der Baubehörde mit Bezug zur „Sozialen Stadtteilentwicklung“

Maßnahme	Zeitraum	Fördervolumen (in DM)
Neubau	1994-1999	rd. 210.600.000,-
Modernisierung/ Instandsetzung	1995-1999	rd. 40.313.754,-
Freistellung von der Fehlförderungsabgabe	1998 und 1999 für die freigestellten Gebiete	rd. 11.000.000,-
Nachsubventionierung	2000	rd. 1.900.000,-

Quelle: Bürgerschaftsdrucksachen (Mitteilungen des Hamburger Senats an die Bürgerschaft) Nr. 16/4645 sowie Nr. 16/6402

³⁹ Die beiden erstgenannten Finanzierungsarten stammen aus demselben „Topf“; die gesondert ausgewiesenen Investitionsmittel ermöglichen jedoch eine unbürokratische Vorgehensweise der Vergabe.

Die *Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales* (ab 2002: integriert in die Behörde für Soziales und Familien sowie die Behörde für Wirtschaft und Arbeit) führte Maßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung und Beschäftigungssicherung durch. Die Finanzierung erfolgte insbesondere aus den Titeln „Arbeitsvermittlung für Sozialhilfebeziehende“, „Beschäftigung nach § 19 BSHG bei freien Trägern“, „Betriebszuschüsse an die Hamburger Beschäftigungsgesellschaft (HAB)“ sowie „Zuschüsse für die Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialhilfebeziehende (Job-Start)“. Aus dem Titel „Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt – Offene Hilfen – für Sozialhilfeberechtigte allgemein“ wurden darüber hinaus befristete Fortzahlungen der bis zur Arbeitsaufnahme gewährten Sozialhilfe als Lohnkostenzuschuss an Arbeitgeber bei der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern und Sozialhilfeempfängerinnen finanziert (s. Kap. 9.1).

Die *Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung* und in ihr das Amt für Jugend weist keine Haushaltstitel auf, die allein der Sozialen Stadtentwicklung zuzuordnen wären. Maßnahmen für die Kindertagesbetreuung werden nicht gesondert veranschlagt und lassen sich daher nicht quantifizieren. Allerdings erhalten die Bezirke seit dem Jahr 1998 vom Amt für Jugend Rahmenzuweisungen aus der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit sowie aus der Förderung zur Erziehung in der Familie. Die Bezirke können aus diesen Mitteln gemäß Bezirksverwaltungsgesetz Mittel für Projekte aus dem Programm der Sozialen Stadtentwicklung bereitstellen. In Lurup ist dies auch geschehen. Zusätzlich wurden gemeinwesenorientierte Kinder- und Familienzentren aus – in Lurup das KiFaz - den Haushaltsmitteln finanziert, für die die STEB investive Mittel bereitstellte.

Die *Umweltbehörde* (ab 2002: Behörde für Umwelt und Gesundheit) beteiligte sich an der Um- und Neugestaltung von öffentlichen Grün- und Spielplätzen. 1999 wurden für solche Maßnahmen in den Gebieten der Sozialen Stadtentwicklung rd. 2,8 Mio. DM eingesetzt.

Die Beträge der Stadtentwicklungsbehörde (seit 2002: integriert in die Behörde für Bau und Verkehr) sind im Anhang II in der Übersicht Projekte/Maßnahmen im Einzelnen aufgeführt. Die folgende Aufstellung gibt eine Übersicht über die explizit in der Drucksache 16/6402 ausgewiesene Förderung im „Lüdersring/Lüttkamp“ sowie „Flüsseviertel“.

Tabelle 13: Öffentliche Ausgaben im Modellgebiet

Baubehörde (Bestandsprogramme 1994 – 2000)		
Lüdersring/Lüttkamp	3.017 TDM (ca. 1.542.600 €)	Förderung von 500 WE über den 2. Förderweg
Flüsseviertel Lüttkamp		180 Wohneinheiten 170 Wohneinheiten, Neubaumaßnahmen
Umweltbehörde		
Lüdersring	40 TDM (ca. 20.450 €)	Gutachten im Rahmen von „Spielraum Stadt“
Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales		
Stadtteil Lurup	32.901 DM (ca. 16.800 €)	SV Lurup, Jugendbetreuer

Quelle: Bürgerschaftsdrucksachen (Mitteilungen des Hamburger Senats an die Bürgerschaft) Nr. 16/4645 sowie Nr. 16/6402

Umschichtung von bisherigen Haushaltsmitteln/ keine direkte Förderung

Die Handlungsansätze der *Wirtschaftsbehörde* waren in der Regel nicht nach einzelnen Stadtteilen, sondern nach strukturpolitischen Schwerpunkten differenziert. So sollten aus gesamtstädtischer Sicht größtmögliche Effekte bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen erreicht werden. Die Behörde geht jedoch davon aus, dass die strukturpolitischen Fördermaßnahmen auch stadtteil- und raumbezogene Wirkungen haben, da die geförderten Unternehmen an ihrem jeweiligen Standort durch die lokale Nachfrage nach Arbeitskräften und Vorleistungsprodukten sowie Dienstleistungen erheblich positive Einflüsse auf die kleinräumige wirtschaftliche Entwicklung haben können. Beispiele für kleinräumig wirkende Maßnahmen sind das Gewerbebranchenprogramm zur Bereitstellung von Gewerbehöfen (für Lurup im Berichtszeitraum nicht relevant), das Modernisierungsprogramm für Kleingewerbe und die Förderung von Einzelhandelsquartieren. Die Schwerpunkte der Hamburger Wirtschaftsförderung liegen in der Bereitstellung von Gewerbeflächen sowie in der Förderung von Existenzgründungen; beide Förderungen sind im reinen Wohngebiet Lurup nicht einzusetzen (s. Kap. 2.3).

Über Rahmenzuweisungen an die Bezirke trägt die *Kulturbehörde* zur Quartiersentwicklung bei: Sie fördert sozio-kulturelle Zentren und Stadtteilkultur. Die Projektmittel, die unterschiedlichen Veranstaltungen und Initiativen zugute kommen, werden von den *Bezirken* auf Antrag vergeben. Es handelt sich hierbei im Jahr 2000 um rd. 250 Projekte. Für die Gewährung eines Zuschusses gelten nach der Globalrichtlinie Stadtteilkultur Kriterien wie Bereicherung des kulturellen Lebens im Stadtteil, Förderung von Kommunikation und Kooperation zwischen unterschiedlichen kulturellen Milieus, Abbau von Schwellenängsten im Umgang mit Kunst, Unterstützung der Eigenaktivitäten der Menschen und die deutliche Ausrichtung an eine Öffentlichkeit außerhalb der antragstellenden Gruppen.⁴⁰ Eine weitere Förderung in diesem Handlungsfeld erfolgte über die Unterstützung der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen.

Die *Behörde für Inneres* hatte in ihrem Gesamthaushaltsplan der Polizei keine Mittel vorgesehen, die allein und unmittelbar der Sozialen Stadtentwicklung zuzuordnen wären. Die Polizei führt jedoch insbesondere in den Hamburger Gebieten der Sozialen Stadtentwicklung Maßnahmen und Programme durch, die auf mehr Bürgernähe, polizeiliche Präsenz sowie die Bekämpfung von Kriminalitätsphänomenen (z.B. Vandalismus, offener Drogenkonsum) abzielen. Über die Erarbeitung von Konzepten zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln, zur Raubbekämpfung mit dem Schwerpunkt Straßenraub sowie über das Projekt zur Verhinderung und Beseitigung von „Graffiti“ trug die Arbeit dieser Behörde zur Erhöhung der subjektiv wahrgenommenen Sicherheit auch in den Gebieten der Sozialen Stadtentwicklung bei. In Altona unterstützte die Behörde zudem die Einrichtung der Sicherheitskonferenz.

4.3 Finanzierung durch Private

Im Rahmen des Programms Soziale Stadtteilentwicklung entfällt ein erheblicher Anteil auf private Eigentümer und Investoren; dies gilt insbesondere für bauliche Maßnahmen, die etwa mit finanziellen Mitteln der Wohnungsbaugesellschaft (SAGA) vor und während des Bericht-

⁴⁰ Im Rahmen dieser Kriterien könnte etwa auch das geplante „Kultur- und Veranstaltungszentrum Lurup“ (bisher in seiner Entwicklung unterstützt von der Behörde für Bildung und Sport sowie der Behörde für Bau und Verkehr) kofinanziert werden.

zeitraumes finanziert oder unterstützt wurden. Detaillierte Zahlen liegen der Programmbegleitung jedoch nicht vor.

4.4 Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet: Umsetzung, Probleme und Konflikte

Die Bündelung der Fördermittel erfolgte im Wesentlichen über die Maßnahmen bzw. Projekte, die über das Quartiersmanagement und den Koordinierungsstab des Bezirks an die Fachbehörden herangetragen wurden. Dies geschah insbesondere vor der so genannten „Dispositionsrunde“ im November des jeweiligen Jahres: In dieser Runde in der federführenden Fachbehörde, an der Bezirke und alle Fachbehörden beteiligt sind, wurden die vorbereiteten Projekte vom Bezirk vorgeschlagen, Prioritäten festgesetzt sowie Planungen für das folgende Jahr festgelegt. Träger sowie der Anteil der federführenden Behörde (Spitzenfinanzierung) und die Gesamtkosten wurden zu diesem Zeitpunkt benannt.

Zusätzlich fanden auf der Grundlage der Quartiersentwicklungskonzepte zwischen der Stadtentwicklungsbehörde, den beteiligten Fachbehörden und dem Senatsamt für Gleichstellung regelmäßige Treffen und damit ein regelmäßiger Austausch über die Verknüpfung des Stadtteilentwicklungsprogramms mit anderen Fachprogrammen statt. Aufgrund Struktur der Hamburger Förderlandschaft erweist sich die Verknüpfung von in anderen Fachressorts und Handlungsfeldern bestehenden Förderungen mit denen der Sozialen Stadtentwicklung als unterschiedlich schwierig bzw. problemlos möglich (vgl. auch Kap. 3.6). Detailliertere Aussagen hierzu finden sich in Kapitel 10.1.

5 Organisation und Management

5.1 Verwaltungsstrukturen

Oberstes Organ der Landesregierung und oberste Verwaltungsbehörde im Stadtstaat Hamburg ist der Hamburger Senat. Sei dem Regierungswechsel am 21. September 2001 besitzt die Koalition aus CDU/FDP und „Schill-Partei“ (Partei Rechtsstaatliche Offensive) die Mehrheit in dieser Regierung. Nach einer Neustrukturierung unterstehen dem Senat 10 Fachbehörden, die in ihrer Funktion mit den Ministerien in den Flächenländern vergleichbar sind. Hamburg ist in sieben Bezirke unterteilt, der Bezirk Altona ist einer unter ihnen. Folgendes Organigramm vermittelt Einblick in die Verwaltungsstrukturen und Akteure, die das Geschehen im Hamburger Modellgebiet gestalten.

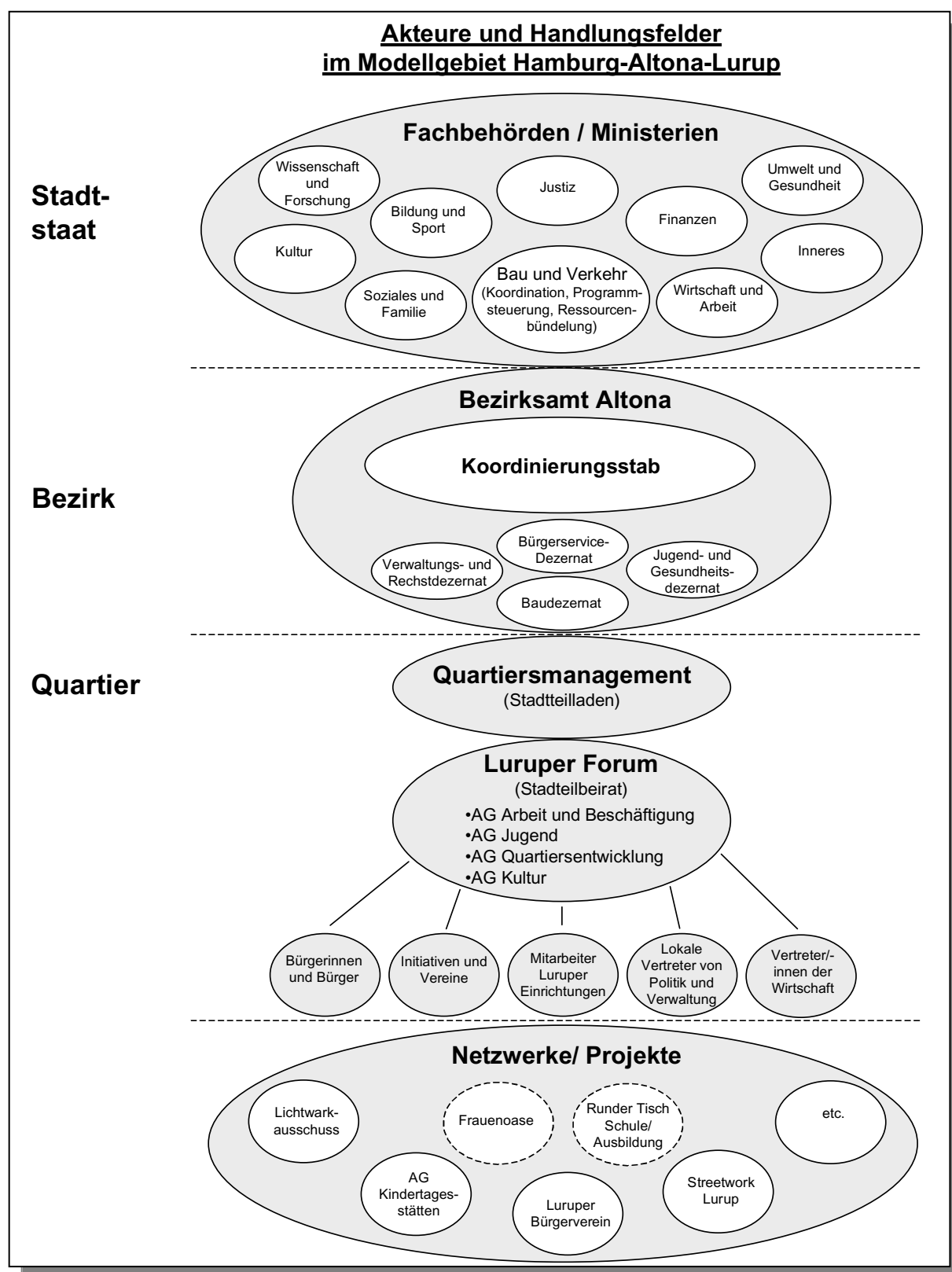
5.1.1 Der Bezirk

Als Vertreterin des Bezirksamts ist zunächst die Beauftragte für Beschäftigung und Soziale Stadtteilentwicklung mit den Vorgängen im Gebiet befasst. Sie nimmt regelmäßig am Luruper Forum und verschiedenen Arbeitsgruppen teil und pflegt einen sehr engen Kontakt zu den Menschen und Institutionen im Gebiet. Sie ist es auch, die das Quartiersmanagement in der Erstellung des Quartiersentwicklungskonzepts unterstützt. Innerhalb des Bezirksamts ist darüber hinaus der Koordinierungsstab – bestehend aus der genannten Beauftragten Frau Schmook, dem Leiter des Stabes Herrn Wolpers sowie den Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit, Sicherheit⁴¹ und Wirtschaft – mit der Umsetzung der Sozialen Stadtentwicklung beauftragt. Der Koordinierungsstab ist direkt dem Bezirksamtsleiter unterstellt und „schwebt frei“ (so eine Aussage eines Gesprächspartners) über den Dezernaten. Seine Mitglieder kommunizieren Anknüpfungspunkte, Ziele und Erreichtes in der Quartiersentwicklung innerhalb des Bezirks, das heißt in die verschiedenen Dezernate. Sie informieren, direkt und indirekt über weitere Verwaltungsstellen die gewählten politischen Vertreter der Bezirksversammlung und beraten mit den durch die Bezirksversammlung gebildeten Fachausschüssen sowie mit untergeordneten Ämtern (wie dem Jugendamt) über die Situation im Gebiet und mögliche Handlungsansätze. Innerhalb der politischen Ausschüsse der Bezirksversammlung lag die Federführung für das Programm zunächst beim Wirtschaftsausschuss und ist zur Jahreswende 2001/2002 an den Ortsausschuss Blankenese übergegangen. Der Koordinierungsstab sorgt für die Vernetzung der einzelnen Abteilungen und somit für ein integriertes Vorgehen des Bezirks in der Quartiersentwicklung.

Der Kontakt des Quartiersmanagements zu den einzelnen Abteilungen des Bezirks gestaltet sich (u.a. über die Mitglieder des Koordinierungsstabes) in der Regel sehr gut. Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit sind in der Vergangenheit insbesondere dann aufgetreten, wenn es, etwa durch Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltungsorganisation, zu Unklarheiten in der Aufgabenverteilung und Zuständigkeit der einzelnen Abteilungen bzw. Ämter kam oder wenn Privatisierungen in Teilbereichen zu einem schlechteren Kontakt zu den Neu-Zuständigen führten. In diesen Fällen hat die kontinuierliche Zusammenarbeit gelitten, ließ sich schwerer etwas „bewegen“.

⁴¹ Im Bezirk Altona ist eine „Sicherheitskonferenz“ mit diesem, auch Handlungsfelder der Sozialen Stadtentwicklung berührenden Thema befasst.

Abbildung 12: Organisationsstrukturen der Programmumsetzung in Hamburg-Altona-Lurup



Über die Globalrichtlinie (gemäß Senatsbeschluss vom 21.12.1999) hat sich die Aufgabenteilung zwischen Bezirken und der für Soziale Stadtentwicklung federführenden Fachbehörde verändert. Zuständigkeiten (Zugangsbescheide, Kontrolle des Geldflusses, Verwendungsnachweise und Erfolgskontrolle) wurden an die Bezirke abgegeben. Der so entstehende höhere Arbeitsaufwand auf der Bezirksebene kann bei gleich bleibenden Ressourcen ebenfalls zu einer Verschlechterung von Kontakten zum Quartiersmanagement sowie ins Gebiet führen. Die Aufgabenverschiebung zwischen Bezirk und federführender Fachbehörde war für die Quartiersentwicklung von Bedeutung, da der *persönliche Kontakt* a) zur umsetzenden Verwaltung (Bezirks- und Fachbehördenebene) sowie b) innerhalb der Verwaltungen von allen Beteiligten der Bezirks- und Vor-Ort-Ebene als sehr wichtig eingeschätzt wird. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement bewirkt auch den Aufbau von Beziehungen zwischen den Verwaltungsebenen und den Akteuren des Quartiers, die irgendwann das Ende des Quartiersmanagements und der Sonderförderung möglich machen sollen.

5.1.2 Die Ebene der Fachbehörden

Die fachbehördliche Zuständigkeit für Soziale Stadtteilentwicklung lag in Hamburg zunächst bei der „Stadtentwicklungsbehörde“, die nach der Wahl am 21. September 2001 in die neu konzipierte „Behörde für Bau und Verkehr“ (kurz: BBV) integriert worden ist. Die Fachbehörde ist federführende Behörde des Programms der Sozialen Stadtentwicklung (Entwicklung von Förderrichtlinien), während die Bezirke die gebietsbezogene Steuerung übernehmen (Leitung gebietsbezogener Arbeitskreise). Innerhalb der Fachbehörden existieren spezielle Ansprechpartner/innen für Fragen der Sozialen Stadtteilentwicklung.

Zusammen mit dem Koordinierungsstab des Bezirks übernimmt das Quartiersmanagement bereits in der Planungsphase von einzelnen Vorhaben bzw. Projekten, insbesondere jedoch vor Abgabe des Quartiersentwicklungskonzepts die Aufgabe, Anliegen der Sozialen Stadtentwicklung an die jeweils zuständigen und einzubeziehenden Fachbehörden heranzutragen und diese frühzeitig für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Es zeigt sich, dass die Vorhaben der Sozialen Stadtentwicklung – in ihrer Besonderheit – einer breiten Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Fachbehörden sowie einer starken politischen Rückendeckung bedürfen, um realisiert werden zu können.

Eine besondere Rolle innerhalb der Hamburger Verwaltungsstruktur nimmt schließlich die „Senatskommission für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt und Verkehr“ (kurz: SENKO) ein. Die vom Quartiersmanagement erarbeiteten und mit dem Bezirk abgestimmten Quartiersentwicklungskonzepte (QEK), die in einem Zeit- und Maßnahmenkonzept u.a. Vorschläge für die von verschiedenen Akteuren/Fachbehörden zu finanzierenden Projekte enthalten, werden in dieser, den Fachbehörden übergeordneten Kommission formell beschlossen. Die Fachbehörden sind gehalten, die von der Senatskommission beschlossenen Quartiersentwicklungskonzepte nach ihrer Verabschiedung zu unterstützen.

5.2 Organisationsstrukturen im Quartier

Projekte und viele der kleineren Maßnahmen im Quartier beziehen ein breites Spektrum von Akteuren in die Umsetzung von Ideen und Konzepten ein. Um die dafür erforderliche Kooperation und Steuerung zu bewerkstelligen, nutzen die Beteiligten gemeinsam Räume, arbeiten in Arbeitsgruppen gemeinsame Interessen (z.B. an einer Spielfläche) aus, nehmen – je nach behandelten Themen – häufiger oder seltener am „Luruper Forum“ teil und artikulieren ihre Bedarfe gegenüber dem Quartiersmanagement sowie in der Stadtteilzeitung.

Das *Luruper Forum* ist als Stadtteilbeirat ein für alle offenes, zentrales Informations-, Diskussions- und Beteiligungsorgan, ist eine Art „Kristallisationspunkt“ im Gebiet. An jedem letzten Mittwoch im Monat werden hier neben den festen Tagesordnungspunkten, „Berichte der Arbeitsgruppen des Luruper Forums, der Stadtteilinitiativen und Projektgruppen“, „Anträge an den Verfügungsfonds“ sowie „Verschiedenes“ aktuelle Geschehnisse diskutiert. Am monatlichen Plenum beteiligen sich durchschnittlich 50 Mitwirkende. Es sind überwiegend Vertreterinnen und Vertreter örtlicher Institutionen, Einrichtungen, Initiativen, Gewerbetreibende, Vereine deren Engagement nach thematischen Schwerpunkten variiert.

Dem Luruper Forum sind zur Jahreswende 2001/2002 vier *Arbeitsgruppen* angegliedert: Die AG Arbeit und Beschäftigung, AG Jugend, AG Kultur und – seit Anfang 2001 – die AG Quartiersentwicklungskonzept. Eine ehemals existente AG Grünflächen ist derzeit nicht aktiv – grundsätzlich existieren die Arbeitsgruppen in Abhängigkeit von den jeweils aktuell artikulierten Interessen im Quartier. Die Arbeitsgruppen tagen in der Regel einmal monatlich und setzen sich überwiegend aus Vertreterinnen und Vertretern lokaler Einrichtungen, der bezirklichen Verwaltung, Politikerinnen und Politikern und den Quartiersentwickler/innen zusammen. Wenn es die Situation erfordert, werden zusätzlich gezielt Fachleute eingeladen. Darüber hinaus sind die Arbeitsgruppen offen für alle, die sich informieren und konstruktiv mitarbeiten möchten.

Von Seiten des Quartiersmanagements formulierte Aufgabe der Arbeitsgruppen ist es, Problemlagen zu erkennen und mit der Entwicklung von Konzept- und Projektideen entsprechende Lösungsvorschläge im Sinne einer Diskussionsgrundlage für das Luruper Forum zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppen stehen in ständigem Kontakt zur Geschäftsführung des Luruper Forums.

Die *Geschäftsführung des Luruper Forums* setzt sich aus mindestens zwölf Mitgliedern zusammen, die jährlich in geheimer Wahl vom Luruper Forum gewählt werden. In der Geschäftsführung der Jahre 2000/2001 sind neben Luruper Bürgerinnen und Bürgern auch die Politik, Gewerbetreibende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von sozialen Einrichtungen, Stadtteilinitiativen und der SAGA vertreten. Diese Zusammensetzung wurde bewusst so gewählt, um bereits an diesem Ort einen Austausch zwischen den unterschiedlichen, an der Quartiersentwicklung Lurups beteiligten Akteuren zu ermöglichen; der Austausch in diesem, im Vergleich zum gesamten Forum „kleinen Kreis“ hat sich nach den Erfahrungen der Programmbegleitung besonders bei der Vorbereitung zu behandelnder Themen bewährt.

Die Geschäftsführung trifft sich in der Regel einmal monatlich kurz vor den Sitzungen des Luruper Forums. Je nach Bedarf werden Sondersitzungen einberufen. Das Quartiersmanagement nimmt immer an den Sitzungen der Geschäftsführung teil. Letztlich ist es die Geschäftsführung, die die Interessen des Luruper Forums nach außen vertritt.

Die monatlichen Treffen des „Luruper Forum“ finden an verschiedenen, zentralen Punkten im Stadtteil statt. Der Stadtteilladen ist ein fester Ort der Begegnung, tägliche Anlaufstelle im Quartier, Büro des Quartiersmanagements, Beratungsort verschiedener Träger, Werkstatt der Stadtteilzeitung, Tagungsort für die Arbeitsgruppen des „Luruper Forums“ usw.

Ein weiteres, zentrales Gremium auf Stadtteilebene ist die bereits seit den 80er Jahren bestehende *Stadtteilkonferenz*. Heute ist sie ein Informations- und Diskussionsgremium der Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Einrichtungen des Quartiers. Die durchschnittliche Beteiligung liegt bei ca. 20 Personen. Die Stadtteilkonferenz bzw. Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Einrichtungen sind auch im Luruper Forum und seinen Arbeitsgruppen vertreten.

Zur lokalen Organisationsstruktur gehört auch der *Mädchenarbeitskreis Lurup/Osdorf*. Hier treffen sich in regelmäßigen Abständen Vertreterinnen von sozialen Einrichtungen für Jugendliche bzw. Mädchen. Ziel ist es, die Belange der Mädchen stärker in die Stadtteilarbeit einzubringen. Dies geschieht über gemeinsame Projekte, aber auch über Veranstaltungen wie die jährlich stattfindenden Berufsfindungs-Aktionstage für Mädchen der 9. Hauptschulklassen in Lurup und Osdorf. Wie in der Stadtteilkonferenz wird auch hier der Informationsfluss und die Kommunikation nach außen durch die parallele Teilnahme einzelner Vertreterinnen dieses Arbeitskreises an den anderen, zentralen Gremien im Stadtteil gewährleistet.

Neben zahlreichen *selbst organisierten und ehrenamtlichen Initiativen* auf Stadtteilebene, die hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden können, existiert seit Februar 2001 der „Runde Tisch Ausbildung-Schule-Job“, über den im zweiten Exkurs berichtet wurde.

5.3 Stadtteilmanagement und Projekte: Struktur, Organisation, Aufgaben

Die Bezirke sind die Vertragspartner der Quartiersentwickler in den Hamburger Gebieten der Sozialen Stadtentwicklung. Für das Modellgebiet in Lurup wurde Anfang 2000 der Vertrag zwischen dem Bezirk Altona und der „Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH“ (Kurz: STEG) Hamburg abgeschlossen und damit das Stadtteilmanagement – im Folgenden weiterhin: Quartiersmanagement – beauftragt.

Die von der Fachbehörde definierten Kernaufgaben des Quartiersentwicklers wurden in der folgenden Übersicht jeweils um die vom Quartiersmanagement genannten Schwerpunkte bzw. Probleme ergänzt:

Organisation von Entwicklungs- und Beteiligungsprozessen;

Es ist auf eine möglichst große Offenheit für alle Bewohner/innen, eine angemessene Vertretung aller Bevölkerungsgruppen und auf fruchtbare Beziehungen zu den demokratisch legitimierten Organen (Ortsausschüsse/Bezirksversammlungen) zu achten.

Aktivierung der Bewohnerschaft, Unterstützung und Stärkung der lokalen Initiativen, Entwicklung von Hilfe zur Selbsthilfe;

Priorität hat auch hier die Offenheit der Beteiligungsformen sowie die Schaffung dauerhafter Formen der Beteiligung. Es soll für die Quartiersbevölkerung die Möglichkeit bestehen, richtungweisend bei der Erarbeitung von Handlungskonzepten, ebenso wie bei der Auswahl und Entwicklung von Projekten mitzuwirken.

Erarbeitung, Steuerung und Fortschreibung von Quartiersentwicklungskonzepten und Zeit- und Maßnahmeplänen;

Betont wird der „offene Charakter“ der Quartiersentwicklungskonzepte, die als Kommunikationsgrundlage, als Koordinationsgrundlage der Programmumsetzung und als verbindliche Basis für den Mitteleinsatz der betroffenen Fachbehörden fungieren sollen.

Einrichtung eines Stadtteilbüros

sowie dessen Entwicklung zu einem Beratungs-, Vermittlungs- und Informationszentrum, die Entwicklung als Treffpunkt für Bewohnerschaft, Initiativen und Stadtteilgruppen; hierfür ist eine zentrale Lage erforderlich (s. auch Kap. 6.2).

Mit der Einrichtung des Stadtteilbüros ist gleichzeitig eine umfassende örtliche und überörtliche *Öffentlichkeitsarbeit* verbunden. Dies ist umso wichtiger, je mehr ein Quartier unter Öffentlichkeitsverlust gelitten hat.⁴²

Verwaltung des Verfügungsfonds auf Basis der Beiratsempfehlungen;

Beratung von Investoren, Betroffenenvertretung;

Unterstützung von Projekten.

Zur Erfüllung dieses Aufgabenkatalogs steht dem Quartiersmanagement Lurups eine Gesellschaft (die Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsgesellschaft Hamburg mbH) mit dem entsprechend vielseitigen und umfassenden Know-how zur Verfügung. Die Steg kann auf Erfahrungen aus der Betreuung von Sanierungsverfahren, insbesondere jedoch auch auf die Arbeit in einem Hamburger Pilotgebiet im Rahmen des „Armutsbekämpfungsprogramms“ sowie des Projekts der Sicherheitskonferenz in Altona zurückgreifen. Aufgrund dieser Arbeiten bestehen bereits vor Beginn der Arbeit in Lurup Kontakte bzw. Kooperationen mit den unterschiedlichen Partner im Bezirksamt Altona, der Handwerkskammer, den örtlichen Schulen, den sozialen Einrichtungen, Gewerbetreibenden sowie Mieterinitiativen und Grundeigentümern. Es sind Konzepte vorhanden (z.B. „Schule und Nachbarschaft“ und Überlegungen zu einem Stadtteilmarketingkonzept), die auf ihre Übertragbarkeit nach Lurup geprüft werden konnten und zum Teil auch übernommen wurden. Schließlich verfügt die Stadtentwicklungs-gesellschaft über Kontakte zu Kommissionen und Referaten der Europäischen Union, über die Fördermittel zu beantragen wären.⁴³

Übergeordnete Prinzipien des Quartiersmanagements sind:

- Das Quartiersmanagement konzentriert sich auf vorhandene personelle, räumliche, finanzielle, organisatorische und institutionelle Ressourcen, um an diese anknüpfen zu können. Die Gegebenheiten vor Ort werden als Faktum angenommen, um zu ermitteln, was im Stadtteil machbar und ihm entsprechend ist. Das Quartiersmanagement verfolgt damit ausdrücklich einen ressourcenbezogenen und nicht einen problembezogenen Ansatz.
- Aufgrund der Heterogenität des Gebiets ist ein kleinteiliges Vorgehen notwendig. Dies gilt auch in Bezug auf die Entdeckung und Entwicklung von Potentialen. Dieses kleinteilige Vorgehen wird mit der Tendenz der „Verknüpfung des Verschiedenen“ verbunden.
- Eine ausdrücklich hohe Priorität hat die Bewohneraktivierung auf Nachbarschaftsebene.
- Um nicht nur diejenigen an der Wohnumfeldgestaltung und anderen Handlungsfeldern der Quartiersentwicklung zu beteiligen, die schon immer dabei waren, sondern auch diejenigen anzusprechen, die bisher nicht in Erscheinung getreten sind, ist es erklärtes Ziel des Quartiersmanagements, neue Aktivierungs- und Beteiligungsmethoden zu erproben. Die Quartiersentwicklung Lurups kann dabei auf die bereits in der Organisation vorhandenen Erfahrungen aus anderen Gebieten zurückgreifen.
- Die Steg und damit auch das Quartiersmanagement Lurup legt großen Wert auf die Unterstützung des Luruper Forums und anderer Initiativen des Stadtteils („Keimzellen gemeinschaftlichen Handelns“). Dabei ist eine hohe Eigenständigkeit zu fördern und die Dynamik der Wandlung von Strukturen der Selbstorganisation zuzulassen.

⁴² So die Steg in der Darstellung ihrer Kernaufgaben in Lurup.

⁴³ Aus diesen hat sich bisher jedoch keine Fördermöglichkeit ergeben.

- Jede Aktivität wird „gebündelt“ und an das Gesamtkonzept der Quartiersentwicklung angebunden. Nur so kann sie für die Quartiersentwicklung dauerhaft fruchtbar gemacht werden.

Nach der schwerpunktmäßigen Aktivierung der verschiedenen lokalen Akteure für eine gemeinsame Quartiersentwicklung entspricht es dem Selbstverständnis des Luruper Quartiersmanagements, dass nun, in der zweiten Phase der Quartiersentwicklung, vor allem das Aushandeln von Interessen und Konflikten im Mittelpunkt der Arbeit steht (vgl. Kap. 3.4.2). Die STEG hilft bei der Entwicklung von Projekten und qualifiziert das Personal, kann jedoch einzelne Projektträger nicht ersetzen (vgl. Kapitel 3.5; das QM versteht sich nicht als *Projektentwickler*).

In Bezug auf die Projekte muss zwischen potenziellen Maßnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung fallen und Projektideen aus den Reihen der Bewohner und des Bürgerforums unterschieden werden. Letztere erfordern nicht nur die Suche nach Fördermitteln, sondern auch die Umsetzung von Ideen in tragfähige Konzepte sowie die Betreuung der zukünftigen Projektträger bzw. die Suche nach möglichen Trägern. Dieser umfangreiche Prozess übersteigt die Kapazitäten des Quartiermanagements. Hier wird darüber hinaus die Ansicht vertreten, dass eine umfassende Betreuung dem Ziel „Hilfe zur Selbsthilfe“ und damit dem geplanten Ende des Quartiersmanagements⁴⁴ zuwiderläuft.

5.4 Einbindung der Politik

Die Einbindung der Politik erfolgt bereits vor Ort, indem Vertreter der verschiedenen Parteien sowohl im Luruper Forum, als auch in den jeweiligen Arbeitsgruppen (hier nach Interessenschwerpunkten) vertreten sind. Darüber hinaus sorgen die bezirkliche Beauftragte für Beschäftigung und Soziale Stadtteilentwicklung sowie die Mitglieder des Koordinierungsstabs für einen kontinuierlichen Informationsfluss in die politischen Gremien des Bezirksamts.

Mit allen Ebenen direkt und indirekt verknüpft ist das Quartiersmanagement. Über das Quartiersmanagement und das Luruper Forum ist es den lokalen Akteuren damit jederzeit möglich, Kontakt zur lokalen Politik (des Bezirks) aufzunehmen und hier ihre Anliegen vorzutragen. Dies geschieht regelmäßig in den zuständigen Ausschüssen, insbesondere in dem Ortsausschuss Blankenese.

Auf der Ebene der Fachbehörden sind es die Senator/innen, die sich regelmäßig über die Vorgänge im Gebiet informieren bzw. durch das Quartiersmanagement oder die Beauftragten des Bezirks sowie die verschiedenen Gebietsbetreuer in ihren eigenen Fachbehörden informiert werden. Nachdem in Lurup der Aufbau einer „Partizipationskultur“ in Teilen bereits gelungen ist, erste Erfolgserlebnisse in Bezug auf die politische Durchsetzbarkeit einzelner Bürgeranliegen zu verzeichnen waren, wenden sich Bürger des Gebiets immer häufiger auch direkt an die Senatoren und Senatorinnen der einzelnen Fachbehörden, in deren Zuständigkeit – ihrer Meinung nach – ihr Anliegen fällt.

Schließlich obliegt es der „Senatskommission für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt und Verkehr“ für einen stetigen Informationsfluss in das oberste Regierungsorgan der Stadt, den Hamburger Senat, zu sorgen. Zudem besteht ein regelmäßiges Berichtswesen in Form der Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft (Bürgerschaftsdrucksachen).

⁴⁴ Im Berichtszeitraum wird von einem Auslaufen des Quartiersmanagements in Lurup im Jahr 2006 ausgegangen.

6 Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung/Stadtteilakteure

6.1 Aktivitäten der Quartiersbevölkerung

In beiden Teilen des Modellgebiets sind in den letzten Jahren (das heißt auch: bereits vor Anlaufen der Bund-Länder-Initiative) zahlreiche ehrenamtliche, projekt- und themenbezogene Initiativen entstanden. Sie unterscheiden sich, so wie sich die Bewohner der Gebiete unterscheiden. So setzt sich im Flüsseviertel eine Mieterinitiative schon seit Jahren für eine Verbesserung der Wohnumfeldgestaltung ein. Hier wurden jedoch bereits vor der Existenz von Soziale-Stadt-Programmen Maßnahmen der Revitalisierung (s. Kap. 1) durchgeführt. Teilbereiche des Lüdersring/Lüttkamp sind dagegen, u.a. durch einen starken Zuzug von neuen Mietern, eher damit beschäftigt, aufkommende Nachbarschaftskonflikte zu „bearbeiten“, als dass hier eine bereits lang bestehende Gemeinschaft etwas gemeinsam auf den Weg bringen könnte. Grundsätzlich sind die Aktivitäten der Quartiersbevölkerung in einer starken Abhängigkeit vom bestehenden oder erst zu entwickelnden Gemeinwesen bzw. den vielen kleinen Nachbarschaften zu sehen.

Neben vielen kleinen Initiativen und größeren Projekten, wie etwa der monatlich herausgegebenen Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“, gibt es mal mehr und mal weniger Aktivitäten auf der Nachbarschaftsebene, von denen an dieser Stelle einige aufgeführt werden sollen (vgl. QEK 2000: 71; QEK 2001: 41ff):

türkische Mutter-Kind-Gruppe am Lüdersring,

Mieterbewegung am Lüttkamp im Zusammenhang mit den Verdichtungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Lüttkamp,

Mieterinitiative Veermoor/ Fahrenort,

diverse, projektbezogene Beteiligungsprozesse von Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung ihres Wohnumfeldes (Spielplätze, Jugendfreizeitflächen, Schulhofgestaltung, Projekte in Jugendtreffs...),

Neukonzeption des Mieterladens am Lüdersring zu einem Nachbarschaftstreff in Verbindung mit Diskussionen über Sicherheit und Sauberkeit in der Siedlung,

spezielle Beteiligung von Migrantinnen an einzelnen, thematischen Workshops,

Organisation von Frauenfesten, Nachbarschaftsfesten, gemeinsamen nachbarschaftlichen Unternehmungen/Ausflügen (Laternenumzug, Zoobesuch...),

Soccer-Club Lurup,

Flohmarktgruppe Flüsseviertel Nord,

Angelgruppe Goldie⁴⁵,

ehrenamtlich organisierte Gruppe für jugendliche Aussiedler in der Emmaus-Gemeinde durch eine Bewohnerin (offen für alle Jugendlichen),

Nachbarschaftsinitiativen „Zwergenhütte“ und „Märchenwald“ (Spielplätze am „Flüsseweg“),

⁴⁵ Zur Jahreswende 2001/2002 ruhte die Gruppenarbeit dieses überwiegend von Jugendlichen genutzten Angebots, wegen zu starkem Zulauf. Er konnte von der zuständigen Betreuungsperson nicht mehr bewältigt werden. Die Arbeit sollte jedoch zu Beginn des Jahres 2002 wieder aufgenommen werden.

diverse Initiativen Jugendlicher zur Verbesserung der Angebotssituation mit festen Jugendtreffs im Flüsseviertel oder

selbst organisierte Pflege der Grünanlagen im direkten Wohnumfeld durch Bewohner des Flüsseviertels.

Im südlichen Flüsseviertel wurde ein intensiver Beteiligungs-/ Planungsprozess zur Neugestaltung von Spielplätzen/Freizeitflächen durchgeführt. Hier, wie bei vielen anderen Projekten auch, werden insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch die Erwachsenen der näheren Umgebung der Flächen einbezogen. Nach dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ wird - im Sinne einer aktivierenden Beteiligung - von Anfang an versucht, die Identifikation mit diesen selbst gestalteten Orten zu erhöhen. So haben sich auf den Spielplätzen entlang des „Flüssewegs“ erste Elterninitiativen gegründet, die „ihren“ Spielplatz nicht nur nutzen, sondern auch Verantwortung für den Erhalt und die weitere Gestaltung der Plätze übernehmen. Diese Formen der Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihres Wohnumfelds wurden in der Vergangenheit vernachlässigt und müssen nun, seit dem Einsatz des Quartiersmanagements, weiter ausgebaut werden.

Die Erfahrungen im nördlichen Flüsseviertel zeigen gleichzeitig, dass vermehrte Aktivitäten auch zu Konflikten führen können. Bewohnerinnen und Bewohner, die jahrelang in fast absoluter Ruhe wohnten, fühlen sich jetzt durch lärmende Kinder und Jugendliche gestört. Ähnliche Erfahrungen werden immer wieder mit Beteiligungsprozessen bestimmter Gruppen auf der Nachbarschaftsebene gemacht: Andere fühlen sich erst später aufgefordert, ihre Bedürfnisse zu äußern oder können bzw. wollen sich an den angebotenen Verfahren nicht beteiligen.

Foto 4: „Diese Rasenfläche muss sich erholen“



Auch Aktivitäten anderer Akteure, wie Politik und Verwaltung oder Wohnungsbaugesellschaft, lösen Widerstand und damit Aktion und Beteiligung aus: So haben z. B. die immer wieder geplanten Verdichtungen des Wohnungsbestandes im nördlichen Flüsseviertel bereits vor Jahren zu Bewohneraktivitäten geführt. Hier forderten die Mieterinitiative und das Luruper Forum die Entwicklung eines Stellplatzkonzeptes, das sowohl eine Neuordnung des bestehenden Stellplatzangebotes als auch Vorschläge für die Schaffung zusätzlicher Stellplätze beinhalten soll. Ging es zunächst primär darum, die Wohnqualität der eigenen Wohnung und das direkte Wohnumfeld zu erhalten bzw. zu verbessern, so sind die Aktiven inzwischen zu wichtigen Akteuren in der gesamten Quartiersentwicklung geworden. Die örtliche Mieterinitiative trifft sich regelmäßig mit der SAGA – in direkter Kommunikation wurde die Zusammenar-

beit wesentlich verbessert. Ausdruck dessen sind etwa Schilder, auf denen nicht mehr „Betreten der Rasenfläche verboten“, sondern „Diese Rasenfläche muss sich erholen“ steht.

Mieterinitiativen sind es auch, die sich am *Lüttkamp* für die Modernisierung des Altbestandes, die Erhaltung des Gartenstadtcharakters, eine stabile Sozialstruktur, ausreichende Infrastruktur und eine konfliktarme Gestaltung des Umfeldes einsetzen. Ein Wohnungsneubau an der Straße Lüttkamp war zunächst besonders umstritten.

Die genannten Beispiele sollen verdeutlichen, dass Beteiligung und Aktivitäten der Bewohner und anderer lokaler Akteure nicht allein durch Initiativen des Quartiersmanagements entstehen, sondern häufig die geplanten Veränderungen selbst die Motivation zur Beteiligung erhöhen. Im Wohnbereich und Wohnumfeld ist es die Wohnungsbaugesellschaft, die als Akteur den „Willen zur Beteiligung“ positiv aufgreift und für eine Quartiersentwicklung nutzbar macht.

Die im Anhang enthaltene Ausgabe der Stadtteilzeitschrift „Lurup im Blick“ gibt darüber hinaus einen Einblick über die im Dezember/Januar 2002 statt findenden Aktivitäten der Bevölkerung im Gebiet.

6.2 Partizipationsmöglichkeiten und Kommunikationsformen

Grundsätzlich wird über drei Wege versucht, eine „Aktivierung und Beteiligung“ der lokalen Akteure zu erreichen:

- a) in „Gremien“ und „Arbeitsgruppen“ (kommunikationsorientiert),
- b) projektbezogen und handlungsorientiert sowie
- c) zielgruppenorientiert (z.B. Jugendliche oder Mütter des Stadtteils).

In „Gremien“ und „Arbeitsgruppen“

Das für alle offene, zentrale Informations-, Diskussions- und Beteiligungsorgan ist der Stadtteilbeirat, das *Luruper Forum* (zum Aufbau und den Aktivitäten des Forums siehe Kap. 5). Bereits seit 1999 existent, besteht es aus einem Kern von Engagierten und einem weiten Kreis von dauerhaft Beteiligten.

Von den Arbeitsgruppen im Luruper Forum ist die als alle Themenbereiche der Quartiersentwicklung umfassende „AG QEK“ hervorzuheben: Während der Erstellung des ersten Entwurfs und vor allem des zweiten Quartiersentwicklungskonzepts wurden die Ziele und Projekte auf den regelmäßigen Sitzungen des Forums, zusätzlichen ganztägigen Veranstaltungen sowie auf den Treffen der eigens hierfür gegründeten Arbeitsgruppe diskutiert und abgestimmt. Die gemeinsame Diskussion und Festlegung von Zielen hat wesentlich zum *Verständnis der jeweiligen Beweggründe* verschiedener Akteure und zur *Vertrauensbildung* beigetragen. Mit dieser Form der Beteiligung wurde jedoch auch ein sehr anspruchsvoller Prozess begonnen: Wie lassen sich zunächst sehr allgemein formulierte Ziele konkretisieren (z.B. weitere Anwohner an einer Grüngestaltung beteiligen)? Und umgekehrt: Wie lassen sich konkrete Wünsche einzelner in gemeinsamen wichtigen Ziele bündeln (z.B. der Wunsch, dass Radwege besser befahrbar sein sollten)? Welche Ziele haben wann und unter welchen Rahmenbedingungen Priorität? Beteiligung setzt in dieser Arbeitsgruppe, wie in anderen Arbeits- und Projektgruppen, Prozesse der Bewusstwerdung und Lernprozesse voraus. Beteiligung bedeutet das „Aushalten“ von gruppenspezifischen Prozessen. Anhand der AG „Arbeit“ werden im Exkurs III weitere Probleme einer Arbeitsgruppe aufgezeigt.

Während die Arbeitsgruppen den eher privateren Rahmen für eine institutionalisierte Beteiligung bieten, ist das *Plenum des Luruper Forums* von einem Maximum an Öffentlichkeit geprägt. Für manche Veranstaltungen wird von Seiten des Quartiersmanagements, eines Pro-

jekts oder eines anderen Akteurs speziell um Anwesenheit geworben. Es entspricht der Philosophie des Quartiersmanagements insbesondere das Luruper Forum an allen Entwicklungen, die das Quartier betreffen, teilhaben zu lassen. Nichtsdestotrotz zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass der Stadtteilbeirat als Beteiligungsgremium für Bürgerinnen und Bürger allein nicht ausreicht. *Beteiligung meint vor allem auch Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von konkreten Projekten* (siehe Projektliste im Anhang II).

Neben der Teilnahme am Luruper Forum, an den Arbeitsgruppen und an den Projekten haben die Akteure aus dem Gebiet seit dem Frühjahr 2000 die Möglichkeit, den *Stadtteilladen* aufzusuchen und sich hier – unverbindlich und spontan – zum alltäglichen Geschehen im Quartier zu äußern. Er ist täglich von 10 Uhr bis 17 Uhr geöffnet und bietet allen Menschen in Lurup die Möglichkeit sich zu informieren, Kontakte zu erfragen, sich beraten zu lassen als auch Kritik und Ideen zu äußern. In diesem „Informationspool“ fließen viele, wichtige Informationen zusammen. Der Laden wird, auch aufgrund der zentralen Lage in den Elbgau-Passagen, stark frequentiert. Mangels finanzieller Ausstattung konnte eine zusätzliche Vertretung in den weiter entfernt liegenden Teilen des Gebiets nicht geschaffen werden. Das Quartiersmanagement hat sich insofern mit dem jetzigen Zustand arrangiert, als es versucht *über spezielle Aktivitäten* auch die Bewohner anderer, am Rand des Stadtteils und dennoch im Modellgebiet befindlicher Siedlungen vermehrt anzusprechen; zudem wurde ein „Planwagen“ angeschafft, der – neben dem Einsatz zur Planung von Projekten – als wohnungsnaher Anlaufstelle für die Bewohner ausgebaut werden soll, die mit den bisherigen Angeboten nicht erreicht wurden. Er könnte als zeitweise „mobile Außenstelle“ des Stadtteilladens fungieren.

Zielgruppenspezifische Beteiligungsverfahren

Zielgruppenspezifische Beteiligungsverfahren sprechen etwa speziell die *Kinder* des Quartiers an: Um zu erfahren, wie Kinder ihren Stadtteil einschätzen, hat das Quartiersmanagement im Herbst 2001 mit ca. 150 Schüler/innen zwischen 10 und 12 Jahren einer Schule eine „Stadtforscheraktion“ durchgeführt. Die Kinder zogen unter der Begleitung Erwachsener und ausgerüstet mit Kameras und Schreibmaterial in das Gebiet Lüdersring/Lüttkamp und notierten dort alles, was ihnen gefällt, missfällt oder was sie für veränderungswürdig halten. Anhand der Fotos und der auf Tonband aufgezeichneten Kommentierungen wurde im Anschluss in Kooperation mit den Schüler/innen ein Spiel (Luruper Foto-Klicken) entwickelt. Mit der Produktion von ca. 200 Spielen konnten die Ergebnisse dieser Aktion dauerhaft festgehalten werden. Der Verkauf bzw. die Schenkung der Spiele ermöglichte die Weiterleitung der Ergebnisse an alle Interessierten (auch an Politik und Verwaltung). Darüber hinaus lernten die Kinder bei dieser Gelegenheit den Stadtteil-Laden und den Quartiersentwickler kennen. Insgesamt war die Aktion ein großer Erfolg.

Jugendliche konnten über zahlreiche Beteiligungsverfahren an (Neu-)Planungen von Spiel- und Sportplätzen an der Entwicklung des Quartiers beteiligt werden. Planung und Realisierung kleiner Bauarbeiten förderten nicht nur die Identifikation mit dem Geschaffenen, sondern ermöglichten gleichzeitig „sinnvolle“ und später nutzbare Kontakte zu den Jugendlichen (vgl. Kap. 3.5).

Die *Einbeziehung von Frauen* des Stadtteils erfolgte auf Initiative der seit dem Jahr 2001 als Verein organisierten "Luruper Frauenoase". Davon ausgehend, dass jede Frau Expertin ihrer Situation (im Quartier) ist, wurden in zahlreichen Gesprächen, Befragungen, Workshops und Planungstreffen verschiedene Projektideen diskutiert, entwickelt und wieder verworfen. Manches konnte bereits realisiert werden (z.B. das Frauenschwimmen, der regelmäßige Frauenbrunch und Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Gesundheitsthemen).

Zielgruppenübergreifend wirken die kulturellen Veranstaltungen im Quartier. Die Anfang des Jahres 2002 gegründete „AG Kultur“ des Forums, Vorhaben wie ein geplantes Kulturzentrum auf dem Gelände des Goethe-Gymnasiums oder auch zahlreiche kulturellen Einzelveranstaltungen, die zum Teil durch Fördermittel unterstützt, zum Teil jedoch auch in Eigeninitiative mit privaten Fördermitteln durchgeführt wurden (z.B. jährlich organisierte Stadtteilstefte). Solche Veranstaltungen können einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Kennen lernen und zum Abbau von Vorurteilen sowie zu mehr Toleranz leisten.

Vorgehensweise des Quartiersmanagements

Grundsätzlich ist die Vorgehensweise des Quartiersmanagements von einem hohen Maß an Bürgernähe oder „Niedrigschwelligkeit“ geprägt: „Aktivierung“ in der konkreten Form fortwährender Kontaktpflege zu möglichst vielen Gruppen, sei es direkt, sei es über so genannte „Schlüsselpersonen“, hatte vor allem in den ersten beiden Projektjahren einen hohen Stellenwert. Veränderungen in der unmittelbaren Nachbarschaft erzeugen (nicht zuletzt aufgrund der kleinräumigen Identifikation der Bewohner) ein höheres Maß an Betroffenheit; die hier bestehenden Probleme wirken unmittelbar auf die Alltagswelt der Bewohner (z.B. nicht Nutzbarkeit von Wohnumfeld oder Konflikte mit den Nachbarn). Gleichzeitig ist hier die Bereitschaft höher, eigene Potentiale für Veränderungen einzusetzen. Das Quartiersmanagement hat es sich entsprechend zur Aufgabe gemacht, insbesondere auf der Nachbarschaftsebene Beteiligungsprozesse zu initiieren: „Dabei muss Beteiligung so gestaltet werden, dass sie sich an den tatsächlichen Lebenslagen der Menschen vor Ort orientiert. Das beinhaltet auch die Entwicklung geeigneter Beteiligungsmethoden für bestimmte Zielgruppen (Kinder und Jugendliche, Frauen, Migranten)“ (QEK 2000: 69; s.o.).

Foto 5: Beteiligung der Kinder an der Quartiersgestaltung



Bildquelle: Sabine Tengeler, Hamburg.

Für die Quartiersentwicklung zu motivierende Schlüsselpersonen sind Geschäftsleute, eine Kindergartenleiterin oder auch ganz „normale Bürger“, die in einer bestimmten Gruppe über einen hohen Einfluss und vor allem ein hohes Maß an Vertrauen verfügen. Solche Schlüsselpersonen sind ein wichtiges, eher verborgen existierendes „Potential“ des Gebiets. Sie werden vom Quartiersmanagement „nebenbei“ im öffentlichen Raum oder auf Veranstaltungen

gen angesprochen (oder umgekehrt) und eröffnen Möglichkeiten für neue Kontakte. Einzelne Personen sind Knotenpunkte im zu schaffenden Netzwerk des Quartiers, können als Stellvertreter oder auch als Brücken zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen/sich bildenden sozialen Netzen fungieren. Neben den in der zweiten Spalte der Übersicht genannten, eher institutionalisierten Formen der Beteiligung existieren immer wieder weitere, zeitlich begrenzte Möglichkeiten und Formen der Bürgerbeteiligung.

Unter den *Verfahren der Beteiligung* ist besonders das in Lurup sehr erfolgreich durchgeführte Verfahren des so genannten „*Planning-for-Real*“ hervorzuheben. Diese sehr arbeitsintensive, jedoch in der Umsetzung stets effektive Beteiligungs- und Planungsmethode wurde im „Flüsseviertel Süd“ durchgeführt. Das Quartiersmanagement und andere professionelle Akteure erhielten dabei einen detaillierten Einblick in Vorstellungen der Menschen in ihrem Quartier und gewünschte Veränderungen.⁴⁶ Es konnten neue Kontakte geknüpft sowie Schlüsselpersonen und Talente „entdeckt“ werden, die zukünftig für Entwicklungsprozesse (von Projekten und Gemeinschaften) genutzt werden können. Bei manchen Teilnehmenden ging es jedoch „nur“ einfach darum, über die Gespräche und Diskussionen das Interesse für die Geschehnisse in ihrer Nachbarschaft, ihrem „Viertel“, zu wecken. Ein ähnliches Verfahren soll im Jahr 2002 auch im Zuge der Planung des „Eingangsbereichs“ der Siedlung Lüderring durchgeführt werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass seit dem Beginn der Arbeit des Quartiersmanagements ein vielseitiges Spektrum von Verfahren und Instrumenten der Beteiligung im Modellgebiet erfolgreich angewendet wurde. Hierbei profitierte das Modellgebiet von der gesamtstädtischen Erfahrung und dem vorhandenen Know-how des bereits zuvor in mehreren Gebieten tätigen und damit erfahrenen Quartiersmanagements, das nach Möglichkeit auf vorgängigen Aktivitäten im Gebiet aufbaute.

Übersicht 1: Aufstellung von durchgeführten Aktivierungstechniken und Beteiligungsformen

Aktivierende Befragung		Stadtteilkonferenzen	
Einzelfallberatung		Stadtteil- oder Bürgerforen	
Informelle Gespräche		Runde Tische, Diskussionsrunden	
Aufsuchende Arbeit		Zukunfts- und Planwerkstätten	
Streetwork		„Planning-for-Real“	
Aktivierung über Multiplikatoren/innen		Modellgebietsbezogene Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Workshops	
Vernetzungs- und Vermittlungsarbeit		Beteiligungsorientierte Projekte	
Mediation		Zielgruppenspezifische Projekte	
Bürger-/Einwohnerversammlungen		Unterstützung von Vereinsgründungen	
Offene Treffs		Mieterforen/-initiativen/-runden/-beiräte	
Zielgruppenspezifische Veranstaltungen und Aktionen		Bürgervereine	
Gebietsbegehungen/Austausch von verschiedenen „Situationswahrnehmungen“		Elternbeiräte	
Informationsangebote und –veranstaltungen		Verfügungsfond	
Wettbewerbe			
Unterschriftensammlungen			

Quelle: eigene Darstellung.

⁴⁶ Manches was stört, muss nicht unbedingt verändert werden. Anderes wiederum sollte auf jeden Fall verändert werden. Diese Nuancen der Beurteilung machen den *detaillierten* Einblick aus.

Unter den in der Übersicht aufgeführten Instrumenten der Beteiligung ist – und dies gilt für alle Vorhaben und Projekte übergreifend – der „*Verfügungsfond*“ hervorzuheben: Im Rahmen der „Sozialen Stadtteilentwicklung“ in Hamburg werden den Quartieren Mittel in Höhe von rund 20.000 Euro jährlich für die direkte und unbürokratische Erschließung von Projektideen und deren Umsetzung zur Verfügung gestellt. Über die Verwendung dieses „Stadtteilbudgets“ wird vor Ort, im „Luruper Forum“, entschieden. Bürger übernehmen hierbei finanzielle Verantwortung und setzen – bei Bedarf mit fachlichem Rat – sachliche Prioritäten in demokratischen Abstimmungsprozessen. Über den Verfügungsfond werden kleinere, in sich abgeschlossene Maßnahmen (z.B. zur Unterstützung von Einzel- und Gruppenaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Anschaffungen und Sachkosten sowie kleinere Investitionen) finanziert. Er lässt rasch konkrete Ergebnisse sichtbar werden. In Lurup wurden aus diesem Fond in den vergangenen zwei Jahren insgesamt ca. 60 Maßnahmen gefördert (vgl. QEK 2001: 45).

Trotz der sich darstellenden sehr großen Vielfalt an Instrumenten zeigt sich auch in Hamburg, dass Konzepte und Methoden der Bürgerbeteiligung *für bestimmte Zielgruppen, Aufgaben oder Probleme* bisher fehlen. Im Besonderen betrifft dies die Situation von unterschiedlichen Migranten im Modellgebiet.

Dem tieferen Einblick in die gremienbezogene Beteiligung von Aktiven des und im Quartier dient der folgende, dritte Exkurs des Berichts.

Exkurs III :

AG Arbeit des Luruper Forums: Partizipation zwischen Selbsthilfe und Gremienarbeit

Die Arbeitsgruppe „Arbeit“ (siehe Abbildung 12) entstand 1998 aus der offenen Café-Arbeit des Kinderfamilienzentrums (KIFAZ). Die das Café aufsuchenden Mütter äußerten immer wieder ihren Wunsch nach einer Rückkehr ins Berufsleben bzw. nach geringfügiger Beschäftigung. Aus dem zunächst informellen Zusammenschluss entstand eine Computerguppe für Frauen und weitere Projektideen. Die Leiterin des KIFAZ nahm Kontakt zu den Altonaer Beschäftigungsträgern und zur Jugendhilfe auf und die AG wurde zur offiziellen Arbeitsgruppe des Luruper Forums.

Ideenentwicklung

Erste Projektideen entstanden aus den Bedürfnissen der sich engagierenden Mütter. So gab es z.B. einige Frauen, die Frisöse gelernt hatten und einen Laden aufmachen wollten, kombiniert mit einem Second-Hand-Laden. Da man keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden hat – eine Umwandlung einer Wohnung wurde von der Wohnungsbaugesellschaft nicht mitgetragen – und die Frauen eine anderweitige Beschäftigung gefunden hatten, wurde die Projektidee aufgegeben. Weitere Projektideen waren die Pflege der Grünanlagen durch Bewohner, haushaltsbezogene Dienstleistungen und eine Pfortnerloge beim KIFAZ. Realisiert wurde bisher nur das Angebot an kostenlosen Dienstleistungen für die Bewohnerinnen und Bewohner des Projektgebietes, das im September 2001 seine Arbeit aufgenommen hat (s. Kap. 3.5: Familienservicestation).

Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den „Professionellen“

In dieser ersten Phase der AG haben sich die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Arbeit von „Betroffenen“ und „Professionellen“ deutlich gezeigt: Die Projektentwicklung hat für die Professionellen einen weiten Zeitkorridor, während die Frauen einfache und schnelle Lösun-

gen vorzogen. Außerdem erschienen den „Professionellen“ die Vorstellungen der Mütter – z.B. über die selbstständige Arbeit in einem Frisörsalon – als unrealistisch, so dass derartigen Projekten wenig Erfolgschancen eingeräumt wurden (die Rückkehr in die „gesicherte“ Sozialhilfe schien wesentlich wahrscheinlicher). Während die Mütter nach und nach die AG Arbeit verließen, wandelte sie sich im Zuge der Vernetzung mit bestehenden Institutionen zu einem Fachgremium aus Beschäftigungsträgern, sozialen Einrichtungen, Quartiersmanagement und einzelnen Politikern.

Die Arbeit der AG hatte nach Auskunft der Leiterin des KIFAZ, die bis Mitte 2001 die Sprecherin der AG war, tatsächlich zu einem kontinuierlichen Informationsfluss beigetragen. Bemängelte wurde jedoch, dass die Arbeit der AG z.T. „etwas schläfrig“ verlief, weil sich die AG mit „einem globalen Thema“ beschäftigt und parallel zur laufenden Arbeit der Akteure tagt, so dass dementsprechend wenig Handlungsdruck bestünde und ohne konkrete Ergebnisse immer wieder die gleichen Projektideen behandelt würden. Der Erfolg der AG hänge letztlich von dem Engagement der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ab. Einer der neu dazu gestoßenen Teilnehmer war ein engagierter Lehrer der Schule Veermoor, der das Thema „Übergang Schule – Beruf“ anhand seiner konkreten Erfahrungen eingebracht hat. Aus diesem Diskussionsprozess ging der Runde Tisch „Ausbildung“ hervor (s. Exkurs II).

Sicht und Einflussnahme der Programmbegleitung

Die Programmbegleitung hat im Verlauf des Jahres 2001 an den Sitzungen der AG Arbeit teilgenommen. Die oben genannten Defizite haben sich bestätigt, da bis auf die Aktivitäten um den Runden Tisch und später um den Berufsinformationstag keine konkreten Vorhaben oder Ideen eingebracht und diskutiert wurden. Nachdem auch der Versuch, über das Thema „Frauen und Arbeit“ konkrete Handlungsvorschläge zu entwickeln, gescheitert war, begann im Sommer 2001 eine Diskussion über den Stellenwert und die Aufgaben der AG. Dabei stellte sich nach Ansicht der Programmbegleitung heraus, dass die Konstruktion der AG widersprüchlich und reformbedürftig ist. Als offizielle AG des Luruper Forums ist sie ein für Bürger offenes Gremium, das jedoch fast ausschließlich von hauptamtlichen Mitarbeitern aus Verwaltung, sozialen Einrichtungen und Beschäftigungsträgern bestimmt wird. Auf der anderen Seite ist es ein informelles Austauschgremium ohne konkreten Arbeitsauftrag, das zudem keine treibende Kraft besitzt (das Quartiersmanagement wollte diese Funktion nicht übernehmen, da es sich um eine AG des Forums handelt). Eine stärkere inhaltliche Zuspitzung auf das Thema „Schule – Beruf“ wurde von den Mitgliedern als Ausgrenzung ihrer eigenen inhaltlichen Interessen begriffen und würde zudem eine breitere Zusammensetzung der AG erforderlich machen. Vom Quartiersmanagement, wird daher die Gründung einer neuen AG favorisiert, die sich speziell diesem Thema widmet. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass auch schon an die Gründung einer eigenen „AG Wirtschaft“ gedacht wurde, da der aktive Unternehmer, der diese AG leiten sollte, andere Interessen verfolgt als die Beschäftigungsträger. Angesichts des vergleichsweise geringen Outputs der „AG Arbeit“ wäre daher zu überlegen, ob nicht die vorhandenen Kräfte stärker gebündelt und zielgerichteter eingesetzt werden sollten. Dies würde jedoch eine stärkere Lenkungsfunktion des Quartiersmanagements erfordern.

6.3 Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung und noch zu beteiligende Akteure

Mit den genannten Verfahren und Vorgehensweisen sind viele, aber nicht alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Migrantinnen wurden über das Projekt der „Frauenoase“ oder

über die speziellen „Schwimmnachmittage“ für Frauen erreicht und einige ausländische Jugendliche treffen sich in der Emmaus-Gemeinde. Trotz dieser ersten Ansätze bleibt ein großer Teil dieser in sich heterogenen Bevölkerungsgruppe weiterhin unbeteiligt, wenn es um die Entwicklung ihres Wohnumfelds, um eine Verbesserung ihrer Zugangschancen zum Arbeitsmarkt usw. geht.

Beteiligung ist besonders dann nur schwer zu erreichen, wenn Bewohnerinnen und Bewohner ihre Aktivitäten eher in den privaten Raum verlegt haben (Isolation und Rückzug) oder wenn innerhalb der Gruppe eine hohe Binnensolidarität herrscht, so dass sie für Außenstehende verschlossen bleibt. Aus diesen Gründen fehlt vor allem zu den einzelnen Gruppen der Spätaussiedler der Kontakt: Während sowohl die sozialen Einrichtungen als auch das Quartiersmanagement und die zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung Kontakte zur südeuropäischen Bevölkerung aufgebaut haben (wenn gleich auch hier von einer gesellschaftlichen Integration dieser Gruppen nicht die Rede sein kann), so herrscht gegenüber osteuropäischen (und zum Teil westasiatischen) Zuwanderern große Hilflosigkeit. So hatte das Quartiersmanagement in diesem Bereich gegenüber der Programmbegleitung schon frühzeitig Unterstützungsbedarf geäußert. Ihm wurde zunächst mit einem gemeinsamen Expertengespräch, einer Befragung der sozialen Einrichtungen zum Thema „Aussiedler“ und schließlich mit zwei, aufeinander aufbauenden Veranstaltungen entsprochen. Die Programmbegleitung leistete wissenschaftliche Begleitung für eine Befragung von sozialen Einrichtungen Lurups/Osdorfs zum Thema „Aussiedler“, die von zwei Praktikanten der Stadtentwicklungsbehörde durchgeführt wurde. Des weiteren unterstützte die Programmbegleitung die Durchführung einer Informationsveranstaltung (konzeptionelle Vorbereitung und Moderation) der Stadtentwicklungsbehörde, zu der alle Quartiersmanager Hamburgs eingeladen waren. Das Institut „isoplan“ gab einen ersten Einblick in die kulturellen Hintergründe, Lebensbedingungen, Wünsche usw. Angehöriger der „ehemaligen Sowjetunion“. Dem vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) finanzierten Seminar folgte im Februar 2002 ein weiteres, das unmittelbar an den festgestellten offenen Fragen der Anwesenden anknüpfte.

7 Öffentlichkeitsarbeit

7.1 Rezeption von Gebiet und integriertem Handlungskonzept in den Medien

Gesamtstädtische Berichterstattung

„Soziale Stadtentwicklung“ ist in Hamburg seit dem Hamburger „Armutsbekämpfungsprogramm“ immer wieder Thema vor allem in den Printmedien der Stadt, aber auch in den lokalen Radio- und Fernsehsendern. Für öffentliche Aufmerksamkeit sorgen insbesondere Besuche von Politikern in den einzelnen Gebieten (vor allem in Wahlkampfzeiten) sowie Projekte, die inhaltlich ein größeres Publikum ansprechen.

Grundsätzlich wird über Ereignisse von überlokaler Bedeutung – wie die Verleihung eines Preises für Schüler („Schüler zeigten Zivilcourage. Sie wurden jetzt mit dem Bertini-Preis ausgezeichnet“; Hamburger Morgenpost, 30.01.01) – sowie über Dinge berichtet, die auch andere Stadtteile angehen könnten: Es wurde über die (Wieder-)Einführung des Wochenmarkts informiert (Hamburger Abendblatt, 11.09.00), da andere Stadtteile auch um den Erhalt dieses „informellen Treffpunkts“ mit einer Funktion in Bezug auf die Versorgung mit frischem Gemüse im unmittelbaren Wohnumfeld bangen.

Andere Berichte der Hamburger Presse beziehen sich auf „Sicherheit bzw. Unsicherheit“ in der Stadt: Insbesondere in den „Sozialen Brennpunkten“ scheinen Vandalismus und Gewalt zu regieren, so das von den Printmedien der Hansestadt vermittelte Bild. Gerade im Verlauf des Hamburger Wahlkampfes (Mitte bis Ende des Jahres 2001) wurden soziale Problemlagen in bestimmten Gebieten einerseits und die Gefährdung der „inneren Sicherheit“ andererseits immer wieder thematisiert. Die „sozialen Verhältnisse“ der Stadtteile und ein hoher Anteil an nicht-deutscher Bevölkerung in bestimmten Gebieten der Stadt werden für das verantwortlich gemacht, was die Bürger der Stadt fürchten (müssen). Dabei ist der Stadtteil „Lurup“ im Vergleich zu anderen, innerstädtischen Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung selten direkt Thema der Hamburger Presse; im Beobachtungszeitraum einmal, als festgestellt wurde, dass der Täter eines Anschlags auf eine von Prominenten besuchte Diskothek in Lurup wohnt.

Die Rezeption von Ereignissen im Gebiet und den integrierten Handlungskonzepten in den Hamburg weiten Medien ist die einer Großstadt, in der es im Beobachtungszeitraum über 20 Gebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung gibt. Dabei differenziert die Berichterstattung in der Regel weder zwischen den innerstädtischen Gebieten und denen am Stadtrand noch zwischen den unterschiedlichen baulich-räumlichen Strukturen, Potentialen und Problemen, die in den einzelnen Gebieten vorherrschen. Gesamtstädtischen entsteht nur ein allgemeines, sicherlich eher von Ereignissen, die skandalträchtig sind dominiertes Bild in der Öffentlichkeit.

Lokale Printmedien

Gänzlich anders stellt sich die Situation in den lokalen Blättern („Luruper Wochenblatt“ und „Luruper Nachrichten“) dar: „Im Luruper Forum arbeiten Menschen zusammen, die in Lurup wohnen oder arbeiten, dort ihr Gewerbe haben oder sich in Vereinen engagieren. Gemeinsames Ziel ist es, die Situation der Luruper Bürger zu verbessern“ (Luruper Wochenblatt, 04.04.01). In der Lokalen Presse wird ausführlich über die Geschehnisse im Forum (Organi-

sation, Aufgaben, Arbeitsweisen, über die Erstellung des Quartiersentwicklungskonzepts u.v.a.) berichtet:

Im August 2000 stellte der Quartiersmanager die Grundstruktur des Quartiersentwicklungskonzepts vor;

„Zu wenig Zeit? Ziele des Quartiersentwicklungskonzepts vorgestellt“, so das Luruper Wochenblatt vom 01.11.2000;

„Luruper Forum will unter Zeitdruck das Quartiersentwicklungskonzept nachbessern“ so die Überschrift in den Luruper Nachrichten vom 8.11.2000. Die vom QM erarbeiteten Ziele seien grundsätzlich den gebietsspezifischen Erfordernissen stärker anzupassen, zu präzisieren und in einen konzeptionellen Zusammenhang zu stellen;

im Januar 2001 wurden schließlich die im Forum verabschiedeten Ziele für das kommende Jahr sowie geplante Maßnahmen/Projekte vorgestellt.

Der Prozess der Zielentwicklung (für das Quartiersentwicklungskonzept), beginnend mit den Bürgerversammlungen im September 2000 (vgl. Kapitel 3.3) wurde mittels Ankündigung der Veranstaltungen sowie einer ausführlichen Berichterstattung des Gewesenen verfolgt und den Bürgern Lurups zugänglich gemacht. Da die lokalen Anzeigenblätter kostenlos an die Haushalte verteilt werden bzw. an bestimmten Stellen ausliegen, können sich alle (deutsch lesenden) Bewohner, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, kontinuierlich informieren.

Im Juni 2001 wurde schließlich berichtet: „Handlungsgrundlage für Lurup geschaffen. Senat beschließt Quartiersentwicklungskonzepte“ (LW 13.01.01). Nach der Sommerpause und vor der Dispositionsrunde zur Abstimmung der Projekte unter den Fachbehörden schreiben die Luruper Nachrichten: „Luruper Forum, neuen Projekten zugestimmt“ (LN 05.09.01). Im Dezember werden im Luruper Forum die neuen Zielvorstellungen abschließend beraten und auch hierüber wird berichtet (LN 05.12.01).

Gute Kontakte zwischen dem Quartiersmanagement/dem Forum und den Verfassern der Artikel sowie die Anwesenheit eines Redakteurs im Luruper Forum ermöglicht die ausführliche und sehr präzise Berichterstattung in den lokalen Printmedien. Die stadtweit erscheinenden Zeitungen sind jedoch schwer zu einer Berichterstattung zu bewegen. Eine Ausnahme bildet hier die „tageszeitung“, die in ihrem Lokalteil – wiederum aufgrund eines bestehenden Kontakts – immer mal wieder speziell über Lurup berichtet.

Die *Berichterstattung und besondere Bedeutung der Durchführung der Bund-Länder-Initiative „Soziale Stadt“* begann bereits im April 2000, als das Luruper Wochenblatt den Beginn der Initiative und die Klassifizierung als Modellgebiet feststellte (WB 05.04.2000). Besondere Aufmerksamkeit wurde der Durchführung der Themenkonferenz („Arbeit und Beschäftigung“) zuteil. Die Berichte erläuterten, warum und in welchen Zusammenhängen die TU Hamburg-Harburg, zusätzlich zum Quartiersmanagement, in und für Lurup tätig ist (Luruper Nachrichten, 28.03.01 u. 25.04.01). Die TU hatte – nach einem halben Jahr im weniger öffentlichkeitswirksamen *Beobachterstatus* – insbesondere bei den Schwerpunkten „Gesundheit von Frauen/Familien in Lurup“, „Arbeit und Beschäftigung“ sowie „Schule – Ausbildung“ – eine aktivere Rolle in der Quartiersentwicklung übernommen. Dies spiegelte sich auch in der Berichterstattung wieder.

7.2 Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Über die lokalen Printmedien

Ein wesentlicher Teil der modellgebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit findet wiederum in den Luruper Printmedien statt. Sie berichteten regelmäßig über die Arbeit in einzelnen Projekten, insbesondere dann, wenn sie gesamtstädtischen Modellcharakter besitzen. So wird im Luruper Wochenblatt über das „Streitschlichter-Modellprojekt“ an einer Luruper Schule berichtet: „Zoff regeln Lurups Schüler ganz allein“ (LW 21.11.01); an prominenter Stelle stand etwa auch die Diskussion um den Container für die Jugendlichen (LW 07.11.01) oder ein Bericht über die „Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle Lurup“ (LW 15.08.01). In der Schule Franzosenkoppel werden Kinder zu „Computerprofis“ (LW 18.04.01), später wird auch von dem „JUKS-Internetcafé“ berichtet (LN 03.10.01). Die Artikel informieren über spezielle Angebote Luruper sozialpädagogische Einrichtungen sowie Schulen

Über die Stadtteilzeitung

Zusätzlich zu den Berichten in der lokalen Presse liefert vor allem die ebenfalls in ehrenamtlicher Initiative und mit Unterstützung des Programms erstellte Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“ einen ausführlichen Überblick über Geschehnisse und Befindlichkeiten in den Quartieren (s. Kap. 3.5). Illustriert mit vielen Bildern sowie mit Graphiken wird über den Fortgang der Projekte, kleinere und größere Aktivitäten u.v.a. berichtet (siehe Anhang III). Auch die Themenkonferenz war Mittelpunkt eines Hefts.

Über Aktionen

Über die Berichterstattung in der Stadtteilzeitung und den lokalen Wochenblättern wird jede Aktion, die im Rahmen der Quartiersentwicklung stattfindet, gleichzeitig zur öffentlichkeitswirksamen Maßnahme. Darüber hinaus tragen weitere, durch das Quartiersmanagement angeregte und unterstützte Aktionen zur Bildung von „Öffentlichkeit im und für das Quartier“ bei: So entstand in ehrenamtlicher Arbeit, im Druck jedoch über das Programm finanziert im Frühjahr 2001 ein „Stadtteilposter“, auf dem alle sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen sowie weitere „Anlaufpunkte“ im Stadtteil verzeichnet sind. Deutlich sichtbare Plakatierungen von Veranstaltungen an markanten Punkten des Quartiers tragen ebenfalls zu einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit im Gebiet bei.

Über den Stadtteilladen

Ein Ort der Plakatierungen ist selbstverständlich der Stadtteilladen. Hier können Bewohner und andere Akteure sich zudem über zahlreiche Flyer, Aushänge oder von den Projekten/Gruppen gestaltete Medien über die Geschehnisse im Quartier, über das Programm und die Rolle einzelner Akteure „drinnen“ oder „draußen“ im Vorübergehen informieren. Die Einkaufspassage, in der sich der Stadtteilladen befindet, bietet eine überdachte Fläche vor dem Laden.

Finanziert wird die Öffentlichkeitsarbeit aus den unterschiedlichsten Quellen: Mal wird ein Unternehmen für eine Unterstützung gewonnen, mal kommen ehrenamtliches Engagement und finanzielle Unterstützung aus dem Programm zusammen und, etwa im Fall der Stadtteilzeitung, mal wird Druck oder Material allein aus dem Programm Sozialer Stadtteilentwicklung finanziert.

7.3 Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit

In der ersten Phase der Quartiersentwicklung wurde auf eine außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit, etwa über das Internet, verzichtet. Das Quartiersmanagement vertrat die Auffassung, dass eine starke Außenorientierung in der Öffentlichkeitsarbeit der Entwicklung des Quartiers in der ersten Phase der Quartiersentwicklung eher schaden als nützen könne. Öffentliche Aufmerksamkeit – etwa durch die Aktivitäten im Rahmen des „Sonderstatus“ als Modellgebiet – unterstütze die Stigmatisierung und Diskriminierung der Bewohner und ziehe zudem einen erhöhten Arbeitsaufwand nicht nur für das Quartiersmanagement (Anfragen, Besuch von überregionalen Veranstaltungen usw.), sondern vor allem für die Aktiven im Gebiet nach sich. Aus diesem Grund wurde jeweils spezifisch entschieden, wann für ein Vorhaben/Projekt (etwa die „Luruper Frauenoase“) quartiersübergreifende Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll ist, um entsprechende Unterstützung von Seiten anderer Bürger Hamburgs, aber auch von Seiten der lokalen Politik zu bekommen. Dies gilt auch für den Auftritt einzelner Projekte im Internet (z.B. „www.luruperfrauenoase.de“).

AUßENORIENTIERTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT WURDE INSOERN NICHT GRUNDSÄTZLICH, SONDERN PROJEKTBEZOGEN UND IMMER MIT BESTIMMTEM ZIEL/BESTIMMTEN ZIELEN BETRIEBEN. ZIELE, INHALTE UND ZIELGRUPPEN DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT GEBEN VOR, IN WELCHER SPRACHE INFORMATIONEN VERMITTELT WERDEN.

Im Beobachtungszeitraum gab es kein *gebietsbezogenes* Konzept der Öffentlichkeitsarbeit. Übergeordnetes Ziel der vom Quartiersmanagement, der Geschäftsführung des Forums und anderen Akteuren jeweils initiierten Öffentlichkeitsarbeit ist eine Imageverbesserung durch Hervorhebung positiver Entwicklungen: Ein Beispiel hierfür ist eine Ehrung von Luruper/innen für ihr ehrenamtliches Engagement im und für den Stadtteil auf der überregional hohe Beachtung findenden Ausstellung „du und deine Welt“ (LN 12.09.01). Viele Luruper und Luruperinnen fühlen sich von der Gesamtstadt (der Hamburger Politik, den Medien, der Öffentlichkeit) zu wenig beachtet. Die Stadtrandlage scheint für sie mit einer Ausgrenzung vom Städtischen und Urbanen verbunden; geographische und soziale „Randlage“ werden in den Gesprächen oft gleichgesetzt. Dies gilt es über die Öffentlichkeitsarbeit zu ändern. – Für das Jahr 2002 wurde zudem die Entwicklung einer Internetseite des Stadtteils als Projekt beantragt (vgl. die Projektliste im Anhang II).

8 Monitoring und Evaluation

Eine Evaluation des Programms Soziale Stadtteilentwicklung im Modellgebiet ist auf den verschiedenen Handlungsebenen denkbar: Sie kann das (Hamburger) Gesamtprogramm bzw. seine Einzelprogramme, Gebiete bzw. Maßnahmentypen oder auch Einzelmaßnahmen ins Blickfeld nehmen. Grundsätzlich ist der „Soll-Ist-Vergleich“ im Rahmen der Hamburger Stadtteilentwicklung eine gebietsbezogene Aufgabe der Bezirke bzw. der von ihnen beauftragten Quartiersentwickler (Drucksache 16/6402: 24).

Tatsächlich muss sich das Monitoring und die Evaluation damit auf eine Bilanzierung der Kosten und eine Beurteilung der Umsetzung der Maßnahmen durch die Beteiligten beschränken, da für eine umfassender Aufgabenerfüllung in diesem Bereich weder in der Beauftragung des Quartiersmanagements noch beim Bezirk entsprechende Gelder veranschlagt wurden. Von Seiten des Bezirks wurde zudem das Fehlen eines gebietsübergreifenden Monitoring ausdrücklich bemängelt.

Auch eine Evaluation im Rahmen eines Finanzcontrollings der Beiträge der einzelnen Fachbehörden oder des Bezirks kann nur sehr begrenzt durchgeführt werden, da in vielen Haushalten keine Mittel vorgesehen sind, die unmittelbar der Sozialen Stadtentwicklung vorbehalten sind (s. Kap. 4).

Für das Modellgebiet, so wird in der Drucksache vom Juli 2001 festgestellt, wurde eine gebietsbezogene Evaluierung von der Programmbegleitung durchgeführt. „Weitere gebietsbezogene Evaluierungen, für welche die Ergebnisse dieses Auftrages abgewartet werden sollen, müssen wegen des hohen finanziellen Aufwandes auf Modellfälle begrenzt werden“ (ebd. 24f). Und weiter:

„Die Schwierigkeiten bei derartigen Erfolgskontrollen liegen zum einen darin, dass die Soziale Stadtteilentwicklung ein Maßnahmenbündel aus Programmen und Projekten vieler Behörden und Dienststellen mit spezifischen Zielsetzungen ist, zum anderen sind für jedes Gebiet unterschiedliche Zielsetzungen festgelegt, welche die Entwicklung von Kennzahlen bezüglich des Gesamtprogramms erschweren.“ (ebd.)

Maßnahmen gleichen Typus, wie die Umgestaltung von Hauseingängen, wurden vereinzelt von den umsetzenden Akteuren untersucht. So führte die Wohnungsbaugesellschaft eine Umfrage zur Akzeptanz und Zufriedenheit ihrer Mieter mit diesem Maßnahmenkomplex durch. Die Umfrage ergab für Lurup ein überaus positives Bild: Die Wohnzufriedenheit der Luruper/innen sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen, so der Mitarbeiter der SAGA.⁴⁷ „Die Evaluierung von Einzelmaßnahmen und Projekten ist in der Regel Aufgabe der für die jeweilige Maßnahme sachlich zuständigen Fachbehörde“ (ebd.). Unseres Wissens wurde in Lurup keine Fachbehörde diesbezüglich tätig.

Darüber hinaus werden die Zuwendungsempfänger der Stadtentwicklungsbehörde/Behörde für Bau und Verkehr dazu verpflichtet, einen Erfolgsbericht vorzulegen. Bei Zuwendungen über 50.000,- Euro wird nach zwei Jahren ein zweiter Bericht angefordert. Er soll mittels Bilanzierungen, Nutzungserhebungen, Fotodokumentationen und Mieterbefragungen Auskunft über die Nutzung von Geschaffenem geben.

⁴⁷ Seit den Zufriedenheitsbefragungen in Großwohnsiedlungen in den 70er Jahren wissen wir jedoch, dass solche – oft durch Suggestivfragen erzeugten – Befunde für die Bewohnerschaft an Bindungskraft verlieren, sobald sie in Handlungsalternativen umgesetzt werden können. Leerstände in Großwohnsiedlungen sind hierfür ein Beleg.

9 Monitoring und Evaluation

Eine Evaluation des Programms Soziale Stadtteilentwicklung im Modellgebiet ist auf den verschiedenen Handlungsebenen denkbar: Sie kann das (Hamburger) Gesamtprogramm bzw. seine Einzelprogramme, Gebiete bzw. Maßnahmentypen oder auch Einzelmaßnahmen ins Blickfeld nehmen. Grundsätzlich ist der „Soll-Ist-Vergleich“ im Rahmen der Hamburger Stadtteilentwicklung eine gebietsbezogene Aufgabe der Bezirke bzw. der von ihnen beauftragten Quartiersentwickler (Drucksache 16/6402: 24).

Tatsächlich muss sich das Monitoring und die Evaluation damit auf eine Bilanzierung der Kosten und eine Beurteilung der Umsetzung der Maßnahmen durch die Beteiligten beschränken, da für eine umfassender Aufgabenerfüllung in diesem Bereich weder in der Beauftragung des Quartiersmanagements noch beim Bezirk entsprechende Gelder veranschlagt wurden. Von Seiten des Bezirks wurde zudem das Fehlen eines gebietsübergreifenden Monitoring ausdrücklich bemängelt.

Auch eine Evaluation im Rahmen eines Finanzcontrollings der Beiträge der einzelnen Fachbehörden oder des Bezirks kann nur sehr begrenzt durchgeführt werden, da in vielen Haushalten keine Mittel vorgesehen sind, die unmittelbar der Sozialen Stadtentwicklung vorbehalten sind (s. Kap. 4).

Für das Modellgebiet, so wird in der Drucksache vom Juli 2001 festgestellt, wurde eine gebietsbezogene Evaluierung von der Programmbegleitung durchgeführt. „Weitere gebietsbezogene Evaluierungen, für welche die Ergebnisse dieses Auftrages abgewartet werden sollen, müssen wegen des hohen finanziellen Aufwandes auf Modellfälle begrenzt werden“ (ebd. 24f). Und weiter:

„Die Schwierigkeiten bei derartigen Erfolgskontrollen liegen zum einen darin, dass die Soziale Stadtteilentwicklung ein Maßnahmenbündel aus Programmen und Projekten vieler Behörden und Dienststellen mit spezifischen Zielsetzungen ist, zum anderen sind für jedes Gebiet unterschiedliche Zielsetzungen festgelegt, welche die Entwicklung von Kennzahlen bezüglich des Gesamtprogramms erschweren.“ (ebd.)

Maßnahmen gleichen Typus, wie die Umgestaltung von Hauseingängen, wurden vereinzelt von den umsetzenden Akteuren untersucht. So führte die Wohnungsbaugesellschaft eine Umfrage zur Akzeptanz und Zufriedenheit ihrer Mieter mit diesem Maßnahmenkomplex durch. Die Umfrage ergab für Lurup ein überaus positives Bild: Die Wohnzufriedenheit der Luruper/innen sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen, so der Mitarbeiter der SAGA.⁴⁸ „Die Evaluierung von Einzelmaßnahmen und Projekten ist in der Regel Aufgabe der für die jeweilige Maßnahme sachlich zuständigen Fachbehörde“ (ebd.). Unseres Wissens wurde in Lurup keine Fachbehörde diesbezüglich tätig.

Darüber hinaus werden die Zuwendungsempfänger der Stadtentwicklungsbehörde/Behörde für Bau und Verkehr dazu verpflichtet, einen Erfolgsbericht vorzulegen. Bei Zuwendungen über 50.000,- Euro wird nach zwei Jahren ein zweiter Bericht angefordert. Er soll mittels Bilanzierungen, Nutzungserhebungen, Fotodokumentationen und Mieterbefragungen Auskunft über die Nutzung von Geschaffenem geben.

⁴⁸ Seit den Zufriedenheitsbefragungen in Großwohnsiedlungen in den 70er Jahren wissen wir jedoch, dass solche – oft durch Suggestivfragen erzeugten – Befunde für die Bewohnerschaft an Bindungskraft verlieren, sobald sie in Handlungsalternativen umgesetzt werden können. Leerstände in Großwohnsiedlungen sind hierfür ein Beleg.
TUHH – Endbericht der Programmbegleitung vor Ort in Hamburg/ Altona/ Lurup – Stand April 2002

10 Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Modellgebiet: Einschätzungen und Empfehlungen der Programmbegleitung vor Ort

10.1 Bündelung der Ressourcen

Die Frage, inwieweit im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung eine erfolgreiche Ressourcenbündelung gelungen ist, lässt sich nicht ausreichend beantworten, solange ausschließlich *die* Ressourcen betrachtet werden, die in das Luruper Modellgebiet geflossen sind. Lurup ist nur eines der zahlreichen Hamburger Projektgebiete; der Hamburger (Förder-)Kontext darf nicht vollständig ausgeblendet werden. Darüber hinaus besitzen die ressortspezifischen Aktivitäten der einzelnen, gesamtstädtisch agierenden Fachbehörden indirekte oder auch direkte Bezüge zur Sozialen Stadtteilentwicklung, ohne dass sich dies jedoch in Programmen und Haushaltstiteln niederschlägt (vgl. Kap. 4.2). Um den Ressourceneinsatz im Rahmen der Sozialen Stadtentwicklung beurteilen zu können, war es daher erforderlich, bei den einzelnen Fachbehörden danach zu fragen, welche inhaltlichen Bezüge sich in ihren Handlungsfeldern zur Sozialen Stadtteilentwicklung finden lassen und wie sich dies in Programmen, Konzepten und Finanzmitteln ausdrückt. Im Folgenden werden beispielhaft entsprechende Aktivitäten dreier Behörden geschildert.

Arbeitsmarktpolitik der BAGS

Die Arbeitsmarktpolitik der ehemaligen Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales besaß bis zum Regierungswechsel im September 2001 die ausgeprägtesten Bezüge zur Sozialen Stadtteilentwicklung. Durch die Auflösung der Behörde, die Neuordnung der Ämter und Abteilungen sowie die mittlerweile erfolgten Mittelkürzungen im Bereich der Beschäftigungsförderung lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beurteilen, inwieweit die bisherige Arbeit auch in Zukunft weitergeführt wird.

Im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 1997-2001 wurde die stärkere Verknüpfung der Qualifizierungs- und Beschäftigungsstrategien der hamburgischen Arbeitsmarktpolitik mit der sozialen Stadterneuerung und Stadtentwicklung festgelegt. Im letzten Bericht des Senats über den Stand des Programms heißt es hierzu: „Die Verzahnung arbeitsmarktpolitischer Programme mit der Armutsbekämpfung und der quartiersorientierten Stadtentwicklung ist eines der strategischen Ziele der Hamburger Arbeitsmarktpolitik“ (Drucksache 16/4645: 15). Mit dem breit gefächerten Spektrum von Instrumenten, die sich mit unterschiedlichen Förderkonditionen auf die verschiedenen Problemgruppen des Arbeitsmarktes beziehen, existiere „eine große Bandbreite von Möglichkeiten, durch Schaffung von quartiersnahen Arbeitsplätzen arbeitsmarktorientierte und stadtentwicklungspolitische Ziele effektiv miteinander zu verknüpfen.“ Materieller Kern ist, dass ein Drittel des Volumens der Arbeitsmarktprogramme mit der Armutsbekämpfung und der quartiersbezogenen Stadtteilentwicklung verzahnt werden sollte. Eine solche Verzahnung sei gegeben, wenn beschäftigungspolitische Projekte folgende Kriterien erfüllen:

- „Es werden *Dienstleistungsangebote* für Gebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung durchgeführt (Beratung-Betreuung-Vermittlung).
- Es kommen *Kooperationsformen* zur Anwendung, bei denen (auch arbeitsmarktfremere) Menschen aus den Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung direkt in Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität einbezogen werden (z.B. Wohnraummodernisierung,

Wohnumfeldgestaltung, Einrichtungen für soziale Infrastruktur). Dabei kann Selbsthilfe mit Ausbildung und bezahlter Arbeit bzw. Übernahme in den allgemeinen Arbeitsmarkt kombiniert werden.

- Es wird eine Einrichtung *in einem Gebiet der Sozialen Stadtteilentwicklung* betrieben.
- Es werden *Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen* angeboten, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorrangig aus Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung kommen.⁴⁹

Im Jahr 2000 haben 122 Maßnahmen eines oder mehr dieser vier Kriterien erfüllt. Das Gesamtvolumen von 98.584.428 DM entsprach einem Anteil von 42,8 % an den Ausgaben für Arbeitsmarktprogramme (v.a. ABM-Programm, SAM-Programm sowie Tariflohn statt Sozialhilfe/BSHG § 19).⁵⁰ Dieser hohe Anteil ergibt sich vor allem daraus, dass einige der über alle Bezirke verteilten Betriebsstätten der städtischen Beschäftigungsgesellschaft „Hamburger Arbeit“, die fast 90 % der befristeten Arbeitsplätze für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger anbietet, den Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung zugeordnet werden können; zwei neue Betriebsstätten wurden gezielt in bzw. am Rande von Projektgebieten angesiedelt (und von der Stadtentwicklungsbehörde/Behörde für Bau und Verkehr kofinanziert).

Im Rahmen der ABM- und SAM-Programme war eine enge Abstimmung mit dem Arbeitsamt Hamburg notwendig, da diese Programme gemeinsam vom Arbeitsamt und der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) gesteuert und finanziert wurden (Kofinanzierung der BAGS bei ABM: 25 % der Lohnkosten sowie Infrastrukturkosten; bei SAM: 850 DM monatlich pro Beschäftigten für Maßnahmenträger). Die BSHG §19-Stellen wurden ausschließlich von der BAGS finanziert. Die investiven Mittel der Projekte (z.B. Umbau und Einrichtungskosten) werden überwiegend über das STEP-Programm finanziert (s. Kap. 4.1). Im Einzelfall beteiligen sich private Akteure an Beschäftigungsprojekten; das bedeutendste Projekt sind die Hausbetreuerlogen in den Beständen der beiden Wohnungsunternehmen GWG und SAGA (s. Projektliste im Anhang II).

Wirtschaftsförderung

Die Förderpolitik der Wirtschaftsbehörde differenziert sich nach strukturpolitischen Gesichtspunkten; so sollen aus gesamtstädtischer Sicht größtmögliche Effekte bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen erreicht werden. Die Behörde geht jedoch davon aus, dass die strukturpolitischen Fördermaßnahmen auch stadtteil- und raumbezogene Wirkungen haben, da die geförderten Unternehmen an ihrem Standort durch die lokale Nachfrage nach Arbeitskräften und Vorleistungsprodukten sowie Dienstleistungen positive Einflüsse auf die kleinräumige Entwicklung haben können. Derartige „Sickereffekte“ ließen sich im gewerblichen Umfeld der Luruper Wohngebiete allerdings nicht feststellen (vgl. Exkurs I). Notwendig ist daher eine genauere Betrachtung einzelner Handlungsfelder.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Hamburger Wirtschaftsförderung ist die Bereitstellung von Gewerbeflächen. In diesem Handlungsfeld hat seit Beginn der 90er Jahre die Bereitstellung von Gewerberaum in Form von Gewerbehöfen erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Errichtung von Gewerbehöfen auf Brachflächen der Stadt wird durch das Gewerbebrachenprogramm der Wirtschaftsbehörde mitfinanziert; städtische Gesellschaften übernehmen dabei

⁴⁹ Hamburger Arbeitsmarktbericht 1997-2000, Hg: BAGS, S. 78f.

⁵⁰ Berichtsdrucksache für das Berichtsjahr 2000, Programm der sozialen Stadtteilentwicklung.

die Entwicklung und ggf. den späteren Betrieb der Gewerbehöfe, die heute zunehmend als thematische Kompetenzzentren entwickelt werden. In der Regel besitzen die Gewerbehöfe aus dem Gewerbebrachenprogramm keinen expliziten Bezug zur Sozialen Stadtteilentwicklung;⁵¹ in Einzelfällen haben sich die Zielsetzungen von Wirtschafts- und Stadtentwicklungsbehörde zu einem Gewerbehofkonzept kombinieren lassen. Das bekannteste Beispiel ist die Existenzgründeretage in der Rinderschlachthalle in St. Pauli, die in einem Sanierungsgebiet mit den Mitteln der STEB, aber nach den wirtschaftspolitischen Zielen des Gewerbebrachenprogramms konzipiert und realisiert wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik ist die Förderung von Existenzgründungen, für die mittlerweile ein breit gefächertes Netzwerk aufgebaut wurde. Bezüge zur Sozialen Stadtteilentwicklung entstehen an Einzelprojekten wie der oben genannten Existenzgründeretage.

Programme, die sich speziell an Kleinbetriebe richten, sind das Modernisierungsprogramm und die Bürgschaftsgemeinschaft. Das Modernisierungsprogramm bezuschusst Investitionskosten von Kleinbetrieben (bis 15 Mitarbeiter) „an strukturell problematischen Standorten“, also auch in Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung. Aufgrund der Beschränkung des Programms auf Modernisierungsinvestitionen ist die Wirkung des Programms jedoch begrenzt (49 genehmigte Anträge zwischen 1994 und 2000). Von den Ausfallbürgschaften der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg profitieren dagegen laut Auskunft der Wirtschaftsförderung jährlich 600 Kleinunternehmen. Dieses Instrument habe eine große Reichweite und Bedeutung, da Kleinbetriebe bekanntermaßen oft Schwierigkeiten haben, Kredite zu erhalten.

Die größte inhaltliche Nähe zur Sozialen Stadtteilentwicklung weisen die durch den Europäischen Sozialfonds geförderten Programme und Projekte auf. Hinzuweisen ist z.B. auf eine neu eingerichtete Existenzgründerberatung, die sich speziell an Migranten und Migrantinnen richtet und die gezielt in Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung angesiedelt wurde („Unternehmer ohne Grenzen“ mit Sitz in der Gründeretage in St. Pauli sowie in Wilhelmsburg). Neben diesem Vorhaben ließe sich ein weiteres Projekt für die Quartiersentwicklung von Lurup nutzen: Das „Büro für Lokale Wirtschaft“ (LoWi) unterstützt kleine und mittlere Unternehmen mit weitgehend kostenlosen Beratungsdienstleistungen und fördert die Kooperation der Betriebe; im Unterschied zu den übrigen städtischen Beratungsangeboten findet hier eine aufsuchende Beratung statt. Das Projekt entstand aufbauend auf die Erfahrungen mit der Umsetzung des „Armutsbekämpfungsprogramms“ in St. Pauli und wurde von drei Hamburger Behörden kofinanziert (Wirtschaftsbehörde, BAGS, STEB). Von 1998 bis 2000 wurde die Beratung der kleinen und mittleren Unternehmen in St. Pauli und Ottensen angeboten, seit Juni 2001 unterstützt das LoWi-Büro Firmeninhaber und Gewerbetreibende aus dem Hamburger Osten (Hamm/Horn). Das neue, speziell für die Soziale Stadtteilentwicklung konzipierte Angebot ist eine mobile Beratung (LoWi-mobil). Die Betriebsberater können von den Quartiersmanagern angefordert werden.

Ein EU-Strukturfonds, der dem Hamburger Stadtteil St. Pauli zugute kommt, ist der „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“. Nach der Neufassung der Bestimmungen für eine erweiterte Ziel-2-Zweckbestimmung der Strukturfonds fließen damit erstmals EU-Gelder aus diesem Topf nach Hamburg. Die Wirtschaftsförderung der Wirtschaftsbehörde

⁵¹ Baubehörde und STEB haben schon vor 1990 eigene Gewerbehofkonzepte im Rahmen der Stadterneuerung realisiert, um v.a. sanierungsbetroffenen Gewerbetreibenden standortnah im unteren Preissegment angesiedelten Ersatzraum anzubieten.

steckt nach eigenen Angaben neben Kofinanzierungsmitteln auch erhebliche personelle Ressourcen in die Realisierung des Programms, dessen Förderkriterien und Ziele große Nähe zum Programm der Sozialen Stadt aufweisen. Dieses Förderprogramm zeigt zwar, dass vereinzelt auch Wirtschaftsförderung mit explizitem Raumbezug betrieben wird; diese bezieht sich jedoch ausschließlich auf innerstädtische Gebiete.

Schulen und berufliche Bildung

Die komplexesten und „von außen“ nur schwer zu überblickenden Bezüge zur Sozialen Stadt weißt die ehemalige Behörde für Schule, Jugend und Berufliche Bildung auf (kurz: BAGS; jetzt Behörde für Bildung und Sport; BBS). Hier besteht zum einen eine unmittelbare Ressourcenbündelung bei baulichen Maßnahmen. Dabei handelt es sich um die Schaffung und Modernisierung von Gemeinschaftsflächen an Schulen, die zur Öffnung der Schulen in den Stadtteil beitragen soll (z.B. Sporthallen, Schulhofumgestaltungen). Diese Maßnahmen werden aus dem Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung kofinanziert. Zum Teil werden zudem Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Investitionsprogramm der Behörde (Amt für Verwaltung) zeitlich vorgezogen, wenn es sich um Gebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung handelt. Auch wenn hier auf den ersten Blick erhebliche finanzielle Mittel der Sozialen Stadtteilentwicklung zugute kommen, wird diese Art der Ressourcenbündelung nicht einhellig positiv bewertet. Im Rahmen der Behördenbefragung wurde die Meinung geäußert, dass die Kofinanzierung der STEB zu „Mitnahmeeffekten“ führe, da die Schulbehörde ihre eigenen Investitionen reduzieren könne und letztlich keine zusätzlichen Mittel in die Projektgebiete fließen würden.

Jenseits der baulichen Maßnahmen bestehen keine Programme mit direkten Berührungspunkten zur Sozialen Stadtteilentwicklung. Darauf angesprochen verweisen die Behördenvertreter auf die Struktur der eigenen Etats, die keinen Vergleich mit speziellen Programmen wie den Fördermaßnahmen der BAGS zulassen würden. Die Etats des Amtes für Schule (Amt S) und des Amtes für Berufliche Bildung und Weiterbildung (Amt BW) bestehen fast ausschließlich bzw. überwiegend aus Personalmitteln für die Lehrerinnen und Lehrer der Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen. Das Amt für Schule besitzt zur Durchführung von Projekten nur einen kleinen Investitionsfonds (rd. 256.000 Euro), der im Rahmen eines jährlichen Wettbewerbs an die Schulen ausgeschüttet wird. Das Amt BW verfügt zwar einen vergleichsweise großen Fördermitteltopf (rd. 15 % des Haushaltes), der jedoch ein breites Spektrum unterschiedlicher Maßnahmen finanziert (Jugendberufshilfe, außerbetriebliche Ausbildung der freien Träger, Volkshochschulen u.a.) und nur wenig Spielräume zur Finanzierung neuer Projekte der Sozialen Stadtteilentwicklung zulässt.

Die Schwierigkeiten, die unter diesen Rahmenbedingungen bei der gemeinsamen Finanzierung von Projekten der Sozialen Stadtteilentwicklung entstehen, zeigen die zwei im Rahmen der Quartiersentwicklung entwickelten Projekte, die das Erreichen des Schulabschlusses und die Berufsorientierung schwächerer Schüler unterstützen sollen. Obwohl Schülerinnen und Schüler von Allgemeinbildenden Schulen zusätzlich gefördert werden, werden die Personalstellen der Projekte in Eidelstedt und in Altona-Nord mit Fördermitteln des Amtes BW bezahlt; das Amt S verfügt über keinen entsprechenden finanziellen Mittel. Eine Ausweitung dieses Projekttyps auf weitere Projektgebiete (z.B. in Lurup) hält das Amt BW aufgrund des allgemeinen Sparzwangs nicht für machbar. Insofern stößt das Kofinanzierungsmodell der STEB laut Aussage eines Vertreters des Amtes hier an seine Grenzen: Die zusätzlichen Mittel der STEB werden einmalig für die investiven Aufgaben bewilligt, während das Amt BW sich durch die Übernahme der Personalkosten langfristig binden müsse. Die einhellige Mei-

nung der im Rahmen der Behördenbefragung befragten Vertreter beider Ämter war dementsprechend, dass sich die neuen Aufgaben, wie z.B. die verstärkte Berufsorientierung in der Sekundarstufe I, nur durch Umsteuern im Haushalt für Personalmittel erfüllen lassen. Das Problem sei, dass dieser Personalhaushalt als reine Verwaltung von Lehrerstellen und Lehrergehältern begriffen wird; notwendig sei ein flexiblerer Einsatz von Personalmitteln (vgl. Kap. 9.6).

Der bisher noch in weiter Ferne liegende flexiblere Einsatz der Personalressourcen setzt zumindest voraus, dass an den Schulen ausreichend Kapazitäten vorhanden sind. Nach Auskunft der Behördenvertreter sei eine generelle Bevorzugung von Schulen aus den Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung im Rahmen des Senatsprogramms niemals geplant gewesen. Unabhängig davon müsse berücksichtigt werden, dass die Ausstattung der Schulen mit Personalstellen abgesehen von der Schülerzahl anhand unterschiedlicher und z.T. auch sozialer Kriterien ermittelt wird. Das wichtigste Kriterium für zusätzliche Lehrerstunden bzw. Stellen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit ausländischem Pass. Neben den Stundenkontingenten, die sich an den individuellen Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler orientieren, werden bestimmte Angebotsformen der Schulen wie Neigungskurse am Nachmittag, Hausaufgabenhilfe etc. durch zusätzliche Kontingente gestützt. Insgesamt ergeben sich innerhalb Hamburgs große Unterschiede zwischen Schulen, die nur die Grundversorgung und Schulen, die eine hohe Zusatzförderung erhalten. Das Kriteriensystem des Amtes orientiert sich damit zwar nicht unmittelbar an Sozialräumen, es unterstützt aber zumindest indirekt Schulen aus den Gebieten der Sozialen Stadt. Eine explizite Sozialraumorientierung wurde im Rahmen der Behördenbefragung abgelehnt, weil es hierfür keine verallgemeinerbaren Kriterien gebe. Bezeichnenderweise findet jedoch keine offene Diskussion zwischen den Ämtern und Fachbehörden (Schule, Jugend, STEB etc.) über die Möglichkeiten und Grenzen einer Sozialraumorientierung von Schulen und die dafür notwendigen Kriterien statt. Ausdruck dessen ist der intransparente Umgang des Amtes S mit den eigenen (nicht veröffentlichten) Ausstattungsschlüsseln.

In Bezug auf die Ausgaben und Angebote des Amtes BW muss festgehalten werden, dass in Hamburg sehr viel Geld in die Benachteiligtenförderung fließt, insbesondere über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Das System der an die Fachschulen angekoppelten Benachteiligtenförderung besitzt aber - bis auf wenige Ausnahmen - keine räumlichen Bezüge. Kritiker außerhalb der Behörden befürworten zudem eine stärkere Verschränkung von Berufsvorbereitungsmaßnahmen mit der Sozialen Stadtteilentwicklung. Notwendig seien spezifische Angebote von Fachschulen (oder im Rahmen des QUAS-Programmes) für Jugendliche aus dem jeweiligen räumlichen Umfeld und die Vernetzung der Schulen und sozialen Einrichtungen, durch die auch eine direktere Verknüpfung der Fördermittel möglich wäre. Wie beim Amt S werden solche Forderungen in der Regel mit dem Hinweis auf die ausschließlich an fachlichen Kriterien orientierten Maßnahmen und Aufgaben des Amtes zurückgewiesen. Wenig Überzeugungskraft besitzt auch die häufiger geäußerte Meinung, dass die Gelder von den teuren Berufsvorbereitungsmaßnahmen in kostengünstigere und – so die These – wirkungsvollere Berufsorientierungsmaßnahmen in der Sekundarstufe I umgeschichtet werden müssten. Derartige Forderungen würden eine grundsätzliche Neuausrichtung der Förderphilosophie und eine Intervention der Politik verlangen.

Insgesamt, dies hat die Befragung in den Behörden ergeben, ist das „Ressortdenken“ in Hamburg noch stark ausgeprägt. Dies hat ebenso vielfältige Gründe wie auch Vor- und Nachteile, die hier nicht im Einzelnen erörtert werden können. Vermieden werden sollten auch vorschnelle Vergleiche mit anderen Kommunen, da die Fachbehörden im Stadtstaat

Hamburg einen anderen Stellenwert besitzen (eher vergleichbar den Ministerien in den Flächenstaaten). Eine wesentliche Folge dieser über Jahrzehnte verfestigten Verwaltungsstrukturen ist, dass sie sich nicht *im Rahmen eines einzelnen Programms* in neue Kooperationsformen auflösen lassen. Die Arbeitsmarktpolitik der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (und des Arbeitsamtes), die Wirtschaftsförderung der Wirtschaftsbehörde, die Schulpolitik des Amtes für Schule, die Berufsschulpolitik des Amtes für Berufliche Bildung und Weiterbildung wie auch die Jugendpolitik des Amtes für Jugend bestehen aus weitgehend getrennten Säulen, die sich offenbar nur schwer „von unten“ verzahnen lassen. Die Tradition des Ressortdenkens spiegelt sich schließlich auch in den beruflichen Milieus der lokalen Ebene wider, sichtbar z.B. in einer erkennbaren Frontstellung der Sozialarbeiter aus der Jugendhilfe gegenüber den Repräsentanten der Schulen oder der Distanz der Mitarbeiter von Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern zu den Unternehmensvertretern.

10.2 Management und Organisation

Verknüpfung der Vor-Ort-Ebene mit den übergeordneten Ebenen

Während die Organisationsstrukturen vor Ort zum Zeitpunkt der Abgabe des Endberichts als ein umfassendes soziales Netzwerk zu bezeichnen sind, in dem Arbeitsteilungen und Themenschwerpunkte sowie deren Verknüpfung in weiten Teilen bereits selbst tragend funktionieren, erweist sich die Verknüpfung der Vor-Ort-Ebene mit der Ebene der Verwaltungsorganisationen, insbesondere der Fachbehördenebene noch als entwicklungsbedürftig. Das unter anderem mit dieser Aufgabe betraute Quartiersmanagement hat, angesichts der sich darstellenden Vielfalt der inhaltlichen Schwerpunkte (im Handlungsfeld „Gesundheit“ ebenso wie im Handlungsfeld „Ausbildung“ usw.) zu wenig Ressourcen und Durchsetzungskraft, um eine umfassende Verknüpfung dieser Ebenen zu leisten.

Angesichts der großstädtischen Akteurs- und Programmvietfalt ist es von großer Bedeutung, den Informations- und Know-how-Transfer zwischen den Quartieren und den Fachbehörden zu sichern. Dies erfolgte im engeren Sinne in den Abstimmungsrunden der federführenden Fachbehörde STEB. Hier wurden die Projektvorschläge der Quartiersentwickler geprüft, und die jeweils betroffenen Fachbehörden, unter anderem über die Abstimmung der Quartiersentwicklungskonzepte eingebunden. Wichtig ist jedoch auch der Vermittlungs- und Abstimmungsprozess über Programme und Projekte, die nicht unmittelbar mit der Sozialen Stadtteilentwicklung verknüpft sind, jedoch für diese u.U. fruchtbar gemacht werden können. Ein systematischer Wissenstransfer oder gar Instanzen, die für die Ausweitung oder Übertragung von Projekten in die Projektgebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung zuständig sind, existieren in Hamburg bisher nicht. Solche Transfers erfolgen – wenn überhaupt – über informelle Gremien.

Ein positives Beispiel für einen informellen und offenen Austausch ist der *jour-fixe* zwischen BAGS, STEB und dem Arbeitsamt. Er hat dazu beigetragen, dass die Schwerpunktsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik der BAGS in den Programmgebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung (s.o.) vom Hamburger Arbeitsamt mitgetragen wurde.⁵² Laut Aussage einer Vertreterin der BAGS wurden als Reaktion auf den in den ersten Quartiersentwicklungskonzepten deutlich werdenden unterschiedlichen Wissensstand über die Programme und In-

⁵² In Altona nimmt zudem die Beschäftigungsbeauftragte des Bezirks eine entscheidende Mittlerrolle zwischen Quartiersentwicklung und den Programmen der BAGS und des Arbeitsamtes ein. Aufgrund ihrer umfangreichen Projekterfahrung kann sie die Projektträger und das Quartiersmanagement bei der Projektentwicklung mehr noch als in anderen Handlungsfeldern unterstützen.

strumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik alle Hamburger Quartiersentwickler eingeladen. Neben dem Austausch und der Informationsvermittlung sei es darum gegangen, gemeinsam Handlungsschwerpunkte festzulegen.

Ein vergleichbares Gremium, das einen Austausch zwischen Quartiersentwicklern und der Wirtschaftsbehörde ermöglicht, existiert in Hamburg nicht. Es ist daher nicht überraschend, dass das Thema Wirtschaftsförderung in den schwierigen Gebietstypen wie Lurup (in denen keine Existenzgründerprogramme greifen) bisher nicht besetzt ist. Im Rahmen der Behördenbefragung der Programmbegleitung hat sich herausgestellt, dass die Wirtschaftsbehörde grundsätzlich bereit wäre, in einen verstärkten Austausch mit den Quartiersentwicklern einzutreten.

Der informelle Austausch zwischen Fachbehörden, Schulen und Quartiersentwicklung wurde über die „Arbeitsgruppe Schule-Nachbarschaft“ organisiert. Vertreten waren hier u.a. das Amt für Schule, das Amt für Jugend, die Stadtentwicklungsbehörde, die Umweltbehörde, das Institut für Lehrerfortbildung, Vertreter verschiedener Schulformen sowie der Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG; s. Kap. 5.3: das Stadtteilmanagement). Nicht vertreten war das Amt für Berufliche Bildung und Weiterbildung. Das bisher wichtigste Ergebnis dieses Kreises war eine Broschüre, die das Konzept „Schule und Nachbarschaft“ beschreibt, die inhaltlichen Parallelen zur Sozialen Stadtteilentwicklung aufzeigt und zahlreiche Projekte aus Hamburg vorstellt. Einen systematischen institutionalisierten Austausch mit den Quartiersentwicklern gab es diesbezüglich bisher allerdings nicht.

Der Austausch mit dem Amt für Berufliche Bildung und Weiterbildung lief bisher über eine Vertreterin des Amtes, die zugleich die Gesamtkoordinatorin für die Soziale Stadtteilentwicklung innerhalb der BSJB war. Aus dieser Zusammenarbeit sind auch wichtige Projekte für einzelne Programmgebiete hervorgegangen (z.B. RAZ und ZAG, s. Kap. 9.6). Darüber hinaus gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Quartiersentwicklung jedoch schwierig, da die Beruflichen Schulen, die von dem Amt vertreten werden, in Hamburg nach dem Fachschulprinzip organisiert sind und sich bisher nur in Ausnahmefällen der Quartiersentwicklung geöffnet haben.

Zur Legitimität des Luruper Forums

Ein weiterer, im Kapitel „Management und Organisation“ nicht problematisierter Punkt betrifft die Legitimität des Luruper Forums. Das Luruper Forum sieht sich, wie sicherlich alle Bürgerforen der Sozialen Stadtentwicklung, in einer Vertreterfunktion: Hier sollen die Interessen der Bewohner, Gewerbetreibenden, der Deutschen und Nicht-Deutschen, der „Organisierten“ und der Nicht-Organisierten zusammenfließen und zu einer gemeinsamen Position der Akteure vor Ort zusammengefasst werden. Diese Stellvertreterfunktion wird unter verschiedenen Aspekten als problematisch angesehen.

Zunächst lässt das Übergewicht an Professionellen im Luruper Forum die Frage aufkommen, ob die Adressaten der Sozialen Stadtentwicklung, die „sozial Benachteiligten“, in diesem Gremium nicht unterrepräsentiert sind. Handelt es sich nicht wiederum nur um „Repräsentanten“ in einem bestimmten politischen Feld? Wenn dies der Fall ist, wie sind sie legitimiert, z.B. in Bezug auf die Entscheidungen über die Gelder des Verfügungsfonds? In einem so heterogenen und zweigeteilten Modellgebiet wie Lurup stellt sich zudem die Frage, inwieweit die einzelnen Nachbarschaften im Forum tatsächlich vertreten sind. Sind die Bewohner des Flusseviertels stärker vertreten als die des Lüdersring/Lüttkamp und werden ihre Interessen im Forum aus diesem Grund stärker berücksichtigt? Wäre schließlich eine räumliche Gliede-

rung des Forums in Arbeitsgruppen (z.B. die Arbeitsgruppe „innerer Lüdersring“) aus diesem Grunde sinnvoller als eine thematische, die u.U. zwar den Handlungsfeldern der Sozialen Stadtentwicklung, aber nicht den Interessen der Bewohner entspricht?

Die Beantwortung dieser wie so vieler Fragen, die im Rahmen der Programmbegleitung auftauchten, kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Es bedarf einer eigenen Untersuchung, die der Frage nach der Legitimität und „bürgernahen“ Organisation der im Rahmen der Sozialen Stadtentwicklung initiierten Bürgerforen nachginge.

10.3 Aktivierung und Beteiligung

Die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung ist bereits in einer sehr umfangreichen Weise gelungen, kann jedoch, wie vielleicht immer, unter verschiedenen Gesichtspunkten noch verbessert werden: Sind alle Bevölkerungsgruppen des Gebiets erreicht worden? Entspricht die Form der Beteiligung – im Rahmen eines Projekts oder als Teilnahme an einer Arbeitsgruppe, kurzzeitig oder längerfristig – dem, was sich die Beteiligten wünschen?

Besondere Aufmerksamkeit erforderten u.E. folgende Punkte:

Die Bedeutung von „Vorläuferprojekten“

Vieles im Quartier beginnt im „Kleinen“ und wird durch das ehrenamtliche Engagement weniger Menschen getragen. Im Reifungsprozess einer Projektidee zum durchführbaren Projekt sind viele Hürden zu überwinden. Trotz der Unterstützung des Quartiersmanagements und die Programmbegleitung zeigte gerade die Erfahrung der Luruper Frauenoase, dass Zusammenschlüsse von Bürgern durch lange Planungszeiträume und die damit über lange Zeit zu leistende ehrenamtliche Tätigkeit Gefahr laufen, auseinander zu brechen. Die Konzeption und Organisation eines Projekts erweist sich in ehrenamtlichem Engagement als fast unmöglich. Es ist immer wieder abzuwägen, inwieweit „Bürger planen“ und inwieweit Planungen von Professionellen unterstützt, damit jedoch auch in Teilen aus der Hand genommen werden müssen. Hier gilt es darauf hinzuwirken, noch stärker als bisher von Bürgern aus eigener Kraft erreichbare, kleinere Teilziele zu operationalisieren, die schrittweise und mit kalkulierbarem Aufwand zu realisieren sind.

Beteiligung an der Konzeptentwicklung

Der mit der Arbeitsgruppe „QEK“ umgesetzte hohe Anspruch einer „Bürgerbeteiligung an konzeptionellen Aufgaben“ verlangt eine intensive fachliche Begleitung, die zukünftig nicht allein vom Quartiersmanagement geleistet werden kann. Dies zum einen deshalb nicht, weil es eine Aufgabe des Quartiersmanagements sein muss, „Exit-Strategien“ zu entwickeln, das heißt sich auch aus diesem Arbeitsfeld zurück zu ziehen. Zum anderen kann das Quartiersmanagement nicht über eine so umfassende Erfahrung in allen Handlungsfeldern der Quartiersentwicklung verfügen, dass es etwa, zusammen mit den lokalen Akteuren, Konzepte der Gesundheitspolitik oder der Arbeitsmarktpolitik entwickeln könnte. Hier ist der direkte Kontakt mit Experten und politischen Entscheidern und deren fachliche wie personelle Verantwortung gefragt. Das Quartiersmanagement übernehme diesbezüglich, entsprechend des Selbstverständnisses (s. Kap. 5.4), eine Moderationsfunktion.

Eine „Exit-Strategie“ des Quartiersmanagements bestünde damit etwa darin, die entsprechenden überlokalen Netzwerke aufzubauen, Kontakte zwischen den Aktiven vor Ort (den „Konzeptentwicklern“) und den entsprechenden „Experten“ (innerhalb der Verwaltung sowie im privatwirtschaftlichen Bereich) zu knüpfen. Eine gemeinsame Konzeptentwicklung ver-

schiedener, in den Handlungsfeldern aktiver Akteure wäre dann ein weiterer Schritt in Richtung Beteiligung: Der Artikulation von Zielen und Vorschlägen der Umsetzung sollte im Quartier eine weitere, mehr und mehr direkte Auseinandersetzung mit „Entscheidern“ der jeweiligen Handlungsfelder folgen.

Vermehrt auftretende Konflikte

Vermehrte Beteiligung bringt neben komplexen und bedarfsgerechten Produkten auch Konflikte, Neid und das Gefühl von Ungerechtigkeiten hervor. Es kommt zu Frustrationen, dass etwas nicht so funktioniert, wie man es sich gedacht hatte. In einem Modellgebiet wie Lurup, in dem bereits eine Reihe von Projekten und Beteiligungsverfahren umgesetzt, manches angeschoben, manches jedoch auch wieder fallengelassen werden musste, hat das Quartiersmanagement – zusätzlich zu seiner Motivationsfunktion – mehr als andernorts Konfliktmanagement zu betreiben. Es muss als „Schlichter“ fungieren, häufig für Akzeptanz werben.

Diese neue Phase der Sozialen Stadtentwicklung muss bereits bei Beginn der Sonderförderung in die Umsetzung einbezogen werden: Es sind Personen zu aktivieren, die ebenso die Rolle von Schlichtern übernehmen und als Teil der sich neu gründenden Gemeinschaft für den Kontakt zu anderen Gruppen des Quartiers sorgen können.

10.4 Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen

Die vielfältigen baulich-räumlichen, sozialen und auch politischen Veränderungen (in Form einer politischen Teilhabe von Bürgern) im Gebiet lassen sich an dieser Stelle nicht in aller Kürze zusammenfassen. Diesbezüglich sei auf die Tabelle in Anhang II verwiesen.

Atmosphärische Veränderungen

Festzuhalten bleibt, dass durch die Aktivitäten des Quartiersmanagements und der Bewohner bzw. im Gebiet arbeitenden Menschen eine atmosphärische Veränderung stattgefunden hat. Sie drückt sich vor allem darin aus, dass immer mehr Bewohner und andere Akteure „den Mund aufmachen“, versuchen, ihre eigenen Interessen zu artikulieren. Dies führt nicht immer zu einer „friedvolleren“ Atmosphäre, bietet jedoch die Möglichkeit, Wünsche und latente Konflikte in „bearbeitbare“ Bahnen zu lenken und die hierbei freiwerdenden Energien für die Quartiersentwicklung und eine Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil nutzbar zu machen. Insofern ist ein erstes Teilziel in der „Aktivierung und Beteiligung“ der Bevölkerung bzw. in der Artikulation von Problemlagen erreicht.

Notwendige Flankierungen: zum Beispiel die Förderung von Einzelhandelszentren

Viele notwendige Veränderungen lassen sich nicht allein über ein Programm der Sozialen Stadtentwicklung realisieren. Ein Beispiel hierfür ist die Förderung von Einzelhandelszentren. Sie haben eine wichtige Funktion im Hinblick auf die Nahversorgung der Bevölkerung, aber auch in Bezug auf die Gestaltung von Treffpunkten und Orten der Kommunikation im Stadtteil. Da eine Rückkehr zum früheren Status quo nicht möglich ist, müssen innovative Nutzungskonzepte entwickelt werden, die auch neue, am Gemeinwesen orientierte Dienstleistungsangebote beinhalten. Dies lässt sich aber nur sehr schwer innerhalb des Alltagsgeschäfts der Quartiersentwicklung bewerkstelligen. Es kommt hinzu, dass die Reaktivierung der kleineren Zentren auch erhebliche bauliche Maßnahmen an und um die Zentren erfordert, in die auch die privaten Grundeigentümer eingebunden werden müssen. Solange sich diese aber ausschließlich an Renditen orientieren, wird eine gemeinsame Planung und Finanzierung kaum machbar sein. Aus Sicht der Programmbegleitung wäre es daher erforder-

lich, die Wohnungsbauunternehmen (z.B. durch Bereitstellung kostengünstiger Gewerberäume) verstärkt in die finanzielle Verantwortung zu nehmen, da der wohnungsnahe Einzelhandel unmittelbaren Einfluss auf die Qualität des Wohnumfeldes und auf den Wohnwert hat.

Jenseits der konzeptionellen Neuorientierung könnte eine öffentliche Unterstützung der bestehenden Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe in den Nahversorgungszentren geleistet werden, da es hier oft an relativ einfachen und grundlegenden Qualifikationen im Bereich Präsentation, Marketing und Service fehlt. Zwar gibt es in Hamburg sicherlich genug Qualifizierungsangebote in diesem Handlungsfeld, sie werden von den kleinen Händlern und Dienstleistern aber unzureichend wahrgenommen. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Inhaber bisher auch nicht in die Quartiersentwicklung eingebunden. Um die Betriebe ansprechen zu können, dürfen die Repräsentanten der Sozialen Stadtteilentwicklung nicht mit leeren Händen dastehen. Erste Ansatzpunkte entstehen in Hamburg derzeit durch ein mobiles Beratungsprojekt, dessen Dienstleistungen von den Quartiersentwicklern angefordert werden können.

10.5 Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet

Einige der im Modellgebiet entwickelten Strukturen haben sich (mit den unter Kap. 9.2 genannten Einschränkungen) bereits innerhalb des Beobachtungszeitraums als tragfähig erwiesen. Dies betrifft vor allem die im weitesten Sinne institutionalisierten Strukturen vor Ort, wie die Einrichtung des Luruper Forums oder in der Jugendbetreuung engagierte Sportvereine. Die Entwicklung einer Kooperationsstruktur unter den sozialen Einrichtungen des Gebiets, zwischen diesen und anderen Initiativen sowie das Einbeziehen der wirtschaftlichen Akteure sind jedoch erst in ersten Ansätzen gelungen. Um so wichtiger erscheint es uns, diese Ansätze weiterhin zu entwickeln und zu unterstützen, um angeregte Vorhaben – wie die Veranstaltungen der „Luruper Frauenoase“, das Einbeziehen eines Unternehmens wie der „Bäderland GmbH“ in die Quartiersentwicklung (s. Kap. 2.3), der Runde Tisch „Arbeit und Beschäftigung“ bzw. die Arbeitsgruppe „Arbeit“ des Luruper Forums u.v.a. – nicht „im Sande“ verlaufen zu lassen.

Auch eine so zentrale Einrichtung wie der Stadteilladen könnte derzeit nicht weiter existieren, würden die Gelder aus dem Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung Hamburgs gestrichen. Nachdem ein tragfähiges Konzept entwickelt wurde, muss (wie für so viele andere neu etablierte Institutionen und Projekte) eine Weiterentwicklung des Konzepts stattfinden, die eine weitere Existenz ohne die Sonderförderung der Sozialen Stadt ermöglicht. Diese Weiterentwicklung des Stadteilladen-Konzepts muss in Zusammenarbeit zwischen Bewohnern und Quartiersmanagement geleistet werden.

Der jedoch wichtigste Punkt in Hinblick auf die Tragfähigkeit geschaffener Strukturen ist die Frage, inwieweit das Vorhandene es ermöglicht, neue, bisher nur ansatzweise erkennbare Potentiale und Ressourcen in die Quartiersentwicklung einzubeziehen sowie fortwährend zu erschließen. Diesbezüglich – und dies ist unserer Ansicht nach für einen tatsächlichen „Erfolg“ des Programms in Lurup von nicht zu unterschätzender Bedeutung – ließen sich außerhalb des Quartiersmanagements bisher keine tragfähigen Verfahrensänderungen etablieren. Tragfähig in dem Sinne, dass von einer weiteren Unterstützung der vorgefundenen „Pflänzchen“ ausgegangen werden kann. Vielmehr befindet man sich, wie im Bereich „Schule – Beruf“ oder auch bezüglich der besonderen Förderungen von Frauen im Gebiet, derzeit eher in einem Stadium der Analyse des Vorhandenen bzw. in dem Versuch, erste Schritte der Konzeptentwicklung zu diskutieren.

Insgesamt hat die Programmbegleitung in Hamburg-Altona-Lurup gezeigt, dass selbst bezüglich eines Gebiets, in dem die Quartiersentwicklung im Sinne der Sozialen Stadt (Einrichten eines Quartiersmanagements und eines Stadtteilladens, Gründen und Organisieren eines Bürgergremiums usw.) vergleichsweise schnell vorangebracht und vielfältige Elemente zukünftiger Strukturen etabliert werden konnten, noch wenig zu deren zukünftiger Tragfähigkeit ausgesagt werden kann. Tatsächlich fundierte Aussagen ließen sich nur auf der Basis von weiteren Erfahrungen und deren wissenschaftliche Begleitung treffen.

10.6 Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt – Bedeutung der Gesamtstadt für das Modellgebiet

Aufgrund der spezifischen Hamburger Programmstruktur, in der das Modellgebiet nur eines von zahlreichen Projektgebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung ist, das inhaltlich und finanziell keine exponierte Position besitzt, lassen sich auch keine spezifischen Wirkungen der Quartiersentwicklung in Lurup auf die Gesamtstadt ableiten. Eine Ausnahme bildet diesbezüglich die besondere Rolle der Programmbegleitung vor Ort, die über den Zwischenbericht und die durchgeführten Befragungen Beiträge zur Entwicklung auch in anderen Quartieren leisten konnte.

Wie in Kapitel 1 dargelegt, hat die Programmbegleitung nicht nur die Umsetzung des Programms im Modellgebiet begleitet, sondern auch spezifische Handlungsfelder der Sozialen Stadtentwicklung vertiefend behandelt. Bezüglich des Übergangs „Schule-Beruf“ wurde – bezieht man die gesamtstädtische Projektlandschaft in die Betrachtung ein – eine derartige Vielfalt von innovativen Maßnahmen und Projekten deutlich, dass sich die Frage aufdrängte, wie in einem Quartier wie in Lurup der Eindruck entstehen kann, dass a) „nichts passiert“ und b) die Akteure vor Ort auf sich alleine gestellt sind. Aus Sicht der Programmbegleitung ist es daher notwendig, in diesem Kapitel die Aktivitätsvielfalt auf gesamtstädtischer Ebene inhaltlich darzustellen und anschließend auf die Frage einzugehen, wie sich bisher nicht vorhandenen Bezüge zwischen den vorzufindenden Initiativen und einem einzelnen Projektgebiet wie Lurup herstellen lassen könnten. Dabei wird deutlich, dass eine engere inhaltliche Verzahnung z.B. der Schulpolitik und der Sozialen Stadtteilentwicklung notwendig ist. Zugleich ist es erforderlich, die an räumlichen Grenzen orientierte Betrachtung einzelner Projektgebiete in einer Großstadt wie Hamburg zugunsten arbeits- und handlungsfähiger Akteursnetze zu überwinden.

Der „Übergang Schule – Beruf“ ist ein Querschnittshandlungsfeld, das sich weniger an Ressortzuständigkeiten als an der lebensweltlichen Perspektive der Jugendlichen und ihrem jeweiligen schulischen und beruflichen Werdegang orientieren sollte. Idealtypisch betrachtet „beginnt“ der Übergang bei der Berufsorientierung in den Schulen und „endet“ bei der erfolgreichen Integration in die Arbeitswelt nach einer abgeschlossenen Ausbildung. Die Zielgruppe der zu unterstützenden Jugendlichen verändert sich im Prozess: Die Berufsorientierung betrifft alle Schüler der Allgemeinbildenden Schulen; die Unterstützung bei der Berufswahl und der Ausbildungsplatzsuche hängt vom Ausmaß der individuellen Schwierigkeiten ab. Diejenigen, die den Sprung in die betriebliche Ausbildung oder auf weiterführende Schulen schaffen, sind nur noch Zielgruppe bei Abbrüchen oder erforderlichen Ausbildung begleitenden Maßnahmen. Hauptzielgruppe nach der Schule ist die traditionelle Klientel der „Benachteiligtenförderung“, für die in Hamburg ein komplexes und weitgehend schulisch organisiertes System der Berufsvorbereitung sowie außerbetriebliche Ausbildungsplätze bereitgehalten werden. Die Unterstützung bei der zweiten Schwelle von der Ausbildung in den Beruf bezieht sich vor allem auf die Jugendlichen der Benachteiligtenförderung.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen (sinkende Ausbildungszahlen im Handwerk, bei gleichzeitig steigenden Qualifikationsanforderungen in den Ausbildungsberufen; s. Kap. 2) wirken sich die bestehenden Defizite der Hamburger Akteurs- und Aufgabenstrukturen zunehmend nachteilig aus. Das System der Berufsvorbereitung ist durch die so genannte „Versäulung“ gekennzeichnet. Die Säulen Arbeitsamt (Maßnahmen nach SGB III), Berufliche Schulen (Amt BW), BAGS (Qualifizierung von Sozialhilfe beziehenden Jungerwachsenen) und die bezirkliche Jugendhilfe (niedrig schwellige Beratung etc.) besitzen ihre eigenen Förderinstrumente und -kriterien, die zu wenig aufeinander abgestimmt sind. Zu dem Unterbau der Allgemeinbildenden Schulen besteht kaum Kontakt; ein systematischer Übergang zwischen „abgebenden“ Schulen und aufnehmenden Institutionen fehlt. Ein weiteres wichtiges Problem sind die geringen Bezüge zu betrieblichen Alltagswelten, sowohl im System „Schule“ als auch in der Berufsvorbereitung und der außerbetrieblichen Ausbildung. Das Leben in diesen geschützten Räumen und die fehlenden Erfahrungen in der „Ernstsituation“ scheinen sich nachteilig auf den sozialen und beruflichen Integrationsprozess der Jugendlichen auszuwirken.

Gesamtstädtische Ebene/Projekte

Die bestehenden Mängel sind weitgehend bekannt; die Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsbildung ist mittlerweile Thema zahlreicher Programme und Initiativen auf Bundes- und Landesebene. Ihr Einfluss auf die Programmgebiete der Sozialen Stadt (oder gar ein einzelnes Gebiets wie Lurup) lässt sich nicht konkret beurteilen. Dennoch ist es notwendig, diese Initiativen zu würdigen, da sie einen wichtigen Orientierungsrahmen für die lokale Entwicklung und die hier bestehenden Handlungsperspektiven bilden.

Im Bereich der Berufsvorbereitung gilt das Programm „Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger“ (QUAS) als wichtige Innovation. Das zum Projektstart 1997 bundesweit einmalige Modellprojekt wurde federführend vom Arbeitsamt Hamburg sowie von den beiden Hamburger Behörden BSJB und BAGS initiiert. Im Gegensatz zu den bisherigen vollschulischen Angeboten der Berufsvorbereitung setzt „Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger“ (kurz: QUAS) auf eine stärkere Akzentuierung des Lernortes „Betrieb“. Die Teilnehmer absolvieren in der Hälfte der Zeit ein Praktikum in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes und lernen die andere Hälfte in Berufsschulen. QUAS richtet sich an Hauptschulabbrecher und schlechte Hauptschüler, die als nicht „ausbildungsreif“ gelten und über die vollzeitschulischen Maßnahmen nicht erreicht bzw. motiviert werden können. Die Praktika sind auf sechs Monate angelegt, können jedoch verlängert werden. Die Jugendlichen werden vom Arbeitsamt bzw. den Behörden entlohnt. Dem Beschäftigungsbetrieb werden die Nettolohnkosten sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung erstattet. Primäres Ziel ist, dass die Teilnehmer im Anschluss an das Praktikum eine reguläre Ausbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit beginnen. Aufgrund der bisherigen Erfolge wurden die beiden getrennten QUAS-Programme des Arbeitsamtes und der BSJB mittlerweile verstetigt.⁵³

Weitere Veränderungen werden derzeit vom Arbeitsamt Hamburg eingeführt bzw. erprobt. Dies geschieht vor allem im Rahmen des Jugendsoforthilfeprogramms und des Job-AKTIV-Gesetzes, die insbesondere eine individualisiertere Berufswege- und Qualifizierungsplanung über das Arbeitsamt anstreben. Im Bereich der Berufsvorbereitung/ Benachteiligtenförderung läuft im Rahmen eines weiteren BMBF-Modellprogramms („Berufliche Qualifizierung für Ziel-

⁵³ Für eine ausführliche Darstellung s. Arbeitsmarktbericht Hamburg 2000.

gruppen mit besonderem Förderbedarf“) seit einigen Monaten eine Entwicklungsinitiative, die den Aufbau einer kohärenten Förderstruktur („Förderung aus einem Guss“) durch die bessere Verzahnung der Angebote des Arbeitsamtes mit Qualifizierungsangeboten anderer Institutionen zum Ziel hat.

Weniger institutionalisiert als die Berufsvorbereitung sind die Aktivitäten im Rahmen der präventiv wirkenden *Berufsorientierung*. Hervorzuheben ist, dass derzeit auf verschiedenen Ebenen bzw. von unterschiedlichen privaten und öffentlichen Akteuren die Verbesserung der Berufsorientierung an Hauptschulen betrieben wird.

Ein Projekt, das in naher Zukunft alle Hamburger Hauptschulen betreffen wird, ist das „Netzwerk Hamburg“. Das 1999 vom Otto-Versand und Hapag-Lloyd initiierte Netzwerk war ein Ergebnis der „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“⁵⁴ sowie der bundesweiten „Initiative für Beschäftigung“. Das wahrscheinlich wichtigste Teilprojekt des Netzwerkes widmet sich der Stärkung der Berufsorientierung an Hauptschulen. Im Schuljahr 00/01 schlossen zunächst zehn Großunternehmen Partnerschaften mit jeweils einer benachbarten Haupt- und Real- oder Gesamtschule ab und führten in Kooperation mit dem Arbeitsamt eine „Feuerwehraktion“ durch (SchülerInnen formulieren schriftlich ihre eigenen Stärken und Interessen und beurteilten die ihrer MitschülerInnen; es folgten Einzelgespräche mit Berufsberatern beim Arbeitsamt und „Eignungsgespräche“ bei den Unternehmen; schließlich leisteten die Unternehmen Unterstützung bei der Lehrstellensuche). Dieses Kooperationsprojekt wird im Schuljahr 01/02 auf rd. 30 Schulen und Partnerunternehmen erweitert. Mit finanziellen Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Behörde für Arbeit und Gesundheit läuft seit Herbst 2001 der Aufbau einer Koordinierungsstelle mit zunächst fünf Mitarbeitern, die im nächsten Schuljahr das Projekt vollständig übernehmen und schrittweise auf alle Hamburger Haupt- und Realschulen erweitern soll (auch das Institut für Lehrerfortbildung ist eingebunden). Die vorläufige Zielvorgabe lautet, die Vermittlungsquote der SchülerInnen in die Ausbildung von derzeit 10-20 % auf 50 % zu erhöhen. Dies soll durch eine fallbezogene Kooperation zwischen den Schulen, den Berufsberatern und den Personalvertretern der Unternehmen geschehen: Von den SchülerInnen werden elektronische Akten angelegt, die ihren jeweiligen Berufsfindungsprozess und den Stand der Beratung festhalten und allen beteiligten Akteuren transparent machen. Am Ende soll eine intensive Unterstützung bei der Lehrstellensuche (inklusive der Akquisition neuer Lehrstellen) stehen. Hervorzuheben ist neben dieser neuartigen Kooperationsstruktur, die die „Versäulung“ von Schule, Arbeitsamt und Unternehmen aufzuheben versucht (s.o.), die Orientierung an den Stärken und Interessen von (Haupt-) SchülerInnen sowie der angestrebte „Paradigmenwechsel“ innerhalb der Schulen: Die Abschlussorientierung soll von einer Anschlussorientierung abgelöst werden.

An dem Projekt sind derzeit bereits eine Reihe von Schulen aus den Projektgebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung beteiligt, unter anderem die dem Projektgebiet des Osdorfer Borns zugerechnete Luruper Gesamtschule, die mit einem großen Luruper Industriebetrieb kooperiert. Die Bezüge zur Sozialen Stadtteilentwicklung sind bisher jedoch eher zufällig, da es sich um ein Projekt handelt, das von zwei führenden Hamburger Großbetrieben entwickelt, von der politischen Leitungsebene unterstützt und schließlich vom zuständigen Amt für Schule (das u.a. die Schulen ausgewählt hat) sowie den beteiligten Unternehmen umgesetzt wurde.

⁵⁴ Das Hamburger Bündnis wurde vom damaligen Bürgermeister Ortwin Runde initiiert und wird vom neuen Senat nicht mehr fortgeführt.

Dieser „top-down-Prozess“ zeigt die Wirkmächtigkeit gesamtstädtischer Initiativen, deren Resultate ergiebiger sind als die vorsichtigen Kooperationsbemühungen einzelner Schulen oder der Quartiersentwickler.

Daher ist es auch zielführender, diese Initiative mit der sozialen Stadtteilentwicklung zu verkoppeln, als parallel dazu eigene Kooperationen aufzubauen. Denkbar wären gegenseitige Unterstützung bei der Suche nach kooperationswilligen Unternehmen und ein Ausbau der Kooperationsinhalte und Formen. Die bisherige Projekterfahrung zeigt, dass die Vertreter und Vertreterinnen aus den Personalteilungen oft zum ersten Mal in ihrem Leben in einen unmittelbaren persönlichen Kontakt mit der Lebenswelt der Hauptschülerinnen und -schüler kommen (s. Exkurs II). Der hierdurch ausgelöste Prozess, der mit dem Hinterfragen der eigenen Vorurteile beginnt und oft zur intensiven Unterstützung der Jugendlichen geführt hat, lässt sich u.U. noch erweitern. Den Mitarbeitern könnten z.B. – zur Stärkung ihrer sozialen Kompetenz – Praktika in sozialen Einrichtungen angeboten werden (ähnlich dem Projekt „Seitenwechsel“); die Betriebe könnten als Partner für Runde Tische und andere Projekte gewonnen werden.

Ebenfalls der „Verbesserung der Leistungsbereitschaft und der Voraussetzung für den Berufsübergang von Hauptschülern“ soll das von der Zeit-Stiftung geförderten „Lernwerk-HH“ dienen. Seit dem Schuljahr 01/02 werden an vier Hamburger Hauptschulen unterschiedliche Projekte durchgeführt:

- Werkstatttag für die 8. Klasse (mit externem Meister eines Beschäftigungsträgers);
- Coaching-Projekt zur Berufsvorbereitung ab 8. Klasse an den „Klassenlehrertagen“ (in Kooperation mit der AWO); Praxisintensivierung im Wahlpflichtfachbereich (zusätzliche Angebote mit externen Meistern);
- Elternarbeit, insbesondere mit Migranten (1/2 Stelle für Sozialpädagogen); Praxisintensivierung im Wahlpflichtfachbereich (mit externen Meistern);
- Schülerbetrieb „Tieloh Fahrrad“, der mit einer 7. Klasse innerhalb der nächsten drei Jahre aufgebaut werden soll.

An allen Schulen sollen curriculare Veränderungen vollzogen werden, um praktisches und theoretisches Lernen aufeinander abzustimmen. Das dreijährige Projekt wird von der Universität Hamburg evaluiert und soll nach Möglichkeit Rückwirkungen auf den Regelbetrieb der Schulen beinhalten.

Auch hier werden systematisch Erfahrungen gesammelt, die für die Schulen aus den Projektgebieten der Sozialen Stadt von großem Interesse sind und möglichst frühzeitig zu entsprechenden Projekten führen sollten.

Neben diesen von privaten Akteuren unterstützten Projekten erprobt das zuständige Amt für Schule eigenständig Reformprojekte. Richtungweisend ist der im Schuljahr 00/01 an zwei Schulen begonnene Schulversuch⁵⁵ „Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb“, zu dem mittlerweile weitere Schulen hinzugekommen sind. Mit dem auf eine Laufzeit von vier Jahren konzipierten Schulversuch werden neue curriculare Bausteine für den Übergang von der Schule in die Berufs- und Arbeitswelt erprobt und – je nach Ergebnis – in den Regelbetrieb übernommen. Dazu wurde der äußere Rahmen des Unterrichts grundlegend verändert: Die

⁵⁵ Weitere derzeit laufende Schulversuche sind: Einführung des Technikkonzeptes (Stärkung praktischer Arbeiten in verschiedenen Werkstätten und Informatikraum an elf Schulen); Integrierte Haupt- und Realschulen (die die negative Selektionserfahrungen von Hauptschülern vermeiden sollen, ebenfalls an elf Schulen erprobt).

Schülerinnen und Schüler arbeiten und lernen zwei Tage in der Woche in Betrieben, in den übrigen drei Tagen in der Schule (dies betrifft, je nachdem wie die Schulen dies handhaben, die Haupt- und Realschüler der 8. und 9. oder der 10. Klasse.). Das Arbeiten und Lernen am Praxisort umfasst jeweils ein halbes Jahr, die Schülerinnen und Schüler lernen also zwei bis vier Betriebe und Berufsfelder kennen. Schulisches und betriebliches Lernen sind aufeinander abgestimmt und sollen sich gegenseitig befruchten. Zentraler Baustein des Projektes sind „besondere Lernaufgaben“, die die Schülerinnen und Schüler zu Beginn der Praxisphase mit der Schule und dem jeweiligen Betrieb vereinbaren und dann selbstständig bearbeiten. Sie haben betriebliche Themen, Arbeitsabläufe etc. zum Gegenstand und münden in ein konkretes Produkt (ein handwerklich hergestellter Gegenstand, ein Film etc.), das am Ende von den Schülerinnen und Schülern öffentlich präsentiert werden muss und dessen Bewertung als eigenständige Note ins Zeugnis eingeht.

Das nach Berliner Vorbild konzipierte Projekt hat in der Lehrerschaft der Haupt- und Realschulen großes Interesse ausgelöst, auch Dank der intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die die Vorreiterschule aus dem Bezirk Bergedorf betrieben hat bzw. betreibt. Die Vertreter dieser Schule berichten von eindrucksvollen Lernfortschritten gerade bei den schulumüden Hauptschülern (sie erscheinen pünktlich bei der Arbeit, das Selbstwertgefühl wächst aufgrund wahrnehmbarer Erfolge, das Interesse am Unterricht steigt, weil in der Arbeit Fragen auftauchen etc.). Auch scheint die berufliche Integration recht erfolgreich zu verlaufen. Die von Lehrerseite oft geäußerte Kritik an der „Kopflastigkeit“ des Hauptschulunterrichts wird hier empirisch bestätigt.⁵⁶ Aus der Perspektive der Sozialen Stadtteilentwicklung ist der Schulversuch auch deshalb sehr interessant, weil hier intensive und dauerhafte Kooperationen mit Betrieben aufgebaut werden, und zwar bisher ausschließlich von den beteiligten Lehrern, den Eltern und z.T. auch von den Schülerinnen und Schülern, die sich die Betriebe selbst gesucht haben.

Von dem Schulversuch werden, das scheint sich schon jetzt abzuzeichnen, wichtige Impulse für die überfälligen Veränderung am System der Hauptschule ausgehen. Wie weit diese letztendlich reichen werden, ist derzeit nicht absehbar, da radikale Einschnitte nur durch weitreichende politische Unterstützung durchsetzbar sind. Sie ist bisher nicht erkennbar.⁵⁷ Eine flächenhafte Einführung des Lernens im Betrieb wird hierbei nicht auf der Tagesordnung stehen, da die Anzahl der kooperationsbereiten Betriebe hierfür nicht ausreicht. Die Frage wird also sein, welche Hauptschulen (bzw. integrierte Haupt- und Realschulen) bei einer teilweisen Ausweitung in den Regelbetrieb für diese benachteiligten Jugendlichen offenbar entgegenkommende Schulform ausgewählt werden. Im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung empfehlen wir eine intensive Auseinandersetzung mit den Chancen und (möglichen) Risiken des Schulversuchs, um letztlich eine Ausweitung zumindest in den Projektgebieten zu fördern.

⁵⁶ Die Kritik an rein kognitiven schulischen Lernmethoden bezieht sich ebenso auf die schulischen Angebote des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ). Als eine Alternative gilt das dänische Modell der Produktionsschule, die praktisches und theoretisches Lernen stärker miteinander verknüpft. Das Produktionsschulprinzip wird z.T. schon in den Beruflichen Schulen praktiziert. Als eigenständige Schulform und Alternative zum BVJ existiert mittlerweile eine Produktionsschule im Bezirk Altona. Dort werden in eigenen Werkstätten Waren und Dienstleistungen für den Markt produziert; die Jugendlichen erhalten einen Lohn. Das praktische und theoretische Lernen (Deutsch, Mathe, Englisch) wird durch die Produktion der Waren und Dienstleistungen strukturiert; die Stundentafeln und der traditionelle Fächerkanon sind weitgehend abgeschafft; in den Werkstätten arbeiten keine Lehrer, sondern Meister.

⁵⁷ Auch in der Behördenbefragung der Programmbegleitung wurden Reformansätze benannt, wie z.B. eine stärkere Kooperation zwischen Haupt- und Berufsschulen in Richtung auf eine Profilierung der Hauptschule als polytechnische Schule. Die Relevanz derartiger Überlegungen kann angesichts des Regierungswechsels und der Neustrukturierung der Behörden im Rahmen der Programmbegleitung nicht bewertet werden.

Diese (unvollständige) Aufzählung von Reformmodellen und Projekten⁵⁸ soll nicht den Eindruck erwecken, dass schulbezogene Projekte ausschließlich außerhalb der Sozialen Stadtteilentwicklung stattfinden. Beispielhaft sei hier auf die Projekte „Zukunft aktiv gestalten“ (ZAG) und „Ran an die Zukunft“ (RAZ) in den Gebieten Altona-Nord bzw. Eidelstedt verwiesen. Beide Projekte sind im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung entstanden. In den Projekten werden Schülerinnen und Schüler von Schulen aus dem Gebiet von Pädagogen sowohl in ihrem Schulalltag (durch Hausaufgabenhilfe) als auch bei der Berufsorientierung und evtl. Lehrstellensuche unterstützt. Über die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler soll ein besserer Hauptschulabschluss und mehr Klarheit über ihre Anschlussperspektiven erreicht werden. Die beiden Projekte zeigen jedoch auch den bisher geringen Wirkungsgrad von Projekten der Sozialen Stadtteilentwicklung auf das System „Schule“: Sie sind eine zusätzliche Dienstleistung für die Schulen, die dankbar angenommen wird; das Lernen innerhalb der Schule wird jedoch nicht beeinflusst oder verändert. Die unter der Federführung bzw. aktiven Teilnahme des Amtes für Schule oben genannten Projekte und Modellversuche verändern dagegen den Schulbetrieb und besitzen daher eine wesentlich größere Reichweite.

Integration der Schulreformen in die Soziale Stadt

Der entscheidende Konfliktpunkt sind nicht die Ideen und Konzepte für die Verbesserung der Berufsorientierung und eine mittelfristig notwendige Reform der Hauptschule, sondern Fragen der Finanzierung und der aktiven Trägerschaft des Veränderungsprozesses. Das Amt für Schule ist aufgrund der Haushaltslage nicht bereit, den Schulen für ihre zusätzlichen Aktivitäten (z.B. Kontaktpflege mit Unternehmen) auch entsprechende Gelder (bzw. Freistunden) zur Verfügung zu stellen. Der grundlegende Ansatz ist, dass die Neuorientierung der Schulen mit den vorhandenen finanziellen Mitteln geleistet werden muss. Die Behörde schafft hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen, wie etwa durch die Reform des Schulgesetzes⁵⁹, sie stellt Beratungsangebote zur Verfügung und fördert punktuell und zeitlich befristete Innovationen. Zusätzlich gefördert werden dementsprechend nur „qualitätsfördernde Maßnahmen“ für den Schulunterricht, z.B. wenn für den Schulversuch Lernvereinbarungen und Konzepte erarbeitet werden müssen. (Schulen, die später in den Modellversuch einsteigen und auf diese Konzepte zurückgreifen können, werden nicht zusätzlich gefördert.) Dazu kommt, dass nach Ansicht des Amtes die Initiative von der einzelnen Schule ausgehen muss, da sich die Veränderungen nicht per „order de mufti“ durchsetzen lassen. Daraus entsteht eine paradoxe Situation: An Schulen, deren Lehrerinnen und Lehrer sich nicht umorientieren wollen, weil „das Zeitboot voll ist“, passiert dementsprechend nichts; Veränderungen finden nur über die „natürliche Fluktuation“ im Rahmen der Pensionierung statt, sofern die neuen Direktoren bzw. Lehrerinnen und Lehrer sich dem Übergang „Schule – Beruf“ annehmen. Engagierte Schulen und ihre Lehrerinnen und Lehrer müssen dagegen solange unbezahlte Mehrarbeit leisten, bis sich – so die vage Hoffnung – langfristig neue Arbeits- und Unterrichtsformen eingespielt haben.

⁵⁸ Hinzuweisen ist auch auf den „Berufswahlpass“, der aus dem länderübergreifenden Nordverbund hervorgegangen ist und im Jahr 2002 an sieben Hamburger Schulen erprobt wird. Die Projekte des Amtes für Schule werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung über das Programm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ unterstützt. Das Programm fördert Projekte der Länder, die „nachhaltige Impulse zur Stärkung der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen an der Schwelle zum Arbeitsmarkt“ geben.

⁵⁹ Die Berufsorientierung hat mit der Reform des Schulgesetzes 1997 einen höheren Stellenwert erhalten. Die Schulen haben jetzt mehr Freiheiten bei der Gestaltung des Unterrichts, z.B. für projektorientiertes Lernen (Einrichtung fächerübergreifender Lernbereiche, Flexibilisierung der Stundentafeln).

In diesem Konflikt zwischen Amt und Einzelschule sind die Träger der Sozialen Stadtteilentwicklung bisher außen stehende Beobachter. Die Bandbreite der Aktivitäten des Amtes sind in der Regel nicht bekannt und werden höchstens über die eigenen informellen Netze transportiert. Die Handlungsmöglichkeiten der Quartiersentwickler beschränken sich bisher auf den Versuch, zusätzliche Gelder wie z.B. für die oben genannten externen Betreuungsprojekte zu mobilisieren.

NACH ANSICHT DER PROGRAMMBEGLEITUNG BESTEHT DIE ENTSCHIEDENDE LÜCKE DARIN, DASS DER REFORMPROZESS DER SCHULEN SYSTEMATISCHER MIT DEN ÜBRIGEN „SÄULEN“ UND DER SOZIALEN STADT VERKNÜPFT WERDEN MÜSSTE. DIES BEDEUTET, DASS MEHR ANSTRENGUNGEN UNTERNOMMEN WERDEN MÜSSTEN, DIE SCHULEN AUS DEN PROGRAMMGEBIETEN DER SOZIALEN STADTTEILENTWICKLUNG SYSTEMATISCHER IN MODELL- UND REFORMPROJEKTE EINZUBINDEN UND DIE PERSONELLEN UND FINANZIELLEN RESSOURCEN, DIE DIE SOZIALE STADTTEILENTWICKLUNG BEREIT STELLT, HIERFÜR ZU NUTZEN.

Der Rahmen hierfür müsste zunächst durch einen intensiveren Austausch der beteiligten Behörden geschaffen werden, damit diese den „Kooperationsgeist“ des Programms auch mit Leben füllen und seine Ausgestaltung aktiver betreiben können. Ergebnis könnten u.a. konkretere Angaben für die Ausgestaltung der gemeinsamen Handlungsfelder sein. Sie könnten aus der Auswertung bestehender Reformprojekte gewonnen werden, z.B. Präventionsprojekte für Schulabbrecher, Integration von Praktikern in den Schulalltag etc. Diese Aufgaben sind von den Schulen allein nicht zu leisten. Sie sind nur in Kooperation mit der Jugendhilfe oder durch externe Unterstützung bei der Suche nach Betrieben und Unternehmensvertretern möglich.

Ein weiteres Ergebnis sollten klarere Handlungsvorgaben für die beteiligten Akteure der Projektgebiete sein: Während zum Beispiel die Vernetzung mit sozialen Einrichtungen, der Jugendhilfe und Beschäftigungsträgern weitgehend reibungslos verläuft, sind Schulvertreter in Lurup höchstens Gast auf einzelnen Veranstaltungen oder Arbeitsgruppentreffen. Einrichtungen, die auf Gelder der Behörde angewiesen sind, haben gleichfalls keine andere Wahl, weil Arbeitsmarktprojekte schwerpunktmäßig in den Programmgebieten gefördert werden. In diesem Sinne müsste zum einen eine Anreizstruktur der Kontaktaufnahme zwischen Schulvertretern und Gremien der Sozialen Stadt geschaffen werden. Zum anderen müssten die Bedürfnisse und Ansprüche der Schulvertreter, die bisher weitgehend unbekannt sind, stärker berücksichtigt werden: Soll das Quartiersmanagement die Vernetzung der Schulen untereinander unterstützen oder moderieren? Wie muss der Austausch angesichts der beschränkten Zeitressourcen der Schulvertreter organisiert werden?

Raumbezug der Kooperationsstruktur

Neben der Ressortkooperation und den daraus hervorgehenden Vorgaben ist eine sinnvolle Zuschneidung der räumlichen Einzugsbereiche notwendig. Die mit dem Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung einhergehende Fokussierung auf die Projektgebiete und den jeweiligen Stadtteil erweist sich hier als vollkommen unzureichend und wird u.E. zu Recht als „Kirchtumsdenken“ kritisiert. Dies zeigte sich insbesondere anhand der bestehenden Strukturen um das Luruper Projektgebiet.

Im Nachbarstadtteil Eidelstedt wird – unterstützt durch das jetzt auslaufende Quartiersmanagement – schon seit Jahren an einem stadtteilbezogenen Netzwerk zur Optimierung des Übergangs „Schule-Beruf“ gearbeitet. Ein wichtiges Potenzial ist hier die staatliche Berufsschule G 12, in der Berufsschulunterricht für ein benachbartes Berufsbildungswerk angebo-

ten wird, das Ausbildungsgänge für lern- und körperbehinderte Jugendliche anbietet. Diese spezielle Ausrichtung unterscheidet die Schule von den übrigen Hamburger Berufsschulen, die reine Fachschulen sind. Auf Basis dieser Ressourcen wurden verschiedene Berufsvorbereitungsprojekten entwickelt, u.a. ein regionales QUAS-Projekt („QUAS-Eidelstedt“). Zusammen mit der örtlichen Gesamtschule, dem Quartiersmanagement, einem Beschäftigungsträger dem Projekt RAZ (s.o.) sowie Betrieben aus Eidelstedt und Umgebung werden in zwei Berufsfeldern Berufsvorbereitungsmaßnahmen im regionalen Verbund angeboten. Der schulische Teil ist nach dem Werkstatt-Prinzip organisiert. Durch den regionalen Verbund sind die betreffenden Jugendlichen den Projektbeteiligten bekannt und können intensiver betreut werden. Ein weiteres Projekt für QUAS-Abbrecher, die in der Regel ihre „letzte Chance“ verpasst haben, ist ebenfalls aus dem Verbund hervorgegangen. Die Gesamtschule nimmt darüber hinaus am Schulversuch „Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb“ teil. Um die bestehenden Aktivitäten systematischer zu vernetzen - insbesondere die Schnittstellen zwischen den verschiedenen „Säulen“ - haben die Partner versucht, ein „RegioNet Eidelstedt“ zu initiieren. Ziel ist insbesondere die Einbindung der Berufsorientierung in der Sekundarstufe I in das lokale Netzwerk und die Vernetzung von Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Jugendhilfe. Mit personellen und räumlichen Ressourcen ausgestattet, soll im „Lokalen Zentrum für berufliche Integration“ die „Wegeplanung“ von Schülerinnen und Schülern an zehn Schulen ab der 8. Klasse betreut werden. Die finanzielle Förderung ist bisher allerdings ungeklärt.⁶⁰

Trotz der unmittelbaren Nachbarschaft zu Lurup, besteht kaum Kontakt zwischen den Akteuren aus Lurup und Eidelstedt (und Osdorf); eine Ausnahme bilden zwei Schulen aus Lurup und Osdorf, an denen Behinderte zur Schule gehen. Die räumlichen (Bahndamm) und administrativen Grenzen (Bezirksgrenze) scheinen sich derart verfestigt zu haben, dass selbst der Informationsfluss äußerst spärlich verläuft. Da in Eidelstedt die bisherige Vernetzung von den betreffenden Personen (Schulleitungen der Berufs- und Gesamtschule) weitgehend ehrenamtlich betrieben wurde, besteht dort wenig Motivation, die Luruper Akteure zu unterstützen. Auch hier müsste zunächst eine Anreizstruktur geschaffen werden, die diese bezirksübergreifende Kooperation auch für Protagonisten des „RegioNet Eidelstedt“ interessant macht (z.B. indem die finanzielle Förderung des „RegioNet“ an die Erweiterung des räumlichen Einzugsbereiches gekoppelt wird). Angesichts des mittlerweile in Eidelstedt gesammelten Know-hows ist es jedenfalls nicht notwendig, dass in Lurup „das Rad noch mal erfunden wird“.

In abgeschwächter Form gilt dies auch für ein Netzwerk in Altona-Nord. Hier sind zwei Schulen Träger des Netzwerks. Sie wurden im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung aktiv (der Luruper Quartiersmanager hat dort gearbeitet). Die dort mittlerweile existierende AG „Schule und Berufsorientierung“ ist für die Luruper Beteiligten „zu weit weg“, so dass eine Teilnahme nicht in Frage kommt. Für die Programmbegleitung ist diese Argumentation jedoch wenig nachvollziehbar, da in diesem Arbeitskreis Diskussionen geführt werden, von denen Vertreter Luruper Schulen profitieren könnten.

Diese in diese Berichtsform nur fragmentarisch zu integrierenden Ergebnisse der Begleitforschung werden auch durch eine systematische Erhebung der Kooperationsstruktur im Bereich Berufsorientierung, -vorbereitung und Ausbildung benachteiligter Jugendlicher bestä-

⁶⁰ Während das Eidelstedter Projekt derzeit noch auf Eis liegt, wird im Hamburger Osten (Billenetz – Bildungsnetzwerk für den Hamburger Osten) und Süden (Entwicklungspartnerschaft Elbinsel) mit dem Aufbau eines Verbundes von Schulen, Jugendhilfe und lokal/regional ansässigen Betrieben begonnen. Es sind jeweils Teilprojekte aus lokalen Entwicklungsinitiativen, die auch vom BMBF (Billenetz) und der EU (Billenetz, Elbinsel) gefördert werden.

tigt.⁶¹ Danach sind die vielfältigen Initiativen auf Landesebene nicht systematisch mit der bezirklichen und der Stadtteilebene verknüpft. Die Handlungsempfehlungen für die Optimierung der Kooperationsstrukturen betonen u.a. die stärkere Einbindung der Bezirksebene, die für die lokale Steuerung zuständig sein sollte. Die in Lurup notwendige bezirksübergreifende Kooperation zeigt zwar, dass eine alleinige Festlegung auf administrative Grenzen wenig sinnvoll ist, allerdings bestätigt auch diese Untersuchung die Notwendigkeit für stadtteilübergreifende Kooperations- und Lenkungsstrukturen. Deutlich wurde in diesem Gutachten (vgl. Fußn. 60) ebenfalls, dass generalisierbare Vorschläge für Vernetzungsstrukturen auf Stadtteilebene kaum möglich sind, und zwar aufgrund der sehr heterogenen Ausgangsvoraussetzungen.

Die Notwendigkeit von quartiers- und stadtteilübergreifenden Kooperationsstrukturen ergibt sich ebenso aus der Betrachtung der Angebotsstrukturen für die Jugendlichen. Es ist offensichtlich, dass in einem Stadtstaat nicht alle Angebote dezentral vorgehalten werden sollten. Ebenso ist unstrittig, dass Jugendliche so früh wie möglich in der Lage sein sollten, außerhalb des eigenen Stadtteils Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten wahrzunehmen. Die Frage ist vielmehr, welche Angebote vor Ort sein müssen, welche im stadtteilübergreifenden Verbund oder im Bezirk, und welche Angebote zentral vorgehalten werden müssten oder sollten. Die hier aufgeworfenen Fragen lassen sich nicht pauschal beantworten. Insofern ist die oft zwischen Fachbehörden und lokalen Akteuren unter generalisierenden Vorzeichen geführte Diskussion um Dezentralisierung und Zentralisierung wenig hilfreich.

Die Gespräche der Programmbegleitung mit den Fachbehörden und lokalen Akteuren aus den Bezirken Altona und Nord haben gezeigt, dass sinnvolle Spielräume für eine stärkere Dezentralisierung bestehen. Dies betrifft die Berufsorientierung in den Schulen und die Kompetenzfeststellung von Schulabgängern. Die Kritik am Zentralismus betrifft hierbei insbesondere das zentrale Schulinformationszentrum, über das z.B. Jugendliche auf die QUAS- und BJV-Lehrgänge verteilt werden; kritisiert wurde die zu pauschalisierte Beratung und die „Verteilung“ nach rein fachlichen Gesichtspunkten. Eine Teildezentralisierung könnte über regionale Angebote der Fachschulen erfolgen, die sich an Jugendliche im räumlichen Umfeld richten (so wie es die G 12 in Eidelstedt und einzelne andere Fachschulen schon praktizieren).

Umstritten (schon allein wegen der hiermit verbundenen Kosten) ist dagegen der Versuch, für Jugendliche in der Übergangsphase verlässliche persönliche Ansprechpartner anzubieten, also den personifizierten „Wegeplaner“. Laut Amt BW ist der Grundgedanke des kontinuierlichen Ansprechpartners fragwürdig, da es im biographischen Verlauf üblich und angemessen ist, dass Personen und Zuständigkeiten wechseln. Es reiche daher aus, bestehende Ansprechpersonen (z.B. Allgemeine Soziale Dienste, REBUS⁶²) mit einzubinden, Kooperationen vor Ort zu stärken (u.a. mit dem Arbeitsamt) und Kontinuität durch Konzepte wie den Berufswahlpass zu sichern. Umstritten ist auch die Notwendigkeit von lokalen Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Die „Gegner“ dieses Prinzips betonen die Notwendigkeit, die fachlichen Interessen der Jugendlichen zu fördern (so dass dementsprechend die Mobilität erhöht werden muss). Die Befürworter betonen, dass sich die Klientel in der Regel ihrer Interessen noch nicht bewusst ist und die soziale Begleitung und Stabilisierung für den Erfolg der Maßnahme viel wichtiger ist. Dahinter verbergen sich auch unterschiedliche fachliche Ansichten

⁶¹ Entwicklung einer Konzeption für lokale/regionale Kooperationsnetze am Beispiel einer Großstadt (s. <http://www.jugendworknet.de/>).

⁶² Die ehemalige Dienststelle Schülerhilfe ist flächendeckend ersetzt worden durch sog. Regionale Beratungs- und Unterstützungsstellen (abgekürzt REBUS), in denen Schulpsychologen, Lehrer und Sozialpädagogen in multiprofessionellen Teams arbeiten und stadtteilbezogen für alle Fragen der allgemeinen Schulberatung zuständig sind.

darüber, wie viel soziale Betreuung notwendig ist. Für die Begleitforschung überraschend war, dass selbst die kleinräumige Kooperation „Schule – Betrieb“ nicht bei allen Gesprächspartnern als erstrebenswert gilt. Kleinräumige Netze werden z.T. generell als „sozialromantische Vorstellungen“ bewertet.

Aufgrund der komplexen Ausgangslage und der unterschiedlichen Ansichten und Interpretationen erscheint es wenig sinnvoll, konkrete Vorschläge zur Gestaltung des Übergangs „Schule – Beruf“ in Lurup aufzustellen. Zwar ließen sich viele einzelne Bausteine und Projektansätze benennen, diese müssen jedoch mit einer veränderten Konzeption und einer nicht nur auf einzelne Projektgebiete der Sozialen Stadtteilentwicklung bezogenen Angebots- und Kooperationsstruktur einhergehen.

11 Ein Wort zum Schluss

Soziale Stadtentwicklung, dies hat unsere Arbeit vor Ort und die Begleitung der Umsetzung innerhalb der Verwaltungsorganisation gezeigt, hängt in ihrem Erfolg entscheidend von der politischen und administrativen Unterstützung auf den verschiedensten Ebenen ab. Vor allem die Stadt als Ganze, in ihrer räumlichen, wirtschaftlichen, sozialen Struktur und mit den in ihr verfolgten wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Strategien nimmt direkten Einfluss auf die Geschehnisse im Quartier. Soziale Stadtentwicklung befasst sich mit Entwicklungen des städtischen Arbeitsmarkts (Beschäftigung von gering und nicht für das vorherrschende Arbeitsangebot qualifizierten Menschen), bezieht soziale Leistungen des Staates und der Zivilgesellschaft mit ein (erstes ist nach wie vor vom Sparzwang betroffen, letzteres wird in den Programmen gefordert) und muss an eine bestimmte städtebauliche Struktur, die einmal „funktional“ über die Gesamtstadt geplant wurde (hier die Orte des Wohnens, dort die Orte des Arbeitens) anknüpfen. Die hiermit angesprochene breite und mit Durchsetzungsmacht verbundene politische und administrative Unterstützung ist – bei allem nicht zu unterschätzenden, vorhandenen Engagement – nicht in ausreichendem Maße vor Ort spürbar gewesen. Sie wäre jedoch vor allem in einer umfassenden Bündelung von Ressourcen (Kap. 9.1) notwendig gewesen.

Ohne eine weitere, z.T. intensivere Unterstützung von verschiedenen Seiten besteht die Gefahr, dass das bisher in Lurup Erreichte sich wieder verflüchtigt. Gesellschaft und Politik müssen neue Prioritäten setzen, sollen so anspruchsvolle Programme wie das der Sozialen Stadtentwicklung bleibenden Erfolg erzielen. Hierfür bedarf es einer weiteren Auseinandersetzung mit und der Reflexion der unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Quartieren. Entsprechend halten wir eine weitere wissenschaftliche Begleitung der Vorgänge in den Gebieten oder in thematischen Schwerpunkten (welche Rolle spielt das Quartiersentwicklungskonzept, wie sind derartige Konzepte sinnvoll zu entwickeln? Welche Erfahrungen bestehen mit kommunikationsorientierten und projektorientierten Beteiligungsverfahren?) für äußerst wichtig. Unser Bericht kann aufgrund des Stands an wissenschaftlicher Begleitung zwar Fragen in Hinblick auf die Struktur eines Gebiets beantworten, muss jedoch viele konzeptuelle Fragen für die Zukunft zwangsläufig unbeantwortet lassen.

Anhang I: Positiv-Negativ-Liste

Wohnen

Negativ

- *Hoher Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf in Teilbereichen der Gebiete (insbesondere in den Bereichen westlich und östlich der Elbgaustraße)*
- *Zustand der Gemeinschaftsanlagen im Bereich Lüdersring ist zum Teil mangelhaft (Treppenhäuser, Fahrstühle, Eingangsbereiche, Müllstandorte)*
- *In Teilbereichen hohe Fluktuation im Wohnungsbestand (Lüdersring, Lüttkamp)*
- *Erheblicher, modernisierungsbedingter Leerstand in der Lüttkampsiedlung*
- *In den niedriggeschossigen Siedlungsbereichen gibt es kaum Familien gerechte Wohnungen*
- *Fast ausschließlich öffentlich geförderter Mietwohnungsbau - verhindert gemischte Bevölkerungsstrukturen*
- *Viele Wohnungen sind nicht barrierefrei und damit für alte Menschen und Menschen mit Behinderungen nicht geeignet*
- *Überbelegung von Wohnungen und illegale Untervermietung im „Inneren Lüdersring“*
- *Es gibt keine Gemeinschaftsräume/Treffpunkte für Mieter*
- *Die Kommunikation zwischen Mietern und Vermieter (SAGA) wird bemängelt*
- *Städtebauliche Struktur im „Inneren Lüdersring“ erschwert Bildung von Hausgemeinschaften und Nachbarschaften*
- *Fehlbelegungsabgabe erschwert Vermietung von Wohnungen - insbesondere im Inneren Lüdersring*

Positiv

- *Siedlungen mit „Gartenstadtcharakter“ - grundsätzlich gute Wohnstandorte für Familien*
- *Viele Wohnungen mit eigenem Garten*
- *Umfangreiche Modernisierungen im SAGA-Bestand (in Durchführung bzw. in Vorbereitung / Planung)*
- *Neubauten im „nördl. Flüsseviertel“ und in der Lüttkampsiedlung bietet Möglichkeiten für Alten- und Familien gerechte Wohneinheiten und Wohngemeinschaften*
- *Durch Zusammenlegung von Wohnungen in „Duplexhäusern“ können attraktive Wohneinheiten für Familien geschaffen werden (Reihenhäuser)*
- *Großteil des Wohnungsbestandes fällt in den nächsten Jahren aus der (Sozial-) Bindung - Chance für Quartiers bezogene Belegungskonzepte und Förderung von Nachbarschaften*
- *Neubaumaßnahmen und Wohnungszusammenlegungen bietet Chance zur Bildung von Wohneigentum - z.B. Reihenhäuser*
- *SAGA bemüht sich, Kommunikation mit Mietern zu verbessern - Zusammenarbeit mit Mieterinitiativen, Einsatz eines Sozialarbeiters*
- *Einrichtung der ersten beiden Hausbetreuerlogen im „Inneren Lüdersring“ wirkt sich positiv aus - Modell sollte auf weitere Häuser übertragen werden*
- *Nachbarschaftstreff Lüdersring - große Nachfrage, fördert Kommunikation unter Mietern*

Grün-/ Freiflächen

Negativ

- *Für Erwachsene gibt es kaum geeignete Treffpunkte / Kommunikationsorte im Freien*
- *Viele Kinderspielplätze weisen Defizite in der Ausstattung und im Zustand auf*
- *Im Gebiet Lüdersring/Lüttkamp gibt es zu wenig Nutzungsangebote für Jugendliche und Jungerwachsene*
- *Die Anbindung der Grünzüge an den übergeordneten Freiraumverbund fehlt in einigen Bereichen (z.B. Volkspark)*
- *Im Bereich Lüdersring ist wird die Nutzbarkeit des „Abstandsgrüns“ durch Pflanzungen und Verbotsschilder eingeschränkt*
- *Die Schulhöfe bieten ein großes Flächenpotential für Spiel und Sport, das außerhalb der Unterrichtszeiten noch nicht ausreichend genutzt wird*
- *Unrat in öffentlichen und privaten Grünanlagen und auf Spielplätzen*
- *Dichtes Buschwerk erschwert soziale Kontrolle in Grünanlagen – insbesondere im Gebiet Lüdersring / Lüttkamp*
- *Neue Spielplätze im nördl. Flüsseviertel führen zu Nutzungskonflikten (Ruhebedürfnis contra Spielen, Toben, Kommunikation)*
- *Wohnungsnahe Freiflächen werden in Stellplatzanlagen für Autos umgewandelt*

Positiv

- *Das grüne Wohnumfeld trägt wesentlich zur Wohnqualität in den Gebieten bei (Siedlungen mit Gartenstadtcharakter)*
- *Viele Wohnungen mit Mietergärten (hohe Qualität, die andere Wohnstandorte nicht bieten)*
- *Abstandsgrün bietet noch großes Potential für Einrichtung/Erweiterung von privaten / gemeinschaftlich genutzten Mietergärten*
- *Teilweise sehr attraktive, wohnungsnahe Kinderspielplätze (nördl. Flüsseviertel, Spielplatz Ammernweg)*
- *Grüne Wegeverbindungen haben zum Teil einen hohen Freizeitwert (Sparzierwege, Joggen etc.)*
- *Modernisierung / Erweiterung von jugendgerechten Freiflächen in Planung*
- *Lüttkampanger (ca. 3000 qm Wiese) mitten in der Wohnsiedlung*
- *Nähe zum Volkspark*

Lokale Wirtschaft/ Nahversorgung

Negativ

- *Kaum gewerbliche Nutzungen in den STEP-Gebieten vorhanden - und damit auch kaum Arbeitsplätze*
- *Planungsrechtliche Ausweisung der Siedlungen als (überwiegend) reine Wohngebiete verhindert Nutzungsmischung*
- *Kleine, Wohnort nahe Nahversorgungseinrichtungen leiden unter mangelnde Kaufkraft, Konkurrenz von Einkaufszentren und Supermärkten (z.B. EKZ-Lüdersring, EKZ-Franzosenkoppel)*
- *Für viele Bewohner des Flüsseviertel ist die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs fußläufig kaum zu bewerkstelligen (auf Fahrrad, Auto oder ÖPNV angewiesen)*
- *Bereiche mit Zentrumsfunktion für den Stadtteil (Eckhoffplatz, Elbgau-Passagen) können sich gegen große, gut erreichbare Einkaufszentren (EEZ, Eidelstedtcenter) nur schwer behaupten*
- *EKZ-Lüdersring leidet unter einem schlechten Image - verhindert Ausweitung des Einzugsbereiches*

Positiv

- *Eigentümer und Mieter der Einkaufszeilen und Einkaufszentren sind bemüht, die Attraktivität der Nahversorgungseinrichtungen zu steigern (EKZ-Lüdersring, EKZ-Franzosenkoppel, Elbgau-Passagen)*
- *Relativ hoher Anteil von Betrieben und Freiberuflern im medizinischen Sektor weist auf „Ansiedlungspotential“ in diesem (wohnnutzungsverträglichem) Bereich hin*
- *Realisierung der ARENA im Volkspark bietet Möglichkeiten für Wohnort nahe Arbeitsplätze*
- *Durch Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes am Vorhornweg können zusätzliche Betriebe im Stadtteil angesiedelt werden*
- *Ausweisung von MK-Nutzungen im Bereich Eckhoffplatz bietet Möglichkeiten zur Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben*

Verkehr

Negativ

- *In Teilbereichen fehlen Stellplätze für Autos (z.B. nördl. Flüsseviertel, Lüttkampsiedlung, Rispenweg)*
- *Im Bereich östlich der Elbgaustraße zusätzlicher, hoher Parkdruck bei Veranstaltungen im Volkspark*
- *Nutzungskonflikte zwischen motorisierten und nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern*
- *Wege und Fahrbahnen teilweise in schlechtem Zustand*
- *Wegenetz für Fuß- und Radverkehr weist Lücken auf*
- *Wege in den Grünanlagen sind teilweise „Angsträume“ (schlecht beleuchtet, teilweise unübersichtlich, Fußgänger fühlen sich nicht sicher)*
- *Querung der Elbgaustraße für Fußgänger und Radfahrer im Bereich Herbststieg und Elbgau-Passagen gefährlich*
- *Direkte, vom Autoverkehr getrennt geführte Fuß- und Radwegeverbindung in den Volkspark fehlt*
- *Mangelnde Verkehrssicherheit in der Langbargheide (Bereich zwischen den Einmündungen Lüdersring)*
- *Abends und nachts schlechte ÖPNV-Anbindung (Buslinien)*
- *Teilweise sehr weite Wege zu den Bushaltestellen*
- *ÖPNV-Verbindung zwischen Eckhoffplatzes und Flüsseviertel-Süd ist schlecht*

Positiv

- *Durchgrünte Wegeverbindungen für Fußgänger- und Fahrradverkehr*
- *Durch Schließung von Lücken kann ein Quartiers übergreifendes Wegenetz für den Fuß- und Radverkehr geschaffen werden (Anbindung an den übergeordneten Freiraumverbund)*
- *KFZ-Verkehr im Flüsseviertel ausschließlich Ziel- und Quellverkehr*
- *Gebiet Lüdersring / Lüttkamp ist vergleichsweise gut an den ÖPNV angeschlossen (Nähe zur S-Bahn)*
- *SAGA reagiert auf das Sicherheitsbedürfnis der Mieter mit dem Bau gesicherter Stellplatzanlagen für Autos (Einzelgaragen, eingezäunte Stellplatzanlagen...)*

Anhang II: Handlungsfelder, Maßnahmen/Projekte, Finanzierung

Legende für Abkürzungen:

BBS:	Behörde für Bildung und Sport
BBV:	Behörde für Bau und Verkehr (hierin integriert Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung)
BSF:	Behörde für Soziales und Familie (hierin integriert Amt für Arbeit und Sozialordnung)
BÖV 38:	Böversland 38 e.V. (Bewegung, Begegnung, Beteiligung)
BUG:	Behörde für Umwelt und Gesundheit
BVE:	Bauverein der Elbgemeinden
BWA:	Behörde für Wirtschaft und Arbeit (hierin integriert Teile der BAGS: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales)
FHH:	Fachhochschule Hamburg
HAG:	Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
KiFaZ:	Kinder- und Familienhilfezentrum
PVO:	Programmbegleitung vor Ort
QM:	Quartiersmanagement
REALÜ:	Schnittstellenprojekt
SAGA:	Wohnungsbaugesellschaft
TUHH:	Technische Universität Hamburg-Harburg
WBK:	Wohnungsbaukreditanstalt
???:	Hier liegen der Programmbegleitung keine Angaben vor
XXXX:	Hier liegen der Programmbegleitung keine Angaben vor

Handlungsfelder:

◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung,
 △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger:

Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

LAUFENDE PROJEKTE

1. Handlungsfeld Bürgermitwirkung und Stadtteilleben											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamt-kosten (Tsd. €)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
1.01	Luruper Forum (Stadtteilbeirat)		„Vor-Ort-Gremium“ mit gewählter Geschäftsführung (Stadtteilbeirat) und themenbezogenen Arbeitsgruppen zur Einbindung der lokalen Akteure in den Entwicklungsprozess	Aktivierung und Beteiligung der lokalen Akteure, Sicherstellung der Bürgermitwirkung, Belebung der Stadteilkultur, Vernetzung von Bürger, Verwaltung und Politik	BBV Lokale Akteure, Politik, Verwaltung, QM					1x monatlich Forum (zzgl. AG's und Sitzungen der Geschäftsführung)	
1.02	Stadtteil-Laden		Zentrale, lokale Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle der Quartiersentwickler und der Geschäftsführung des Forums für beide STEP-Gebiete. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. (30-35 Std. / Woche) Umbau und Einrichtung im Frühjahr 2000	Beratung, Vermittlung, Information, Treffpunkt für Arbeitsgruppen, Geschäftsführung des Forums etc.	BBV Geschäftsführung Luruper Forum / QM	230,3	67,7	25,6	25,6	7 Jahre Laufzeit (Bewirtschaftungskosten, inklusive Büromittel für GF-Luruper Forum u. Raummiete für Veranstaltungen)	
1.03	„Lurup im Blick“ Stadtteilzeitung	10 x pro Jahr, jeweils 12 Seiten	Informationszeitschrift der Quartiersentwickler und des Forums. Berichte über das aktuelle Geschehen in den Gebieten, Ergebnisse der Diskussionen im Forum, Darstellung von Zielen, Projekten, Erfolgen, Mitwirkungsmöglichkeiten etc.	Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der Kommunikation, Förderung von privatwirtschaftlichem Engagement (Werbeanzeigen etc.)	BBV Geschäftsführung Luruper Forum / QM	88,3	10,3	13	13	7 Jahre Laufzeit (Kosten für Druck und Layout)	
1.04	Flohmärkt Flüsseviertel	1 x pro Monat	Quartiersflohmärkt von Bewohnerinnen organisiert, Überschüsse werden für Verbesserungen im Quartier verwendet	Selbsthilfe von Bewohnerinnen, Förderung der Kommunikation, Stadteilkultur, ehrenamtliches Engagement	BBV Bewohnerinnen					Seit Sommer 2000 monatlich - Anschubfinanzierung aus Verfügungsfond	
1.05	Sommerfest Lüdersring		Nachbarschafts- und Kinderfest im Juni 2000, organisiert in Kooperation von SAGA, Chance, Mietergruppe etc.	Förderung nachbarschaftlicher Kontakte, Stadteilkultur, Informationen für Mieter/Bewohner	SAGA Chance, Mieter, QM		XX	XX		Soll möglichst einmal pro Jahr durchgeführt werden	

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, ▽ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

◇ 1. Handlungsfeld Bürgermitwirkung und Stadtteileben											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (Tsd. €)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
1.07	Frauen - Tanzfeste		Mütter-Kind-Gruppe am Lüdersring organisierte im Jahr 2000 zwei Tanzfeste für Frauen aus der Nachbarschaft. Große Resonanz – Ausweitung auf Stadtteil Lurup	Unterstützung von Selbsthilfepotentialen, Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Unterstützung interkultureller Aktivitäten	BBV <u>Mütter-Kind-Gruppe Lüdersring</u>					Soll weiter durchgeführt werden, finanzielle Unterstützung aus Verfügungsfonds	
1.09	Stadtteilposter – Soziales Netzwerk Lurup	8.000 Exemplare	Entwicklung eines Posters, auf dem alle soziokulturellen Einrichtungen, Projekte etc. dargestellt sind; übersichtliche Information für Bewohner, Kooperationsprojekt mit Lichtwarkausschuss e.V.	Öffentlichkeitsarbeit, Stärkung der Identifikation mit dem Stadtteil, Imageförderung, Verbesserung des Zugangs zu sozialen Hilfesystemen △	BBV BBS <u>QM</u>	5,1 5,1	5,1			Herausgabe Sommer 2001, Neuauflage 2004 (Kosten für Druck)	
1.11	Gesundheit fördern von und mit Frauen und Müttern aus Lurup – Verein Luruper Frauenoase		Arbeitskreis von Bewohnerinnen und „Fachfrauen“, die Projekte zur Gesundheitsförderung entwickeln und durchführen. Ende 2000 Neuorganisation und Umbenennung in „Luruper Frauenoase“. Anfang 2001 Vereinsgründung	Gesundheitsförderung von Frauen, Ausbau Vernetzung und Kooperation, Selbsthilfe, Unterstützung von Eigeninitiative △	BBV <u>Luruper Frauenoase</u> Bezirksamt Altona HAG		1,5 1			Mehrere Aktionen, Projekte durchgeführt, Projekt bezogene Förderung - weitere Projekte in Vorbereitung, finanzielle Unterstützung aus den Verfügungsfonds	
1.12	Angelgruppe Goldie		Bewohner betreut ehrenamtliche eine Angelgruppe für Kinder u. Jugendliche (Vorbereitung auf Angelscheinprüfung) Bachpatenschaft in Kooperation mit Schule Veermoor, etc.	Förderung von Selbsthilfe, Zusätzliches, offenes Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche, ehrenamtliches Engagement, □	BBV <u>Bewohner</u> Bürgerstiftung Hamburg		0,5			Projekt wird seit Anfang 2000 durchgeführt – ruht zur Zeit wg. Störungen von Jugendlichen	Handlungsbedarf
1.14	Homepage Soziale Stadtteilentwicklung Lurup		Aufbau einer Homepage mit dem Schwerpunkt Soziale Stadtteilentwicklung, Ausbau zu einer Luruper Stadtteil-Homepage	Öffentlichkeitsarbeit / Information über programmrelevante Aspekte, Förderung der Mitwirkungsbereitschaft △	BBV <u>Luruper Forum</u> <u>QM</u>					Kosten für Erstellung – laufende Pflege über Quartiersmanagement und Luruper Forum	hohe Priorität

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteileben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung,
△ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

1. Handlungsfeld Bürgermitwirkung und Stadtteileben											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (Tsd. €)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
1.15	Verfügungsfonds Lurup		Finanzierung kleinerer Sofortmaßnahmen, die die Eigenverantwortung und Selbsthilfe fördern (Bewilligung -Stadtteilbeirat)	Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen u. Bewohnern, Förderung von Nachbarschaften, Belebung der Stadtteilkultur,	BBV Bezirksamt Altona Luruper Forum QM	143	20,4	20,4	20,4	Laufzeit zunächst 7 Jahre	
1.16	Soccer Club Lurup		Neu gegründete Freizeit-Fußballmannschaft von Jugendlichen aus der Siedlung Lüdersring (25 Jugendliche aus 8 Nationen)	Förderung der Eigenaktivität und Selbsthilfe, Bewegungsförderung, Verbesserung des Freizeitangebotes für Jugendliche	SAGA BBV Bewohner			1,5		Finanzielle Unterstützung für Erstaussstattung aus Verfügungsfonds	Handlungsbedarf
1.18	Gruppenangebot für jugendliche Spätaussiedler		Bewohnerin betreut seit Anfang 2000 ehrenamtlich Freizeitgruppe für jugendliche Spätaussiedler (1x Woche) – in Kooperation mit Kirchengemeinde Emmaus	Förderung der Eigenaktivität, Förderung interkultureller Beziehungen, Erweiterung des Angebots der offenen Jugendarbeit △	Emmaus-Gemeinde BBV Bezirksamt Altona Bewohner					Finanzielle Unterstützung für Erstaussstattung aus Verfügungsfonds und von Bezirksamt Altona. Räume und personelle Unterstützung durch Kirchengemeinde	
1.19	Jugendcontainer Flusseviertel		Mangels eines geeigneten Treffpunktes wurde eine Selbsthilfeeinitative von Jugendlichen aus dem Flusseviertel, die von erwachsenen Bewohnern ehrenamtlich begleitet wird, ein Aufenthaltscontainer zur Verfügung gestellt. (Finanzierung durch Verfügungsfonds und Spenden) Organisatorische Unterstützung durch QM	Stärkung der Selbsthilfepotentiale von Jugendlichen, Förderung der Eigenaktivität, Förderung privatschaftlichen Engagements, Schaffung von Orten und Anlässen für Kommunikation, Gewaltprävention, Förderung ehrenamtlichen Engagements △	BBV Bezirksamt Altona Bewohner Lions Club Lokale Wirtschaft Luruper Forum QM	XX 1,7 1,5 0,2		XX 1,7 1,5 0,2		Container wurde im Dezember 2001 aufgestellt – Laufzeit vorerst bis September 2002 (Bezirksamt stellt Grundstück zur Verfügung)	Handlungsbedarf

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteileben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung,
 △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

◇ 1. Handlungsfeld Bürgermitwirkung und Stadtteilen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federation Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (Tsd. €)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
1.21	„Planing for-Real“ Flüsseviertel Süd Ist abgeschlossen		Durchführung eines aktivierenden Beteiligungsverfahrens „Planning-for-Real“ im Flüsseviertel Süd; Infostand mit Modell der Siedlung an unterschiedlichen Standorten und Tageszeiten	Aktivierende Beteiligung von Bewohner/innen, Förderung der Eigenaktivität und Selbsthilfe, Förderung von Kommunikation und Nachbarschaft						Beteiligungsverfahren von Sept. – Dez. 01 durchgeführt. Detaillierte Auswertung in 02	
Σ 1					Alle						

○ 2. Handlungsfeld Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
2.01	Familien-servicestation (BAFF e.V.)		Beschäftigung und begleitende Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Frauen § 19 BSHG (8 Teilzeitarbeitsplätze); kurzfristige, kurzzeitige Unterst. für Familien u. alleinstehende, hilfebed. Menschen in Lurup, Qualifizierung durch ZEBRA (Familienpflege)	Verbesserung der Zugangschancen von Frauen zum Arbeitsmarkt, Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse, Schaffung niedrigschwelliger Beschäftigungsangebote △	SAGA BBV (ehem.) BAGS	68,5 867		12,3	56,2	Maßnahme ist für 5 Jahre bewilligt. Standort am Lüdersring - Investitionskosten für Umbau Waschhaus, dafür verzichtet SAGA auf Miete.	hohe Priorität
2.02	JOB-CLUB-MOBIL (Nutzmüll e.V.)		Mobile Beratung (Autobus) von Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Jugendlichen und Jugendlichen, die weder von der Vermittlungsagentur noch vom Arbeits- oder Sozialamt angesprochen und versorgt werden können. Spezielle Angebote für Jugendliche und Jungerwachsene und ergänzende, themenbezogene Angebote	Verbesserung der Zugangschancen von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen zum Arbeitsmarkt, Förderung der Mobilität von arbeitslosen Bewohnern, niedrigschwelliges Beratungsangebot, Beschäftigung und Qualifizierung (7 SAM-Stellen) △	BBV (ehem.) BAGS Arbeitsamt	56,2 1210,8		56,2		Vorlaufprojekt in verschiedenen Einrichtungen. Das JOB-Mobil ist ab 2002 vor Ort, 7 SAM-Stellen sind bewilligt, Investitionskosten über STEP	Handlungsbedarf Personalnoten. sicherstellen – Projekt langfristig absichern
							302,7	302,7	302,7		

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilen, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

○ 2. Handlungsfeld Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
2.03	Beschäftigung und Jugendarbeit (Ring Zwei e.V.)		Beschäftigung von 2 Langzeitarbeitslosen (§ 19 BSHG) in den Jugendeinrichtungen Spreestraße und Langbartheide, Hausmeister-tätigkeiten, Fahrdienst, Verwaltung etc.	Schaffung zusätzlicher, niedrigschwelliger Arbeitsplätze, Verbesserung der Zugangschancen von Langzeitarbeitslosen zum Arbeitsmarkt, Unterstützung der Jugendarbeit △						BAGS hat 2 Stellen bewilligt, Einstellung ist Ende 2000 erfolgt.	
2.04	Runder Tisch zu Ausbildungsfragen in Lurup		Einrichtung und Durchführung von regelmäßigen Gesprächsrunden zwischen Schulen, Betrieben, Kammern, Arbeitsamt etc. Federführung durch Schule Veermoor und KIFAZ, Unterstützung durch Programmbegleitung „Soziale Stadt“	Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche. Aufbau von Kontakten mit Betrieben mit dem Ziel einer längerfristigen Kooperation						Febr. 2001 erster Runder Tisch, Nov. 2001 Berufsinformationstag (Berufsbörse) Frühjahr 2002: Zweiter Runder Tisch	hohe Priorität Ab 2002 stärkere Unterstützung durch QM
Σ 2					Alle						

□ 3. Handlungsfeld Lokale Wirtschaft und Nahversorgung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
3.01	Wochenmarkt Elbgau-Passagen (Elbgaustraße) (privater Träger)		Einrichtung eines zusätzlichen Wochenmarktes zur Verbesserung der Nahversorgung in den beiden STEP-Gebieten und im Stadtteil mit Produkten des täglichen Bedarfs, insbesondere frische Lebensmittel (2x wöchentlich am Nachmittag)	Verbesserung der Nahversorgung, Stabilisierung und Aufwertung des EKZ Elbgau-Passagen, Unterstützung der lokalen Wirtschaft, Schaffung eines Ortes der Kommunikation ◇ ○	Luserke / Privater Betreiber BBV QM	204,5 10	204,5 10			Markt wurde im Sommer 2000 eröffnet	
Σ 3					Alle						

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermittlung und Stadtteileben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

3. Handlungsfeld Lokale Wirtschaft und Nahversorgung											
Lfd. Nr. 2002	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
4. Handlungsfeld Gesellschaftliche Infrastruktur											
Lfd. Nr. 2002	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
4.01	KIFAZ – Kinder und Familienhilfezentrum Netzstrasse 14a (DKSB)		Errichtung eines KIFAZ mit Beratungscafe und diversen individuellen Hilfsangeboten für Mütter, Kinder, Alleinerziehende, niedrigschwellige Gruppenangebote	Stärkung der innerfamiliären Potentiale, Schaffung eines Treffpunktes mit Beratungscafe, Vernetzung und Kooperation, Schaffung niedrigschwelliger Angebote für Kinder und Mütter, Stärkung des Selbsthilfepotentials ◇	SAGA BBV BSF / Bezirksamt	??? 608,3 ???			30,5	Das KIFAZ wurde im Frühjahr 2000 bezugsfertig	
4.02	Jugendtreff Spreestraße 22 (Ring Zwei e.V.)		Schaffung eines neuen Jugendtreffs durch Umbau von ehemals gewerblich genutzten Räumen	Verbesserung des Angebotes der Jugend- / Jugendsozialarbeit ◇	SAGA BBV BSF Bezirksamt	76,7 66				Jugendtreff wurde im Okt. '98 in Betrieb genommen	
4.03	Erweiterung Jugendtreff Spreestraße 22 (Ring Zwei e.V.)		Erweiterung des Jugendtreffs durch Ausbau und Umbau und Einrichtung des Souterraingeschosses	Verbesserung des Angebotes der Jugend- / Jugendsozialarbeit, durch Schaffung geeigneter Räumlichkeiten ◇	SAGA BBV BSF / Bezirksamt	ca. 240				Im Bau - Kosten für Umbau u. Ausstattung	Handlungsbedarf
4.06	Sozialtherapeutisches Projekt (Schule Franzosenkoppel)		Die Weiterführung des seit ca. 2 Jahren erprobten Projektes soll abgesichert werden.	Gesundheits-, Bewegungsförderung von Kindern, Frühzeitige Förderung verhaltensauffälliger Kinder	Stiftungen Schule / BBS					Projekt wird seit Aug. 99 mit Spenden von Stiftungen durchgeführt	Handlungsbedarf

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermithilfe und Stadtleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

3. Handlungsfeld Lokale Wirtschaft und Nahversorgung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
4.08	Gerätehaus für Schule Goethe-Gymnasium		Planung und Bau eines Gerätehauses in Selbsthilfe von Schülern, Eltern, Schulpersonal, Finanzierung über Schule und Sponsoring / Spenden	Förderung von Selbsthilfe und Eigenverantwortung, Sport-/Bewegungsförderung, Gesundheitsprävention ◇	BBV Sponsoren / Spenden Schule / BSF			XX		Projekt ist in Realisierung 2001/2002	
4.11	Schreibwerkstatt Grundschule Franzosenkoppel		Schreibwerkstatt als freiwilliger Kurs für ca. 10 interessierte Kinder der Grundschulklasse, Kurs wird durch einen Lehrer und eine Bewohnerin geleitet (ehrenamtlich)	Öffnung der Schule, Frühförderung von Kindern, Förderung der Medienkompetenz, Belebung der Stadteilkultur, Verbesserung des Freizeitangebotes für Kinder ◇	BBV Bewohnerin / Lehrer BBS / Schule					Projekt läuft Zuschuss für Erstausstattung aus Verfügungsfonds	
4.12	Psychomotorik – Ausbildung in Lurup		Für Menschen aus Lurup und Osdorf mit abgeschlossener Berufsausbildung u. Erfahrung in den Bereichen Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialarbeit soll im Stadtteil ein Fortbildungsangebot (Psychomotorik-Ausbildung) organisiert werden – 220 Std. pro Kurs	Gesundheitsförderung, Qualitative Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Bewegungsförderung	Luruper Frauenaase BÖV 38					Durchführung des ersten Kurses, sobald sich genügend Teilnehmer/innen (ca. 20) angemeldet haben	
4.13	Sportstätte Lüdersring		Kooperationsprojekt von SV Lurup, REALÜ, Schule Langbargheide, SAGA, QM und anderen. Kostenlose Bewegungs- und Sportangebote mit Anleitung sowie Sportgeräteverleih für Kinder und Jugendliche aus der Siedlung Lüdersring.	Verbesserung des Bewegungs- und Sportangebotes für Kinder und Jugendliche, Gesundheitsförderung, Öffnung der Schule, Belebung der Stadteilkultur und Verbesserung des Freizeitangebotes für Kinder aus der Siedlung Lüdersring ◇	BBV BSF SV Lurup e.V. REALÜ Bösche-Stiftung SAGA QM Schule Langbargh. Alle			XX XX XX 7,2 XX	XXX XXX XXX	Projekt läuft. Finanzierung des Betriebs vorerst nur bis März 02 gesichert.	Handlungsbedarf
Σ 4											

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

5. Handlungsfeld Wohnen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamt-kosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
5.01	Hausbetreuerloge Lüdersring 2-8 (SAGA)		Umbau und Neugestaltung des Eingangsbereiches sowie Einrichtung einer Pförtnerloge, Haustreffe, WC, Hausbetreuer/Serviceleistungen	Aufwertung der Eingangsbereiche, Erhöhung der sozialen Kontrolle und der Sicherheit, Verbesserung des Kundenservice, Stärkung der Nachbarschaft, ○ ◇	SAGA BBV Arbeitsamt (ehem.) BAGS	236,2 45,5 SAM SAM				Projektstart im Nov. '99, Erweiterung der Serviceleistungen durch Hausbetreuer geplant	Personal für Hausbetreuer müssen langfristig gesichert werden
5.02	Hausbetreuerloge Lüdersring 2b-2c (SAGA)		Umbau und Neugestaltung des Eingangsbereiches sowie Einrichtung einer Pförtnerloge, Haustreffe, WC, Hausbetreuer/Serviceleistungen	Aufwertung der Eingangsbereiche, Erhöhung der sozialen Kontrolle und der Sicherheit, Verbesserung des Kundenservice, Stärkung der Nachbarschaft ○ ◇	SAGA BBV Arbeitsamt (ehem.) BAGS	216,8 38,9 SAM SAM				Projektstart im Juli '99, Erweiterung der Serviceleistungen durch Hausbetreuer geplant	Personeinstellen für Hausbetreuer müssen langfristig gesichert werden
5.03	Umbau / Ausstattung Nachbar-schaftstreif Lüdersring 2a (SAGA)		Umbau einer ehemaligen Ladeeinheit zu einem Nachbarschaftstreif für Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Lüdersring. Mieterterrasse im Außenbereich	Förderung von Nachbarschaft, Kommunikation und Selbsthilfe durch Schaffung eines geeigneten Treffpunktes. Direkte Beteiligung von Mietern an der Projektplanung ◇	SAGA BBV	46 46	10,2 23	35,8 23		Umbau steht unmittelbar bevor, Einrichtung 2001. Maßnahmen mit Mietern abgestimmt	hohe Priorität
5.04	Müll- und Reinigungskonzept Lüdersring		Konzeptentwicklung und Projektrealisierung durch SAGA, Bauliche und organisatorische Verbesserung der Situation	Verbesserung der Sauberkeit in den Wohnhäusern und im Außenbereich etc.	SAGA QM					Realisierung ab Mitte 2001	hohe Priorität
5.05	TrauDichHaus (Nachbarschaftswohnprojekt)	10 WE (Sozialer Wohn-nungs-	Geplant ist, dass ein öffentlich geförderter Mietwohnungsneubau mit 10 Wohneinheiten im nördlichen Fließviertel ausschließlich	Förderung von Nachbarschaften und Schaffung einer stabilen Hausgemeinschaft, die Verringerung der Fluktuation, Unterstüt-	SAGA BBV WBK				XXX	Sommer 2001 (Beginn der Aktivitäten der Initiative Trau-	Hand-lungsbe-darf

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiräumen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

5. Handlungsfeld Wohnen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
		bau, 1. Förderweg)	von „Mitgliedern“ des „TrauDich-Haus“ bezogen wird. Hierbei handelt es sich nicht um ein „klassisches“ Wohnprojekt, sondern um eine Gruppe von einzelnen Mieterinnen (insbesondere von allein erziehenden Frauen), die zukünftig ihre Vorstellungen von Zusammenleben in einer Hausgemeinschaft gemeinsam verwirklichen wollen.	zung von Selbsthilfeinitiativen, Verbesserung der Kommunikation zwischen Mieterschaft und Vermieter	Initiative TrauDich-Haus					DichHaus) Realisierung: nach Fertigstellung des Gebäudes (voraussichtlich: 2002 / 2003)	
Σ 5					Alle						

6. Handlungsfeld Wohnumfeld und Freiflächen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamt-kosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
6.05	Umfeldgestaltung HdJ Böversland 38 (Bezirksamt)		Ergänzung des bestehenden Freiraumangebotes durch Herstellung eines Bolzplatzes und einer Skaterbahn mit ergänzenden Skateelementen △	Verbesserung des Spiel- und Sportangebotes für Kinder und Jugendliche, Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Ausbau des Angebotes der Jugendeinrichtung △ ◇	BBV Bezirksamt / BUG	135,5 135,5	102,3	33,2	X	1. Bauabschnitt 2001 fertig gestellt. 2. Bauabschnitt in Realisierung	
6.06	Bolzplatz / Treffpunkt Lüdersring 30-42 (SAGA)		Neugestaltung und Ergänzung eines bestehenden Bolzplatzes, Schaffung eines witterungsge-schützten Treffpunktes für Ju-gendliche Verbesserung des Lärmschutzes	Verbesserung des Spiel, Sportan-gebotes für Jugendliche im Wohn-umfeld, Förderung der Beteiligung von Jugendlichen, Gewaltpräven-tion, ◇	SAGA BBV	102,3 102,3	102,3	92		Fertigstellung April 2002	hohe Priorität

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteileleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung,
△ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

6. Handlungsfeld Wohnumfeld und Freiflächen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
6.07	Spiel- und Sportfläche Sudestrasse 15-17 (SAGA)		Neugestaltung eines vorh. Spielplatzes unter direkter Beteiligung von Kinder und Jugendlichen aus dem südlichen Flusseviertel	Verbesserung des Freiraumbereiches für Kinder u. Jugendliche, Förderung der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Förderung von Nachbarschaften durch Schaffung von Treffpunkten im Wohnumfeld ◇	SAGA BBV	71,6 71,6	71,6 71,6	71,6 71,6	Fertigstellung März 2002		
6.08	Kinderspielplatz Trebel-/Peenestraße (SAGA)		Neugestaltung und Ergänzung der Ausstattung des vorh. Spielplatzes für Kinder im Alter bis ca. 12 Jahre, unter direkter Beteiligung von Kindern Abgrenzung des Spielplatzes zu den benachbarten Wohnhäusern	Verbesserung des Freiraumbereiches für Kinder, insbesondere für Kinder zwischen 6 u. 12 Jahren, Förderung der direkten Beteiligung von Kindern ◇	SAGA BBV	58,8 58,8	58,8 58,8	58,8 58,8	Fertigstellung April 2002		
6.09	Umfeldgestaltung Jugendtreff Spreestraße 22 (Ring Zwei e.V.)		Umgestaltung der Außenflächen des Jugendtreffs zu einem Treffpunkt im Freien für Jugendliche und Nachbarn des Jugendtreffs △ ◇	Verbesserung des Freiraumbereiches für Jugendliche, Förderung von Nachbarschaft, Schaffung von Treffpunkten im Freien △ ◇	SAGA BBV	23 23			Projekt kann erst realisiert werden, wenn Bauarbeiten im Souterrain abgeschlossen sind		
6.11	Schulhofgestaltung – Schule am Altonaer Volkspark (BSF)		Bau eines Beachvolleyballfeldes auf dem Schulhof in Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrern und Unterstützung des Bezirksamtes	Verbesserung des Sportangebotes, Förderung der Mitwirkungsbeiträge, direkte Beteiligung von Schülern an Planung und Realisierung △ ◇	BBV Bezirksamt, BBS	4,1	4,1		Projekt wird 2001 mit Unterstützung des Bezirksamtes und des Schulvereins realisiert. Finanzielle Unterstützung aus den Verfügungsfonds		
6.14	Bolzplatz Laub-sängenweg (SAGA)		Der bestehende Bolzplatz soll modernisiert und durch eine ergänzende Ausstattung zusätzlich aufgewertet werden. Direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geplant	Verbesserung des Freiraumbereiches für Kinder u. Jugendliche, Förderung der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ◇	SAGA BBV	38,4 38,3	38,4 75	38,3 38,3	Fertigstellung April 2002		

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermithilfe und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

6. Handlungsfeld Wohnumfeld und Freiflächen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
6.15	Wohnumfeldverbesserung Lüttersing 2-8 (SAGA)		Durch Neugestaltung der Außenanlagen im Bereich des Wohnhauses und der Hausbetreuer/innen sollen Aufenthalts- und Kommunikationsflächen für die Hausbewohner und Nachbarn geschaffen werden	Förderung von Nachbarschaft durch eine entsprechende Gestaltung des Wohnumfeldes, Qualitative Aufwertung des Wohnumfeldes ◇	SAGA BBV	15,3 15,3			15,3 15,3	Baubeginn Anfang 2002	hohe Priorität
6.16	Modernisierung Kleinfußballfeld Schule Veeremoor		Modernisierung eines Bolzplatzes, Planung und Realisierung mit Beteiligung von Schüler/innen und Schülern	Verbesserung des Freiraumbereiches für Kinder u. Jugendliche durch die Schaffung zusätzlicher Spiel-/Sportflächen △	BBV Schule / BBS	8 13,6			8 13,6	Realisierung 2002	hohe Priorität
6.19	Spielplatz Recknitzstraße 56-58		Modernisierung/ Umbau eines vorhandenen Kinderspielplatzes, Schwerpunktspielplatz für jüngere Kinder (und deren Eltern)	Verbesserung des Freiraumbereiches für jüngere Kinder, Förderung der direkten Beteiligung von Kindern und deren Eltern ◇	SAGA BBV	40,9 40,9			40,9 40,9	Planung und Realisierung möglichst in 2002	hohe Priorität
6.20	Umgestaltung Netzeplatz		(Neu-)Gestaltung der betonierten Freifläche zu einem „Marktplatz“ für das nördliche Fließviertel. Die Fläche, unter der sich eine Tiefgarage befindet, soll durch Pflanzungen begrünt und zu den umliegenden Wohnanlagen hin abgegrenzt werden. Der monatlich stattfindende Flohmarkt oder die Außenwirkung des KiFaZ-Cafes sollen weiterhin ermöglicht werden.	Schaffung eines Treffpunktes und Kommunikationsortes für die Anwohner/innen und Besucher/innen des KiFaZ ◇	SAGA BBV KiFaZ Bewohner/innen	38,4 38,3			38,4 38,3	Projekt wurde vom KiFaZ sowie Anwohner/innen initiiert. Von Studenten der HfBK wurden im Jahr 2001 Modelle für Umgestaltung entworfen. Projekt soll 2002 weiter konkretisiert – und soweit möglich – auch realisiert werden.	hohe Priorität
Σ 6					Alle						

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

▽ 7. Handlungsfeld Verkehr und Mobilität											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federation Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
							2000	2001	2002		
7.01	Wegeverbindung „Flussweg“ (SAGA / Bezirksamt)		Herstellung einer sicheren Fußwegeverbindung durch das nördliche Flusseviertel. Verbindung der Spielflächen am Flussweg und Anbindung nach außen. Aufwertung der Wegeverbindung durch Beleuchtung, Sitzgelegenheiten etc.	Qualitative Verbesserung der Wegeverbindungen, Anbindung des Flusseviertels an den übergeordneten Freiraumverbund, Optimierung der Erreichbarkeit der Nahversorgungszentren ☐	SAGA BBV Bezirksamt	25,6 76,7				Planung abgeschlossen, Realisierung ab 2002 in mehreren Teilschritten	hohe Priorität
Σ 7					Alle						

() Steuerungsleistungen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
	Quartiersmanagement (Quartiersentwickler)		Leistungen gemäß Vergütungsvertrag	Steuerung des Stadtteilentwicklungsprozesses in den beiden Luruper STEP-Gebieten	BBV		143,1	158,5	127,8	Laufzeit zunächst bis 2006	
Σ					Alle						

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiräume, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

GEPLANTE PROJEKTE

1. Handlungsfeld Bürgermitwirkung und Stadtteilleben											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamt-kosten (Tsd. €)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
1.05	Sommerfest Lüdersring		Nachbarschafts- und Kinderfest im Juni 2000, organisiert in Kooperation von SAGA, Chance, Mietergruppe etc.	Förderung nachbarschaftlicher Kontakte, Stadtteilkultur, Informationen für Mieter/Bewohner	SAGA		XX	XX		Soll möglichst einmal pro Jahr durchgeführt werden	
1.14	Homepage Soziale Stadtentwicklung Lurup		Aufbau einer Homepage mit dem Schwerpunkt Soziale Stadtentwicklung, Ausbau zu einer Luruper Stadtteil-Homepage	Öffentlichkeitsarbeit / Information über programmrelevante Aspekte, Förderung der Mitwirkungsbe-reitschaft △	Chance, Mieter, QM BBV Luruper Forum QM		XX	XX		Kosten für Erstellung – laufende Pflege über Quartiersmanagement und Luruper Forum	hohe Priorität
1.20	Integrative Konfliktregelung durch Gemeinschaftskonferenzen		Projekt nach neuseeländischem Vorbild - Konfliktregelung durch Gemeinschaftskonferenzen – dadurch soll ein Dialog zwischen sozialen Gruppen herbeigeführt, Konflikte gelöst und Nachbarschaften gestärkt werden. Da es in Deutschland bisher kein derartiges Projekt gibt, soll dieser Ansatz im Rahmen eines Pilotprojektes in Lurup erprobt werden (Laufzeit: 1-2 Jahre)	Gewaltprävention, Förderung der Kommunikation und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Förderung bürgerschaftlichen Engagements, Förderung von Selbsthilfe, Entlastung von Polizei und Justiz △	BBV Universität Hamburg Luruper Forum QM					Konzept für Pilotprojekt in Lurup wurde erstellt; Finanzierung über Verfügungsfonds und QM	hohe Priorität
Σ 1					Alle						

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, ▽ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

2. Handlungsfeld Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
2.05	ZAG-Lurup „Zukunft Aktiv Gestalten“		Übertragung der Grundkonzeption von ZAG Altona-Nord; konzeptionelle Anpassung an Luruper Verhältnisse	Gezielte Unterstützung von Schülerinnen und Schülern beim Übergang von der Schule ins Berufsleben □	BBV BBS Schulen					Projektkonzept vorh. (ZAG Altona Nord) Bisher keine Finanzierung der laufenden Kosten.	hohe Priorität
2.06	ARENA im Volkspark		(Langzeit-) Arbeitslose sollen über Personalagentur auf Arbeitsplätze bei der neuen ARENA im Volkspark vermittelt werden	Akquisition von Arbeitsplätzen bei der ARENA; gezielte Qualifizierung von Arbeitslosen für Arbeitsplätze bei der ARENA	Betreiber-ARENA Arbeitsamt BWA					Gespräche mit Investorengruppe laufen	hohe Priorität Zeitdruck
Σ 2					Alle						

3. Handlungsfeld Lokale Wirtschaft und Nahversorgung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
3.02	Aufwertung Ladenzeile Franzosenkoppel 104		Eigentümer und Gewerbetreibende bei ihren Bemühungen zur Standortsicherung und Aufwertung unterstützen	Sicherung der Nahversorgung für das nördl. Flusseviertel; Erhalt von Arbeitsplätzen. ○	BVE					2001 Gespräche mit Eigentümer, Gewerbetreibenden und Behörden	wird geprüft
3.03	Quartiers- und Zentrumsentwicklung Lüdersring (Projektentw.)		Entwicklung von Vorschlägen zur Stabilisierung des Nahversorgungszentrums; Entwicklung von Vorschlägen zur städtebaulichen Aufwertung des Zentrumsbereiches – unter Einbeziehung der Straße Langbargheide und des Parkplatzes zwischen Pennymarkt und Wohngebäude	Städtebauliche Aufwertung des „Quartierszentrums“; Sicherung des Nahversorgungsstandortes.	SAGA, von Mallesch, FHH BBV BWA Bezirksamt Altona QM	35,8			35,8	Projektentwicklung in 2002 – inkl. Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage für Eigentümer, Politik und Verwaltung Beginn April 2002	hohe Priorität

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

□ 3. Handlungsfeld Lokale Wirtschaft und Nahversorgung											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
3.04	Hamam		Im Rahmen der Arbeit der „Luruper Frauenoase e.V.“ ist die Idee entstanden, einen Hamam in Lurup zu bauen. Hierfür sollen private Investoren gefunden werden.	Gesundheitsförderung, Förderung der Kommunikation, Schaffung von (Teilzeit-) Arbeitsplätzen im Stadtteil, Förderung der lokalen Wirtschaft, Imageförderung. ○ △	Privater Investor BBV Frauenoase e.V.					Kontakt zu einem möglichen Investor/Betreiber besteht	Handlungsbedarft Standort und Finanzierungskonzept
Σ 3					Alle						

4. Handlungsfeld Gesellschaftliche Infrastruktur											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
4.07	Nutzungskonzept – Sportanlage Goethe-Gymnasium		Schule bietet Stadtteil Sportanlage zur Mitnutzung an; Nutzungskonzept; Anlage muss dringend modernisiert werden; eventuell Installation eines betreuten Sportangebotes für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil	Öffnung der Schule (des Schulgeländes), Gesundheits-, Bewegungsförderung, Förderung von Kooperation im Gebiet Lüdersring ◇ □	BBV BBS / Schule QM					Erste Gespräche wg. Instandsetzung und Modernisierung wurden mit BBS geführt; AG Schulhof plant Konzept	Handlungsbedarf
4.08	Gerätehaus für Schule Goethe-Gymnasium		Planung und Bau eines Gerätehauses in Selbsthilfe von Schülern, Eltern, Schulpersonal, Finanzierung über Schule und Sponsoring / Spenden	Förderung von Selbsthilfe und Eigenverantwortung, Sport-/Bewegungsförderung, Gesundheitsprävention ◇	BBV Sponsoren / Spenden Schule / BSF			XX	XX	Projekt ist in Realisierung 2001/2002	

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadteileben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung,
 △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

4. Handlungsfeld Gesellschaftliche Infrastruktur												
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität	
2002							2000	2001	2002			
4.09	„Kultur- und Veranstaltungs-zentrum Lurup“ (Projektdentw.)		Neubau eines Mehrzweckbaues (Schaula, Veranstaltungsraum für Lurup, Schulkantine) auf dem Gelände des Goethe-Gymnasiums	Verbesserung der Kommunikation und Kooperation durch Schaffung geeigneter Räume, Förderung der Stadteilkultur, Gesundheitsförderung, Gesunde Ernährung von Kindern	BBV Schule / BBS QM	59				In 2002 werden weitere Gespräche mit BBS und Schulen geführt	hohe Priorität Projekt-entw. evtl. in 2002 vorziehen	
4.10	Internet-Cafe Lurup		Schaffung eines zentralen Internet-Cafes mit Schulungsraum für unterschiedliche Alters-/Zielgruppen (privatwirtschaftlich organisiert)	Förderung der Medienkompetenz, Verbesserung der Infrastruktur im Stadtteil □	Privater Betreiber BBV QM					Kontakt zu einem privaten Betreiber besteht – bisher kein geeigneter Standort		
4.12	Psychomotorik – Ausbildung in Lurup		Für Menschen aus Lurup und Osdorf mit abgeschlossener Berufsausbildung u. Erfahrung in den Bereichen Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialarbeit soll im Stadtteil ein Fortbildungsangebot (Psycho-Motorik-Ausbildung) organisiert werden – 220 Std. pro Kurs	Gesundheitsförderung, Qualitative Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Bewegungsförderung	Luruper Frauenoase BÖV 38					Durchführung des ersten Kurses, sobald sich genügend Teilnehmer/innen (ca. 20) angemeldet haben		
4.13	Sportstätte Lüdersring		Kooperationsprojekt von SV Lurup, REALÜ, Schule Langbargheide, SAGA, QM und anderen. Kostenlose Bewegungs- und Sportangebote mit Anleitung sowie Sportgeräteverleih für Kinder und Jugendliche aus der Siedlung Lüdersring.	Verbesserung des Bewegungs- und Sportangebotes für Kinder und Jugendliche, Gesundheitsförderung, Öffnung der Schule, Belebung der Stadteilkultur und Verbesserung des Freizeitangebotes für Kinder aus der Siedlung Lüdersring ◇	BBV BSF SV Lurup e.V. REALÜ Börsche-Stiftung SAGA QM Schule Langbargh.	7,2		XX XX XX 7,2 XX	XXXX XXXX XXXX	Projekt läuft. Finanzierung des Betriebs vorerst nur bis März 02 gesichert.	Hand-lungsbe-darf	
Σ 4					Alle							

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freizeitanlagen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

5. Handlungsfeld Wohnen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
5.05	TrauDichHaus (Nachbarschaftswohnprojekt)	10 WE (Sozialer Wohnungsbau, 1. Förderweg)	Geplant ist, dass ein öffentlich geförderter Mietwohnungsneubau mit 10 Wohneinheiten im nördlichen Flusseviertel ausschließlich von „Mitgliedern“ des „TrauDichHaus“ bezogen wird. Hierbei handelt es sich nicht um ein „klassisches“ Wohnprojekt, sondern um eine Gruppe von einzelnen Mieterinnen (insbesondere von allein erziehenden Frauen), die zukünftig ihre Vorstellungen von Zusammenleben in einer Hausgemeinschaft gemeinsam verwirklichen wollen.	Förderung von Nachbarschaften und Schaffung einer stabilen Hausgemeinschaft, die Verringerung der Fluktuation, Unterstützung von Selbsthilfeeinitiativen, Verbesserung der Kommunikation zwischen Mieterschaft und Vermieter	SAGA BBV WBK Initiative TrauDichHaus				XXX XXX	Sommer 2001 (Beginn der Aktivitäten der Initiative TrauDichHaus) Realisierung: nach Fertigstellung des Gebäudes (voraussichtlich: 2002 / 2003)	Handlungsbedarf
Σ 5					Alle						

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteileleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

6. Handlungsfeld Wohnumfeld und Freiräumen											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
6.09	Umfeldgestaltung Jugendtreff Spreestraße 22 (Ring Zwei e.V.)		Umgestaltung der Außenflächen des Jugendtreffs zu einem Treffpunkt im Freien für Jugendliche und Nachbarn des Jugendtreffs	Verbesserung des Freiraumangebotes für Jugendliche, Förderung von Nachbarschaft, Schaffung von Treffpunkten im Freien △ ◇	SAGA BBV	23 23				Projekt kann erst realisiert werden, wenn Bauarbeiten im Souterrain abgeschlossen sind	
6.13	Grünzug Brachvogelweg (Bezirksamt)		B-Plan Lurup 56 – Nach Fertigstellung des geplanten Wohnungsbaus soll auf der Restfläche ein Stadteilgrünzug entstehen – Anschluss des Flusseviertels an die bestehende grüne Wegeverbindung zu den Bereichen Lüttenkamp und Eckhoffplatz Realisierung nach Fertigstellung des Wohnungsbauvorhaben (2002/2003) Planungskosten: 46,5 Tsd. € Grunderwerb- u. Baukosten: 357,4 Tsd. €	Qualitative Verbesserung der Grünverbindungen, Anbindung des Flusseviertels an den übergeordneten Freiraumverbund; direkte Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern an der Planung ◇	BBV Bezirksamt / BUG				XX	Beteiligung u. Planung soll 2002 durchgeführt werden. Finanzierung im Rahmen der B – Plan Maßnahmen	Handlungsbedarf
6.18	Elterntreffpunkt Wasserpumpenspielfeld		Einrichtung einer vor Witterung schützenden Sitzbank für Kinder + Eltern	Förderung der nachbarschaftlichen Kommunikation, Unterstützung von Bewohnerengagement, Verbesserung der Aufenthaltsqualität ◇	SAGA BBV Elterninitiative Wasserpumpenspielfeld	8				Planung und Realisierung möglichst in 2002 Investitionsfond / SAGA	hohe Priorität
6.19	Spielfeld Recknitzstraße 56-58		Modernisierung/ Umbau eines vorhandenen Kinderspielfeldes, Schwerpunktspielfeld für jüngere Kinder (und deren Eltern)	Verbesserung des Freiraumangebotes für jüngere Kinder, Förderung der direkten Beteiligung von Kindern und deren Eltern ◇	SAGA BBV	40,9 40,9			40,9 40,9	Planung und Realisierung möglichst in 2002	hohe Priorität

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiräumen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

6. Handlungsfeld Wohnumfeld und Freiflächen												
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität	
2002							2000	2001	2002			
6.20	Umgestaltung Netzeplatz		(Neu-)Gestaltung der betonierten Freifläche zu einem „Marktplatz“ für das nördliche Flusseviertel. Die Fläche, unter der sich eine Tiefgarage befindet, soll durch Pflanzungen begrünt und zu den umliegenden Wohnungen hin abgegrenzt werden. Der monatlich stattfindende Flohmarkt oder die Außenwirkung des KiFaZ-Cafes sollen weiterhin ermöglicht werden.	Schaffung eines Treffpunktes und Kommunikationsortes für die Anwohner/innen und Besucher/innen des KiFaZ ◇	SAGA BBV KiFaZ Bewohner/innen	38,4 38,3			38,4 38,3	Projekt wurde vom KiFaZ sowie Anwohner/innen initiiert. Von Studenten der HfBK wurden im Jahr 2001 Modelle für Umgestaltung entworfen. Projekt soll 2002 weiter konkretisiert – und soweit möglich – auch realisiert werden.	hohe Priorität	
6.21	Beschilderung des grünen Wegenetzes im Stadtteil		Ein gravierender Nachteil des grünen Wegenetzes in Lurup besteht darin, dass die Wegeführung nicht lückenlos und nicht immer eindeutig ist; Aufstellen von Wegweisern, um die Orientierung – insbesondere auch für Ortsunkundige – zu verbessern. Eine Aufwertung soll zudem durch die Schautafeln erfolgen, die ökologische Zusammenhänge in den jeweiligen Grünanlagen anschaulich erläutern und auf Besonderheiten hinweisen.	Förderung des nicht motorisierten Verkehrs durch eine qualitative Aufwertung der Wegeverbindungen, anschauliche Erläuterung ökologischer Zusammenhänge	BBV BUG / Bezirksamt				XX	Finanzierung (20,5 Tsd. €) bisher nicht gesichert		
Σ 6					Alle							

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteileben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

7. Handlungsfeld Verkehr und Mobilität											
Lfd. Nr.	Bezeichnung Belegenheit Träger	Umfang	Beschreibung	Teilziel weiteres Handlungsfeld	Federführung Finanziers Sonstige Akteure	Gesamtkosten (TDM)	Finanzierung (TDM)			Stand Zeitspanne (Monat/Jahr)	Sonstiges Priorität
2002							2000	2001	2002		
7.02	Parkraumkonzept nördliches Flüssviertel (SAGA / Bezirksamt)		Entwicklung von Lösungsalternativen zur Neuordnung des ruhenden Kraftfahrzeugverkehrs und Schaffung zusätzlicher Stellplätze	Schaffung zusätzlicher Kfz-Stellplätze für Bewohnerinnen und Bewohner. Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Neuordnung des ruhenden Verkehrs ☐	SAGA BBV Bezirksamt					Zunächst muss geklärt werden, welche Prioritäten die SAGA verfolgt und welche Möglichkeiten bestehen, um sich in den nächsten Jahren an der Realisierung von Maßnahmen in diesem Bereich zu beteiligen.	wird geprüft
7.03	Wegeverbindung zum Volkspark (SAGA)		Schaffung einer, vom Autoverkehr getrennt geführten Fuß- und Radwegeverbindung vom Lüdersring (Nr.41-59) zum Volkspark (in Höhe Farnhornweg 64/66)	Verbesserung der Anbindung der Siedlung Lüdersring an den übergeordneten Freiraumverbund (Volkspark), Förderung des nicht motorisierten Verkehrs ☐	SAGA BBV Bezirksamt	10,2 40,9			10,2 40,9	Die Realisierung der Wegeverbindung ist nur sinnvoll, wenn auch eine sichere Querungsmöglichkeit über den Farnhornweg geschaffen wird (LSA)	wird geprüft
7.05	Querungsstelle Elbgaustraße / Herbststieg		Durch bauliche Maßnahmen soll die Querung der Elbgaustraße in Höhe des Herbststiegs verbessert werden. Ein seit Jahren bestehender „Trampelpfad“ lässt einen Bedarf vermuten. Diese Vermutung kann nur durch eine Bedarfsanalyse (Verkehrszählung, Befragungen etc.) untermauert bzw. widerlegt werden. Diese zusätzl. Querungsstelle ist zugleich Bestandteil einer geplanten Fuß- und Radwegeverbindung zum Volkspark (und der dort geplanten Jugend-Sport-/Freizeitfläche).	Verbesserung der Anbindung der Siedlung Lüdersring an den übergeordneten Freiraumverbund (Volkspark), Förderung des nicht motorisierten Verkehrs ☐	BBV Bezirksamt					Voraussetzung für eine Planung ist eine fundierte Bedarfsanalyse. Diese Auffassung vertritt auch die Behörde für Bau und Verkehr. Sie sieht aber kurzfristig keine Möglichkeit diese zu finanzieren.	wird geprüft
Σ 7					Alle						

Handlungsfelder: ◇ = Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, ○ = Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, □ = Lokale Wirtschaft und Nahversorgung, △ = Gesellschaftliche Infrastruktur, △ = Wohnen, □ = Wohnumfeld und Freiflächen, ▽ = Verkehr

Kostenträger: Eigentümer, Behörde für Bau und Verkehr (BBV), Sonstige öffentliche Finanzierung, Alle (Summenzeile)

Anhang III: Stadtteilzeitung Lurup

158

Anhang

Anhang III: Stadtteilzeitung Lurup

Lurup im Blick

Information und Ideen für Lurup



Dezember 2001/Januar 2002



www.traudichhaus.de

„Wohnprojekt für Anfänger“ im SAGA-Haus:

Das TrauDichHaus

Die SAGA baut demnächst in der Netze- und Ohlestraße im Luruper Flüsseviertel drei Häuser mit jeweils 10 Wohnungen (2 bis 4 Zimmer) im sozialen Wohnungsbau. Drei alleinerziehende Mütter mit insgesamt sieben Kindern wollen diese Gelegenheit nutzen, gemeinsam mit Gleichgesinnten in einem dieser Häuser ein „Wohnprojekt für Anfänger“ zu gründen.

„Wir wollen uns das Leben leichter und schöner machen“, sagen die TrauDichHaus-Gründerinnen Maren Tank und Maren Pahl. „Wir möchten ein gutes, offenes Verhältnis zu unseren zukünftigen Nachbarn entwickeln.“ Dafür suchen sie Gleichgesinnte, die „den Glauben an individuelles Leben in Gemeinschaft wieder finden möchten“.

Im Stadtteil-Laden Lurup traf die Idee auf offene Ohren. Die „Verbesserung des Wohnungsangebots“ für Familien,



Drei Häuser dieses Typs wird die SAGA in der Netze- und Ohlestraße bauen. Anfang 2003 sollen sie bezugsfertig sein.



Zwei der drei TrauDichHaus-Gründerinnen und ihre Kinder.

Wohngemeinschaften und Wohngruppen“ ist erklärtes Ziel der Sozialen Stadtteilentwicklung in Lurup. Auch die SAGA ist einverstanden: Sie profitiert davon, wenn ihre MieterInnen sich um die Belegung der Neubauten kümmern, damit sie in guter Gemeinschaft zusammen leben und sich gegenseitig unterstützen können.

Luruper Projekte

Schneller Start

Die Idee für das TrauDichHaus ist schon über ein Jahr alt. Trotzdem musste plötzlich alles ganz schnell gehen, weil die SAGA sehr kurzfristig über den Bau der Häuser entschieden hat. Kurz entschlossen entwickelten die TrauDich-



TrauDichHaus-Mitgründerin Astrid Görtz beim ersten Wohnprojekttreffen am 29.11.01

Haus-Gründerinnen mit professioneller Unterstützung ein Informationsblatt, Einladungsplakate und eine informative Internetseite (www.traudichhaus.de).

Das erste Wohnprojekttreffen

Am 29. November fand das erste TrauDichHaus-Treffen im Kinder- und Familienzentrum in der Netzstraße statt. Für fast alle Wohnungen gab es Interessentinnen: Ein älteres Ehepaar, das gerne nach Lurup zurückziehen möchte, Alleinerziehende und Verwandte, die gerne zusammen in einem Haus wohnen möchten. Viele Fragen wurden angesprochen: Wer wohnt oben, wer unten? Können so viele Kinder und ältere Leute zusammen wohnen, ohne dass es dauernd Stress gibt? Welche Gemeinschaftseinrichtungen wünschen wir uns und wo wäre Platz dafür? Auch beim nächsten TrauDichHaus-Treffen sind neue Interessentinnen erwünscht – vielleicht kann ja noch ein zweites Haus belegt werden.

Weitere Information gibt es bei Maren Tank, Tel. 83 24 295, oder Maren Pahl, Tel., 83 24 46, oder unter info@traudichhaus.de.

Unterstützung vom Luruper Forum

Auf dem Luruper Forum am 21.11.01 berichteten Maren Tank, Maren Pahl und Astrid ... über das TrauDichHaus-Projekt und beantragten Unterstützung für die Öffentlichkeitsarbeit.

Es wurde gefragt, ob die Öffentlichkeitsarbeit in dem Umfang wirklich nötig sei. Die TrauDichHaus-Gründerinnen erklärten, dass sie in sehr kurzer Zeit ausreichend geeignete BewerberInnen finden müssten. Quartiersmanager Ludger Schmitz wies darauf hin, dass in dem TrauDichHaus-Infoblatt und auf der Web-Site wichtige Informationen über Grundrisse, Miethöhe etc. zusammengestellt seien, die InteressentInnen benötigten, um über die Teilnahme am Projekt entscheiden zu können. Erika Bartscheako von der Luruper Frauenzoele wies darauf hin, dass das Wohnprojekt eine „einmalige Chance für Alleinerziehende“ darstelle, ihre Lebensumstände zu verbessern.

Gegen 5 Gegenstimmen und bei 5 Enthaltungen beschloss das Luruper Forum auf seiner Sitzung am 28.11.01 mit großer Mehrheit,

das TrauDichHaus-Projekt mit DM 1.130,00 für die Öffentlichkeitsarbeit (inkl. Website) zu unterstützen.

Hamam-Film im FAMA-Kino: DM 640 für Jugendcontainer

Auf Einladung der Luruper Frauenzoele und des FAMA-Kinos erlebten mehr als 60 BesucherInnen am 28.11. im Fama-Kino beim Spielfilm „Hamam, Türkisches Bad“ hautnah die Begegnung eines italienischen Ehepaars mit der türkischen Familien- und Bad-Kultur in einem alten Istanbul Stadtteil mit und informierten sich über die Pläne, einen Hamam in Lurup zu bauen. Weitere Information über das Luruper Hamam-Projekt gibt es bei Margret Roddis, Tel. 887 97 41 16.

Das FAMA spendete die DM 640 Einnahmen aus dem Kartenverkauf für den selbst organisierten Jugendcontainer im Flusseviertel. sat



JobClub jetzt mobil vor Ort in Lurup

Die bewährte Arbeitsberatung des JobClubs Altona kommt ab Januar 2002 mit dem gut ausgestatteten JobClub-Mobil regelmäßig nach Lurup. Jeweils zwei BeraterInnen bieten individuelle und vertrauliche Unterstützung bei der Arbeitssuche – von der ersten Information bis zur intensiven Beratung, Job-Börsen zur Stellensuche und Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche und Bewerbungsschreiben am PC.

Ermöglicht wird dieses neue Projekt durch die Zustimmung von der Behörde für Stadtentwicklung, der Behörde für Soziales und Familie und dem Arbeitsamt.

Das JobClubMobil in Lurup:

Montag, 15.00 – 17.00 Uhr, Lüdersring/Langbargehoide
Dienstag, 14.00 – 16.00 Uhr: auf dem Wochenmarkt Ellbaupassage
Donnerstag, 10.00 – 12.00: auf dem Wochenmarkt am Eckhoffplatz
Donnerstag, 12.30 – 14.30 Uhr: im nördlichen Flusseviertel

Verfügungsfonds

Verfügungsfonds

Das Luruper Forum unterstützt gerne gute Ideen und Initiativen aus und für Lurup. Möglich wäre z.B. Verpflegung für das Nachbarschafts-Tischtennisturnier, ein Plakat für das Musikfest, Honorar für eine Spiel oder Kunstaktion, ein Workshop für eine Selbsthilfegruppe, ein Feuerwerk für den gemeinsamen Laternenumzug vieler Luruper Einrichtungen... Vieles ist möglich, wenn es den BewohnerInnen der Gebiete Lüdersring, Lützkamp oder Flüßenviertel zugute kommt, denn das Geld für den Verfügungsfopf kommt aus dem Programm Soziale Stadtteilentwicklung. Der Antrag muss aufgeschrieben und persönlich auf den Sitzungen des Luruper Forums vorgestellt werden. Stimmt das Forum zu, wird das Geld unbürokratisch ausgezahlt und später mit dem Quartiersentwickler abgerechnet. Nicht verbrauchtes Geld wird zurückgezahlt. Hilfreiche Antragsformulare und freundliche Beratung gibt es im Stadtteil-Laden Lurup in den Elbgaupassagen.



Sporthütte winterfest machen

Klaus Oldag vom SV Lurup berichtete dem Luruper Forum am 28.11.01 vom großen Erfolg des Sporthüttenprojekts. Bis zum 2.11. wurden im Bauwagen auf dem Spielplatz Ammerweg kostenlos Spielgeräte ausgeliehen. Das Projekt werde fortgesetzt. Der Bauwagen müsse allerdings dringend winterfest gemacht werden, dafür könne der Verein keine Gelder mehr aus seinen Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung stellen.

Das Luruper Forum beschloss einstimmig bei drei Enthaltungen dem SV Lurup DM 1.340,00 aus dem Verfügungsfonds für die Instandsetzung des Sporthütten-Bauwagens zur Verfügung zu stellen.

Geschäftsführung des Luruper Forums:

Verfügungsfonds verbraucht

Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2001 vergaben die GeschäftsführerInnen des Luruper Forums entsprechend des einstimmig gefassten Beschlusses des Forums vom 28.11.01 die noch verbliebenen Mittel aus dem Verfügungsfonds in Höhe von DM 4.646,00.

Insgesamt lagen Anträge in Höhe von DM 15.310,66 vor. Einvernehmlich wurden die Anträge, die nicht unbedingt noch in diesem Jahr beschieden werden mussten, auf das kommende Jahr verschoben.

herauskommen und nicht immer nur ihre kleine Welt sehen, damit sie einmal lächeln.“ Die Geschäftsführung beschloss einstimmig:

Die Müttergruppe im Mieterladen Lüdersring erhält einen Zuschuss in Höhe von DM 1.000 für ihre internationale Weihnachtsfeier.

Deutschkurs in der Familienservicestation

Um MigrantInnen aus dem Bereich Lüdersring den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern, möchte die Familienservicestation einen Einstiegs-Intensivkurs zur Vertiefung der Deutschkenntnisse anbieten (4 x in der Woche je 3 Unterrichtsstunden Vormittags mit Kinderbetreuung), berichtete Janina Jentz und beantragte dafür Honorarmittel. Die Geschäftsführung beschloss einstimmig und im Einvernehmen mit der Antragstellerin:

Für den Deutsch-Intensivkurs für MigrantInnen aus der Siedlung Lüdersring werden 2001 DM 2.820 aus dem Verfügungsfonds gezahlt.

Internationale Weihnachtsfeier am Lüdersring

Frau Ak beantragte für die Müttergruppe im Mieterladen Lüdersring einen Zuschuss für ihre internationale Nachbarschaftsweihnachtsfeier. „Wir sind nicht nur eine türkische Gruppe“, erläuterte sie, auch Deutsche seien willkommen, die seien aber „etwas scheu“. Wichtig sei, dass sie kleine Geschenke für die Kinder aus der Nachbarschaft, deren Eltern sehr wenig Geld hätten, kaufen können. Frau Ak machte deutlich, dass die Weihnachtsfeier sehr viel Arbeit für die Organisatorinnen bedeute. „Wir machen das gerne für die Mütter, damit sie mal

Halli-Hallo-Krabbelgruppe

Sonja Hamann stellte die Halli-Hallo-Krabbelgruppe vor, die sich selbst organisiert und ehrenamtlich betreut einmal in der Woche in den Räumen der Emmaus-Gemeinde zum Singen, Spielen und Klönen trifft. „Wir bringen einiges Spielzeug selber mit, aber für größere Anschaffungen reicht unser Geld nicht“, sagte Sonja Hamann und beantragte DM 789,60 für die Anschaffung von Spiel- und Bewegungsmaterialien. Die Geschäftsführung beschloss einstimmig:

Die Halli-Hallo-Krabbelgruppe erhält die Restmittel aus dem Verfügungsfonds 2001. *sov*

Luruper Projekte

Ideen und Vorschläge für das Flüsseviertel-Süd:

Mitreden am Stadtteilmodell

„Wohnen Sie in einer dieser Straßen?“, das haben wir in der letzten Zeit viele Leute gefragt, die an unserem Modell vom Flüsseviertel-Süd vorbeigekommen sind – beim EDEKA-Markt Ludwig am Fahrenort in der Fridtjof-Nansen-Schule und der Schule Swattenweg. Viele haben uns dann ihr Haus oder ihre Wohnung in dem Gebiet zwischen Trebelstraße und Sudestraße gezeigt und erzählt, was ihnen gefällt oder was verbessert werden müsste. Am 30. Januar werden die Ergebnisse der Modellausstellung vorgestellt und alle Bewohner/innen des Gebiets sind herzlich eingeladen, mitzureden und Vorschläge zu machen.



Mit dem Modell unterwegs im Flüsseviertel-Süd: Sabine Tengeler und Margret Roddis

Stadtteilentwicklung im Flüsseviertel-Süd

Auch die SAGA-Siedlung zwischen Trebelstraße und Sudestraße wird durch das Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“ gefördert. Im vergangenen Jahr

wurden mit Kindern und Jugendlichen ein Spielplatz an der Recknitzstraße und der Bolzplatz an der Sudestraße geplant und mit dem Bau begonnen. Im diesem Jahr soll mit Eltern und Kindern ein Kleinkinderspielplatz an der Poenestraße geplant und neu gestaltet werden.

Aber die Stadtteilentwicklung soll nicht allein Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Sind die älteren Bewohner/innen des Flüsseviertels zufrieden mit ihren Wohnungen und mit dem Wohnumfeld? Fehlen soziale oder kulturelle Einrichtungen oder Arbeitsplätze? Was würden die Bewohner/innen gerne selbst für sich und ihren Stadtteil tun?

Die Quartiersentwickler/innen aus dem Stadtteil-Laden Lurup wollten darüber mehr erfahren, damit auf einer guten Grundlage Projekte für die Verbesserung der Lebenssituation im Flüsseviertel-Süd entwickelt werden können.

Deshalb wurden Margret Roddis und Sabine Tengeler beauftragt, ein Modell mit den Straßen und Häusern des Flüsseviertel-Süds zu bauen und mit möglichst vielen Bewohner/innen darüber zu sprechen, was wo verbessert werden sollte.

Hier ein erster Überblick über die Ergebnisse:



Am Modell kann man gut zeigen, warum es geht.

Glücklich seit über 40 Jahren

„Hier muss man mich raustragen“, sagte eine Mieterin, die seit 41 Jahren in der Trebelstraße wohnt, so glücklich ist sie in ihrer „ruhigen Wohnung“ mit dem „schönen Ausblick“. Auch andere Mieter/innen, die von Anfang an in der Siedlung wohnen, sind „wunschlos glücklich“. Sie schätzen das Leben im Grünen, ihren Mietergarten oder auch die netten Nachbar/innen. Besonders gelobt wird der EDEKA-Laden: Als gute Einkaufsmöglichkeit in der Nähe, wo man viele Leute trifft. Vollkommen wäre das Glück für viele, wenn der EDEKA auch eine Lotto-Annahmestelle eröffnen könnte.



Kinder und Jugendliche planen mit beim Planwagen auf dem Spielplatz Recknitzstraße (Juni 2001)

Luruper Projekte



Erstmal gucken, wo wir hier sind...

Ärger mit dem Müll

Oft nur wenige Häuser weiter wohnen weniger glückliche Mieter/innen. Insbesondere im hinteren Teil der Trebelstraße häuften sich die Klagen über Müll, Nachbarkinder „machen Groß und Klein“ in den Keller und „jeder ist sich selbst der nächste“. „Es ist ein Irrtum zu glauben, man könnte schwierige Mieter integrieren, wenn man sie zwischen gute Mieter setzt. Viele sind schon weggezogen...“, beklagte ein Mieter aus der Peenestraße.

Zugestellte Wege

Mehrere Bewohner/innen berichteten, dass die Fußwege so zugestellt und z.T. mit gelben Mülltonnen verstellt werden, dass Rollstuhlfahrer/innen und Eltern mit Kinderwagen nicht durchkommen. Außerdem gebe es zu wenig abgeschrägte Auffahrten für Rollstuhlfahrer/innen.

Gefahr durch rasende Autos

„Autos rasen durch die Trebelstraße. Junge Leute achten nicht auf Tiere oder Kinder“, berichtete ein Anwohner. Ein anderer wünschte sich „Wellen auf der Straße“, damit auf der Verbindungsstraße zwischen Recknitz- und Sudestraße

nicht so gerast wird. Belästigt durch Lärm und Abgase fühlen sich Anwohner der Verbindungsstraßen, wenn morgens die direkt vor ihren Schlafzimmern geparkten Autos starten und warmlaufen.

Ein Fahrradhäuschen auch selber bauen würden gerne Mieter aus der Recknitzstraße.

Als sehr gefährlich wird der Fahrenort wahrgenommen. Ältere Leute und Eltern mit Kinderwagen haben Probleme, beim EDEKA über die Straße zu kommen. Eine alte Frau wurde dort September 2001 überfahren und tödlich verletzt. Mehrfach wurde vorgeschlagen, den ganzen Fahrenort zur Tempo-30-

Zone zu machen oder am EDEKA eine Fußgängerampel einzurichten. Ein Vater berichtete, dass Autos oft bei rot über die Ampel an der Fridtjof-Nansen-Schule fahren, so dass die Kinder beiseite springen müssen. Eine Initiative für Verkehrsberuhigung am Fahrenort hat mehr als 300 Unterschriften gesammelt und an die Polizei übergeben, berichtete eine Mutter aus dem Fahrenort. Bisher sei daraus nichts gefolgt.



Müll in der Trebelstraße

Treffpunkte für Nachbarn

Vor allem ältere Leute und Mütter wünschten sich Räume, wo Mieter/innen sich treffen können – zum Basteln, Kochen, Feiern, für Mutter-Kind-Gruppen, Seniorengruppen etc. Wichtig war gerade älteren Menschen, dass man zu so ei-



Tempo 30 überall am Fahrenort?

Einladung

zum Mitreden am Modell:
Ideen und Vorschläge
für das Flüsseviertel-Süd
Mittwoch, 30. Januar, 18.00 Uhr
Fridtjof-Nansen-Schule
Fahrenort 76

nem Treff nicht „im Dunkeln durch den Park gehen muss“. Ein Grillplatz als Treffpunkt für Nachbar/innen im Freien wurde von einem Mieter aus der Recknitzstraße vorgeschlagen.

Orte für Kinder und Jugendliche

„Kinder haben hier keine Chance“, erklärte eine ältere Mieterin aus der Peenestraße, „früher waren die Wiesen zum Spielen freigegeben. Das stört doch nicht, wenn kleine Kinder da Fußball spielen oder Mädchen mit ihren Pappas auf der Wiese sitzen“. Es wurde beklagt, dass es zu wenig Spielplätze gibt bzw. dass diese in sehr schlechtem Zustand und verdrückt sind. Spielmöglichkeiten für kleinere Kinder direkt an den Häusern wünschten mehrere Mütter aus der Peenestraße. Sie wollen ihre draußen spielenden Kinder von der Wohnung aus im Blick haben.

Jugendliche und Eltern wünschten dringend einen Jugendtreff mit Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebot, besonders auch für Mädchen. Dies wurde auch von Lehrer/innen beider Grundschulen im Gebiet bestätigt, die vor allem einen Mittagstisch, Hausaufgabenhilfe, Bewegungs- und musische Angebote in unmittelbarer Umgebung für wichtig halten.

Am 30. Januar geht es weiter

Auf der Veranstaltung am 30. Januar werden die Ergebnisse der Modell-Aktion vorgestellt. Dann geht es darum: Welche Vorschläge und Hinweise gibt es noch? Was kann und soll verwirklicht werden? Hierzu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Sabine Tengeler

Luruper Einrichtungen



Kinder- und Familienzentrum
Netzestr. 14 a
Tel. 84 00 97 - 0 Fax: 8400 97 - 20



Das KifaZ erweitert sein Café-Angebot

Ab sofort laden wir alle Luruper auch am Freitag Vormittag zu einem „süßen Frühstück“ in unser Stadteifelcafé ein.
Damit ist unser Stadteifel-Café wie folgt geöffnet:

Montag 13.00 – 16.00
zu einer kleinen Mahlzeit
mit Kaffee und Kuchen

Mittwoch 9.00 – 12.00 Uhr
zum Frühstück

Donnerstag 13.00 – 17.00 Uhr
zum Familienessen

Freitag 9.00 – 12.00 Uhr
zum süßen Frühstück

Familiensonntag

jeweils 14.00 – 17.00 Uhr
(die Veranstaltungen beginnen
um 15.00 Uhr)

20. Januar 2002

DESY-Chor

17. Februar 2002

Kinderkleidung-
und Spielzeug-
Flohmarkt



Worüber wird der Luruper Stadteifelbeirat mitentscheiden, wenn es keine Gelder aus der Sozialen Stadteifelentwicklung mehr zu verteilen gibt? In Porto Alegre bestimmen Bürger über den regulären Haushalt mit. (Foto: Luruper Forum am 28.11.2001 im Fama-Kino)

Buchtipp:

Der Bürgerhaushalt in Porto Alegre

Seit drei Jahren erprobt das Luruper Forum neue Formen der Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen, Einrichtungen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung, um eine gute Entwicklung des Stadteils zu ermöglichen. Dabei lohnt es sich, auch mal über den Teufelstanz zu gucken, z.B. nach Brasilien:

In der 1,5 Millionen-Stadt Porto Alegre entscheiden BürgerInnen seit 1990 mit über den Haushalt ihrer Stadt. 1999 beteiligten sich in regionalen und thematischen Versammlungen mehr als 14.000 BürgerInnen an der Haushaltsaufstellung: Sie bestimmten, mit welchem Vorrang welche Projekte in welchem Stadtviertel finanziert werden sollten, sie wählten den „Rat des Bürgerhaushalts“, der kontrolliert, ob die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushalts die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt. Außerdem erarbeitet der Rat gemeinsam mit der Verwaltung einen genauen Investitionsplan. Formal entscheiden die gewählten PolitikerInnen des Stadtrats allein über den Haushalt. Dabei haben sie aber seit Einführung des Bürgerhaushalts die von BürgerInnen und Verwaltung erarbeiteten Vorschläge stets bestätigt.

Wie das funktioniert und welche Erfolge damit erzielt wurden, beschreibt Carsten Herzberg in seinem nüchtern, wissenschaftlich gehaltenen Buch über den Bürgerhaushalt von Porto Alegre (s.u.): Seitdem die BürgerInnen in Porto Alegre real mitbestimmen können, werden die Haushaltsmittel gerechter und effektiver eingesetzt, die Kleinteilwirtschaft wurde weitgehend überwunden. Der sichtbare Erfolg (z.B. asphaltierte Straßen, fließend Wasser und Abwasserentsorgung in bisher vernachlässigten „armen“ Stadtvierteln) motivierte von Jahr zu Jahr mehr EinwohnerInnen, gerade auch arme und weniger gebildete Menschen, sich an den „Haushalts-Versammlungen“ zu beteiligen. Es entstanden neue Formen der Selbstorganisation, viele BürgerInnen bildeten sich fort und lernten, sachkundig und verantwortungsvoll Haushaltsplanung zu betreiben. Porto Alegre hat andere Städte auch in anderen Ländern und sogar eine ganze Region in Brasilien angeregt, eigene Formen von Bürgerhaushalten zu entwickeln. Erste, allerdings sehr eingeschränkte Versuche gibt es auch in deutschen Städten (z.B. Mönchweiler, Blumenberg, Rheinstetten).

Carsten Herzberg erörtert, in welcher Form die Erfahrungen und Verfahren von Porto Alegre auch auf europäische und deutsche Städte übertragen werden können, und gibt Hinweise und Anregungen, was berücksichtigt werden sollte, wenn man BürgerInnen mehr beteiligen will. sat

Carsten Herzberg: Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann: der Bürgerhaushalt von Porto Alegre, LIT Verlag Münster – Hamburger – Berlin – London, 2001, 168 S., DM 29,80 br., ISBN 3-825-5691-7, www.lit-verlag.de

..... Luruper Einrichtungen



Schularbeiten machen und nähen lernen macht zusammen mehr Spaß



Ein starkes Team: Cora Herrmann und Angela Schneiders

girls@lurup Mädchentreff:

Mit voller Kraft ins Neue Jahr

Das Team im Mädchentreff girls@lurup ist wieder komplett. Gemeinsam streben nun Angela Schneiders und Cora Herrmann mit „voller Kraft ins neue Jahr“.

Im girls@lurup treffen sich alle Mädchen, die Lust drauf haben zu kommen – zum Musikhören, Unterhalten, Kochen, Tanzen, Ausflüge machen. Im Dezember ging es z.B.

mit den älteren Mädchen zum Bowling, mit den Mädchen von 13 – 15 Jahren auf die Eislaufbahn nach Stellingen. Außerdem gibt es auch feste Angebote wie z.B. die Tanzgruppe am Montag.

Cora Herrmann, girls@lurup

Nervig: Jungs machen Stress vor der Tür. Sie wollen nicht einsehen, dass Mädchen gerne mal was für sich allein machen.



Mädchentreff heißt: mal unter sich sein, Aktion, Musik, Gespräche, Spaß und vieles mehr

Wir haben auf:

Montags 14.00 – 16.30: für Mädchen von 10 – 13 Jahren, 16.30 – 19.00: Mädchen von 13 – 15 Jahren
Mittwochs 16.30 – 19.00: für Mädchen von 15 – 19 Jahren
Donnerstags 13.00 – 15.30: für Mädchen von 10 – 13 Jahren, 15.30 – 18.00: für Mädchen von 13 – 15 Jahren
Freitags von 16.30 – 19.30 Uhr für Mädchen von 15 – 19 Jahren



Luruper Forum am 28.11.01

Quartiersentwicklungskonzept :

Ziele für Lurup

Vor einem Jahr hat das Luruper Forum beschlossen, welche Ziele es bei der Sozialen Stadtteilentwicklung in Lurup verwirklichen will. Die Arbeitsgruppe „Quartiersentwicklungskonzept“ (AG QUEK) hat im Laufe des Jahres 2001 zusammen mit der Geschäftsführung des Forums Prüfsteine (Kriterien) entwickelt, um zu beurteilen, mit welchen Projekten auf welche Weise die Lebenssituation in den geförderten Gebieten Lüdersring/Lüttkamp und Flüsseviertel verbessert werden soll. Außerdem haben AG QUEK und Geschäftsführung die Ziele für die Stadtteilentwicklung überprüft und überarbeitet. Auf seiner Sitzung am 28.11.01 diskutierte und beschloss das Luruper Forum über diese Kriterien und Ziele.

Kriterien für ein Jahr

„Wir möchten dem Luruper Forum und allen, die mit Geldern aus dem Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“ etwas für den Stadtteil tun wollen, eine Orientierung geben, welche Art von Projekten besonders befürwortet werden sollten“, erklärte Sabine Tengeler von der AG QUEK. Sie stellte die Kriterien (s. Kasten) nochmals vor. Sie waren in der August-Ausgabe von „Lurup im Blick“ vorab veröffentlicht und mehrfach auf Sitzungen des Forums verteilt worden.

In der Diskussion auf dem Forum wurde kritisiert, dass Zielgruppen, Bedarfe, Zusammenarbeit und Information über die Arbeit bestehender Einrichtungen nicht in den Kriterien benannt werden. Dem wurde entgegengehalten, dass diese Aspekte bereits berücksichtigt seien (unter den Punkten „elementare Bedürfnisse“ und „Kooperation verschiedener Träger/Einrichtungen“). Ziele und Zielgruppen, auf die sich die Kriterien beziehen, seien im Quartiersentwicklungskonzept benannt.

Das Luruper Forum beschloss einstimmig bei einer Einhaltung den vorgelegten Kriterienkatalog zunächst für ein Jahr. Danach soll überprüft werden, ob er sich in der Praxis bewährt hat.

Welches Gewerbe wo fördern?

Quartiersentwickler Ludger Schmitz betonte, dass lediglich ein Mitglied des Fo-

Beschluss des Luruper Forums am 28.11.2001

Kriterien, nach denen das Luruper Forum beurteilt, welche Projekte entwickelt und verwirklicht werden sollen, um die im Quartiersentwicklungskonzept genannten Ziele zu erreichen:

Ziel der Quartiersentwicklung ist, dass die Menschen in den Luruper STEP-Gebieten (Flüsseviertel und Lüdersring/Lüttkamp) ihr Leben und ihre Lebensumstände selbst so gestalten können, dass sie selbst und die anderen gut – zusammen – leben können.

Die zusätzlichen Gelder für die STEP-Gebiete und die Quartiersentwickler/innen sollen dazu beitragen,

- Orte
- Projekte und
- Beziehungen zwischen Einrichtungen, Gewerbe, Bewohner/innen, Politik und Verwaltung

zu schaffen, die zur Verwirklichung der genannten Ziele beitragen.

Deshalb sollten bereits bei der Auswahl und Entwicklung von Projekten wichtige Gesichtspunkte sein – jeder für sich und bevorzugt in Kombination:

- durch die Verwirklichung der Projekte/Maßnahmen werden dauerhaft Möglichkeiten und Ermutigung zur Selbstorganisation und Mitgestaltung im Stadtteil geschaffen
- bei der Entwicklung der Projekte/Maßnahmen wirken Bewohner/innen mit bzw. entwickeln diese selbst
- bei der Entwicklung und durch Verwirklichung der Projekte/Maßnahmen werden bis jetzt nicht nachgefragte Fähigkeiten mobilisiert und wertgeschätzt
- elementare Bedürfnisse der Bewohner/innen werden befriedigt
- Teilhabe am Erwerbsleben wird gefördert
- das Verhältnis von Aufwand und Nutzen für die Zielgruppe stehen in einem guten/angemessenen Verhältnis zueinander
- die Integration wird gefördert (z.B. von Alt und Jung, Deutschen und Ausländer/innen, Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen)
- die Mobilität der Bewohner/innen wird gefördert
- die Kommunikation wird gefördert
- Kooperation verschiedener Träger/Einrichtungen bei der Entwicklung und Verwirklichung der Projekte

(bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen)

Ziele für Soziale Stadtteilentwicklung

1) Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung

- Förderung der Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben im Bereich der Vermittlung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen
- Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben durch Entwicklung geeigneter Konzepte und Angebote
- Verbesserung der Zugangschancen zum Arbeitsmarkt (insbesondere für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Frauen), durch Schaffung eines Netzwerkes zur Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung
- Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten (insbesondere auch Teilzeitarbeitsplätze) in Luruper Betrieben durch den Einsatz von Förderprogrammen

- Vermittlung arbeitsloser BewohnerInnen aus Lurup auf Arbeitsplätze, die mit der ARENA im Volkspark neu entstehen
- Erhöhung der Mobilität von (arbeitslosen) BewohnerInnen zur Verbesserung der Anbindung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials an die Gesamtstadt
- Schaffung niedrigschwelliger Arbeitsangebote in Kooperation mit lokalen Unternehmen und Beschäftigungsträgern, insbesondere für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Frauen



3) Gesellschaftliche Infrastruktur

- Weiterentwicklung des "Netzwerkes" zu einem sozialen und kulturellen Zentrum für das nördliche Flössviertel
- Gemeinwesenorientierte Weiterentwicklung der Jugend- und Jugendsozialarbeit und ihrer Angebote
- Entwicklung und Realisierung von Konzepten und Projekten im Rahmen von "Schule und Nachbarschaft"
- Entwicklung unterschiedlicher Angebote zur Prävention vor Gewalt, Sucht und Kriminalität
- Optimierung des Kinderbetreuungsbereiches
- Ermöglichung und Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von ethnischen – und kulturellen Minderheiten durch die Entwicklung gemeinwesenorientierter Projekte
- Unterstützung bestehender Seniorengruppen und Ausbau des Angebotes
- Entwicklung von wirtschaftlich und sozial tragfähigen Projekten zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit gesunden Mahlzeiten
- Präventive Bereitstellung psychomotorischer Hilfen für Kinder, die in ihrer Entwicklung beeinträchtigt sind
- Schaffung von offenen, niedrigschwelligen Freizeitangeboten für Kinder von 6-14 Jahren, insbesondere am Lüdersring
- Entwicklung und Ausbau von Sportangeboten für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit Vereinen / Trägern
- Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten von Räumen in Einrichtungen
- Entwicklung und Unterstützung von Projekten zur Förderung der Gesundheit von Frauen, insbesondere von alleinerziehenden Müttern
- Förderung stadtteilbezogener, kultureller Angebote und Aktivitäten

5) Verkehr und Mobilität

- Optimierung der Erreichbarkeit der Quartiers- und Nahversorgungszentren für den nichtmotorisierten Verkehr
- Einbeziehung der STEP-Gebiete in geplante Vorhaben zur Optimierung der ÖPNV-Anbindung des Stadtteils
- Modernisierung und barrierefreie Gestaltung öffentlicher und privater Verkehrswege
- Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Langbargeide
- Schaffung zusätzlicher KFZ-Stellplätze im nördlichen Flössviertel und im Bereich Lütkepark

6) Wohnen

- Fortsetzung der Instandsetzung und Modernisierung des Mietwohnungsbestandes
- Verbesserung des Wohnungsangebotes für Familien, Wohngemeinschaften / Gruppen und Menschen mit Behinderungen
- Entwicklung von quartiersbezogenen Belegungskonzepten
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Mietern und Vermietern
- Förderung der Bildung von (öffentlich geförderter) Wohngemeinschaft im Zuge von Neubaumaßnahmen und der Zusammenlegung von Wohnungen
- Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit in den Wohngebäuden

7) Wohnumfeld und Freizeitangebote

- Förderung von nachbarschaftlicher Begegnung und Kommunikation durch eine entsprechende Gestaltung und Ausstattung des Wohnumfeldes
- Anbindung der Quartiere an den übergeordneten Freiraumverbund (Volkspark-Achse) durch Schließung von Lücken im Wegenetz
- Verbesserung des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche in Verbindung mit einer Gestaltung von Schwerpunktgebieten für unterschiedliche Altersgruppen
- Bereitstellung von privaten Freizeitanlagen für Mieter von Geschosswohnungen zur individuellen oder gemeinschaftlichen Nutzung
- Naturnahe Gestaltung einzelner, kleinerer ungenutzter Grünflächen
- Erhöhung der Sauberkeit öffentlicher und privater Freizeitanlagen
- Lärmreduzierung auf Spiel- und Sportplätzen durch entsprechende bauliche Maßnahmen

2) Bürgermitwirkung und Stadtteilleben

- Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens durch Schaffung geeigneter Treffpunkte und Orte
- Unterstützung von Selbsthilfeprojekten bzw. -initiativen durch Vermittlung von Know-how
- Entwicklung eines "Luruper Netzwerkes" durch Förderung der Kooperation zwischen stadtteil- und quartiersorientierten Initiativen, Vereinen etc.
- Verknüpfung bestehender, stadtteilbezogener Fördernetzwerke (z.B. Lichterwäldchen Lurup) mit Vorhaben in den Stadtteilentwicklungsgebieten
- Anregung privatrechtlichen Engagements durch Entwicklung von Öffentlichkeitsaktionen und Projekten, die eine direkte Unterstützung ermöglichen
- Sicherstellung einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit nach "Innen und Außen" über alle programmrelevanten Aspekte
- Unterstützung der BewohnerInnen, ihre Bedürfnisse und Interessen

- essen zu artikulieren, sich mit anderen darüber auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln und zu realisieren
- Strukturelle und organisatorische Weiterentwicklung des Luruper Forums als Ort der Begegnung, Beratung, Selbstorganisation und Artikulation der Interessen des Stadtteils
- Förderung einer Kultur der Beteiligung durch Erprobung neuer - und Anwendung bewährter Aktivierungs- und Beteiligungsmethoden, um eine direkte Mitwirkung von BewohnerInnen an der Entwicklung und Realisierung von Konzepten und Projekten dauerhaft zu verankern
- Unterstützung und Ausbau der Infrastruktur zur Förderung ehrenamtlichen Engagements
- Anerkennung ehrenamtlichen Engagements
- Stärkere Vermittlung gemeinwesenorientierter Sichtweisen und sozialer Kompetenzen in sozialisierenden Institutionen wie z.B. Schulen

4) Lokale Wirtschaft und Nahversorgung

- Förderung der Entwicklung des bestehenden Gewerbes
- Unterstützung von ExistenzgründerInnen
- Schaffung quartiersnaher Arbeitsplätze durch die planerische und stadtplanerische Entwicklung einzelner Bereiche
- Installation lokaler Informations- und Beratungsangebote für Gewerbetreibende in Kooperation mit dem Bezirksamt, der Wirtschaftsbetriebe, des Kammern, u.a.

- Stärkung des (Stadtteil-)Zentrumsbereiches Elbgau-Passagen
- Ökonomische Stabilisierung und Verbesserung der Sicherheit des Nahversorgungszentrums Lüdersring
- Steigerung der Attraktivität des Quartierszentrums Lüdersring für die BewohnerInnen

Luruper Forum am 28.11.01

nuns das Angebot genutzt habe, sich vorab über die überarbeiteten Ziele für die Entwicklung von Lurup zu informieren und mit der Geschäftsführung des Forums darüber zu diskutieren. Er bat daher die Forumsteilnehmer/innen, die auf den Wandzeitungen ausgehängten Ziele genau zu studieren und zu fragen, ob dies die Ziele sind, die wir Ende 2001 definieren können. Ende 2002 sollen die Ziele dann weiter fortgeschrieben werden.

In der Diskussion wurde beklagt, dass die Ziele sehr abstrakt formuliert seien, so dass man sie zweimal lesen müsse.

Gefragt wurde, ob unter „Förderung des Gewerbes“ auch ein weiteres McDonald's oder ein Spielkasino gemeint sei. Ludger Schmitz erklärte, dass es sich um Förderung des bestehenden Gewerbes handele, an Spielkasinos also nicht gedacht sei. Die Grundidee sei, dass Wohnen und Arbeiten wieder zusammenkommen sollen. Ziel sei auch, dass auf den in Lurup ausgewiesenen Gewerbegebieten im Bereich Luruper Hauptstraße und Fahrort Gewerbe mit Bezug zum Stadtteil angesiedelt werde und insbesondere Arbeitsplätze für den Stadtteil geschaffen würden.

Eine Teilnehmerin regte an, den Eckhoffplatz in den Zielkatalog mit aufzunehmen. Hier habe man mit dem Programm Soziale Stadtteilentwicklung wenig Einflussmöglichkeiten, erläuterte Ludger Schmitz, da es hier bereits einen Behauungs- und Entwicklungsplan und private Eigentümer und Investoren gebe. An den Elbgaspässen hingegen gebe es z.B. noch freie Flächen, dort fehle noch ein Plan, wie diese genutzt werden sollen.

Bürgeramt am Eckhoffplatz?

Zum Thema bessere Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürger/innen wurde angeregt, das Serviceangebot im Ortsamt am Eckhoffplatz zu verbessern, so dass man alle Verwaltungsangelegenheiten unbürokratisch vor Ort erledigen kann. Christoph Wolpers vom Bezirksamt Altona stimmte dem zu: Es sei Sinn der Sache z.B. mit so einem Bürgeramt

gute Beziehungen zwischen Verwaltung und Bürger/innen zu schaffen.

Arbeitsplätze für soziales Engagement

Eine Teilnehmerin regte an, dass ermöglicht wird, aus sozialem Engagement heraus Arbeitsplätze zu schaffen. „Ich würde mir das auch wünschen“, erklärte Ludger Schmitz. Der Versuch, in Lurup bezahlte Bürgerarbeit einzuführen sei daran gescheitert, dass die bestehenden Förderprogramme und das Haushaltsrecht dies nicht ermöglichen.“ Die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit dürfen nicht für Selbsthilfe für den Stadtteil, sondern nur für befristete Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt verwendet werden.

Frauen ausdrücklich fördern

Von Beschäftigungsträgern und Streiksozialarbeit wurde heftig kritisiert, dass in den Zielen zum Thema Arbeit und Beschäftigung Frauen nicht ausdrücklich als Zielgruppe benannt wurden. Außerdem fehle die Forderung nach der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen. „Frauen sind unser Schwerpunkt!“ sagte Maren Nehls von der Jugendhilfe Ottensen. „Wir möchten unser Angebot ausbauen und Frauen aus dem 2. Arbeitsmarkt herausholen“, sagte Janina Jentz von der Familienservicestation „dafür brauchen wir Rückhalt aus dem Quartiersentwicklungskonzept“.

Ludger Schmitz begründete die Entscheidung der AG QUEK: „Meine Erfahrung mit dem Stadtentwicklungsprogramm ist, dass man damit die gewünschten Arbeitsplätze für Frauen nicht schaffen kann.“ Außerdem gehe es um bestimmte Zielgruppen unter den Frauen (Jugendliche und Langzeitarbeitslose) und diese seien im Konzept ausdrücklich benannt.

Nach lebhafter Debatte beschloss das Luruper Forum bei 7 Enthaltungen und 6 Gegenstimmen mit großer Mehrheit, Frauen als Zielgruppe in die Ziele zum Thema „Verbesserung der Zugangs-

chancen zum Arbeitsmarkt“ und „Schaffung niedrigschwelliger Arbeitsangebote...“ aufzunehmen. Die besondere Erwähnung von Teilzeitarbeit beim Thema „Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse“ beschloss das Forum bei 3 Enthaltungen und 10 Gegenstimmen. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, die entsprechenden Formulierungen auf ihrer nächsten Sitzung zu verabschieden. Die so ergänzten Ziele (s. S. 9) wurden einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

KiFaz-Café umbauen

Das Luruper Forum befürwortete einstimmig ohne Enthaltung, dass Restmittel des Bezirks mit zur Finanzierung der Umbau des Cafés de Kinder- und Familienzentrums (Öffnung zum Platz am Zentrum Netzstraße) verwendet werden. *so!*

Teilnehmer/innen des Luruper Forums am 28. November 2001

Hans-Jürgen Benda (WK Holtenauer Elbgewässer), Anna Christensen (Straßensozialarbeit Lurup), Peter-René Dan (Jelbe-Wohnhof), Jacek Dackowski (Forum Gesellschaftspolitik/Erwerbsloseninitiative), Rainer Döls (Forum Gesellschaftspolitik/Erwerbsloseninitiative), Elke Fenschner (Luruper Bürgerverein, Lärmschutz), Wolfgang Friedrich (SV Lurup, Wohngenossenschaft Elbgaspässen), Christa Gabriel (Hilfshandwerk/Elterngewalt), Maren und Maren, Sven Gaudius (ODU Lurup/Oddersee), Frau Götsch (Kandelschule am Alten Wolkpark), Heer Hütz (ODU Lurup/Oddersee), Janina Jentz (Familienservicestation), Heide Kneife (FDJ), Ulrike Klier (Jugendhilfe Friedland), Maren Lindner (Schule Franzosenkoppel), Stefan May-Gretsch (Jugendclub Altona), Thomas Meßner (Friede und Gerechtigkeit), Maren Nehls (Jugendhilfe Ottensen e.V.), Klaus Nierger (Erziehungsberatungsstelle), Maren Pahl (Jugendhilfe Altona), Traudl Haus, Klaus Pohlert (ProQuartier), Sabine Radack (Vereinigung Penitzsch/Lübeck/Altona), Margot Radack (Jelbe, 30 e.V.), Peter Ruhl (Jugendclub Altona), Kurt Schacht (Luruper Nachrichten), Ludger Schmitz (Quartiermanager STEG Hamburg mbH), Angela Schneider (Mädchenladen Lurup), Andre Schopp (SPD-Bezirksfraktion Altona), Henrich Schöns (SV Lurup), Werner Simons (Jugendclub Altona), Eilrich Stegmann (SPD-Lurup), Maren Tack (Jugendhilfe Altona), Traudl Haus, Sabine Tengel (Zellkassen Lurup im Elck), Jörn Tengel (Mietzini Verreco/Fahrer), Marianne Tengel, Hans Tengel, Jörn Tack (SPD-Fraktion, Ortsausschuss Blankenese), Anja Weller (Mietzini Verreco/Fahrer), Anja Wendland (REALU, Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V.), Andreas Wenz (Schule Vahlmoor), Joachim Wipke (Zellkassen Lurup im Elck), Christoph Wolpers (Bezirksamt Altona)

Luruper Initiativen und Leser/Inbriefe

Brief an das Luruper Forum:

Briefkästen abgebaut

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des Luruper Forums, es wird auch Ihnen aufgefallen sein, dass in den letzten Monaten diverse Briefkästen in Lurup abgebaut wurden. Ich habe bisher folgende Briefkästen nicht mehr vorgefunden:

- Uckerstraße, an der ehemaligen Post
- Osterstraße/Ecke Netzestraße Jovenstedter Straße/Ecke Fahrnort
- die neue Poststelle Elbgaustraße hat draußen ebenfalls keinen Kasten.

Sich bei der Post als Einzelperson zu beschweren, ist nutzlos. Da bekommt man die üblichen Phrasen des Personalabbaus zu hören. Was sollen nur ältere gehbehinderte Bürger tun? Die müssen, um an einen Briefkasten zu kommen, per Bus fahren und dazu noch Fahrgeld ausgeben.

Ich habe ebenfalls die Luruper Nachrichten gebeten, sich dafür einzusetzen. Doch erscheint mir das auch fragwürdig.

Bitte setzen Sie sich an geeigneter Stelle dafür ein, dass wir wieder genügend Briefkästen in Lurup bekommen.

Mit freundlichen Grüßen M. K.

Luruper Initiativen

Die Mieterinitiative Veermoor/Fahrenort trifft sich jeden Montag um 18.00 Uhr im Kinder- und Familienzentrum, Netzestr. 14 a und freut sich über neue Mitglieder. Frau Kassel, 83 43 96 Jörn Tengeler: 558 76 107

Mieterinitiative Dossoweg und Umgebung
Kontakt: Gabriela Brunwig
Tel. 83 47 22 - Fax: 360 390 19 52

Forum Gesellschaftspolitik/Erwerbslosenselbsthilfegruppe
jeden Dienstag, 16.00 bis 18.30 bei Lurup e.V., Fließberg 2/Ecke Luckmoor:
Indisches Essen mit Klönschnack.
Information bei Ranjan Datta, Tel. ab 18.00 Uhr: 831 46 53

Mieterberatung im Stadtteil-Laden Lurup

Herr Lehmpfuhl vom Mieterverein berät Mieter/innen, nimmt Beschwerden entgegen und leitet sie weiter an jedem 2. Montag im Monat, d.h. am



14.1. und 11.2. jeweils von 18.00 bis 20.00 Uhr im Stadtteil-Laden Lurup in den Elbgau-Passagen



SONNTAGS-BRUNCH

Frauen nehmen sich Zeit für sich und ihre Gesundheit

Im Haus Böverfand 38 am 27.1. und 24.2.2002

10.30 Uhr: Brunch
andere Frauen aus Lurup kennenlernen, in Ruhe zusammen essen und trinken, können und auf neue Ideen kommen – während die Kinder liebevoll betreut werden und das psychomotorische Angebot in der Bewegungshalle des SV Lurup nutzen können.

ab 12.00 Uhr: Gesundheitsförderung mit einer Fachfrau

am 27. Januar 2002 zum Thema **Wirbelsäulengymnastik** mit Kerstin Klages, Physiotherapeutin

Kerstin Klages erläutert am Wirbelsäulenmodell die verschiedenen Wirbelsäulenabschnitte und zeigt Übungen zur Wahrnehmung, Kräftigung, Dehnung und Entspannung der gesamten Wirbelsäulenmuskulatur. Mit Hilfe von Übungsblättern können die Teilnehmerinnen dann zu Hause vorbeugend üben, aber auch schon vorhandene Beschwerden lindern.

am 24. Februar 2002 zum Thema **Wechseljahre**

mit Eva Maria Knöfel, Frauen-Gesundheits-Zentrum
Vortrag und Gespräch zu den Veränderungen, die die Wechseljahre bei Frauen mit sich bringen: zur eigenen und gesellschaftlichen Sicht der Wechseljahre, zu Nutzen und Risiken von Hormontherapien in und nach den Wechseljahren und zu naturheilkundlichen Möglichkeiten im Umgang mit Wechselbeschwerden.

Kostenbeteiligung:
soweit möglich DM 10,00 je Erwachsene und jede bringt etwas Schönes zu Essen mit
Bitte Hausschuhe für die Kinder mitbringen!

Weitere Information:
Tel. 032 806 70
www.Luruper-Frauenoase.de



Leser-Brief zur Kritik an Laubbläsern

Wie man aus dem „Lurup im Blick“ entnimmt, sind so einige dagegen, dass das Laub entfernt wird. Das sind wohl alles Etagen-Bewohner, die die ganzen Blätter nicht vor der Tür haben, die rein-geschleppt werden. Hinzu laufen auf ebener Erde Käfer und Ohrwürmer und sonstiges in die Wohnungen. Aber das macht nichts, wenn einer im 3., 5. oder 10 Stock wohnt (...). Da wird schon geschrien, wenn mal einen Spinne läuft.

Wegen Lärmbelästigung: das ist höchstens ein- bis zweimal im Jahr. Die Tiere finden auch woanders Unterschlupf. Autofahren ist kein Energieverbrauch scheinbar. Wenn getagt wird, kri-

gen Anlieger, Kunden und Gäste keinen Parkplatz. Autofahren macht auch Lärm.

Die Gegner sollten man lieber selbst Besen und Harke in die Hand nehmen. Hamburg ist sowieso dreckig genug. Die kleinen Städte und Dörfer sind gepflegter.

Dass Rasenflächen Luft brauchen, weiß ja wohl keiner der Gegner. Sonst würde sowas nicht dahergeredet. Wie sehen die größeren Flächen bloß aus jetzt.

Wenn die Blätter trocken werden und Sturm aufkommt, fliegt der ganze Mist durch die Gegend. Die, die ihren Garten winterklar gemacht haben, können noch mal wieder anfangen...

Anhang

169

Luruper Forum **Stadtteil-Laden Lurup** S.T.E.G.

Elbgaustraße 118 · 22547 Hamburg

mo bis do 10.00 – 17.00 Uhr · fr 10.00 – 15.00 Uhr

Luruper Forum
Stadtteilbeirat
Sabine Tengeler
Joachim Wöpke
Tel.: 840 502 72
Fax: 840 502 78

Quartiersentwicklung Lurup
STEG Hamburg mbH
Ulrike Lierow
Ludger Schmitz
Tel.: 840 502 47
Fax: 840 502 49

Einladung zum Luruper Forum

Stadtteilbeirat

Mittwoch, 30. Januar 2002
19.00 – 21.30 Fridtjof-Nansen-Schule
Fahrenort 76

Im Luruper Forum sind alle willkommen, die zu einem besseren Leben in Lurup beitragen wollen – mit Fragen oder Hinweisen, guten Ideen, Bereitschaft zur Zusammenarbeit, noch ungenutzten Fähigkeiten, Aktionen oder Projekten. Sie sind eingeladen, sich zu informieren, mitzureden, mitzuplanen und mitzuentscheiden.*

* Wer mit abstimmen möchte, muss zuvor zweimal an einer Sitzung des Forums teilgenommen haben.

Themen:

- 1) Wünsche, Anregungen und Neuigkeiten aus dem Stadtteil
- 2) Neuigkeiten aus den Arbeitsgruppen und Projekten
- 3) - Anträge für Gelder aus dem Verfügungsfonds des Programms Soziale Stadtteilentwicklung
(bitte aufschreiben und persönlich vorstellen!) Mit dem Geld aus dem Verfügungsfonds sollen Selbsthilfe-Aktivitäten/Projekte etc. gefördert werden (z.B. Straßenfeste, Mieteraktionen). Beratung und Anträge gibt es im Stadtteil-Laden Lurup in der Elbgaupassagen (s.o.)
- Empfehlungen für Projekte im Rahmen des Programms Soziale Stadtteilentwicklung

Um 18.00 Uhr sind alle Interessierten herzlich eingeladen zur Veranstaltung „Mitreden am Modell. Ideen für das Flusseviertel-Süd“ in der Fridtjof-Nansen-Schule eingeladen: Ein Modell des Flusseviertel-Süd von Trebel- bis Sudestraße wird ausgestellt. Darauf werden die seit November 2001 bei der Ausstellung des Modells gesammelten Informationen und Anregungen der Bewohner/innen vorgestellt und zum gemeinsamen Planen eingeladen.

Geschäftsführung des Luruper Forums

Heinz Bründel, Heike Czwalinna, Ranjan Datta, Andrea Faber, Wolfgang Friedrich, Sven Gaudian, Eberhard Gide, Cordula Gutdeutsch, Matti Lemke, Klaus Pohlandt, Margret Roddis, Sabine Tengeler, Jörn Tengeler, Anja Wendland, Joachim Wöpke

Arbeitsgruppen des Luruper Forums

AG Arbeit und Beschäftigung:
Kontakt: Cordula Gutdeutsch
Tel. 84 00 97 - 0 · Fax: -20

AG Jugend:
Kontakt: Über Stadtteil-Laden

AG Kultur:
Kontakt: Margret Roddis
Tel. 87 97 41 15 · Fax: 87 97 41 17

AG Quartiersentwicklung:
Kontakt: Sabine Tengeler,
Tel. 832 62 27 · Fax: 832 11 06

Kontakt Agenda 21:
Hans-Jürgen Bandus, Tel. 831 64 44

Kontakt für Naturschutz:
Herr Bagat, Naturschutzbund Deutschland (NABU) Gruppe West,
Tel. 831 49 00

Impressum:

Lurup im Blick
wird gefördert aus dem Programm



→ ein programm der stadtentwicklungsbüro hamburg

Lurup im Blick
wird herausgegeben vom
Luruper Forum und der
STEG Hamburg mbH
c/o Stadtteil-Laden Lurup
Elbgaustraße 118, 22547 Hamburg
Tel.: 840 502 72 · Fax: 840 502 78

Redaktion dieser Ausgabe:
Ludger Schmitz, Sabine Tengeler,
Joachim Wöpke
Verantwortlich i.S.d.P., Fotos,
Satz und Layout: Sabine Tengeler
Druck: Druckerel
Kaufmann + Meinberg KG, Lurup
Auflage: 2.500

Redaktionsschluss
Februar-Ausgabe:
Mittwoch, 30. Januar, 2002

Sie möchten „Lurup im Blick“
kostenlos regelmäßig ins Haus
geliefert bekommen?
Dann bitte anrufen im Stadtteil-
Laden Lurup, Tel. 840 502 72

TUHH – Endbericht der Programmbegleitung vor Ort in Hamburg/ Altona/ Lurup – Stand April 2002

Anhang IV: Liste der Interviewpartner

Interviews mit Betrieben:

Sektor	Tätigkeit/Zweig	Mitarbeiter	Standort
Handwerk	Sanitärtechnik	16	Ausfallstraße
	Metallbau	16	Ausfallstraße
	Metallbau	12	Gewerbegebiet
	KFZ-Werkstatt	24	Ausfallstraße
Industrie	Anlagenbau Fördertechnik	30	Gewerbegebiet
	Bleiverarbeitung	100	Gewerbegebiet
	Maschinenbau	320	Gewerbegebiet
	Massenproduktion von Schleifwerkzeugen	600 (1.700)	Gewerbegebiet neben Wohngebiet
	Massenproduktion von Schreibgeräten	700 (1.500)	Gewerbegebiet
	Anlagentechnik (Konstruktion/Montage)	70	Gewerbegebiet
	Wartung / Instandhaltung von Zügen	670 (?)	Gleisanlagen
Dienstleistungen	Reinigung von Zügen	200	Gleisanlagen
	Großhandel	250 (900)	Gewerbegebiet
	Großflächiger Einzelhandel	280 (?)	Gewerbegebiet
Vertiefung Ausbildung	Ausbildungsleiter der gleichen und weiterer Industriebetriebe, weitere Handwerksbetriebe (weitgehend telefonisch)		

*Expertengespräche/ Projekte,**zusätzlich zum kontinuierlichen Kontakt zum Quartiersmanagement*

Regelmäßige Kontakte zu Beteiligten und zur Geschäftsführung des Luruper Forums

AG Schule und Berufsorientierung Altona: Gespräch mit Initiatorin und Teilnahme an Sitzungen

AG Quartiersentwicklungskonzept: Gespräch mit Initiatorin und Teilnahme an Sitzungen

Einjährige Begleitung des Projekts „Frauenoase Lurup“

Geschäftsstellenleitung und Mitarbeiter der Wohnungsgesellschaft SAGA

Schulversuch Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb: Gespräch mit Vertreter des Amtes für Schule und mit Vertretern von beteiligten Schulen

Produktionsschule Altona: Gespräch mit Schulleiter

RegioNet Eidelstedt: Gespräch mit Schulleiter G12 und Vertreterin Amt für Berufliche Bildung

Projekt Zukunft aktiv gestalten: Gespräch mit Mitarbeiterin

Netzwerk Hamburg: Gespräch mit einer Mitarbeiterin des Ottoversandes (Initiator) und aus der Arbeitsstiftung Hamburg (jetzige Durchführung)

Quas Plus: Gespräch mit IG Metall-Vertreter

„REALÜ“, Schnittstellenprojekt

Einrichtungen, die in Lurup bzw. in Lurup tätig sind

Kinder- und Familienzentrum

BAFF (Berufliche Autonomie für Frauen)

Job Club Altona

„Ring 2“, Jugendtreff

Kirchen

sowie diverse andere Einrichtungen des Gebiets

Bezirk Altona

Arbeitsamt Altona (Gruppengespräch)

Bezirksamtsleiter

Stadtteilkoordinator

Beauftragte für Wirtschaftsförderung

Beauftragte für Beschäftigung und Soziale Stadtteilentwicklung (regelmäßiger Kontakt)

Gespräche mit Behördenvertretern zur sozialen Stadtteilentwicklung

Wirtschaftsbehörde, Abteilung Wirtschaftsförderung, Abteilungsleitung

BSJB, Amt für Schule

BSJB, Amt für Berufliche Bildung und Weiterbildung, Amtsleitung

BAGS, Amt für Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeitsmarktpolitik

Finanzbehörde

Umweltbehörde

Baubehörde